C 4143 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

15 Jahre neues KONKRET gegen 1.040 Jahre BRD

in konkret Oktober 1989

von konkret

An Konkret

Wir sind wieder mehr von Hermann L. Gremliza

Heiner im Eimer von Oliver Tolmein

Den gereiften Achtundsechzigern bleibt wirklich nichts erspart: Erst haben sie den Räten nicht alle Macht geben und Springer nicht enteignen dürfen, später verbot man ihnen den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, und jetzt hat man ihnen auch noch ihren Heiner Geißler weggenommen. Der alternative Christdemokrat, von den ökoliberalen Modernisierern als künftiger Partner ausersehen, wird von Helmut Kohl und seiner Partei der weltweit siegreichen Ideen nicht mehr gebraucht

Termine

Schwarze Messen von Detlef zum Winkel

Die »Christliche Internationale«, zu deren Gründung Norbert Blüm während seiner Pilger-Reise durch Polen aufrief, hat an Ort und Stelle rasch Konturen gewonnen – wie die antisemitischen Sottisen des polnischen Kardinals Glemp, am Tage, da er den bundesdeutschen Arbeitsminister empfing, zeigen

Was Walesa will

Konkret-DokumentAuf seiner good will-Tour durch die Bundesrepublik Anfang September hat der polnische Arbeiter- und Gewerkschaftsführer sein Land und seine Leute der bundesdeutschen Wirtschaft zum Kauf angeboten. In Formulierungen, die es wert sind, auf die Nachwelt zu kommen – bieten sie doch die Quintessenz einer politischen Bewegung, der die Sympathien auch der bundesdeutschen Linken gehör(t)en. Aus diesem Grund dokumentiert KONKRET ein Interview mit Lech Walesa, das die ARD in der Sendung »Im Brennpunkt« (WDR) am 6. September 1989 ausstrahlte. Eingerahmt wurde es von einem Bericht über das Elend der Lodzer Bevölkerung und einem Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Haussmann, dessen erste Antwort wir ebenfalls abdrucken

Weit ist der Weg ... von Helmut Ridder

...zurück ins Heimatland, so weit, zu weit: denn Deutschland als Ganzes, als fortbestehender Nationalstaat, ist trotz der Verrenkungen Karlsruher Verfassungsrichter keine völker- oder staatsrechtliche Tatsache, sondern ein Glaubenssatz aus der deutsch-juristischen Weltanschauung. Das Deutsche Reich ist 1945 ausgelöscht worden – Finis Germaniae

»Die KPdSU ist keine Partei« von Boris Kagarlitzky; Kai Ehlers

Moskau zwischen der Wahl des Deputiertenkongresses im März '89 und der Kommunalwahl im Frühjahr '90, das bedeutet, Moskau im Fieber der politischen Differenzierung. Diese politische Differenzierung entspricht der beschleunigten sozialen: Perestroikagewinnler hier, Perestroikaverlierer da. Mit der Zulassung von Privatwirtschaft, Wiedereinführung von Leistungslohn und tendenziell freiem Markt tritt die tatsächliche langjährig verdeckte Klassenwirklichkeit der UdSSR aus dem Schatten des Gleichheitsanspruchs wieder hart ins Licht der Öffentlichkeit und verschärft sich gerade unter den Bedingungen der Perestroika rasant. Nicht nur geraten Konservative und Modernisierer aneinander. Es kristallisieren sich auch liberale und linke Alternativen zur Perestroika heraus. Nach der Gründung der »radikal-demokratischen Opposition« durch Jelzin-Anhänger schlossen sich Ende August linke Kräfte der »Volksfront« im »Neuen sozialistischen Komitee« zusammen. Die einen wie die andern verstehen sich als Initiative zur Gründung einer neuen Partei. Es scheint, als ob die Zeiten des kommunistischen Parteimonopols

auch in der UdSSR dem Ende zugehen.Boris Kagarlitzky ist Mitglied im Koordinationsrat des »Neuen sozialistischen Komitees«. Das Interview führten Kai Ehlers und eine US-amerikanische Journalistin in Kagarlitzkys Wohnung

Krieg aus Pakistan von Abdul Wakil

Den größten Erfolg in der Geschichte ihrer Organisation nannte die CIA den Rückzug der Sowjettruppen aus Afghanistan. Tatsächlich schienen damit die Tage des »Kabuler Regimes« gezählt, der Sieg der »Freiheitskämpfer« (CDU-Mullah Todenhöfer) eine Sache von Tagen. Doch plötzlich scheinen die Afghanen die Regierung Najibullah den von Pakistan und den USA bewaffneten Mudjahedin vorzuziehen. Im Gespräch mit Jochen Hippler erklärt Afghanistans Außenminister, woran das liegt

Schafft zwei, drei, viele Afghanistans von Oliver Tolmein

Der Krieg wird fortgesetzt von Gabi Gottwald; Ralf Leonhard

Mit finanzieller und logistischer Unterstützung bundesdeutscher Parteistiftungen macht die Rechtsopposition in Nicaragua mobil für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen, die im Februar 1990 stattfinden sollen. Vor allem die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung leitet seit Jahren vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit genehmigte Projektgelder an ihre Partnerorganisationen

»Da ist noch viel zu retten« von Birgit Morgenrath; Thomas Nachtigall

Seit die Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter in Südafrika ihre Forderungen mit neuem Selbstbewußtsein vertreten, plädieren die Niederlassungen bundesdeutscher Konzerne für »Sozialpartnerschaft«. Die »14 Mindeststandards für deutsche Unternehmen« der IG Metall könnten ihnen dabei behilflich sein

Sinn ohn´ form - Boykottiert Shell!

Vom Scheißen auf freier Strecke von Georg Fülberth

Der eine liefert den rabiaten Gestus, der andere predigt den Verzicht – marktbesoffen sind sie beide: Die programmatischen Vorstellungen des grünen Ex-Ministers Joschka Fischer und des SPD-Hoffnungsträgers Oskar Lafontaine konturieren ein Konzept zum »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft«, das die Attraktivität der Bundesrepublik als Produktions-Standort erhöhen soll – und deshalb zur Koalitionsplattform taugt.

»Wir sind bereit... « von Dorothee Piermont

Frauen zurück an Krippe und Küchenherd – »das weibliche Gehirn ist nicht fähig, die ingang befindlichen technologischen Veränderungen zu begreifen«; Schutz vor den »Wirtschaftsflüchtlingen« – »die Schäden auf der Ebene der Kultur und der Umwelt wären überwältigend«. Zwei Punkte aus dem »Programm des öffentlichen Heils«, das die grüne Fraktion im Europaparlament in parteiübergreifender Gemeinschaftsarbeit verwirklichen will. Weil Dorothee Piermont, die Spitzenkandidatin der bundesdeutschen GRÜNEN für die letzte Europawahl, bei derlei nicht mitmachen will, hat sie im September »Die Grünen im Europaparlament« verlassen und ist als Assoziierte der dänischen Anti-EG-Bewegung in die Regenbogenfraktion zurückgekehrt

Buch des Monats - Der große Unterschied von Verena Krieger

Lynne Segal: Ist die Zukunft weiblich? Probleme des Feminismus heute. Fischer Verlag 1909, 333 Seiten, 19.80 Mark

Nebenwirkung von Michael Bentfeld

Um unerwünschte Effekte ärztlicher Behandlungsmethoden zu korrigieren, propagiert die Bundesärztekammer die Tötung »überzähliger« Feten im Körper der Mutter

Kopf und Prozeß von Gerhard Armanski

»Der Kopf dieser Emanzipation (der Menschheit) ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat«, schrieb Marx. Was aber macht der Kopf bei (zeitweiligem) Herzstillstand? Karl Heinz Roth entwickelte in KONKRET 6/89 die Forderung nach einer Reorganisation der Arbeiterbewegung »Ganz von unten«, Gero von Randow antwortete in KONKRET 8/89 mit einer Kritik am »Klassenstandpunkt«. Gerhard Armanski antwortet beiden

Aus diesem Grunde daher von Jan Philipp Reemtsma

Im Zusammenhang mit der Initiative »Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme«, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die heruntergekommene KZ-Erinnerungsstätte zu einem Ort der Forschung und Dokumentation auszubauen, hatte Jan Philipp Reemtsma sich im letzten Jahr mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an diejenigen Firmen und Behörden gewandt, die während des Nationalsozialismus Zwangsarbeiter aus Neuengamme beschäftigten. Dieser Versuch, die heutigen Nutznießer der damaligen Ausbeutung von KZ-Häftlingen dazu zu bewegen, durch »ein Geringes an Geld und ein Geringes an sozialem Anstand« die »Verantwortung für das Handeln anderer« zu übernehmen, weil »dieses Handeln die eigenen Handlungsmöglichkeiten beeinflußt«, ist gescheitert. Die abschlägigen Antworten der angeschriebenen Unternehmen hat Reemtsma zum Anlaß eines Vortrages genommen, den er am 12. Juni '89 in der Patriotischen Gesellschaft/Hamburg hielt.

Tanz der Derwische von Wolfgang Schneider

Es war einmal ein blutrünstiger Nazi, der nannte sich Stalin und herrschte im Land der Russen. Als er alle seine Landsleute aufgefressen hatte, dürstete es ihn noch immer nach Menschenfleisch. Da entschloß er sich, eines Nachts über seine wehrlosen deutschen Nachbarn herzufallen, die zu jener Zeit vom mutigsten ihrer Stämme, den Widerstandskämpfern, angeführt wurden. Nachdem der russische Teufel alle die guten Deutschen umgebracht hatte, befreite er seine satanischen Brüder aus den Gefängnissen und lehrte sie, wie man Konzentrationslager baut... So wird im Jahre 1999 die Titelgeschichte des »Spiegel« zum sechzigsten Jahrestag des Weltkriegsbeginns anheben müssen, wenn das Nachrichtenmagazin das zu Führers hundertstem Geburtstag eingeschlagene Bewältigungstempo auch nur annähernd einhalten will

Sozialplanung und Völkermord von Susanne Heim; Götz Aly

Thesen zur Herrschaftsrationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik

Werkstoff Embryo von Barbara Ritter

Professor Erich Blechschmidt ist Gründungsmitglied der »Europäischen Ärzteaktion«, einer der aggressivsten »Lebensschützer«organisationen. Kaum eine Schrift militanter Abtreibungsgegner verzichtet auf die Präsentation seines Wissens. Unterschlagen wird jedoch stets, wo und wie er es gewonnen hat: als experimentierfreudiger Anatom zur Zeit des Nationalsozialismus

Fein hingekriegt, Richter Kriegel von Günther Schwarberg

Raten Sie mal, wer vor einem bundesdeutschen Gericht glaubwürdiger ist: ein kommunistischer Rechtsanwalt oder ein nazistischer Rechtsanwalt?

Die Romantik von Reich und Rasse von Peter Hacks

Ist es möglich, Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852), genannt der 'Turnvater', keinen Nazi zu nennen?

Piwitts kleines Feuilleton von Hermann Peter Piwitt

Hölzernes Eisen von Christoph Türcke

Zur Geistlosigkeit gegenwärtiger Nietzsche-Rezeption gehört, Nietzsche durch eine »rechte« oder linke« Lesart politisch einzuordnen, ihn als Vorläufer des Faschismus oder Sympathisanten des Sozialismus abzuheften – damit das unerhörte Ärgernis,

das sein Denken darstellt, ja nicht geistig produktiv werde. Dagegen wendet sich Christoph Türcke. Im November 1989 erscheint im Fischer Taschenbuch Verlag sein Buch »Der tolle Mensch. Nietzsche und der Wahnsinn der Vernunft«. Wir bringen – vom Autor für den Vorabdruck bearbeitete – Auszüge daraus.

»Eins, zwei, fünf ...« von F. W. Bernstein

Karikaturen als historische Dokumente vergangener Epochen, das kennen wir sogar aus Schulbüchern. Ein Karikaturmacher als Chronist des laufenden Schwachsinns sei hier vorgestellt. Mit Henscheidscher Unbeirrbarkeit inszeniert er in seinen Cartoons stets aufs Neue Possen aus unserem postmodernen Biedermeier. Er entdeckt die Komik der Welt, in der wir leben: Es tut sich nix.

Piraten an Land von Erica Fischer

Nach dreizehnjährigem Kampf um die Freiheit des Äthers sendet der einstige Piratensender Radio Dreyeckland seit über einem Jahr legal auf 102,3 MHz aus seiner festen Bleibe in Freiburg. Was ist aus der Utopie des HörerInnenradios geworden?

Bleiche Reiter mbH von Georg Seeßlen

Es war alles gegeben: Die Möglichkeit, Western zu drehen, ein gewisser Bedarf, eine weltweite Erwartung und ein Präsident, der den Hut trug, aufs Pferd kletterte, mit dem Colt hantierte und sogar ein wenig O-beinig ging. Dennoch wurden während der Reagan-Ära so gut wie keine Western mehr gedreht. Nimmt der Tod des Nationalepos das Sterben der Nation vorweg?

Frisch, fromm, fröhlich, deutsch von Dietrich Kuhlbrodt

Hans Blumenberg hat einen Film fürs wiedererwachende deutsche Gemüt gedreht. Hans Albers, Star am NS-Filmhimmel und fröhlicher Propagandist der Endlösung, wird als Faszinosum präsentiert. Sein Stellvertreter Tukur sorgt mit strahlender Miene und hellem Tenor dafür, daß die deutsche Kontinuität so richtig flutscht

Musikplaudertasche von Eckhard Henscheid

Platte des Monats - Free Your Mind, Your Reichstag Will Follow von Diedrich Diederichsen

Einstürzende Neubauten: Haus der Lüge. Some Bizarre/Rough Trade

»Geheimnis und Gewalt« von Erich Kuby

Die literarische Autobiographie Georg K. Glasers, die vor beinahe 40 Jahren erstmals erschien, ist ein Werk, dessen Rezeption als eine Art Reifeprüfung der Nation angesehen werden kann, aus der es hervorging.

Rache für H. von Kleist von Matthias Altenburg

Empfehlung an die Linke, die Schnauze aus dem Dreck zu nehmen und wieder laufen zu lernen

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

konkret 10/89, S. 4

von konkret

Foftein

Persönlich wünsche er ihm ja alles Gute und ein langes Leben, aber wenn er, der »Monitor«-Moderator Klaus Bednarz, fünfzehn Jahre lang so wirkungslosen Journalismus betrieben hätte wie der Herausgeber von KONKRET, würde er sich einen Strick nehmen und, naja. Hat er nicht recht? Hat KONKRET der deutschen Bourgeoisie tiefe Wunden geschlagen, ihr Regime gestürzt, die Massen in den Kampf geführt? Nicht mal die Auflage des »Blättchens« {wie KONKRET

von der »TAZ« genannt wird, die in nur zehn Jahren tatsächlich mehrere hundert Leser mehr gewinnen konnte) ist seit der Gründung des Neuen Konkret Verlags im Jahre 1974 auf ein Niveau gekommen, das die werbende Wirtschaft beeindrucken würde. Außer Spesen (zu viel fürs Papier, zu wenig für Honorare) nichts gewesen?

Foftein (das heißt hier im Norden: 15 Minuten Frühstückspause, in denen aber auch nachgedacht werden darf): Um die Maßstäbe kennenzulernen, an denen die Wirkung von Journalismus gemessen werden soll, möchte man doch gerne wissen, was beispielsweise der Fernsehredakteur Klaus Bednarz bei und mit seiner Millionengemeinde in den letzten fünfzehn Jahren bewegt zu haben glaubt (abgesehen vom Sturm auf die Rohkostpaläste, den die aufwühlende Enthüllung der Würmer im Kabeljau entfacht hat)? Und wenn es mehr gewesen sein sollte – ob denn dann der Stand der politischen Dinge in der BRD 1989, also Kohl, Daimler-MBB und Schönhuber, nicht *auch* seinem Wirken zu danken wäre? Aber nicht doch – Bednarz kann so wenig dafür wie dagegen, weil auf die Bewegungen des Kapitals seine und seiner Kollegen Kommentare soviel Einfluß nehmen wie die Linde, die am Ussuri rauscht (ohne daß sich einer dran aufhängt). Was Bednarz und seine Kollegen unzweifelhaft bewirken, ist bloß, daß im Fernsehn viele sie gern sehn, und ihr politischer Erfolg besteht vor allem darin, daß die Intendanten, die Beauftragten der herrschenden Gesellschaftsgruppen, die Anstellung nach Besoldungsgruppe XY ein ums andere Mal verlängern. Und so bleibt nichts als die traurige Bilanz, daß Bednarz et Alt den Anstieg der BRD-Außenhandelsbilanz gewiß mehr gefördert haben als KONKRET ihn behindern konnte.

KONKRET erreicht auch 32 Jahre nach seiner Gründung und 15 Jahre nach seinem Wiedererscheinen im Neuen Konkret Verlag nicht die Massen. Aber die 45 .000, die zur Zeit KONKRET am Kiosk erwerben oder im Abonnement beziehen, und die 150.000 Zweit- und Drittleser sind die Dümmsten im Lande nicht; ja, sie machen einen nicht unbeträchtlichen Prozentsatz jener dünnen Schicht gesellschaftskritischer Intelligenz in der BRD aus, die sich dem teuren Vaterland (noch) nicht angeschlossen hat. Wir wissen nicht, ob und wann wieviele von ihnen sich schließlich doch mit Herz und Hand (unter Abgabe des Kopfes, der national nicht gebraucht wird) ergeben werden, aber wir versprechen: KONKRET wird ihnen nicht folgen. Wir werden immer wieder Nein sagen – und nur einmal Ja: Ja, es ist wahr, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht.

konkret 10/89, S. 6

An Konkret

Absurd

Die folgende Erklärung wurde der Redaktion »mit der Bitte um baldmöglichste Veröffentlichung in Eurer Zeitung« von der Anwältin Ingrid Strobls zugesandt

Erklärung zu den Artikeln in Emma 7 und 8/89

Die Ereignisse der letzten Monate – und die diversen Reaktionen darauf, die ich hier mitbekomme – veranlassen mich nun doch noch eine Stellungnahme abzugeben zu den absurden Unterstellungen gegenüber Uli D.

1. Uli D. ist nicht »Mister X«.

2. Uli D. ist kein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Ich kenne Uli D. und halte derartige Spekulationen für absurd, sie finden in seinem Verhalten nicht die geringste Grundlage.

3. Ich bin erschrocken und wütend darüber, daß ich durch meine Einlassung offenbar einige Leute dazu veranlaßt habe, Privatdetektiv zu spielen und sich auf die Suche nach »X« zu begeben.

Diese Spekulationen haben keinerlei »positiven Effekt« für mich. Sie haben meine Erklärung, die sich allein auf den Prozeß bezog, in eine Richtung genutzt, die mir bei aller Phantasie nicht in den Sinn gekommen wäre. Hätte ich das auch nur geahnt, dann hätte ich es frühzeitig verhindert und solchen Möglichkeiten keinen Raum gegeben.

Ingrid Strobl Essen, 18.8.1989

Schlecht beraten

KONKRET 6/89: »Behüt' dich Gott...« von Hermann L. Gremliza; KONKRET 8/89: Leserbrief von Peter Hacks

Was ist mit KONKRET los?

Ich habe ja viel Verständnis dafür, daß man auch in linken Hamburger Redaktionsstuben Kopfschmerzen mit dem realen Sozialismus bekommt, aber heißt das, er hisse die Kapitulationsfahne?

Wirtschaftliche Probleme einer so traditionell linken Zeitschrift seien eingeräumt, auch daß man mit den brillant geschriebenen Leitartikeln des hochgeschätzten Herausgebers inzwischen Schwierigkeiten bekommt, aber: In dem Land, aus dem ich schreibe, wird in größter Hoffnung nach Moskau gesehen.

Der Schrei nach Fortsetzung der in den Bürokratien erstickten Revolution wird hörbarer, ... fehlt euch das alte Freundbild? Wenn schon mal ein Leserbrief aus der DDR, dann doch bitte nicht von einem, der G. einen »kaukasischen Gewohnheitslügner« nennt! Da ist endlich einer aufgetaucht, der sich weigert, das programmierte Endspiel mitzuspielen, nach dem es kein Hamburg und keine Berlin mehr geben würde. Offenbar lesen die falschen Leute in der DDR KONKRET oder Ihr werdet schlecht beraten. Ich erinnere nur an den Artikel von Wolfgang Schneider über Stephan Hermlins Beitrag auf unserem letzten Schriftstellerkongreß (KONKRET 2/88). Er steckte voller gehässiger Lügen, viele von uns glaubten, Wolfgang Harich selber hätte ihn geschrieben. Beiträge zur Unterstützung der jetzt so wichtigen innersozialistischen Debatte sind dies nicht. Vielleicht, lieber Hermann, siehst du hin und wieder mal in die »Volkszeitung«, die in den letzten Jahren eine außerordentliche Entwicklung genommen hat und für uns wichtiger ist als das Aufspüren der mißglückten Metaphern von Theo!

Raimund Waligora Berlin/DDR

Schwein bleibt Schwein

KONKRET 8/89: »Genosse Kamerad" von Charlotte Wiedemann

In der Tat ist der Anführer der Aachener Reps ein ehemaliger Genosse der SPD, aber daß er das war, ist schon etwas her.

Dieser merkwürdige Mensch hat uns, die Aachener SPD, schon vor 10 Jahren unter dem Absingen schmutziger Lieder verlassen – und sein über die Liste erworbenes Stadtratsmandat gleich mitgenommen. Das alles, nachdem er 3 Parteiordnungsverfahren wegen allerlei innerparteilicher Infamie mit unterschiedlichen Schiedssprüchen knapp überlebt hatte. Als er aber dann in seinem eigenen Ortsverein abgewählt wurde als Vorsitzender und sich ausrechnen konnte, daß ein

weiteres Mandat, auf welcher Ebene auch, für ihn in Aachen nicht mehr drin war, machte er die Mücke. Sodann gründete er einen eigenen Verein, mit dem er bei der Kommunalwahl 1979 so gegen 290 Stimmen bekam.

Dann hörte man lange nichts mehr von ihm. Jetzt rennt er als Rep rum und reklamiert die Demokratie für sich. Schwein bleibt Schwein.

Hildegarde Lisse Ratsfrau der SPD

Aachen

Fast schon ein GAU

KONKRET 9/89: Streitgespräch »Was wollen Sie denn, wir senden das doch!«

Bednarz im »Streitgespräch«: Das war Kabarett vom feinsten – und alles ohne Aufpreis! Zum eher harmlosen der schönen Eigentore des jungen Mannes, der auf Seite 41 indigniert um Themenwechsel bittet, und gleichzeitig ihm ins Gesangbuch: KONKRET 12/88, Seite 4, erster Beitrag, letzter Satz.

Zusammen mit den Auslassungen der Dame Tornow war's fast schon ein GAU. Die Firma dankt aufrichtig.

Karl- Wilhelm Böttcher

Dörnten

Der erwähnte Satz in KONKRET 12/88 heißt: »Wer's gern harmonischer hätte, wird in Zukunft statt zu KONKRET zum Gesangbuch greifen müssen.« (d. Red.)

Im Ernst

KONKRET 9/89: Leserbrief von Uwe Kruse zu »Piwitts kleines Feuilleton«

Herr Kruse will, daß ihm der KONKRET-Herausgeber erklärt, warum Piwitt, der »unverbesserliche Raucher, der überall seine Kippen hinwirft, Kinder und Frauen haßt und sexuelle Probleme hat«, in KONKRET schreiben darf. Und ich möchte wissen, warum der KONKRET-Herausgeber den Brief eines offensichtlich des Lesens nicht fähigen Herrn Kruse als »Leserbrief« abdrucken läßt. Einen Vorwurf daraus, daß bei Piwitt »Frauen, Schamhaare, Spinnen, weiblicher Selbsthaß« vorkommen, kann nur ein Analphabet machen, und mit dem soll man über Sätze oder Literatur nicht streiten. Man wird ihm doch nicht erklären können, was Selbstironie, Sarkasmus oder Zitat ist.

Martin Freiler Zürich

Von Geburt

KONKRET 9/89: »Hirnvolumen & Geburtskanal« von Regine Geraedts

Aussagen über vererbte Eigenschaften sind nicht deshalb falsch, weil sie der Vorstellung widersprechen, alle Menschen seien von Geburt gleich. Und wenn es so wäre, daß Frauen und Männer sowie Angehörige verschiedener Rassen sich in vielen genetisch programmierten Eigenschaften, vielleicht auch Fähigkeiten, voneinander unterscheiden – wieso wäre das ein Argument für Sexismus und Rassismus? R. Geraedts verwendet selbst ein »altbewährtes biologistisches Argumentationsmuster« (Geraedts), das folgendermaßen lautet: Die Menschen sollen gleiche Rechte haben, weil sie biologisch alle gleich sind. Ein humanistisches Gleichheitsprinzip indessen fordert gleiche Rechte, obwohl – nein: gerade weil kein Mensch dem anderen gleicht.

Gero von Randow

Hamburg

Guter Glauben

Betr.: unvollständige KONKRET 9/89 – Beschwerde

Wie Ihnen sicher nicht entgangen sein dürfte, ist die September-Ausgabe der KONKRET unvollständig. Es fehlt ihr die letzte Seite (ohne Zählung von Ökobank-Geschmack pur). Da vor vernachlässigbar geraumer Zeit bereits die 8. Seite in der üblichen Form fehlte, besteht hier offensichtlich ein überzufälliger Zusammenhang.

Welche auch immer-willige Absicht sich dahinter verbergen mag, möchte ich Sie hiermit darauf aufmerksam machen, daß in beiden Fällen ein Verstoß gegen den Guten Glauben der KONKRET-Leserschaft vorliegt, eine komplette Zeitschrift zu erhalten. Es handelt sich somit um den Tatbestand des Etikettenschwindels in Tateinheit mit der Erzeugung enttäuschter Erwartungshaltung, im Volksmund auch »Frust« genannt.

Ich sehe mich daher verpflichtet und animiert, im Namen und Interesse aller GeschädigtInnen von Ihnen einen Schmerzensobulus in Höhe von 1 Seite extra-express in einer der folgenden KONKRET-Ausgaben zu fordern. Sollten Sie diesem Vorschlag gütlicher Regelung wider Erwarten nicht entgegenkommen, werde ich gezwungenermaßen den Ihnen bereits geläufigen Rechtsweg beschreiten – und dann wolln wir doch mal sehen, wessen Knete diesmal auf El Salvadors Solikonto landet!

Andrea Schön

Darmstadt

konkret 10/89, S. 8

Hermann L. Gremliza

Wir sind wieder mehr

September 1989. Ein nationaler Herbst. Die Deutschen, vierzig Jahre zuvor von einer zivilisierteren Welt in verträgliche Portionen zerlegt, kommen zu sich: »Kater Willi: Nach DDR-Flucht neues Leben in Hamburg – Nun schnurrt er wieder, Gott sei dank« (»Morgenpost«); »Sie küssen die Freiheit« (»Bild«); »Ungarns Kommunisten: Sie dürfen wieder an Gott glauben« (»Hamburger Abendblatt«); »Unsere Ideen haben weltweit gesiegt« (Bundeskanzler Kohl).

Auf den ersten Blick: sie sind vollends meschugge geworden; auf den zweiten: sie haben sich endlich das Recht genommen, von Oswiecim nichts mehr hören zu müssen. Freiheit statt Sozialismus in den Grenzen von 1937 in einem Europa ohne Grenzen – das scheint möglich, das haben sie sich träumen lassen. Daß am deutschen Wesen die Welt genesen wird – darauf kommt es ihnen an, das erhebt sie über die Konkurrenz, die westlichen »Händlernationen«, das ist ihnen noch in der fünften Generation »unheimlich wichtig«: daß sie die Welt nicht des schnöden Mammons wegen erobern und auspressen, sondern um sie zu reinigen und zu heilen, mit dem Recht des moralisch Besseren, nicht dem des bloß Stärkeren. Deutschland, die verfolgende Unschuld (K.K.), macht sich wieder auf die Socken.

Und so darf es nicht sein, daß das Gesindel, das da im Trabbi rübermacht, um den Run auf den tiefergelegten 3er BMW anzutreten, den das ortsansässige Gesindel schon fährt, nichts anderes will als alle die andern, obwohl doch nichts dagegen spräche, warum sollten sie nicht, wer würfe den ersten Brilli auf Angela?

»Warum Angela (18) die DDR verließ: Als Angela 16 Jahre wird, empfiehlt ihr die Kaderleitung eine Ausbildung als Lehrerin. Sie ist begeistert. Doch sehr bald merkt die Studentin, daß der Beruf nicht ihren Vorstellungen entspricht. 'Ich wußte ja überhaupt nicht, was mich erwartet. Berufsberatung und die Möglichkeit, während der Schulzeit ein Praktikum zu machen, gibt es bei uns nicht.'« Und dann die Mode: »Das Zeug liegt zwar massenhaft in den Regalen, aber so häßlich, daß es keiner anziehen will. Schicke Pullis oder Jeans gibt es nur im Exquisit-Laden...«

Neineinein, so profan, so »materialistisch« können deutsche Brüder und Schwestern nicht sein. Sie sind einer schändlichen Diktatur entronnen, ihrem Gewissen gefolgt, dürstend nach Freiheit; ihre Flucht ist Anklage. Und wenn sie, durch kommunistische Zwangserziehung und das ZDF-Werbefernsehen dem deutschen Wesen doch geringfügig (aber nur vorübergehend) entfremdet, freimütig den Wunsch nach schickeren Pullis, schnelleren Autos und weiteren Reisen als Grund für die Übersiedlung bekennen, muß der Bundeskanzler sie sogleich moralisch aufrüsten: Wage keiner, von »Wirtschaftsflüchtlingen« zu sprechen, denn auch das Streben nach Wohlstand sei »ein Menschenrecht«. Was natürlich nichts für die »Ausländerproblematik« und die vor dem Hungertod geflohenen »Scheinasylanten« besagt – der Kanzler sprach von deutschen Menschen, nicht von Kanaken. Rassismus pur.

Keiner widerspricht, alle sind dabei. Seit dem Bau der Mauer ist über die DDR nicht so einstimmig bösartig geredet worden wie in diesen Herbsttagen 1989. Bei Bildausfall könnte man nicht mehr sagen, wen man gerade hört – den sozialliberalen Wetterkarten-Onkel oder den Vorsitzenden der schlesischen Landsmannschaft, Schönhuber oder die Talkshow-Modistin, die einst den knieenden Willy umschwärmte, den Verehrer von Tucholsky oder den Verleger von Konsalik. Sie kennen keine Parteien mehr, sie kennen nur noch Brüder und Schwestern. Fällt der Name Honecker, verfestigt sich die Gemeinsamkeit der Demokraten zur Verschworenheit der Volksgemeinschaft.

Warum? Warum gerade jetzt? Geht es den DDR-Bürgern heute schlechter als vor Jahren? Im Gegenteil. Ist Stalin in Berlin/Ost auferstanden? Nicht daß ich wüßte. Werden die Knäste mit Oppositionellen gefüllt? Die Zahl politischer Häftlinge ist kleiner denn je. Werden Kirchen abgerissen? Leider nein. Alles Böse, was sich über die DDR sagen läßt, hätte sich mit mehr Recht sagen lassen, als die sozialliberale Bundesregierung den zweiten deutschen Staat anerkannte. Und doch wird erst heute wieder vom Generalsekretär der CDU ein »Verräter« genannt, wer noch mit den »Unterdrückern« redet. Warum?

Weil sie den Mantel Gottes durch die Geschichte rauschen hören und den Zipfel erwischen wollen. Polen ist offen, Ungarn, die Sowjetunion auch. Drum Koppel umgeschnallt, Gott mit uns bzw. Jesus lebt, auf zum dritten Ritt nach Osten, zur doppelten Revanche für Stalingrad: Die deutsche Bourgeoisie kriegt, was sie immer wollte, die Töchter und Söhne schütteln die Schuld der Väter ab, indem sie, die Besseren im Troß der Stärkeren, die Freiheit bringen; Schuldgefühle gegenüber Kommunisten beseitigt man am einfachsten dadurch, daß man die Kommunisten beseitigt. (Nach dem Rezept des von einem Bettler angeflehten Reichen, der, den Tränen nahe, seinen Diener bittet: Schmeiß den Kerl raus – er bricht mir das Herz!)

Jesus lebt, und er schnurrt auch wieder, Gott sei dank. Ob aber auch Marx wirklich so mausetot ist, wie der Herz-Jesu-Marxist Blüm sich das wünscht, und der Marxismus-Leninismus, »die Schande unserer Zeit« (»FAZ«), endgültig

ausgemerzt? Der Schaum vor den Mündern der Redner, die fein genug erzogen sind, über Tote nichts Schlechtes zu sagen, verrät, daß sie Gründe haben, die Nachricht vom Tod ein wenig übertreiben zu sollen.

Einer davon, und der ihnen peinlichste, ist die DDR, das heißt: die störrische Führung der SED, die sich, entgegen der sonst bei Kommunisten so beliebten Salami-Taktik, kein Scheibchen vom ungarischen Vorbild abschneiden will. (Daß sie auch sonst sich nicht bewegt, in entgegengesetzter Richtung, wäre ein Thema unter Kommunisten und gehört also nicht hierher.) Unter den Staaten des Warschauer Pakts ist die DDR der ökonomisch erfolgreichste und, nach der Sowjetunion, der politisch gewichtigste. Gelänge es der SED, bis zur absehbaren Pleite der polnischen und ungarischen Abenteuer durchzuhalten, könnte ihr Beispiel die Realisierung des Konkursgewinns gefährden, auf den die Investoren spekulieren. Schlösse sie sich hingegen dem gelobten und geforderten Trend an, gäbe es kein Zurück, für niemand.

Deshalb die Eile – jetzt (oder vielleicht nie) muß die SED in die Knie! – , deshalb die Hektik, der Geifer, die Erhebung des Wunschs nach schicken Pullis in den Rang eines Menschenrechts. Es sind, beim Barte seines Propheten, nicht die besonderen Schönheiten ihres realen Sozialismus, die der DDR jetzt eine historische Mission zuweisen; es sind Mauer und Stacheldraht, es ist das real existierende Hindernis für den Endsieg »unserer Ideen, europa- und weltweit«.

Steht anderes im Weg? Vielleicht die Erinnerung der Westmächte an ihre Erfahrungen mit deutschen Siegern; gewiß nicht eine bundesdeutsche Opposition, die in der Lage oder auch nur willens wäre, den Griff ihrer Landsleute zur Weltmacht zu vereiteln. Was einmal Linke oder neue Linke hieß, hat längst die Vorzüge des vormals »Schweinesystems« entdeckt und daß, wer jetzt kein Haus kauft, vielleicht keines mehr kriegt. Die Deutschen sind ein pünktliches Volk. Den Anschluß ans Vaterland haben sie noch nie verpaßt.

konkret 10/89, S. 10

Oliver Tolmein

Heiner im Eimer

Den gereiften Achtundsechzigern bleibt wirklich nichts erspart: Erst haben sie den Räten nicht alle Macht geben und Springer nicht enteignen dürfen, später verbot man ihnen den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, und jetzt hat man ihnen auch noch ihren Heiner Geißler weggenommen. Der alternative Christdemokrat, von den ökoliberalen Modernisierern als künftiger Partner ausersehen, wird von Helmut Kohl und seiner Partei der weltweit siegreichen Ideen nicht mehr gebraucht

»Ein paar Wegweiser hätten die Christdemokraten wohl gebraucht. Der Parteichef stellte keine auf«; »Kohl geht ohne inhaltliche und personelle Alternativen in die nächsten Wahlkämpfe«; »Nicht gründliche Bestandsaufnahme, energische Programmrevision oder kritisches Nachdenken, sondern diese kurzatmige Perspektive wird ... langfristig zum Schaden der CDU auch deren Bremer Parteitag prägen«; »Die CDU ist zunehmend zu einem Karriereverein verkommen, die Entmachtung von Geißler reißt diese Ideenlücke nur noch weiter auf«; »Die Abschaffe von Geißler bedeutet weniger einen Kurswechsel als den Verzicht darauf, überhaupt einen Kurs zu suchen, der der neuen Situation Rechnung trägt.«

Die Enttäuschung über Geißlers Sturz ist den Liberalen von der »Frankfurter Rundschau« ebenso anzumerken wie den Libertären von der »Tageszeitung«; die linke »Volkszeitung« zerbricht sich den Kopf der CDU ebenso wie der alternative »Pflasterstrand« oder der halbamtliche Realo-Anzeiger »Kommune«. Während in den Reihen der christlichen DemokratInnen die Empörung über Kohls Coup schnell abklang, alle Pläne, einen internen Machtkampf zu inszenieren, längst verworfen waren, klagten die liberalen und die alternativen »Modernisierer« über den großen Verlust, den nicht nur die CDU erlitten habe. Im Augenblick der Niederlage flackerte noch einmal hell wie nie das Leuchtfeuer Geißler auf: Orientierungspunkt für Bündnispartner und neue ideologische Ufer suchende Linksliberale und Alternative.

»Ein Heiliger ist Heiner Geißler nicht, wahrlich. Aber es geht nicht um Geißler allein. Verlieren könnten neben ihm alle diejenigen, denen ein Wettstreit um die wirklichen Probleme und die Liberalität der Republik am Herzen liegt, nicht nur das Lippenbekenntnis dazu«, kommentierte stellvertretend für den sozialliberalen Flügel der Bundespressekonferenz Gunter Hofmann in der »Zeit«; »Heiner Geißler gehört zu denen, die früh schon für eine neue Reflexivität der Politik eintraten«, lobte der ehemalige Spontiradikale und heutige Ökolibertäre Thomas Schmid und beschwor vor den LeserInnen der »taz« eine Vision, in der Geißler »zum Organisator einer oppositionellen Strömung in der Christdemokratie« wird. »Lafontaine und/oder Vogel gegen Kohl et al: das wäre zu einfach, das würde eine immer noch in ungute Traditionen eingeklemmte SPD illegitimerweise ins Recht setzen. Und es müßte den Jesuiten, den Überzeugungstäter und den Moralisten Heiner Geißler doch reizen, mit zeitgemäßen Argumenten gegen den Hang linker Parteien zur Selbstgerechtigkeit, zur Blauäuigkeit und zum Messen mit zweierlei Maß zu Felde zu ziehen«.

Daß die CDU sich »von ihrem Kanzler emanzipieren könnte«, wünscht sich am gleichen Tag auch der »taz«-Kommentator Max Thomas Mehr und halluziniert eine, ihm schrecklich-schön erscheinende Variante, die mit der Schmidschen eins gemeinsam hat – das Ende der »unguten Traditionen«, sprich: der Arbeiterbewegung: »Dann könnte 1990 eine Nach-Kohl Ära beginnen, in der sich ein Block der Mitte, bestehend aus dem modernistischen Teil der Union um Blüm, Süßmuth, Geißler, Fink, mit der Lafontaine-SPD die Macht (teilen und) mit gesicherteren Mehrheitsverhältnissen in den 90er Jahren den Umbau der Industriegesellschaft angehen.«

Vom Umbau der Industriegesellschaft war allerdings im letzten Rechenschaftsbericht des von alternativer Seite so umworbenen Generalsekretärs wenig zu hören, und auch der Beitrag zum Wettstreit um die wirklichen Probleme der Republik fiel aus. Stattdessen sinnierte Heiner Geißler – und damit begab er sich nicht in den Wettstreit mit Helmut Kohl, sondern bewarb sich erneut für dessen Team, wenn auch für eine weniger wichtige Funktion – über die Bedeutung des »C« im Namen seiner Volkspartei. Das führte ihn zur Erkenntnis, daß »Solidarität mit der Natur« vonnöten und die Würde des Menschen in Gott begründet sei. Seine weniger besinnlichen Attacken richteten sich nicht gegen den Vorsitzenden, der ihn abserviert hatte, sondern gegen die SPD, die mit Sicherheitspartnerschaft die Unterstützung totalitärer Regimes meine, gegen den Weltkommunismus, der die Auseinandersetzung mit den freiheitlichen Konzepten der westlichen Nationen verloren habe, und gegen die Chaoten, die ihn vor Jahren an der Universität Göttingen hindern wollten, eine Veranstaltung durchzuführen. Auch Geißlers Absage an die »Republikaner« fiel nicht schärfer aus, als in der Unionspartei gerade tagesüblich – er zitierte den Abgrenzungsbeschluß des Parteipräsidiums vom 3. Juli, in dem die Absage an die Kommunisten, die Grünen und die AL noch vor der an die Rechtsextremisten steht.

»Ohne das christliche Menschenbild als Fundament unserer Politik hätte die CDU nicht die innere Kraft gefunden, gegen alle innen- und außenpolitischen Widerstände der kommunistischen Ideologie und Propaganda in den vier Jahrzehnten nach dem Krieg fast als einzige Partei die Ideale der Freiheit und der Demokratie hochzuhalten« – auch Heiner Geißlers Rechenschaftsbericht an diesem Montag steht, wie alle Reden, die in diesen Tagen in Bremen gehalten werden, unausgesprochen unter der alten, jetzt ganz aktuell klingenden Überschrift »Freiheit oder Sozialismus«: »Die deutsche Frage ist eine Freiheitsfrage... Wenn wir in Osteuropa freiheitliche Demokratien haben, dann können auch Schlesier, Pommern und Ostpreußen wieder in ihre Heimat zurückkehren«.

Wen interessiert da noch die »neue soziale Frage«, deren Erfindung Heiner Geißler groß gemacht hat: Was da noch offen ist, kann, weil die Antworten zumindest theoretisch etabliert sind und es der Volksgemeinschaft gerade gut geht, vorerst offen bleiben. Mitte der siebziger bis Ende der achtziger Jahre schien es noch nötig, dem gesellschaftskritischen Diskurs der 68er durch die Integration des politischen Mittelbaus dieser Generation und seiner politischen Ideen den systemfeindlichen Schwung zu nehmen und in eine Modernisierungsoffensive umzulenken. Die »neue soziale Frage« gestand die Existenz von Armut auch im Wohlfahrtsstaat BRD zwar ein, aber nur um daraus eine Kritik an den *etablierten* und organisierten gesellschaftlichen Kräften, vor allem den Gewerkschaften, zu entwickeln, die die Interessen von Arbeitsplatzbesitzern gegen die Arbeitslosen und die »neuen Randgruppen« verträten.

Daß die Formulierung der »neuen sozialen Frage« bloß ein ideologischer Trick war, gab Geißler gern zu: »Allemal gilt, daß wer Begriffe und Gedanken bestimmt, auch Macht über die Menschen hat. Denn nicht die Taten sind es, die Menschen bewegen, sondern die Worte über Taten«, umriß der Generalsekretär sein Politikverständnis. Mit dem Abschied von der »alten« und dem Aufwerfen der »neuen sozialen Frage« ließen sich eine Beschneidung gewerkschaftlicher Rechte, die schleichende Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses durch Flexibilisierung und der Umbau des Sozialstaates, der stets ein Leistungs-Abbau war, vorantreiben. Wer, wie Gunter Hofmann in der »Zeit«, lobt, daß sich die CDU durch Geißler »den einfachen Botschaften des rabiaten Neokonservativismus widersetzte, wie er andernorts Mode wurde«, blendet die gesellschaftlichen Verhältnisse, vor allem die Schwäche der traditionellen Arbeiterbewegung und der neuen Linken, die einen rabiateren Kurs unnötig machten, aus, verkennt auch, daß die Modernisierungsstrategie, wie sie in der BRD praktiziert wird, ihr aggressives Potential vornehmlich nach außen richtet.

Heiner Geißler hat seinen Krieg gegen die Linke, die sich heute bestenfalls noch aus uneingestandener Nostalgie als solche begreift, gewonnen – und für sich persönlich damit einen Pyrrhus-Sieg errungen. Der insbesondere seit der letzten Bundestagswahl in alternativen und linksliberalen Kreisen zu beobachtende Kurzschluß, daß, wer »weiche« Themen besetzt und nicht leidenschaftlich Tag für Tag auf der Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 beharrt, schon zum fortschrittlichen Lager zu zählen sei, hat in deutschen Schädeln etliche Sicherungen durchbrennen lassen. Da gilt auch noch als irgendwie links, wer feststellt, daß der Pazifismus Auschwitz erst möglich gemacht habe – weil das ja ein öffentliches Eingeständnis des Faktums ist, daß die Massenvernichtung von Juden tatsächlich stattgefunden hat.

»Eine 'dritte Modernisierung' der deutschen Rechten bestünde in einer Inkorporation von '1968' unter nicht nur propagandistischen Vorzeichen. Große Teile der Antiautoritären von 68 waren heute bereit, zwar nicht die Kohlsche Karikatur der 'Kanzlerdemokratie', wohl aber die Grundentscheidung der Adenauerschen Bundesrepublik zu akzeptieren«, lautete das vom Politologieprofessor Claus Leggewie in Worte gefaßte Angebot der gereiften 68er an die »CDU-Modernisierer«. An der Nachfrage freilich fehlt es – spätestens seit der Westberliner Wahl.

»Die Berliner CDU hat für den großstädtischen Bereich überzeugende Konzepte entworfen und zum Teil auch schon realisiert, zum Beispiel technische Innovationszentren und moderne Formen subsidiarer Hilfe in der Sozialpolitik«, freute sich, Wochen vor der Wahl, Heiner Geißler und erhob die CDU-Politik in der geteilten Stadt zum »Modell für die Gesamtpartei«. Das »Modell« wurde ein Flop. Während die Alternativen, bei aller Sympathien für Geißlers Kofferträger Fink und dessen StaatskneteTöpfe, das Kreuz doch nicht am rechten Fleck machen mochten, zumal technische Innovationszentren und moderne Formen subsidiarer Hilfe in der Sozialpolitik auch vom rot-grünen Gespann versprochen waren, erwiesen sich die Rechtsextremen als bereit zum Absprung: Die »Republikaner« kassierten nationalistische Stimmen ab.

Das Auszählen kann im Kanzleramt nicht schwergefallen sein: potentielle Stimmen aus dem Alternativmilieu gegen Stimmverluste rechts, Imageeinbußen, wenn der Eindruck entstünde, man akzeptiere Fremde als gleichwertige Menschen gegen die Medienschelte, wenn man versuchte, mit der Rechten extremistisch mitzuhalten. .. Das Risiko, das Helmut Kohl mit seinem Entschluß einging, den Generalsekretär abzuservieren, erwies sich als gering: Es gibt im Nachfolgestaat des Deutschen Reiches allemal mehr Leser der »Nationalzeitung« als LeserInnen der »taz« und mehr Stammtische als Alternativbetriebe. Die zeitgeistmäßig aufgeklärte Öffentlichkeit mit ihrer verbissenen, aber zuverlässigen Bereitschaft, jedes Übel, solange es nur kleiner ist, zu akzeptieren, würde, da konnte sich Kohl sicher sein, sich auch künftig mit einem stellvertretenden CDU-Bundesvorsitzenden Geißler als Ansprechpartner und Hoffnungsträger begnügen. Die Rechte dagegen würde kompromißlos bleiben.

Nur für eine kurze Anstandsfrist rümpfte das Milieu bedenklich die Nase. Die Einschätzung von Geißlers Sturz und der Gedanke an Konsequenzen fielen schwer. Vieles mußte bedacht und abgewogen werden: Geissler hat, oft genug hat mans betont, die Partei entscheidend geprägt, er muß also in der modernisierten Union über eine starke Basis verfügen; er zählt zum »linken« Flügel, also muß ihn der »rechte« Flügel gestürzt haben; der rechte Flügel darf andererseits nicht zu rechts sein, weil man einem antifaschistischen Reflex keinesfalls folgen will, wo sich die Verhältnisse hierzulande doch gerade normalisiert haben, also keine ernsthafte Gefahr droht. Entsprechend gewunden klang das Ergebnis der Überlegungen. Fehlte vor dem Parteitag in kaum einem Beitrag der alternativen Modernisierungs-Anhänger der Hinweis auf eine drohende Spaltung der Union (eine Fehleinschätzung, die nach dem vergleichsweise miserablen Wahlergebnis Geißlers

zum stellvertretenden Unionsvorsitzenden und den verheerenden Niederlagen von Fink und Späth mit Stillschweigen übergangen wurde), so kamen die alternativen CDU-Analytiker anschließend einhellig zu der Erkenntnis, daß in Wirklichkeit garnicht Geißler gestürzt worden war: »Aus Kohls Sicht war Geißlers Sturz ein Akt der Notwehr. Denn wir könnten die Geschichte dieses Sommerlochs einmal ganz anders lesen: als endgültiges Ende Kohls«, schlug Claus Leggewie vor.

Ergiebiger ist es da wohl, solche »Analysen« einmal ganz anders zu lesen: als Notenblätter fürs laute Pfeifen im finsteren Wald. »Dieser Parteitag hat die Debatte um die Zukunft der CDU ersteinmal ausgesetzt«, behauptet Klaus Hartung, weil er eine Rechtsentwicklung nicht als Thema des künftigen »Diskurses«anerkennen mag. Der alternative CDU-Experte Peter Grafe pflichtet ihm bei: »Mit der Nominierung Volker Rühes ist die Strategiedebatte der CDU vorerst vertagt«. Daß die Konservativen rechtsextreme Stimmen zurückholen wollen, beunruhigt ihn nicht, denn »die Republikaner... wurden aus vielfältiger Unzufriedenheit gewählt und nicht wegen identifizierbarer programmatischer Aussagen«. Auch Claus Leggewie sieht alles im Lot – die Normalisierung der deutschen Geschichte ist ein gutes Stück vorangekommen: »Die Gesteinsformation Deutschlands erscheint wieder unter der dünnen Grasnarbe Bundesrepublik, also das alte Fünf-Parteien-System mit den diversen Formationen der Rechten« – ein antifaschistischer Panikmacher, wer daran denkt, daß die Grasnarbe über braunem Morast gewachsen ist.

»Es gehört zu unserer Vorstellung von Freiheit, daß jeder Deutsche das Recht hat, sich einen Lebensstandard zu erarbeiten, der dem unseren entspricht. Die Teilung unseres Vaterlandes ist widernatürlich, weil es wider die Natur des Menschen ist, ihm Freiheit und Selbstbestimmung zu verweigern. Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland – das ist kein altmodischer Spruch, sondern eine Aussage, der die Zukunft gehört. Dazu bekennen wir uns! Und darum wird es auch in den Auseinandersetzungen gehen, die vor uns liegen. In einer Zeit, in der sich – bei uns und in aller Welt – vieles schnell verändert, müssen wir Kurs halten. Wer, wenn nicht wir, ist dazu eigentlich in der Lage? Wir sind die führende politische Kraft in diesem Lande. Es sind unsere Ideen, die sich auf unserem Kontinent und weltweit durchsetzen.«

Wo Kohl recht hat, hat er recht. Und wer wollte von ihm und seiner Partei jetzt, da realpolitisch denkbar erscheint, daß die normativen Grundsätze konservativer Deutschlandpolitik operativ umsetzbar werden, verlangen, daß er noch irgendwelche Rücksichten aufs alternative Gemüt nimmt, das alles gern etwas behutsamer, vorsichtiger und »weicher« angehen möchte. Auf eine Erkenntnis seines Ex-Generalsekretärs kann er sich schließlich verlassen: »Die Deutschen sind ein großartiges Volk, wenn sie die richtige politische Führung haben.«

konkret 10/89, S. 12

Termine

30. September, 11 Uhr, Frankfurt, Hufnagelstraße: Antifaschistische Demonstration zum Gedenken an Günter Sare, der vor vier Jahren bei einer Anti-NPD-Demonstration von einem Polizeiwasserwerfer überrollt und getötet wurde.

6. Oktober, 20 Uhr, Stuttgart-Wangen, Theaterhaus: Gründungsversammlung der Bunten Hilfe Stuttgart. Es sprechen Dieter Hummel vom Bundesvorstand des Vereins demokratischer JuristInnen, ein Vertreter der Bunten Hilfe Darmstadt und ein Mitglied des Stuttgarter Initiativkreises.

13./14. Oktober, Frankfurt, Universität: »Herbert Marcuse – eine politische Arbeitstagung«. Weitere Informationen und Anmeldung bei »links«, c/o Sozialistisches Büro, 069 – 88 50 06.

20. bis 22. Oktober, Frankfurt: Kongreß Erneuerung. Der Kongreß soll einen Beitrag zur linken Strategieentwicklung, zur

Marxismusdiskussion und zur Erneuerung der DKP liefern. Herzstück des Kongresses, zu dem 2.200 UnterzeichnerInnen aufrufen, sollen Arbeitsgruppen zu 15 Schwerpunktthemen, von der Geschichte der KommunistInnen über die Aktualität `des Imperialismus bis zum Projekt Rot-Grün, werden. Die Einladung zur Teilnahme am Kongreß geht an alle Linken. Die Anmeldung zum Kongreß erfolgt über das Kongreßbüro, Hamburger Allee 52 h, 6 Frankfurt 90. Dort sind auch nähere Informationen zu bekommen.

24. Oktober, 9 Uhr, Oberlandesgericht Düsseldorf, Sonderbau Tannenstraße: Eröffnung des 129a-Prozesses gegen KurdInnen. Dieses Verfahren gegen 19 angebliche PKK-Mitglieder, die eine »terroristische Vereinigung« gegründet haben sollen, ist das bisher größte 129a-Verfahren in der BRD (nähere Informationen KONKRET 9/89).

konkret 10/89, S. 14

Detlef zum Winkel

Schwarze Messen

Die »Christliche Internationale«, zu deren Gründung Norbert Blüm während seiner Pilger-Reise durch Polen aufrief, hat an Ort und Stelle rasch Konturen gewonnen – wie die antisemitischen Sottisen des polnischen Kardinals Glemp, am Tage, da er den bundesdeutschen Arbeitsminister empfing, zeigen

Was mag es bei Walesas zu trinken gegeben haben? Norbert Blüm wirkte angeheitert, als er in einer Stadt, deren Namen er ebensowenig korrekt auszusprechen vermag wie den seines Gastgebers, nach beifallträchtigen Phrasen suchte. »Marx ist tot, Jesus lebt«, gab er zum besten, und das freundliche Echo seiner Zuhörer animierte ihn, ihnen den Titel »liebe Landsleute« zu verleihen. Prima wurde die Stimmung, als er zur Bildung einer »Christlichen Internationale« aufrief. Lech Walesa war auch nicht schlecht drauf an jenem Sonntag, dem 27. August, vor dem Gemeindehaus der Brigittenkirche in Gdansk. »Ich fühle mich wie ein Gewichtheber: Wenn sich eine Fliege auf meinen Arm setzt, fällt die Last herunter. Ich darf nicht einmal lachen.« Der Kumpel aus Bonn versprach mitzustemmen. Die Unterhaltung der beiden soll sich um die Eröffnung westdeutscher Bankfilialen in polnischen Städten gedreht haben. Dort würden die Polen ihre Rücklagen in harter Währung – geschätzte 1,5 bis 5 Milliarden Dollar – einzahlen, die sie einstweilen nur ihren Sparstrümpfen anvertrauen, um sie vor kommunistischem Zugriff zu schützen.

An den Vortagen war der Bonner Minister mit dem Primas des polnischen Episkopats, Kardinal Jozef Glemp, und dem frischgewählten Premier Tadeusz Mazowiecki zusammengetroffen. In seinen eigenen Worten wird der Hauch der Geschichte spürbar: Als zweiter westlicher Politiker nach US-Senator Dole hatte er dem ersten nicht-kommunistischen Ministerpräsidenten des Warschauer Pakts die Hand geschüttelt! Blüm war zufrieden: »Hiermit ist der Wahlkampf eröffnet«, sagte er in Gdansk. Denn am I . Oktober werden in Nordrhein-Westfalen neue Kommunalparlamente gewählt. Dafür, so glaubte der Vorsitzende dieses CDU-Landesverbands, habe sich die Pilgerfahrt zur Schwarzen Madonna nach Tschenstochau gelohnt. Als solche hatte er die Reise angekündigt und gemeinsam mit den BRD-Bischöfen Kardinal Franz Hengsbach und Josef Homeyer unternommen. Stilvoll. Zur Messe für die Schutzpatronin der polnischen Katholiken, bei der sich Blüm unter die 100.000 Gläubigen mischte, notierte die Inlandspresse am Wochenanfang, wenn sie überhaupt etwas darüber meldete, Kardinal Glemp habe in seiner Predigt »in Zusammenhang mit dem umstrittenen Karmeliterinnen-Kloster bei dem ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz verlangt, die Juden dürften die Polen nicht von oben herab betrachten und unerträgliche Bedingungen stellen.«

Nun stemmt der Norbert mit, aber wieder einmal will niemand zuschauen. Daß er unbeobachtet bleibt, ist im Moment sogar sein dringendstes Interesse. Wir aber, wenn wir uns als (Schmeiß-)Fliege auf seinen Bizeps setzen, wissen sehr gut, daß nichts fallen wird, weil es allzu viele hilfreiche Hände gibt für den Populisten aus Kohls Kabinett. Wer denkt schon Böses bei der Ulknummer aus Rüsselsheim, dem Träger zahlreicher Orden wider den tierischen Ernst, dem sicheren Lacherfolg in Rudis Tagesshow? Sachte bugsierten ihn die Medien aus der Gefahrenzone. Als man erfuhr, was auf jener schwarzen Messe am 26.8.89 in Tschenstochau zelebriert worden war, wurden Blüms Name, Blüms Reise, die ja eine Pilgerfahrt eben dorthin gewesen war, schon nicht mehr genannt.

Und man erfuhr es hierzulande erst allmählich, in den bekannten kleinen Dosen, die das Erkennen erst ermöglichen, wenn es für das politische Tagesgeschäft nicht mehr interessant ist. Am 31 .8. klärte die »taz« über ein seltsames Phänomen auf: Polens Kirche befinde sich zur Zeit in einer schwierigen Situation. »Kardinal Glemp versucht mit seinem Beraterkreis mit aller Kraft, nach der politischen Öffnung in Polen einem drohenden Machtverlust entgegenzuwirken.« Deshalb schüre er im Konflikt um das Karmeliterinnen-Kloster antisemitische Ressentiments. Demnach wirkt sich der gesellschaftliche und politische Triumph der bekennenden Christen von Solidarnosc nicht zugunsten ihrer Kirche aus, sondern er geht auf deren Kosten, weshalb Glemp eine verzweifelte Flucht nach vorn antritt. Für die »taz« war es am wichtigsten festzustellen, daß sich die Zeitung von Solidarnosc, »Gazeta Wyborcza«, zum ersten Mal »öffentlich und heftig« von Glemp distanzierte. »Unter Polens katholischer Intelligenz jedenfalls gärt es nun gewaltig.« Na also.

Die »Frankfurter Rundschau« bequemte sich erst nach einer Woche, über den Eklat zu berichten und Auszüge aus der Glemp-Predigt zu drucken. Der »Spiegel« gab am 4.9. eine Zusammenfassung des »Auschwitz-Streits zwischen Juden und Katholiken«. Nirgendwo eine Erwähnung Blüms, nirgendwo eine Reflexion darüber, daß das Bonner Regierungsmitglied am gleichen Tag von Glemp empfangen worden war, an dem dieser seine neualten Zeichen gesetzt hatte. Dabei wäre es doch interessant zu wissen, was die beiden auf dem Fest der Muttergottes austauschten. Schließlich ist es alles andere als abwegig zu unterstellen, daß man sich über die Perspektiven einer christlichen Internationale unterhalten hat. Und es ist sogar wahrscheinlich anzunehmen, daß die Stimmungskanone Blüm am nächsten Tag in Gdansk weniger unter Alkoholeinfluß stand, sondern noch ganz mitgerissen war vom religiösen Taumel in Tschenstochau.

Der »FAZ« (30.8.) allerdings scheint aufgefallen zu sein, daß sich aus den Stationen der Ministerreise heikle politische Schlußfolgerungen ergeben müssen. Gewagte Worte habe der polnische Primas gebraucht, und *betreten* hätten die deutschen Bischöfe und der Bundesarbeitsminister zugehört. Die versuchte Schadensbegrenzung war zwar erfolgreich –

niemand hat eine Nachfrage gestellt – , kann aber kaum überzeugen. Wer nach antisemitischen Ausfällen, die von jüdischen Kreisen als Goebbels-Rede oder Stürmer-Stil charakterisiert werden, den prompten Wunsch äußert, die reaktionäre polnische Mobilisierung möge die Grenzen überschreiten und zum Beispiel für andere, zur Ermunterung für deutsche Christenmenschen werden, der gilt zu Unrecht als Bollwerk gegen die Schönhuberisierung der CDU. Blüm hat sich als guter Republikaner eingeführt. Hätte er nicht vor Jahren einmal sehr treffende Worte auf seinen Parteifreund Dregger gemünzt – die deutschen Soldaten, die an der Ostfront bis zur letzten Minute kämpften, hätten nicht die Heimat geschützt, sondern bewirkt, daß die Krematorien der KZs bis zuletzt brannten – , mir würden wahrlich noch andere Termini für ein solches Verhalten einfallen.

Vordergründig geht es den polnischen Kirchenherren um vierzehn Nonnen, die 1984 ein Sühnekloster in Oswiecim (Auschwitz) gründeten, um für die Seelen der Ermordeten zu beten. Dafür wählten sie ein Gebäude an der Mauer des ehemaligen Konzentrationslagers, in dem früher das Gift Zyklon B gelagert worden war. Mit der Zeit ließ sich die Doppeldeutigkeit des religiösen Dienstes nicht unterdrücken: Sie liegt im katholischen Dogma selbst begründet, das bis heute vom »Verrat« des jüdischen Volkes an Gott ausgeht. In diesem Begriff kann man noch Spuren jener mittelalterlichen Lehre erkennen, die die Juden anklagte, den Gottessohn auf dem Gewissen zu haben, Spuren, die Claude Lanzmanns Film »Shoah« in polnischen Dörfern bloßlegte. Das Karmel-Kloster kann also auch als Evangelisation des Ortes verstanden werden – die Schwestern bitten um Gnade für die Ungläubigen. Äußerungen der Katholiken von Oswiecim nährten diese Interpretation, durch die sich die Juden beleidigt fühlen müssen.

1987 brachten französische Kardinäle in Genf eine Vereinbarung zwischen Vertretern des Jüdischen Weltkongresses und Kardinal Macharski zustande, der als Erzbischof von Katowice für Oswiecim zuständig ist. Das Abkommen sah eine Verlegung des Klosters in größere Entfernung vom Lagergelände bis Anfang dieses Jahres vor. Im Februar einigte man sich nochmals auf einen Aufschub von fünf Monaten. Als im Juli immer noch keine Anstalten zu erkennen waren, eine Umquartierung in Angriff zu nehmen, protestierte eine kleine Gruppe New Yorker Juden medienwirksam in Auschwitz. Daraufhin stellten Macharski und Glemp die Genfer Vereinbarung infrage, und der Papst ließ in einer Audienz Sätze über die »Treulosigkeit« der Juden fallen. Ob die Protestaktion die polnische Volksseele wirklich so erregte, wie jetzt behauptet wird, kann man kaum einschätzen. Sicher ist, daß Glemp die alljährliche Massenkundgebung in Tschenstochau nutzte, um sie aufzubringen.

»Vor kurzem hat eine Abteilung von sieben Juden aus New York das Kloster überfallen. Es kam nicht zum Mord an den Schwestern oder zur Zerstörung des Klosters, denn sie wurden aufgehalten. Aber nennt die Angreifer nicht auch noch Helden.« Chomeiny ist tot, Glemp lebt. Dem unglaublichen Satz schickte er die wohlüberlegte Warnung vorweg, die »verehrten Juden« sollten nicht »die Gefühle aller Polen verletzen, unsere mit soviel Mühe errungene Souveränität«. Das faschistische Muster dieser Wendung liegt darin, das eigene Ressentiment gar nicht zu leugnen, sondern möglichst gequält die Anstrengung zur Schau zu stellen, die seine Unterdrückung erfordert. Umso leidenschaftlicher bricht das Ressentiment hervor, wenn ihm am Ende freier Lauf gegeben wird. Schönhuber und Le Pen bedienen sich dieser Methode, Glemp nutzt sie für seine These, jüdischer Antipolonismus bringe den polnischen Antisemitismus erst hervor. Mit dieser Version werden die Antisemiten aller Länder einverstanden sein. Die christliche Internationale gewinnt schnell Konturen.

Offenherzig schien der Primas zu predigen, gerecht Kritik und Tadel zu verteilen: »Gab es in Polen Abneigung und Ausschreitungen gegen Juden? Die gab es. Gab es in Polen geschäftstüchtige Juden, die die Polen mißachteten und nicht ernst nahmen? Die gab es. Gab es während der Besatzung jüdische Kollaborateure, die nicht das Heldentum der Verteidiger des Ghettos erreichten? Die gab es. Gab es in Polen Zeiten, in denen man die Opfer und Leiden der Juden verschwieg? Die gab es. Gab es Polen, die die Rettung von Juden mit ihrem Leben bezahlten? Die gab es.« Aber waren es katholische Bischöfe? Gerade die Wahrheit dieses letzten Satzes zu mißbrauchen, um in der gleichen Packung antisemitische Tiraden zu transportieren, ist infam. Ein Kardinal glaubt, fünfzig Jahre nach Kriegsanfang über »jüdische Kollaborateure« reden zu müssen, über seine Kirche jedoch schweigen zu können. Wovon mag er denn, christlich gesehen, besessen sein? Betet, ihr Karmel-Schwestern, auch um die Seele eures Hirten.

Weil Antisemitismus ohne Antikommunismus immer etwas Unvollendetes an sich hat, nehmen wir noch den Angriff auf Rosa Luxemburg u.a. zur Kenntnis: »Neben dem Kneipenwirt, der die Bauern betrunken machte, neben den Juden, die Kommunismus verbreiteten, gab es unter den Israeliten Leute, die ihr Talent und ihr Leben für Polen gaben.« Und auch dem ersten Aspekt widerspricht kein Pole. Keiner hat den Mut zu bekennen, was doch auch hierzulande unübersehbar ist, daß polnischer Männerdurst authentisch ist und keiner heimtückischen Verführung bedarf. Zeitungsberichten ist zu entnehmen, daß die Menge »an den geschmacklosesten Stellen am lautesten geklatscht« habe.

Dürfen wir uns da einmischen? »Jetzt haben wir den Krieg der Opfer«, sagte ein polnischer Pater dem »Spiegel«. »Und Hitler lacht.« Daß man das Thema lieber meiden solle, war die überwiegende Meinung auf einem Symposium polnischer und westdeutscher Historiker am 29./30. August in Frankfurt. Zu groß sei die Versuchung der deutschen Seite, aus Opfern des Nationalsozialismus Täter zu konstruieren, wie man es schon mit Israel versucht habe. Der französische Publizist Marc Hillel hat im Frankfurter Römer nicht nur auf Glemp hingewiesen, sondern auch über das »Massaker an den

Überlebenden« gesprochen, ein Pogrom 1946 in Kielce, das gegen zurückgekehrte Juden verübt wurde, die man, da sie größtenteils aus der Sowjetunion kamen, mit Kommunisten gleichsetzte.

Polnische Referenten antworteten mit einem Dutzend ABERs. Einer von ihnen meinte die Zahlen der NS-Opfer »richtigstellen« zu müssen: Es seien nicht 3 Millionen polnische Juden ermordet worden, sondern 2,8 Millionen. Gefragt, was er damit ausdrücken wolle, bekam er einen roten Kopf.

Die westdeutschen Kollegen, geübte Liberale, traten irgendwie klüger auf. Und hatten ein dickeres Fell. Oberbürgermeister Hauff sprach ein paar einleitende Worte, die ich eigentlich ganz gut fand, ganz angemessen. Ich besorge mir eine Abschrift, werfe einen Blick hinein: Da ist Auschwitz durchgängig falsch geschrieben. Niemand wird nervös. »Ausschwitz«. An diesem Datum. In dieser Metropole. Mit ihrem Kulturanspruch. Veranstaltet von einem rosa-grünen Magistrat. Es ist ja auch so nebensächlich.

Sicherlich werden sich viele Mitbürger klammheimlich freuen. Die Polen sind auch nicht besser als wir. Das ist eine furchtbar oberflächliche Sichtweise. Denn warum werden die häßlichen Seiten des katholischen Polens heute so sichtbar? Die neue Mehrheit, die neuen Regierenden suchen die Kooperation mit der Bundesrepublik, mit ihrer Mehrheit und ihren Herrschenden. Deshalb sprechen sie von Versöhnung, von Verzeihung und bemühen sich, den Deutschen entgegenzukommen, so wie sie die Deutschen sehen. Glemp stellte, als er die »verehrten Juden« attackierte, das deutsch-polnische Verhältnis als vorbildlich dar. Ich glaube, er sprach im Grunde für den Pilger Blüm. Er dachte, der will das hören, der braucht das, der wird es bestimmt begeistert seinem Kanzler weitersagen. So ist nunmal das Bild dieser Bundesrepublik in der Welt, fünfzig Jahre nach Kriegsanfang.

konkret 10/89, S. 18

Was Walesa will

Konkret-Dokument

Auf seiner good will-Tour durch die Bundesrepublik Anfang September hat der polnische Arbeiter- und Gewerkschaftsführer sein Land und seine Leute der bundesdeutschen Wirtschaft zum Kauf angeboten. In Formulierungen, die es wert sind, auf die Nachwelt zu kommen – bieten sie doch die Quintessenz einer politischen Bewegung, der die Sympathien auch der bundesdeutschen Linken gehör(t)en. Aus diesem Grund dokumentiert KONKRET ein Interview mit Lech Walesa, das die ARD in der Sendung »Im Brennpunkt« (WDR) am 6. September 1989 ausstrahlte. Eingerahmt wurde es von einem Bericht über das Elend der Lodzer Bevölkerung und einem Gespräch mit Bundeswirtschaftsminister Haussmann, dessen erste Antwort wir ebenfalls abdrucken

Frage: *Willkommen in unserm Studio, Lech Walesa. Der Bericht aus Lodz ist bedrückend. Sieht es überall so schlecht in Polen aus?*

Walesa: Nein. Ich muß sagen, daß Sie diese Beispiele ein bißchen zusammengesucht haben. Natürlich geschieht das, und es gibt viele solche Fälle. Das ist es ja eben. Aber ich möchte dieses Problem ein bißchen breiter sehen. Ich möchte sagen, daß das System, in dem wir leben... wir kennen uns. Europa und die Welt haben uns die Effekte dieses Systems gezeigt. Aber wir versuchen, aus diesem System herauszukommen. Und wir sehen in Europa, daß es eine Chance gibt. Und wenn Europa das sieht, sollte Europa daran denken, daß das doch etwas war, was gegen unseren Willen geschehen ist. Daß das System nicht ein System war, das wir akzeptiert hätten. Und das wir jetzt eben ganz dringend den Wunsch haben, aus diesem System herauszukommen.

In diesem Film sind Zweifel geäußert worden, ob es die neue Regierung schafft. Haben Sie diese Zweifel auch?

Nein. Ich habe diese Zweifel nicht. Das Problem liegt einfach darin, daß jeder eigentlich weiß, warum das so gekommen ist. Und jeder wird sagen, daß das die Schuld des politischen Systems ist. Daß es das politische System gewesen ist, daß die Wirtschaft verdorben und kaputt gemacht hat. Die Wirtschaft, den Markt und uns alle kaputt gemacht hat. Wir müssen jetzt überlegen, ob dieses politische System sich auch verändert. Und sie müssen alle zugeben, daß es hier Veränderungen gibt. Daß wir sogar einen Premierminister haben, der aus der Solidarnosc kommt. Das ist ein Mann, der das verändern will. Ich sage hier ganz einfach, daß das System nicht länger leben kann. Das war vor kurzer Zeit noch gar nicht denkbar, daß man so etwas sagt. Und darauf stütze ich mein Bestreben, daß das politische System eben definitiv am Ende ist. Aber auf die wirtschaftlichen Auswirkungen muß man noch etwas warten, bis die kommen. Und vor allem muß man versuchen und anfangen, die Wirtschaft aufzubauen. Deshalb bin ich hier bei Ihnen, deshalb werde ich auch in andere Länder reisen, um darüber zu sprechen, daß wir in einem politischen Kampf selber den Sieg davongetragen haben. Aber im wirtschaftlichen Bereich werden wir alleine damit nicht fertig.

Es geht uns nicht um Kredite. Bei Ihnen gibt es dieses Gerücht, daß wir wieder Darlehen und Anleihen haben wollen. Aber wir sind nicht wegen Darlehen gekommen und wegen Krediten. Wir wollen Zusammenarbeit. Wir wollen alles, was schlecht war, beseitigen. Aber in der Wirtschaft kann man alleine überhaupt nichts tun. Computer kommen hier ins Spiel, neue Technologien, und da kann man sich nicht einfach etwas ausdenken. Man kann nicht darauf hoffen, daß man etwas Neues entdeckt. Wir müssen hier Zusammenarbeit haben. Und wir brauchen eine Zusammenarbeit, die für beide Seiten günstig sein wird. Wegen so einer Zusammenarbeit sind wir hierher gekommen, damit wir zusammenarbeiten, damit wir ein großes Geschäft machen können, denn sehen Sie, der Markt ist leer und deshalb kann man auf diesen Markt viele Dinge bringen. Aber wir müssen natürlich auch mehr arbeiten. So ist es, und wir werden auch mehr arbeiten, damit wir mehr haben.

Das Engagement der deutschen Wirtschaft geht Ihnen etwas zu langsam, so haben Sie es gestern gesagt. Was kann man denn bei Ihnen verdienen, wenn Sie gute Geschäfte anbieten?

Na, in jedem Bereich. In jedem Bereich, den Sie sich auswählen. Überall kann ich Ihnen den Beweis führen, daß Sie bei uns mehr verdienen als irgendwo anders. Wir können zum Beispiel den Bereich Hotelwesen nehmen. Ich nehme dieses Beispiel oft zur Hand. Sehen Sie, wie viele Leute von Ihnen wollen gerne nach Danzig fahren, nach Stettin oder sonst irgendwohin. Und wie viele von Ihnen sagen, es gibt keine anständigen Hotels. In Danzig selbst könnte man vielleicht mindestens in fünf Hotels wohnen. Und Sie müssen diese Hotels bauen, und Ihre Leute werden dort wohnen, und sie werden bei Ihnen das Geld bezahlen. In unserem Danzig werden sie Ihnen das Geld bezahlen. Das ist ein Beispiel, das ganz klar ist, das man schnell anführen kann. Aber es gibt auch die ganze Nahrungsmittelindustrie. Sie haben gehört, daß es bei uns diese Nahrungsmittel nicht gibt. Dabei ist Polen ein wunderschönes Land. Aber wir haben große Verluste erlitten, und erleiden sehr große Verluste, zum Beispiel, wenn wir die Dinge von einem Ort zum anderen befördern, bei der Verarbeitung. Bei uns brauchen wir nicht viel. Es ist nicht viel notwendig, um viel zu erreichen. In jedem Bereich kann ich Ihnen den Beweis antreten, daß es ein großes Geschäft gibt. Keine Verluste, kein Risiko, nur – es muß der Wille vorhanden sein. Man muß wirklich auf diesen Markt kommen, und dann kann man ein gutes Geschäft machen.

Was erwarten Sie konkret von der Bundesrepublik Deutschland ? Was erwarten Sie konkret von der Bundesregierung?

Ich bin nicht hierhergekommen, um hier etwas zu erhalten von Ihnen. Ich wollte hier einfach nur sagen, daß Polen Reformen durchführt. Und das wir an der Spitze stehen. Daß die polnischen Reformen außerordentlich tiefgreifend sind. Daß man für Polen und nicht nur für Polen etwas aus diesen Reformen machen kann. Und ich wollte sagen, daß es keine Gefühle sind, die mich leiten. Sie wohnen uns am nächsten. Es ist am billigsten, zu Ihnen zu kommen. Sie sind unsere Nachbarn, unsere direkten Nachbarn. Und deshalb wäre es am besten, mit Ihnen Geschäfte zu machen. Es wären die besten Geschäfte. Natürlich werden wir Geschäfte mit Japan, mit Frankreich, mit England, mit den USA machen. Aber wieviel weiter ist das. Wieviel teurer ist das alles. Natürlich wird es dort Leute geben, die bereit sein werden zu dieser Zusammenarbeit, denn wir werden den Beweis antreten, daß wir arbeiten können und daß dieses Geschäft wirklich sehr ehrlich und aufrichtig sein wird. Es ist eine ganz klare und einfache Wahrheit.

Es ist nicht wahr, daß unser Staat arm ist. Wir sind reicher als Ihr Staat, denn Sie haben doch vielleicht nur 20 Prozent in Staatshand, was Sie an Besitz haben, und unser Staat hat 95 Prozent des Besitzes. Boden, Fabriken und alles. Wenn mein Staat diesen Prozentsatz abgeben würde, der Gesellschaft, den privaten Leuten, dann könnte der Staat alle Schulden abzahlen und hätte trotzdem noch ein großes Plus an Einnahmen. Aber es gibt ein anderes Problem. Es gibt niemanden, der bereit wäre, das zu kaufen bei uns. Und deshalb kommen wir zu Ihnen und zu anderen und sagen Ihnen: Bei uns kann man alles kaufen, aber wir haben nicht das Geld dafür. Laßt uns das zusammen übernehmen, und wir werden arbeiten, und wir werden es dann Ihnen zurückzahlen. Mit so einfachen Worten kann man unsere Situation darstellen.

Ihr Wirtschaftsexperte hat den Westen zu Investitionen im Umfang von 10 Milliarden Dollar eingeladen. Ist die Reaktion des Westens bislang für Sie enttäuschend, wenn ich daran denke, daß der amerikanische Präsident 119 Millionen Dollar angeboten hat, von denen der amerikanische Kongreß erst 10 Millionen für das nächste Jahr bewilligt hat?

Bei diesem Thema gibt es wieder ein großes Mißverständnis. Wir wohnen sehr nah beieinander. Wir sind Nachbarn, aber wir verstehen uns wirklich nicht. Einfach weil wir hinter dem Eisernen Vorhang gewesen sind. Weil es zu wenig Gespräche gegeben hat. Weil Sie nur Informationen von der Regierung, von Diplomaten bekommen haben. Und dementsprechend waren die Informationen. Das war die Kunst. Aber wir haben von Anfang an gesagt und sagen auch jetzt, daß Polen einfach etwa 10 Milliarden Dollar braucht. Aber es geht nicht um Kredite. Es geht nicht um Anleihen. Wir sind in der Lage, mit so viel Geld ein großes Geschäft zu machen, so, daß wir alle doppelt daran verdienen, und Polen wird dann Europa angeschlossen. Das sind Geschäfte, die in ein, zwei Jahren zurückgezahlt werden müßten, und das würden Ihre Leute bei uns an Geld kassieren. Dadurch würde Polen an Europa näher herankommen. Und Sie haben das einfach so gelesen, daß Sie gesagt haben, Walesa und andere Romantiker wollen 10 Milliarden Dollar Anleihen haben. Und Sie fragen, sind die verrückt geworden? Ich würde das auch so sehen. Aber die Kredite haben uns einfach bei den Geschäften behindert.

Ich will Ihnen noch etwas zu den Banken sagen, zum Thema Banken. Wir brauchen außerordentlich notwendig Filialen Ihrer Banken bei uns. Warum brauchen wir das? Banken würden ganz einfach von normalen Grundsätzen ausgehen. Sie würden versuchen zu verdienen. Und sie wissen, daß es bei uns sehr viel Geld gibt. Die Banken würden dieses Geld anziehen. Die Leute haben dieses Geld privat zu Hause liegen, und sie geben dieses Geld den kommunistischen Banken nicht. Aber westlichen Banken würden sie das Geld geben. Und ich vermute, daß die gesamte Reform bei uns möglich wäre mit unseren eigenen Geldern, aber Geldern, die in Ihren Banken liegen würden. Ich kann das natürlich nicht bis zum endgültigen Beweis sagen, aber ich sage das einfach deshalb alles, weil wir uns nicht völlig verstehen. Es hat sehr viele kleinere und größere Mißverständnisse gegeben. Es hat den Eisernen Vorhang gegeben. Es hat Mißverständnisse gegeben, und das hat dazu geführt, daß Sie ein falsches Bild von uns haben. Und deshalb wünsche ich soviel Kontakte wie möglich. So viele Gespräche wie möglich, und zwar nicht nur mit der Regierung. Das ist auch notwendig. Aber Gespräche vor allem mit der Bevölkerung. Das ist wichtig.

Ich bin überzeugt davon, daß Sie wirklich ein großes Geschäft in Polen machen könnten. Sehen Sie doch selber. Sie sehen es, wie leer unser Markt ist. Und Sie haben einen vollen Markt, einen überfüllten Markt. Und wie billig ist doch die Arbeitskraft bei uns. Ich verdiene zum Beispiel, und ich befinde mich in der höchsten Besoldungsgruppe, ich bekomme für 200 Arbeitsstunden pro Monat 10 Dollar. Sie werden sicher sagen, das rechnet sich aber anders. Natürlich rechnet man das anders. Aber wenn Sie zum Beispiel ein Unternehmen bei uns eröffnen würden und Sie würden den höchsten Fachleuten bei uns 15 Dollar pro Monat zahlen, dann werden alle hinter Ihnen herlaufen, und alle werden wirklich doppelt so leistungsfähig arbeiten. Und was ist das schon, 15 Dollar? Was sind 15 Dollar für einen Monat? Machen wir doch keine Witze. Deshalb möchte ich nochmals wiederholen, und das ist wirklich sehr schön zu sagen als Schlagwort: Man lebt hier anders bei Ihnen und in Amerika, da ist alles viel teurer. Aber wir wissen natürlich auch, daß es jetzt eine große Chance gibt. Und es wäre sehr schlecht, wenn diese Chance von den Japanern, von den Amerikanern genutzt würde. Ich wünsche es ihnen. Aber da sind die Kosten größer, die Transportkosten, die Reisekosten, alles ist teurer. Und deshalb möchte ich ganz einfach, daß eine stärkere Beteiligung der deutschen Wirtschaft stattfindet. Das Problem ist nur, wie hoch Ihre Beteiligung sein wird. Es geht nicht darum, daß wir Euch unbedingt überzeugen wollen. Aber sicher wäre das wirtschaftlich viel günstiger, wenn Sie es täten.

Uns zugeschaltet ist jetzt Bundeswirtschaftsminister Haussmann. Sie haben das Gespräch mitverfolgt, Herr Minister. Sind seine Wünsche realistisch?

Zunächst einmal ist man ja tief betroffen, wie schnell die wirtschaftlichen Reformen vorangehen. Wie groß die Bereitschaft der neuen Regierung ist, mit dem Westen eng zusammenzuarbeiten. Und wir treffen ja Walesa diese Woche. Der Bundeskanzler, der Außenminister und ich. Wir sind zur Hilfe bereit. Mehr als alle anderen westlichen Länder. Wir sind heute schon nach der Sowjetunion mit Abstand der größte Partner auch für polnische Waren. Die Hälfte aller joint ventures sind deutsch/polnische joint ventures. Das läßt sich alles ausbauen. Aber die Hauptlast liegt letztlich bei den Polen selbst. Die Straßen, die Telefone, die Telefaxe. Wir können nicht bei Null eine blühende Marktwirtschaft aufpfropfen, sondern wir müssen mithelfen, Marktwirtschaft aufzubauen in Polen. Dann entsteht das, was Walesa will.

konkret 10/89, S. 20

Helmut Ridder

Weit ist der Weg ...

...zurück ins Heimatland, so weit, zu weit: denn Deutschland als Ganzes, als fortbestehender Nationalstaat, ist trotz der Verrenkungen Karlsruher Verfassungsrichter keine völker- oder staatsrechtliche Tatsache, sondern ein Glaubenssatz aus der deutsch-juristischen Weltanschauung. Das Deutsche Reich ist 1945 ausgelöscht worden – Finis Germaniae

Mehr als vier Jahrzehnte nach dem Ende dieses Krieges gibt es, obwohl die Jüngeren kaum noch die einschlägigen Geschichtsdaten kennen, immer noch transformierte Elemente jener unwirklichen Wirklichkeit des deutschen Frühjahrs 1945, als zunächst, im Mai, die (zwar schon internierte) »Reichsregierung Dönitz« noch in Mürwick ihre »Kabinettssitzungen« hielt, Matrosen der Reichskriegsmarine bald unter britischem Kommando die Nordsee von Minen räumten, die Filbingers sich um die Aufrechterhaltung der »Manneszucht« bei der »pausierenden« Truppe verdient machten und unter den deutschen Kriegsgefangenen der letzten Wochen und Monate das Raunen nicht verstummen wollte, »bald« werde es wieder »losgehen« – jetzt endlich mit den »richtigen« Verbündeten gegen den »eigentlichen« Feind (im Osten), »zeitlos deutsch«, d.h. entbräunt und daher mit sauberem Gewissen doch dem »Endsieg« entgegen, den jahrelang die vom »teppichbeißenden« Gröfaz forcierte »widernatürliche« Feindschaft zwischen Deutschen und Westeuropäern und die korrespondierend »widernatürliche« Anti-Hitler-Koalition der Westalliierten mit der Sowjetunion vermasselt hatten... Illusionen, die die Jüngeren, wenn sie davon hören, für längst vom Winde verweht halten. Und die auch von den inzwischen alt gewordenen Matrosen, Flakhelfern, Fahnenjunkern, Kriegsgefangenen usw. natürlich längst nicht mehr so artikuliert werden (ich sprach von »transformierten« Elementen). Aber diese Älteren, durchweg Repräsentanz weder des profilierten und notorischen Kriegs- und Nazi-Verbrechertums noch des aktiven Widerstands gegen dasselbe, sondern das durch Flüchtlinge und Vertriebene vermehrte Millionenheer der aus welchen Gründen auch immer irgendwie Mitmachenden, sie haben ihr unter dem vordemokratischen Politikpatriarchat der heimischen BRD-Gründer aufs laufende gebrachtes Welt-, Europa- und Deutschlandbild den Jüngeren und der sich neu formierenden westdeutschen Gesellschaft vermittelt, welche sich in ihrer großen Mehrheit ganz pragmatisch – und zunehmend auch komfortabel – eingerichtet hat auf eine im Innern wie nach außen zwiespältige politische Existenzweise, von der sie mittlerweile selbst dann nicht mehr lassen dürfte, wenn sie es wollte.

Selbige *gründet* immer noch auf der Nichtverwindung des »Unrechts« der »totalen« Auslöschung des Deutschen Reichs (nicht nur seiner Nazi-Staatsrealisation), sinnfällig herbeigeführt durch die »bedingungslose« Kapitulation der Wehrmacht und die einseitige »Berliner Deklaration in Anbetracht der Niederlage Deutschlands und der Übernahme der obersten Regierungsgewalt hinsichtlich Deutschlands« der vier Besatzungsmächte vom 5. Juni 1945, die jede originäre Wiederentstehung deutscher Staatsgewalt ausschloß. Emphatisch zurückgewiesen wurde und wird die historisch-politische Botschaft der Kapitulationserzwingung, die durch das Kontrollratsgesetz Nr. 46 betreffend die Auflösung Preußens vom 25. Februar 1947, eine Abolition für immer, noch einmal bestätigt worden ist: Finis Germaniae, verstanden als Ende des ersten – späten, »klein«- und ursprünglich preußischdeutschen – Nationalstaats, des durch eine Politik von »Blut und Eisen« entstandenen demokratischen Bollwerks im Herzen Europas, von dem zwei Weltkriege ausgegangen sind (für die Zwecke des Ersten hatte via »Nibelungentreue« die in Berlin residierende, aber über Bismarcks »kleindeutsche« Saturiertheit längst hinausgreifende deutschnationale Führung sich im Zweibund die noch imperiale Macht Österreich-Ungarns verfügbar machen können; bei der Auslösung des Zweiten war deren deutscher Rest vom »Altreich« bereits »heimgebracht«). Das Minimum von revolutionärer Mentalität, die einen deutschen Mitvollzug der Aburteilung auch des nationalstaatlichen Wegs der Deutschen zum »Dritten Reich«, der retrospektiven Verhängung einer objektiven Erfolgshaftung über die ganze Nation als Verantwortungsgemeinschaft und der prospektiv der dauerhaften Auslöschung der »deutschen Gefahr« dienenden Aufhebung der staatlichen Identität, des »Souveränitätsverlusts«, ermöglicht hätte, war nicht vorhanden. Zu all dem blieb es bei dem Empfinden bloß von »Unrecht«.

Wie bei alt, so fordert auch bei jung natürlich auch an dieser Stelle der tradierte deutsche Rechtsfetischismus (»die Deutschen haben von je gern das Recht auf ihrer Seite gehabt«, lautet die beiläufig-lakonische Feststellung eines konservativen Engländers: T. D. Weldon) seine Opfer. Durch die Einrichtung des Bundesverfassungsgerichts hat er eine neue Qualität, ein präzendenzloses Maximum von Hochtourigkeit und politischer Effizienz erreicht, die verstohlene Ansätze republikanischer Gesinnungsbildung immer wieder raus- und den Antidemokratismus stetig wieder reinzwingt in Herz und Hirn unserer braven Landsleute: Je intensiver, geschlossener und dominanter das politische Wunschdenken ist, um so mehr und erfolgreicher kann es mit Hilfe dieser Institution nicht nur seine Postulate in vermeintliche Rechtstitel verwandeln, sondern sogar ärgerniserregende Tatsachen, hier eben das unleugbare Geschichtsereignis der Vernichtung des Deutschen Reichs, vermeintlich beseitigen (zum Vergleich: Sollte die deutsche Strafrechtslehre, in der auch immer schon viel gezaubert worden ist, wo's so recht politisch wird, einmal die volle Gipfelhöhe dieser deutschen Verfassungsjuristerei erreichen, würde sie aus der Rechtswidrigkeit einer Sachzerstörung ohne weiteres deduzieren können daß die Sache gar nicht zerstört worden ist).

Die Folgen sind bekannt. So besteht die BRD-Gesellschaft, von republikanischen Bürgern ganz zu schweigen, noch nicht einmal aus »Staats«-Bürgern, weil ihr »eigentlicher« Staat, das realitätswidrig und entgegen den Rechtsdokumenten zum »Zusammenbruch« angeblich »fortexistierende Gesamtdeutschland« (alias das deutsche Reich mit vorsorglich »offenen« Grenzen), ihr ungreifbar bleibt. Darüber kann man, muß man sich durch die sorgfältige, vollständige und dann auch sehr aufschlußreiche Lektüre des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 31. Juli 1973 zum »Grundlagenvertrag« zwischen der BRD und der DDR informieren; daß die westdeutsche Politologie und Zeitgeschichtsschreibung das fast durchweg verabsäumt und sich dadurch unfähig macht, die Sache mit der »deutschen Frage« auf ihren Kardinal- und Ausgangspunkt zu bringen, verdient keine Nachsicht. Nach dieser unanfechtbar-unaufhebbaren Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts bildet die BRD-Gesellschaft nämlich zusammen mit der DDR-Gesellschaft und unbestimmt vielen sonstigen »Deutschen« (die Offenhaltung auch dieser Zahl wird u.a. durch eine evident falsche, daher selbstverständlich nie problematisierte Interpretation des Art. 116 Abs. 1 GG erreicht) einen einzigen Staatsangehörigkeitsverband, womit man für den Idealfall der Fälle auch im Rechtssinne ein »gesamtdeutsches Volk« bereithalten zu können glaubt. Seit dem Hohen Rabbi Löw aus Prag – lang ist's her – ist der Sagenstoff vom Golem, der durch sprachmagische Kombinationen bedarfsweise belebt und wieder stillgelegt werden kann, nie wieder so kreativ verarbeitet worden wie 1973 in Karlsruhe.

Den Idealfall der Fälle hat das Bundesverfassungsgericht als leitendes der bis auf weiteres den nicht vorhandenen deutschen Gesamtstaat alleinvertretenden Bundesorgane unmißverständlich beschrieben, indem es gezeigt hat, daß das angebliche Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes, das laufend Gemütsaufwallungen hervorruft, in Wirklichkeit als ein Wiedervereinigungsverbot zu handhaben ist, nämlich als ein *Anschlußgebot.* Der »Anschluß« Österreichs vom März 1938 ist da kein Vorgang von ungefähr. Die BRD ist, so dekretierte das hohe Gericht also im Jahre 1973, als im Zuge der von den beiden Weltmächten erzwungenen »neuen Ostpolitik« Vernunft anstelle von provinzieller Pfiffigkeit in Bonn sich auszubreiten drohte und dagegen eilends eine Brandmauer gezogen werden mußte, erst »vollständig das... was sie sein will, wenn die anderen Teile Deutschlands ihr angehören«. Die DDR, die als ein Teil der »anderen Teile Deutschlands« seit langem »ihre Staatlichkeit gefunden« hat, kann danach in die BRD, und zwar so wie die BRD ist, nur »aufgenommen« werden; die Voraussetzungen dafür kann sie ihrerseits nur dadurch schaffen, daß sie sich selbst abschafft, »freiwillig« natürlich – genau das ist der österreichische Vorgang, vollzogen durch den eigens zu diesem Zweck für ein paar Tage zum österreichischen Bundeskanzler avancierten Herrn Seyß-Inquart nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich. Für die übrigen »anderen Teile Deutschlands«, die genauer zu bestimmen laut Bundesverfassungsgericht nicht nötig, ja, wie nicht verkannt wird, momentan eher schädlich ist, kann nichts anderes gelten. Sie müßten halt einfach durch Betätigung ihres »Selbstbestimmungsrechts« aus ihrer gegenwärtigen Staatszugehörigkeit sezessionieren, einen anderweit völkerrechtlich festgelegten Status einseitig liquidieren o.ä. – ein Kinderspiel, wie etwa die Beispiele Sudeten und Danzig lehren, wenn Unterminierung, Propaganda und Drohung mit Gewalt nachhelfen.

Der rechtsradikale literarische Flügel der älteren und jüngeren Flakhelfer, Fahnenjunker usw. und ihrer Abkömmlinge liegt also völlig neben der Sache, wenn er der Politik und den Deutschen der BRD eine »vorbehaltlose Aneignung« des politischen Weltbilds vorwirft, »das mit dem Geschichtsbild, den Kriegszielen und der Kriegspropaganda der Siegermächte des 2. Weltkrieges identisch ist«. Nichts ist verlorengegangen von der überlieferten deutschnationalen ideologischen Substanz, in deren allgegenwärtigem Äther jeder Politiker zumindest mit dem entsprechenden Lippenbekenntnis sein Weihrauchopfer auf dem Altar der »deutschen Einheit« darzubringen hat. Im Repetieren hat die deutschnationale Ideologie sogar an Aggressivität gewonnen, wie dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973 zu entnehmen war, einer Entscheidung, hinter der schließlich die beiden »großen Volksparteien« mit derselben Eintracht standen und stehen, die sie auch hinsichtlich der Herabstufung der »Ost-Verträge« zu für den »deutschen Gesamtstaat« unverbindlichen modi vivendi an den Tag gelegt haben (der auf das kleine »FDP-Kontingent« gehende Richter, der sich etwas unvorsichtig zu den politischen Realitäten des Tages geäußert hatte, wurde vorsorglich aufgrund einer NPD-Intervention für »befangen« erklärt und von der Mitwirkung am Grundlagenvertrags-Urteil ausgeschlossen).

War es nach dem Ersten Weltkrieg noch mehr ein Baden im Drachenblut des epigonalen Naturrechts, mit dem der deutschnationale Friedensvertragsrevisionismus sich unverwundbar zu machen suchte, ohne indes trotz liebevoller Pflege der »Dolchstoßlegende« überzeugend dartun zu können, daß das Deutsche Reich die Schlachtfelder als Sieger verlassen hätte, so hat die Kreation des fortexistierenden und wegen seiner Nichtexistenz auch unbesiegbaren »deutschen Gesamtstaats« für vermeintlich handfeste Rechtstitel auf Restitution gesorgt, die von der Frage Sieg oder Niederlage unabhängig sind und für deren Vollstreckung sich die Staatsorgane der BRD zuständig wissen können; mangels Vorhandenseins dieses »Gesamtstaats« von ihm auch nicht zu seiner alleinigen Vertretung befugt, haben sie sich, kraft erklärter »Identität« der BRD mit ihm, selbst dazu ermächtigt (ein Verfahren, das sie aber in bezug auf Grundlagenvertrag und »Ost-Verträge« durchaus verworfen haben, weil es sonst mit der »Offenhaltung« der »deutschen Frage« schlagartig aus gewesen wäre – worauf die nicht nur stille Hoffnung der mit den Feinheiten der juristischen Weltanschauung nicht vertrauten Nato-Partner wie aller Warschauer Pakt-Staaten gerichtet gewesen war).

Sehr unterschiedlich ist nur, was verbal und praktisch-politisch aus einer einzigen, in jedem Sinne »herrschenden«, auch die Medien und die Schulbücher beherrschenden und durchweg akzeptierten »Deutschland-Doktrin« herausgeholt wird, die von Amtswegen die Daseinsräson des Staates BRD ausmacht. Sie beruht eben auf dem deutschnationalen Mythos von der Fortsetzung des Deutschen Reiches durch die BRD und jenem mit der BRD »identischen«, aber gleichwohl »noch« zu »organisierenden« deutschen »Gesamt«- oder auch anders genannten Super-Staat. Das »noch« macht die »Offenheit« der »deutschen Frage« aus. Die Organisationszuständigkeit für den »Gesamtstaat« liegt im Wege der vorhin schon genannten Selbstbeauftragung unveräußerlich bei der BRD, die bei allen Fortschritten, die sie in dieser Richtung erzielt, keine neuen Rechtstitel erwirbt, sondern, da zugleich Deutsches Reich, wie schon bei ihrer eigenen Staatwerdung 1949, in nie erloschene, allenfalls von Besatzungsrecht überlagert gewesene? originäre Rechte eintritt.

Das Erfreulichste an diesem Mythos ist das offenherzige Bekenntnis zu ihm durch die politische Praxis, deren verwirrend vielfältige, meist situations- und standortgebundene Rhetorik freilich nicht selten auf erbitterte Auseinandersetzungen auch in Grundfragen hinzudeuten scheint. So wenn, gegenwärtig wieder einmal unter dem überwölbenden Stichwort »Selbstbestimmungsrecht«, zwecks Überführung der real existenten deutschen Zweistaatigkeit in eine »offene« Zweistaatlichkeit *des Deutschen Reichs* um den Vorrang der »Einheit« (eventuell unter vorläufiger Hinnahme partieller »Freiheits«-Minderungen) oder der »Freiheit« (eventuell unter vorläufiger Hinnahme von »Einheits«-Defiziten) für wenigstens alle in den beiden deutschen Staaten residierenden Deutschen gestritten wird. Das setzt zwar gewaltige Emotionen frei, doch geht es in der Sache allen Streitern stets um Machtgewinn für die Revindikation der Großmachtstellung des deutschen Nationalstaats von 1867/71, seine »Verantwortung«, d.h. vor allem seine Führungsansprüche. Da können dann inhaltliche Zielsetzungen so vage bleiben, wie das »Offenhalten« der »deutschen Frage« auch das Offenhalten seines eigenen Wie impliziert.

Das wurde z.B. deutlich, als die DDR 1974 bei der Totalrevision ihrer Verfassung deren »Wiedervereinigungs«-Art. 8 Abs. 2 strich, demzufolge von der DDR »die Überwindung der vom Imperialismus der deutschen Nation aufgezwungenen Spaltung Deutschlands, die schrittweise Annäherung der beiden deutschen Staaten bis zu ihrer Vereinigung auf der Grundlage der Demokratie und des Sozialismus« anzustreben war. Auch in dieser Bestimmung war eine deutschnationale Legende über die Urheberschaft der »Spaltung« enthalten. Das erklärt die west-deutschnationale Empörung über ihre Streichung: War es zwar sicher schon schlimm genug gewesen, daß die »Wiedervereinigungs«-Variante der DDR unter »kommunistischen Vorzeichen« gestanden hatte (was jedoch »für die Periode der schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten Beziehungen besonderer Art zwischen beiden Teilen Deutschlands hätte geboten erscheinen lassen«, sicher mit mancherlei Konzessionen an den durch Annäherung zur Erosion gelangenden »Kommunismus« der DDR), so war doch erst der Entschluß der DDR, die BRD als einen »fremden, ausländischen Staat, wie jeder andere sogenannte kapitalistische Staat auch« zu betrachten, das viel Schlimmere. Diese Verfassungsrevision, die auch die »deutsche Nation« als einen *verfassungsrechtlichen* Begriff preisgab, war eben nicht mehr ein Anschlag auf die BRD als einen kapitalistischen Rivalen von schlechterer Deutschheit, sondern vollendete durch die Entrivalisierung der BRD deren Vereinsamung im Kampf für den ewigen deutschen Nationalstaat, der immer ein Kampf um Machtgewinn ist.

Nach solchen Erfahrungen bestimmt die Einsicht, daß, wer alles haben will, häufig mit nichts nach Hause kommt, zunehmend die Verbalisierung der auf weiterhin unveränderter doktrinärer Grundlage betriebenen »Deutschlandpolitik« von Staat und Parteien in der BRD. Der in den 50er Jahren von der SPD gegen Adenauers realitätsnahe und erfolgreiche Politik der Westintegration gepflogene deutschnationale Verbalradikalismus (»Bundeskanzler der Alliierten!«) hat sich an den rechten Rand des Spektrums und teils auf die von Kindern und Enkeln der Flakhelfer, Fahnenjunker usw. bespielte außerparlamentarische Politikbühne (Teile der »Friedensbewegung« nicht ausgenommen) verzogen. Und mit einem Anflug von Resignation haben viele Väter (die Mütter dieser Altersklasse haben die Politisierung durchweg verpaßt) sich daran erinnert, was sie ehedem gesungen: »Weit ist der Weg zurück ins Heimatland, so weit, so weit/Dort bei den Sternen überm Waldesrand liegt die alte Zeit« (dennoch: »Jeder brave Musketier sehnt heimlich sich nach ihr«).

Wie erklärt es sich nun aber, daß jedenfalls prinzipiell die Status quo-verändernde Schließung der »deutschen Frage« von der BRD doch immer wieder vor aller welt eingefordert wird, allemal lauthals, je nach Temperament und/oder Lageeinschätzung mehr weinerlich oder eher erpresserisch, obwohl alle diese Emanationen ersichtlich die Abwehrhaltung der Adressaten nur versteifen? Es liegt daran, daß nach wie vor nicht begriffen wird, was nach den Plänen der Siegermächte im Mai 1945 mit »Deutschland« nicht nur geschehen sollte, sondern auch geschehen ist, und daß auf dem in Besatzungszonen eingeteilten, vorübergehend, da nicht annektiert, »staatenlosen« Territorium »Deutschlands« deutsche Staatlichkeit *neu* und nur nach Maßgabe der Zulassung durch die Besatzungsmächte entstanden ist, daß die Besatzungsmächte damit also den untergegangenen deutschen Nationalstaat nicht wiederhergestellt haben und daß auch zu einer Wiederherstellung im Wege der Rechtsfiktion (wie im Falle Österreich 1955) kein Einverständnis erklärt worden ist. Das in der BRD-Doktrin zum »fortexistierenden deutschen Gesamtstaat« gewordene »Deutschland« ist also als Objekt alliierter Besatzungsgewalt und Kontrolle nie »Staat« gewesen (von Gebieten jenseits der Grenzen der Besatzungszonen ganz zu schweigen); und das Besatzungsregime war nicht eine Wahrnehmung von Treuhandschaft für einen noch vorhandenen deutschen Staat.

Daß dieser schlichte Befund nicht zuletzt infolge juristischer Deformationen des politischen Begriffsvermögens nicht begriffen wird, impliziert aber auch das Nichtbegreifen der Position der ausländischen Adressaten, an die sich die Appelle in Sachen der »deutschen Frage« richten und denen ihrerseits die Fähigkeit zum Begreifen des mythologischen Unsinns abgeht, der den Bodensatz der BRD-Doktrin zur »deutschen Frage« bildet. Soweit Bündnispartner, haben sie sich freilich schon zu manchen unverbindlichen Freundlichkeiten bereitgefunden. Die aber sind auch nur noch ein dürftiges Rinnsal, seit der Status quo »Deutschlands« mit der UN-Mitgliedschaft der beiden deutschen Staaten abschließend befestigt worden ist- mit jedem neuen Vorstoß nach der Manier Trotzkopf gräbt die BRD selbst restliches Wasser ab.

Aus dem Verkennen des durch die Okkupationsdokumente belegten Untergangs des deutschen Nationalstaats resultierte notwendig die von der BRD-Gründung an im Aufwind des »Kalten Krieges« schnell dominant gewordene totale Fehldeutung des Instituts der Vier-Mächte-Verantwortung »in bezug auf Berlin« und »für Deutschland als Ganzes«. Das auch hier über die angeblich von Verfassungs wegen gebotene Sicht entscheidende Bundesverfassungsgericht hat in ihr eine völkerrechtliche Bestätigung (»Klammer«) der staatlichen »Fortexistenz Gesamtdeutschlands« erblickt. Fälschlicherweise, denn niemals ist diese Vier-Mächte-Verantwortung eine Quelle irgendwelcher, von wem auch immer zu reklamierender Rechte »Deutschlands« gewesen.

Dem gegenteiligen verderbten Grundverständnis des »Zusammenbruchs« folgend, hat die im Kalten Krieg aufgekommene Legende vom Ende oder »Zerfall« der Anti-Hitler-Koalition die Eingliederung der BRD in die Nato als Rehabilitierung des alten deutschen Nationalstaates erscheinen lassen. Der primäre Zweck dieser Eingliederung – Fortsetzung der Kontrolle »Deutschlands« im territorialen Zuständigkeitsbereich der drei Westalliierten – erschien als durch den »Ost-West-Konflikt« vollständig absorbiert, von dessen Schürung sich viele Flakhelfer, Fahnenjunker usw. nebst Kindern und Enkeln vergeblich eine Aktivierung der Bündnispartner für die Unterstützung der BRD-Aspirationen zur »deutschen Frage« versprochen haben (dem profitablen Wettrüsten zu Lasten der Völker haben sie natürlich damit aufgeholfen). Ganz kurz und vereinfacht: Ohne BRD keine WEU und keine Nato, ohne Nato kein Warschauer Pakt; das alles zusammen aber, um über gewiß tiefgreifende sonstige Gegensätze hinweg im Sinne der aus der Anti-Hitler-Koalition hervorgegangenen Vereinten Nationen den Weltfrieden und die internationale Sicherheit gegen eine nochmalige Störung durch »Deutschland« zu schützen. Das hat bestimmte Vorkehrungen gegen eine neue deutschnationale Macht-, Vormacht- und Großmachtpolitik, wie alliierte Truppenpräsenz und »Atomwaffenverzicht«, erforderlich gemacht.

Adenauer, der bereits mit seinem Ansatz zur Verwirklichung von deutschnationaler Machtpolitik über das EVG-Projekt gescheitert war, hat sich mit der Nato-Lösung bescheiden müssen. Mit seinem Versuch, dieses Ergebnis festzuhalten, aber durch den Griff nach eigenen Nuklearwaffen die damit verbundene Kontrolle der Westalliierten praktisch auszuhebeln und durch die »Hallstein-Doktrin«, eine breit angelegte Demonstration von Drohpolitik, die zwischendeutsche Normalisierung zu unterbinden, ist er wiederum gescheitert. Das war zu Beginn der 60er Jahre. Seitdem muß die BRD sich mit der sublimen Folgerichtigkeit abfinden, daß sie nicht nur selbst durch ihre Gründung die conditio sine qua non für die Schaffung der DDR gesetzt hat und ihrer Nato-Einbringung die Einbringung der DDR in den Warschauer Pakt folgen mußte (womit die schon in der Zoneneinteilung angelegte Furchung eines neuen Deutschlands vertieft wurde), sondern sie selbst es auch gewesen ist, die einen neu zu errichtenden deutschen Gesamtstaat schon vor der Errichtung durch das Pochen auf nicht vorhandene Rechtsansprüche unmöglich gemacht hat (was also wirklich nicht dem »Imperialismus« des Westens in die Schuhe geschoben werden kann). Das geschah in Übererfüllung des auf die Schaffung eines westdeutschen Staatsprovisoriums lautenden Auftrags der drei Westalliierten. Statt ein Provisorium mit rechtlich ausschließlicher Zuständigkeit für sich selbst zu bleiben, hat die BRD sich alsbald angeschickt, definitiver Teil des von ihr durch Erweiterung zu reorganisierenden unsterblichen deutschen Nationalstaats zu werden.

Damit hat sie den »Schlüssel« zur »Lösung der deutschen Frage«, der seit ihrer Gründung immer nur in Bonn gelegen hat, benutzt und – durch die Art der Benutzung verbraucht (er war nämlich kein Dietrich). Kann man ihr das Selbstverständnis, das sie weiter pflegen will, auch nicht verbieten, so schweißt sie doch alle Welt, die für die 90er Jahre dem Auslaufen von WEU und Atomwaffensperrvertrag entgegenbangt, einschließlich der von der BRD ur-gehobenen und aus dem Boot der »Wiedervereinigung« endgültig ausgestiegenen DDR dadurch zu einer Anti-Proliferations-Allianz gegen jeden Export der »offenen deutschen Frage« zusammen, daß sie es ständig urbi et orbi ausposaunt; diese Allianz kann der besonderen Förderung durch die beiden Weltmächte sicher sein die seit dem »Jahr der Wasserscheide« (19il) den globalen Entspannungsprozeß intensiviert betrieben, der Vier-Mächte-Kontrolle über »Deutschland als Ganzes« vermehrten Flankenschutz geliehen und die deutschnationale Nachrüstungseinfädelei sogar nach hinten haben ausschlagen lassen – siehe INF usw.

Der Erkenntnis dieser Lage ferngeblieben sind bis zur Stunde die Vorstöße, die ein »europäisches Interesse« an der »Lösung der deutschen Frage« im Sinne der BRD-Doktrin befehlen, ungeniert zugeben, daß auf die ganz große »Wiedervereinigung« nur verzichtet wird, weil es dafür zur Zeit überhaupt »keine Verbündeten gibt«, und offen mit umfassendem Vertragsbruch drohen: »Unsere Verbündeten haben verstanden daß die Bundesrepublik Deutschland nur dann ein verläl3licher Partner sein kann, wenn sie die Gewißheit hat, daß ihr besonderes nationales Anliegen mitgetragen wird« (Wolfgang Schäuble, 1988). Noch tiefer im deutschnationalen Sumpf steckt ein Helmut Schmidt, der immer noch Mitglied

der SPD ist und mit dem schon unter Adenauer sauer gewordenen EVG-Wein in neuen Schläuchen auf Kundenfang ausgeht. Den Realitäten am nächsten kommen noch diejenigen, die sich jedenfalls von der unendlichen Weite des »Wegs zurück ins Heimatland« haben überzeugen müssen und jetzt für lange Zeit die »Chance der Nation in der Teilung« suchen. Es ist nicht einmal völlig ausgeschlossen, daß aus diesem Weg, indem er beschritten wird und die historischen Konsequenzen des Schlüsselgebrauchs durch Konrad Adenauer besser erkennen läßt, die dieser schon erlebt aber zu schmerzlich erfahren hat, als daß er darüber die Nachfahren hätte aufklären mögen, der Weg in eine Zukunft wird, die die »deutsche Frage« jedenfalls nachträglich dem Selbstverzehr anheimfallen läßt.

Dieser Text ist als Nachwort in Karl J. Brandstetters Buch »Allianz des Mißtrauens« (Pahl Rugenstein Verlag, 1989) erschienen. Er wurde für den Abdruck leicht gekürzt.

konkret 10/89, S. 26

Boris Kagarlitzky; Kai Ehlers

»Die KPdSU ist keine Partei«

Moskau zwischen der Wahl des Deputiertenkongresses im März '89 und der Kommunalwahl im Frühjahr '90, das bedeutet, Moskau im Fieber der politischen Differenzierung. Diese politische Differenzierung entspricht der beschleunigten sozialen: Perestroikagewinnler hier, Perestroikaverlierer da. Mit der Zulassung von Privatwirtschaft, Wiedereinführung von Leistungslohn und tendenziell freiem Markt tritt die tatsächliche langjährig verdeckte Klassenwirklichkeit der UdSSR aus dem Schatten des Gleichheitsanspruchs wieder hart ins Licht der Öffentlichkeit und verschärft sich gerade unter den Bedingungen der Perestroika rasant. Nicht nur geraten Konservative und Modernisierer aneinander. Es kristallisieren sich auch liberale und linke Alternativen zur Perestroika heraus. Nach der Gründung der »radikal-demokratischen Opposition« durch Jelzin-Anhänger schlossen sich Ende August linke Kräfte der »Volksfront« im »Neuen sozialistischen Komitee« zusammen. Die einen wie die andern verstehen sich als Initiative zur Gründung einer neuen Partei. Es scheint, als ob die Zeiten des kommunistischen Parteimonopols auch in der UdSSR dem Ende zugehen.
Boris Kagarlitzky ist Mitglied im Koordinationsrat des »Neuen sozialistischen Komitees«. Das Interview führten Kai Ehlers und eine US-amerikanische Journalistin in Kagarlitzkys Wohnung

Sie sind der Leiter der »sozialistischen Initiative« in der Moskauer »Volksfront«. Wie kamen Sie zur Politik?

Nun, das ist lange her, ungefähr zehn Jahre. Als Student wurde ich in eine kleine sozialistische Gruppe hineingezogen. Später wurde die Gruppe »junge Sozialisten« genannt. Sie stellte ein Samisdat-Journal namens »Die linke Wende« her. Das endete natürlich schlecht. Wir wurden verhaftet. Ich verbrachte 13 Monate im Gefängnis. Dann, schon in der Zeit der Perestroika, organisierten wir zusammen mit Leuten, die politische Erfahrung hatten, den Klub für soziale Initiativen, der einer der ersten inoffiziellen Gruppen war, und versuchten, die Aktivitäten der entstehenden Untergrundgruppen zu koordinieren. Schließlich spaltete er sich in drei Teile. Ein Teil wird jetzt »obschine« (Gemeinschaft) genannt. Das ist eine Art anarchistischer Gruppe. Der andere nennt sich »graschdanskaja stoinstwa« (bürgerliche Ehre), was sowas wie ein rechtslibertärer Verband ist. Das dritte ist die »Sozialistische Initiative«. Sie hieß bis heute so. Im Moment wird sie gerade in das »Neue sozialistische Komitee von Moskau« überführt. Das ist eine Initiative für eine neue sozialistische Partei.

Aber Sie waren auch in der Moskauer »Volksfront« tätig, die zur Zeit aktiver ist als der »sozialistische Klub«.

Ja, natürlich. Aber die »Sozialistische Initiative« war eine der Gruppen, die die Moskauer »Volksfront« gebildet haben. Die Moskauer »Volksfront« war und ist in gewisser Weise beherrscht von sozialistischen Gruppen wie die »Sozialistische Initiative«. Die »Sozialistische Initiative« ist die am besten organisierte unter ihnen, die ideologischste, die kompetenteste. Sie hat mehr Professionelle, mehr Wissenschaftler. Sie ist nicht als Diskussionsklub organisiert, sondern als Organisation, wo man beides hat: Wissenschaftler und Aktivisten. Die Gruppen der Moskauer »Volksfront« waren daher sehr beeindruckt von der Fähigkeit der Sozialisten, sowas wie eine strategische Perspektive zu entwickeln. Das ist der Grund, warum sozialistische Gruppen so wichtig geworden sind.

Wann wurde die »Volksfront« gegründet? Was sind ihre Ziele und Strategien?

Die ersten Treffen der »Volksfront« wurden im Mai letzten Jahres abgehalten. Dann gab es einen langen und schwierigen Prozeß der Organisation der Bewegung. Lange Zeit war es unmöglich zu sagen, ob sie überleben würde oder nicht. Es gab eine Menge Streit, eine Menge sektiererische Kämpfe, viel Inkompetenz. Es gab eben keinerlei Erfahrung darin, in diesem Land eine ernsthafte Bewegung zu organisieren.

Jetzt gibt es mehr als tausend Aktivisten in der Moskauer »Volksfront«, obwohl man sicher sagen muß, daß nicht alle aktiv genug sind und manche auch nur in ihren Bezirken, nicht aber auf Stadtebene. Aber immer noch ist das die größte politische Organisationsebene in Moskau außer den offiziellen. Nach dem Anfangschaos versuchten wir einen Koordinationsrat von neun Mitgliedern zu wählen, um die Gründungskonferenz vorzubereiten. Zuerst gab es eine programmatische Versammlung, wo das Programm und die Identität der Moskauer »Volksfront« diskutiert wurden. Einen Monat später gab es die Gründungskonferenz der Moskauer »Volksfront«.

Wie sieht das Programm aus?

Die Moskauer »Volksfront« ist eine breite Bewegung, keine politische Partei. Ihre Struktur läßt daher großen Spielraum für Spontaneität und erlaubt viele Differenzen. Es ist eine Organisation, die sich einsetzt für die Entwicklung von demokratischem Sozialismus in diesem Lande. Das ist das erste. Zweitens benutzt sie die Definition von demokratischem Sozialismus für eine Gesellschaft, in der man nicht nur im politischen Bereich alle Freiheiten hat, sondern auch in der Ökonomie. Drittens versucht die »Volksfront« verschiedene Arten der Selbstverwaltung zu ermutigen, sowohl wirtschaftliche Selbstverwaltung der Arbeiter als auch territoriale. Hauptpunkt für die Moskauer »Volksfront« ist daher die sogenannte Munizipalisation. Erstes Ziel ist, eine Art munizipalen Sozialismus in Moskau zu entwickeln. Es ist schwierig zu sagen, was demokratischer Sozialismus ist. Man hat ihn in der Praxis noch nicht gesehen. Aber was munizipaler Sozialismus ist, können wir zeigen. Da gibt es Beispiele in Westeuropa.

Ist Westeuropa für Sie ein Modell?

Einige Leute meinen, daß Schweden oder einige Städte in Italien, Frankreich oder England als Beispiele für guten städtischen Sozialismus betrachtet werden können, dafür, wie die Linke eine Stadt verwalten kann, wie die Stadträte gut betrieben werden können usw. Aber wenn man sagt, daß Stockholm ein Beispiel einer munizipal regierten Stadt ist, muß man zugleich festhalten, daß das nicht bedeutet, daß irgendjemand Moskau wie Stockholm verwalten will. Moskau ist ja nicht Stockholm. Wir müssen die Probleme von Moskau lösen. Der Grundgedanke ist, daß wir eine Menge Staatseigentum munizipalisieren müssen, *expropriate the state,* das Staatseigentum munizipalisieren.

Die Wahlen im Frühjahr scheinen ein Wendepunkt in der Arbeit der Untergrundorganisationen gewesen zu sein. Könnten Sie etwas darüber sagen, welche Wirkung diese Wahlen auf die Untergrundorganisationen hatten?

Zunächst einmal war es das Ende der informellen Gruppen. Man mußte die Wahl in einer Wählerschaft von 300 000 Menschen gewinnen. Das war mit den informellen Gruppen nicht zu machen. Man mußte formelle, normale Organisationen bilden mit normalen, regulären Strukturen, mit Programmen, mit so etwas wie einem mindestens embryonalen Apparat, mit Finanzen, mit geachteter und verantwortlicher Leitung, also einer Art politischer Maschinerie. Auf der anderen Seite wurden Massen von Menschen in die Politik gezogen. Das war natürlich wesentlich wichtiger. Diese Leute kamen mit ihren eigenen Wünschen, ihren eigenen Vorstellungen, ihren eigenen Vorurteilen, und die Leute, die bereits involviert waren in irgendeine Art politischer Aktivität oder demokratischer Bewegung mußten sich an die neuen Realitäten anpassen. Zum Beispiel war die »demokratische Union«, die sehr wichtig für die Organisation von Demonstrationen war, absolut unfähig, die Wahlen zu beeinflussen. Ihre Slogans und ihre Art, Politik zu machen, fanden einfach keinen Widerhall bei den Leuten, wenn es um ernste Probleme ging. Die offiziellen Liberalen z. B. schafften es, einige der Wahlkreise zu hegemonisieren. Aber der Hauptgewinner war Jelzin, der ein Populist ist und mit der liberalen Intelligentia nichts zu tun hat. Schließlich brachte die Wahl all die verschiedenen Tendenzen zusammen, um eine überregionale Moskauer Deputiertengruppe zu bilden. Darin gab es Leute, die die Moskauer »Volksfront« unterstützten, die Jelzinisten, die an den kommenden guten König glauben, die Liberalen, die die Befreiung der Privatinitiative wollen, mit starker Regierung und freiem Markt und Öffnung zum Westen. Sie alle sind zusammengebunden. Das gibt eine sehr explosive und manchmal sehr ineffiziente Mischung. Da kommt man an den Punkt, wo die Dinge einfach getrennt laufen müssen und ein normales politisches Spektrum geformt werden muß, wo alle Hauptströmungen sich in irgendeiner Weise artikulieren und organisiert sind.

Ende Juli gab es ein Treffen, auf dem versucht wurde, eine Gemeinschaft von Wählerklubs zu gründen. Können Sie uns sagen, was sich da abgespielt hat?

Nun, im Ergebnis hatten die Leute keinen Erfolg, eine Art Struktur aufzubauen, die vereinheitlicht wäre oder wenigstens einfach neutral, um wenigstens technische Möglichkeiten für alle Mitglieder, Kommunikation zwischen den Gruppen herzustellen. Es war einfach ein Fehlschlag. Andererseits – das ist eben widersprüchlich – sind das die Anfange der jelzinistischen Partei, denn die Jelzinisten versuchen, sich im Rahmen der Wählerklubs zu organisieren. Aber andere Gruppen versuchen ebenfalls, die Wahlvereinigungen als eine Art Netzwerk zu benutzen, um ihre eigenen Informationen zu verbreiten, Zugang zu technischen Möglichkeiten zu bekommen usw. Sie machen den Jelzinisten ihre Arbeit sehr schwer. Am Ende waren die Jelzinisten in der Leitung der Wählervereinigung, aber zur selben Zeit wurden die politischen Möglichkeiten der Vereinigung sehr begrenzt. Sie entschieden sich, nahezu keine direkte politische Verantwortung zu übernehmen, sondern nur die technischen Belange der Wahliniativen zu unterstützen. Das war schließlich auch eine Sackgasse. Die russischen Nationalisten verließen die Hauptversammlung.

Warum gingen sie?

Das war kein Platz für sie. Sie wurden von den anderen nicht als gute Genossen betrachtet, und sie waren frustriert, daß es dort so viele Juden in der Halle gab.

Was trennt die Gruppen?

Ihre realen Interessen. Sie widersprechen einander. Zum Beispiel ist die liberale Intelligenz, die die sog. progressive Gruppe auf dem Deputiertenkongreß beherrscht, interessiert am Aufbau einer Art Elitestaat mit einer Menge Privilegien, nur daß die Privilegien legal sein und nicht in bürokratischen Entscheidungen hinter der Szene beschlossen werden sollten, sondern kalkulierbar und vom Geld bestimmt. Das ist kein westlicher Gesellschaftstyp, sondern einer, wie man ihn in einigen lateinamerikanischen oder wahrscheinlich in einigen weniger entwickelten kapitalistischen Ländern findet, wo eine neue Wirtschaftselite entsteht, die die übrige Gesellschaft hinter sich hat. Im ehrlichen Gespräch sind die Leute von der Deputiertengruppe ganz klar in diesem Punkt.

Wer sind die führenden Figuren dieser Liberalen?

Das schließt Lisitschkin ein, Schmilow, Popow und alle anderen, die diese Art technokratischen Verwalter repräsentieren, die natürlich an einer Verwestlichung des Landes interessiert sind, aber wissen, daß die Gesellschaft nicht entwickelt genug ist, um das westliche Niveau des Konsums z.B. zu erreichen. Sie sagen, das westliche Konsumniveau muß für die progressive Elite übernommen werden, auch zu dem Preis der sozialen Degeneration der anderen.

Die Deputiertengruppe wird sich also auch untereinander spalten?

Beim ersten ernsthaften Problem. Das einzige, was sie zusammenbindet, ist ihre Unzufriedenheit mit Gorbatschow. Aber sowie jemand kommt, der Gorbatschow ernsthaft herausfordert, werden sie auseinandergehen. Wenn man die Regierung herausfordert, mul3 man erstens ein Alternativprogramm vorschlagen. Darin werden sie nie übereinstimmen. Zweitens sind zu viele Führer unter ihnen. Das Dritte und Wichtigste ist, daß die Liberalen, auch wo sie Gorbatschow kritisierten und angriffen, ihn doch auch immer verteidigt haben, immer ihre Loyalität zu ihm bekundeten, immer sagten, daß sie ihn lieben.

Wie geht es Ihnen mit Gorbatschow?

Sehr schlecht!

Wieso?

Nun, das westliche Image Gorbatschows ist das Ergebnis westlicher Bewußtseinsindustrie. Das westliche Image ist das eines weisen Reformers, der die Gesellschaft nach einem ansatzweisen Plan und zielgerichtet Schritt für Schritt verändert. Meine Ansicht, wie die vieler, vieler Menschen im Lande ist, daß er einfach ein schwacher Führer ist. Wir haben keine wirkliche Demokratisierung, Liberalisierung oder Revolution von oben, wie es im Westen heißt, sondern schlichtweg eine äußerst schwache Führung, die die Ereignisse nicht kontrollieren kann. Sie geschehen nach der alten Dynamik. Das ist die Art, wie die Demokratisierung hervorgebracht wird: durch die alte Dynamik angesichts einer Führung, die die Entwicklung nicht stoppen, aber auch nicht ernsthaft nutzen, sondern das nur immer wieder versuchen kann. Ein typisches Beispiel: Was tat Gorbatschow während der Ereignisse von Tschernobyl? Er verschwand! Am Anfang der Armenienkrise? Er verschwand! Jedesmal, wenn es eine ernste Krise gibt, verschwindet er. Er versucht, das Ergebnis abzuwarten. Wenn das Ergebnis vorliegt, kommt er und sagt: Das ist ein gutes Ergebnis. Ich stimme zu und unterstütze es. Dasselbe geschah mit dem Bergarbeiterstreik. Als er begann, verschwand Gorbatschow für ein paar Tage. Als die Regierungskommission schließlich eine vorläufige Einigung erzielt hatte, tauchte er wieder auf, um zu sagen, daß sei ein sehr gutes Ergebnis, vortrefflich, außergewöhnlich. Er kommt zum letzten Akt auf die Bühne, um die Schlechten, die schon bestraft sind, zu bestrafen und den Guten zu helfen, nachdem sie bereits Erfolg hatten.

Es scheint, daß Jelzin als Person erfolgreicher war, was Popularität und Unterstützung durch die Masse der Bevölkerung anbetrifft; Was für eine Rolle spielt er?

Jelzin ist die Verkörperung des Volkszorns gegen Gorbatschow. Das ist eins der Dinge, die die westliche Presse nie berichtete. Aber wenn man in eine Menge von Jelzinisten geht, wenn man mit jelzinistischen Rednern spricht, dann wird klar, daß sie Jelzin wählen, nicht weil sie ihn kennen, weil sie ihn lieben oder überhaupt eine konkrete Vorstellung haben, was Jelzin bedeutet, sondern einfach weil sie sehr zornig auf Gorbatschow sind. Sie wollen Gorbatschow bestrafen, indem sie Jelzin helfen. Es ist eine Art Protestwahl.

Übrigens sieht es so aus, als ob Jelzin sich dessen anfangs nicht bewußt war. Jetzt allerdings ist es ihm sehr klar, und er benutzt diese Tatsache. Es scheint, als ob Jelzin viel aus seinen eigenen politischen Erfahrungen lernt. Der Jelzin von heute ist ein anderer als der Jelzin von gestern und wahrscheinlich als der von morgen. Er wechselt den Ton. Und er wechselt ihn sehr leicht. Während der Wahlkampagne sagte er an einem Tag z. B., daß er der Moskauer »Volksfront« sehr gewogen sei. Am nächsten sagte er, er habe nichts zu tun mit den Extremisten der »Volksfront«. Drei Tage später sagte er, er wisse nichts von einer solchen Organisation. Das alles in einer Woche. In gewi6ser Weise ist das ein Zeichen politischer Kompetenz. Seine Kampagne wurde von der offiziellen Presse boykottiert. Niemand berichtete über seine Reden. Er war also frei zu sagen, was ihm paßte. Niemand konnte es lesen. Es hing von den Zuhörern ab, der jeweiligen Situation, seiner Stimmung, was für ihn jeweils das Bessere zu sagen war.

Um es ernsthafter zu formulieren: Jelzin ist natürlich nicht nur populär, weil die Leute unglücklich mit Gorbatschow sind, sondern auch weil er als eine Art Rollenbrecher der Bürokratie, als Spielverderber gilt. Er bricht die Regeln des Apparats. Er ist ein Mann des Apparats, aber im Kampf um seine Karriere verhält er sich nicht diesen Regeln entsprechend. Z.B. ist es bekannt, daß Entscheidungen im Apparat vor dem großen Plenum vorgetragen werden müssen, aber die inneren Streitigkeiten nicht auf Massentreffen gezeigt werden. Jelzin macht immer das genaue Gegenteil. Deswegen wird er von den Leuten unterstützt. Seine Aktivitäten sind sehr gefährlich für das normale Funktionieren des Apparats. Das ist einer der Hauptgründe.

Wird die »Volksfront« eigene Kandidaten aufstellen? Und wird sie im Wahlkampf Koalitionen eingehen?

Natürlich wird die »Volksfront« Absprachen mit kleineren Gruppen haben, die wir für wichtig halten und die uns und denen wir unsererseits real helfen können. Z.B. mit der ökologischen Bewegung, mit verschiedenen örtlichen Gruppen in unterschiedlichen Stadtteilen von Moskau, außerdem mit einigen Abspaltungen von den Sozialdemokraten der »demokratischen Union«, die jetzt beginnen, uns zu unterstützen. Da wird es schon so etwas wie eine begrenzte Koalition

geben. Es könnte auch noch andere Koalitionen geben, die von anderen Organisationen geschaffen werden. Es könnte zu drei oder vier Hauptkoalitionen für die Wahl kommen.

Was ist der Zweck des »Neuen sozialistischen Komitees«?

Die bisher bestehende »sozialistische Initiative« war immer so etwas wie ein Ideenzentrum der Moskauer »Volksfront«. Ich hoffe, das wird sich fortsetzen. Andererseits gibt es einige sehr wichtige Schwächen der »Volksfront«. Sie ist eine Art politische Partei, aber ihre Organisation ist häufig unzureichend, in manchen Situationen unstabil. Das Niveau des politischen Bewußtseins und der politischen Erziehung ist nicht hoch genug. Deshalb haben einige gesagt: Wir müssen einen Kristallisator innerhalb der breiteren Bewegung aufbauen, der so etwas wie ein strategisches Herz der Bewegung werden kann. Das ist der eine Punkt.

Der zweite: Die Moskauer »Volksfront« ist sehr schwach im Betriebsbereich. Es ist eine Art kommunale Bewegung. Alle Grundstrukturen sind lokal, bezirklich, so gut wie keine in Industriebetrieben. Viele Arbeiter unterstützen die »Volksfront«. Nur wenige schließen sich an. Es gibt keine Vorstellungen in der Organisation, was in diesem Bereich getan werden könnte. Die Aktivität ist bisher zu zerstreut. Um zur arbeitenden Bevölkerung zu gehen, muß man zunächst etwas Geschlosseneres aufbauen und auf die besonderen Punkte bei den Unternehmen eingehen. Das macht das »Neue sozialistische Komitee« nicht. Die sog. »Neuen Sozialisten« waren vielmehr sehr wichtig für die Entwicklung einer neuen Gewerkschaft, die natürlich sehr eng mit dem »Komitee« verbunden ist. Sie wurde vor einer Woche in Moskau registriert. Sie wird die erste registrierte nicht offizielle Gewerkschaft sein. Sie nennt sich »Verband sozialistischer Gewerkschaften« (SozProf). Ich will nicht behaupten, sie sei schon stark, aber sie wächst und entwickelt sich zu einer richtigen Organisation.

Man wird also die »Volksfront« als eine Art Wahl- und Kommunalorganisation haben, die sich an städtischen Aufgaben orientiert. Der »Verband sozialistischer Gewerkschaften« orientiert sich an Betriebsproblemen. Dazu wird es unterschiedliche Gruppen im ganzen Land zu unterschiedlichen Problembereichen geben, nicht von seiten der »Volksfront«. Da benötigt man so etwas wie eine Herzorganisation, die versuchen kann, all diese verschiedenen Arten von Kämpfen zu koordinieren, eine gemeinsame Perspektive und Strategie für die verschiedenen Kämpfe aufzubauen. Es geht nicht nur darum, einige Gruppen zusammenzubringen, die untereinander streiten, sondern unterschiedliche Arten von Kämpfen und unterschiedliche Kämpfe zu koordinieren, die häufig von unterschiedlichen sozialen Gruppen geführt werden.

Ist dies der Anfang einer politischen Partei?

Ich denke, es ist das, was eine politische Partei tun muß. Es ist der Grund, warum wir eine politische Partei aufbauen wollen.

Aber es kann jetzt noch nicht Partei genannt werden?

Nun, es ist keine Partei! Man sollte es also nicht Partei nennen, wenn es keine ist, nicht weil wir das nicht möchten, sondern weil eine richtige politische Partei durch Einiges an Entwicklung zu gehen hat. Man muß eine Menge Dinge tun.

Wurden der Gewerkschaft Schwierigkeiten gemacht, sich zu organisieren? Ist es erlaubt, in diesem Land eine andere Gewerkschaft zu haben?

Es ist nicht verboten. Und das benutzten sie. Sie proklamierten sich selbst als neue Gewerkschaft, aber nicht wie die Dissidenten, die das nur proklamieren, aber nie in irgendwelche Verhandlungen mit den Autoritäten einstiegen. Die SozProf-Aktivisten forderten Verhandlungen. Sie hatten eine Menge Initiativgruppen in verschiedenen Unternehmen. Das war nicht nur eine Gruppe, die sich innerhalb der Gewerkschaft als unabhängig erklärte. Sowas geschah hier vorher mindestens zweitausendmal ohne Erfolg. Diesmal organisierten sie als erstes eine Konferenz, die zeigte, daß sie wirklich etwas repräsentierten, nämlich Gruppen in unterschiedlichen Unternehmen verschiedener Branchen. Dann nahmen diese Komitees Verhandlungen mit den Autoritäten auf, verschiedenen Institutionen, mit den offiziellen Gewerkschaftsbossen. Nach drei Monaten erreichten sie schließlich ihre Registrierung.

Aber es ist keine zweite Solidarnosc. Ich erwarte eigentlich nicht, daß sie zur Größe der Solidarnosc anwachsen. Dies aus unterschiedlichen Gründen. Zunächst sind die offiziellen Gewerkschaften in der Krise, aber es gibt nicht so ein starkes Gefühl unter den Arbeitern, daß man eine neue Gewerkschaft braucht. Die Leute sind satt von den offiziellen Gewerkschaften, aber sie wissen nicht, ob sie überhaupt eine Gewerkschaft brauchen. Das ist das Problem. Sie wissen überhaupt nicht, wozu Gewerkschaften gut sind. Das ist das erste.

Das Zweite: In diesem riesigen Land ist das Bewußtsein in den verschiedenen Teilen des Landes, der Arbeiterklasse, der Bevölkerung, in verschiedenen Industriebranchen so unterschiedlich, daß man nicht hoffen kann, daß eine einzige Gewerkschaft diese ganze Masse der Arbeit umfassen kann. In Polen schafften sie es, fast das ganze Industrieproletariat zu organisieren, um in marxistischen Termini zu sprechen, obwohl sie nicht das ganze Arbeitsleben erfaßten. Das kann man

hier nicht erwarten. Außerdem glaube ich, daß die Autoritäten, wenn sie klug genug sind, wahrscheinlich noch weitere inoffizielle Gewerkschaften legalisieren werden, um die Konkurrenz zwischen den verschiedenen Initiativen zu erhöhen.

Trotz allem hat der Verband sozialistischer Gewerkschaften, der von Kramow und Wolonik, übrigens einer der Mitbegründer des »Neuen sozialistischen Komitees«, gegründet wurde, sehr gute Chancen. Einmal weil er der erste ist, der organisiert wurde. Er ist anderen vergleichbaren Initiativen weit voraus. Und er füllt jetzt einfach das Vacuum aus, das durch den Kollaps der offiziellen Gewerkschaft während des Bergarbeiterstreiks entstand.

Was taten die offiziellen Gewerkschaften während des Bergarbeiterstreiks?

Sie waren einfach nicht anwesend. Die Bergarbeiter organisierten ihr Streikkomitee. Die offiziellen Gewerkschaften reagierten zuerst überhaupt nicht. Dann begannen sie zu diskutieren, was sie mit den Bergarbeitern tun sollten. Dann wandten sie sich an das Ministerium, daß sie jetzt die Rechte der Arbeiter vertreten wollten, und nahmen Kontakt mit Moskau zum Zweck von Beratungen auf. Ihre Moskauer Vorgesetzten wiederum konsultierten die Parteivertreter. Schließlich kamen sie zu den Bergarbeitern und saßen auf der Seite der Verwaltung, von wo aus sie die Bedingungen des Kompromisses mit den Bergarbeitern diskutierten. Aber als Repräsentanten der anderen Seite! Sie entlarvten sich als Teil des ministeriellen Apparats. Aber als Teil des Apparats werden sie nicht gebraucht, haben sie keine besondere Funktion. Deshalb gibt es für sie keine Möglichkeit zu überleben.

Zugleich hinterläßt das ein Vacuum. Das ist so etwas wie eine Sackgasse. Es ist durchaus nicht selbstverständlich, daß die Arbeiter sofort beginnen, neue Gewerkschaften zu bilden. Die Arbeiterkomitees sind häufig nicht interessiert an Gewerkschaften. Sie sagen, wir haben die Streik- und Arbeiterkomitees gebildet. Das reicht. Es gibt keine Notwendigkeit, eine Gewerkschaft zu bilden. Manchmal sagten die Bergarbeiter sogar: Laßt uns die Streiks der anderen stoppen. Wenn sie streiken, werden sie etwas bekommen, was uns genommen wird. Das war natürlich nicht typisch für alle Reviere. Es war eins der Extreme der Bewegung, aber es gab eben auch keinerlei Koordination zwischen den verschiedenen Streikgebieten. In Karaganda wußten sie nichts über Novokusnjez, außer daß dort gestreikt wurde und da der Streik erfolgreich war. Das ist alles, was sie wußten. Das ist der Grund, warum die Gewerkschaft wirklich gebraucht wird, aber auch der Grund, warum es so schwierig ist, sie aufzubauen.

Wann wird aus dem »Neuen sozialistischen Komitee« eine politische Partei geworden sein?

Wahrscheinlich in weniger als einem Jahr wird es so weit sein. Eine Sache ist dabei sehr wichtig. Eine Menge Mitglieder der Kommunistischen Partei sind auch Mitglieder des »Neuen sozialistischen Komitees«. Das heißt zuallererst: Die Kommunistische Partei ist keine politische Partei. Man kann sich kaum vorstellen, daß Mitglieder irgendeiner westlichen politischen Partei sich am Aufbau irgendeiner anderen politischen Partei beteiligen, außer wenn sie ihre alte Partei verlassen wollen. Hier dagegen sind die Leute keineswegs bereit, die Kommunistische Partei zu verlassen. Das ist das eine. Zweitens hängt die Zukunft der sozialistischen Partei sehr von der Zukunft der offiziellen Partei ab. Wenn sich die Krise der offiziellen Partei verschärft, wenn die Dissidenten entweder gezwungen werden, die Partei zu verlassen, oder so stark werden, die offizielle Partei spalten zu können, dann könnte das die Aufgabe der Bildung einer sozialistischen Alternative erheblich erschweren.

Warum ist die KPdSU keine Partei?

Sie ist einfach ein Apparat, der Teil der staatlichen Strukturen ist. Warum treten Leute ein? Nicht weil sie die Vorstellungen der Partei teilen, denn es gab keine Vorstellungen in der Partei, wenigstens nicht während der Breschnew-Periode, sondern um einen Posten, einen Job zu bekommen, ist man gezwungen, in der Partei zu sein. So sind jetzt eine Menge Antikommunisten in der Partei. Ich selbst kenne eine Menge Leute, die sehr aggressive Antikommunisten sind, weit rechts von Mister Reagan z.B., die der Meinung sind, alle Kommunisten gehören aufgehängt. Aber sie sind Mitglieder der Partei. Es gibt viele solche Leute. Es gab keinen anderen Weg, Posten zu bekommen. Das muß man verstehen. Das wirkt noch.

Zweitens: Auch wer eintrat, hatte deswegen noch keine Möglichkeit, die Politik der Partei zu beeinflussen. Man hatte nichts zu sagen. Man entfremdete sich also der Partei. Dann gibt es den Apparat, der auch nicht als politischer Apparat funktionierte, sondern viel eher als Teil des Staates. Darin trafen sie ministerielle Entscheidungen. Sie haben das System auf verschiedenen Ebenen als Staatsfunktionäre gemanagt, genauer, anstelle von Staatsfunktionären. In dieser Position beanspruchten sie auch, Politiker zu sein, obwohl sie es nie wirklich waren. Am Ende ist diese befremdende Struktur gezwungen, Politik zu machen, obwohl sie dazu in keiner Weise bestimmt ist. Sie ist für ganz andere Zwecke bestimmt, nämlich schlicht, die Gesellschaft in die totalitäre Grundverfassung einzubinden. Sie wissen also überhaupt nicht, wie man Politik macht. Sie können Politik nur auf eine einzige Art machen, nämlich untereinander streiten. Nichts vereint sie. Das geschieht mit der Partei.

konkret 10/89, S. 32

Abdul Wakil

Krieg aus Pakistan

Den größten Erfolg in der Geschichte ihrer Organisation nannte die CIA den Rückzug der Sowjettruppen aus Afghanistan. Tatsächlich schienen damit die Tage des »Kabuler Regimes« gezählt, der Sieg der »Freiheitskämpfer« (CDU-Mullah Todenhöfer) eine Sache von Tagen. Doch plötzlich scheinen die Afghanen die Regierung Najibullah den von Pakistan und den USA bewaffneten Mudjahedin vorzuziehen. Im Gespräch mit Jochen Hippler erklärt Afghanistans Außenminister, woran das liegt

KONKRET: Herr Außenminister, was haben die Genfer Vereinbarungen Afghanistan gebracht?

Wakil: Die Genfer Verträge haben seit ihrer Unterzeichnung nichts erreicht, was über den Abzug der sowjetischen Truppen hinausgeht. Sie haben bisher nur die Intensivierung der Aggression durch Pakistan zur Folge gehabt. Und manchmal sagen wir, daß die Unterzeichnung der Vereinbarungen durch Pakistan nicht erfolgt ist, um den Frieden, sondern um die Aggression zu fordern.

KONKRET: Warum halten Sie dann trotzdem an den Vereinbarungen fest?

Wakil: Weil wir glauben, daß die Vereinbarungen im Prinzip alles beinhalten, was zur politischen Lösung der Probleme nötig wäre: die Nicht-Aggression und Nicht-Einmischung in die internen Angelegenheiten der jeweils anderen Seite, die Rückkehr der Flüchtlinge, die Herstellung friedensfördernder Bedingungen und die Bildung einer Regierung auf breiter Grundlage, die alle Sektoren dieser Gesellschaft repräsentiert. Auch werden die Vereinbarungen von den beiden Großmächten garantiert, und das ist eine gute Grundlage. Außerdem möchte ich auf die Rolle der Vereinten Nationen hinweisen, unter deren Aufsicht die Verträge unterzeichnet wurden. Aus diesen Gründen halten wir uns an die Abmachungen. Das heißt nicht, daß diese erfolgreich sind, aber wir kämpfen dafür, daß sie zu einem Erfolg führen, da wir prinzipiell an eine politische Lösung des Konfliktes glauben.

KONKRET: Wir haben hier eine Menge Leute gehört, die sagen, daß es wegen der pakistanischen Einmischung Krieg gegen Pakistan geben könne oder sollte. Glauben Sie, daß solche Überlegungen vernünftig oder realistisch sind?

Wakil: Pakistan führt praktisch Krieg gegen Afghanistan. Wir haben gegenüber dieser Aggression Geduld an den Tag gelegt, aber es gibt natürlich Forderungen aus der afghanischen Bevölkerung, daß praktische defensive Maßnahmen in dieser Sache nötig seien. Der Oberste Verteidigungsrat und die Bevölkerung Afghanistans haben mehrfach die Einleitung wirksamer Verteidigungsmaßnahmen gegen die andauernde und gefährliche Aggression durch Pakistan gefordert. Aber wir beschränken uns immer noch auf friedliche Mittel und glauben, daß die öffentliche Meinung in der Welt und die UNO Pakistan beeinflussen oder überzeugen werden, seine Aggression einzustellen.

KON KRET: Soll das Gerede über einen Krieg gegen Pakistan einerseits innenpolitischen Zwecken dienen und zugleich die Menschen in Pakistan verunsichern?

Wakil: Sie wissen, daß das afghanische Volk sich niemals ausländischer Aggression unterworfen hat und sehr empfindlich auf eine solche reagiert. Vielleicht hat die Bevölkerung gestern noch nicht wahrgenommen, daß die Aggression direkt von Pakistan ausgeht, aber heute empfindet sie so. Es ist nicht nur die afghanische Regierung, es sind auch das afghanische Volk und sogar diejenigen bewaffneten Gruppen der Opposition, die jetzt mit der Regierung zusammenarbeiten, die erklären, daß es diese Aggression Pakistans und der saudi-arabischen Wahabiten gegen das afghanische Volk – vor allem in den Grenzgebieten – gibt.

Einer der Hauptgründe für das Scheitern der Offensive auf Jalalabad bestand darin, daß unser Volk und unsere Streitkräfte sich über die offene Einmischung und Aggression Pakistans sehr bewußt waren. Selbst aus westlichen und anderen Landesteilen meldeten sich Freiwillige, um an der Verteidigung Jalalabads teilzunehmen – aus den lokalen Milizen oder Selbstverteidigungsorganen, aber auch aus den bewaffneten Oppositionsgruppen, die sich in letzter Zeit der Regierung angeschlossen haben. Deshalb bemüht sich Pakistan, seine Aggression auf die eine oder andere Weise zu verbergen. Es hat nämlich erkannt, daß es dem afghanischen Volk nicht widerstehen kann.

KONKRET: Wenn Sie auf die sowjetische Intervention der letzten zehn Jahre zurückblicken, würden Sie diese für einen Erfolg oder für einen Mißerfolg halten?

Wakil: Wir halten die Einladung der damaligen afghanischen Regierung an die Sowjetunion, Truppen nach Afghanistan zu entsenden, für einen Fehler der damaligen Regierung und der sowjetischen Führung. Wir sind der Meinung, daß man andere Mittel der Politik hätte finden können, um eine Eskalation des Krieges zu solchen Dimensionen zu verhindern. Wenn eine Politik schon ganz am Anfang Fehler aufweist, die man kritisieren muß, dann wird eine solche Politik keine Früchte tragen. Wir können also nicht glauben, daß diese Politik positive Ergebnisse erzielt hat. Und es war die gegenwärtige Führung der Republik Afghanistan, geführt von Präsident Najibullah, die seit 1986 ihre ganzen Anstrengungen der Aufgabe gewidmet hat, die Möglichkeit für den Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan zu

schaffen, damit die Republik Afghanistan auf eigenen Beinen stehen kann und in der Lage ist, die Aggression durch die Opposition und Pakistan zurückzuweisen.

KONKRET: Ihre Regierung scheint nach dem Abzug der sowjetischen Truppen politisch und militärisch stärker zu sein als vorher. Wie kommt das?

Wakil: Selbst während der Anwesenheit der sowjetischen Truppen verfügten wir über genug militärische Stärke und eine hohe Moral, und wir waren in einer guten Position. Allerdings waren während der sowjetischen Präsenz unsere gesamten Aktivitäten auf anderen Gebieten davon überschattet. Der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan hat einmal das Gefühl für das Vertrauen in die eigene Kraft gestärkt, und andererseits hat unsere Armee sich nach dem Abzug stärker selbst verantwortlich gefühlt und sich auf dem Schlachtfeld bewährt. Im innenpolitischen wie im internationalen Bereich waren wir vorher immer mit einem Hindernis belastet, das wir durch den Abzug einfach beseitigt haben. Dieser Schritt der afghanischen Regierung wurde von der Bevölkerung begrüßt, ebenso wie von der Weltöffentlichkeit. Denn es ist heute ein akzeptiertes Prinzip der Politik, daß die Truppen eines Landes sich nicht auf dem Gebiet eines anderen Staates aufhalten sollten, insbesondere wenn es sich um Truppen der Großmächte handelt. In diesem Sinne haben Sie recht: Unsere politischen und militärischen Positionen sind gestärkt, ganz im Gegensatz zu den Spekulationen in einigen Ländern.

KONKRET: Die Überlebensfähigkeit dieser Regierung scheint heute vor allem von zwei politischen Faktoren abzuhängen: vom Zusammenhalt der Regierungspartei DVPA (Demokratische Volkspartei Afghanistans), die sich in der Vergangenheit durch heftige Fraktionskämpfe ausgezeichnet hat; und zweitens von der Frage, ob es unter der

Stadtbevölkerung zu wirtschaftlich oder politisch bedingten Unruhen bis hin zu Aufständen kommt, wie einige Mudjahedin in Peshawar das hoffen.

Wakil: Über unsere Partei möchte ich sagen, daß (bei Übernahme der Regierungsmacht im April 1978) sie sehr jung war und über wenig Erfahrung verfügte. Daher beging sie Fehler und litt unter Mängeln ihrer Politik in bezug auf die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Gesellschaft. Es ist deshalb sehr natürlich, daß die Unterschiede zwischen verschiedenen Fraktionen oder Gruppen innerhalb der Partei zunahmen. Denn die Politik der Führung unserer Partei zu Beginn der Revolution war nicht in Übereinstimmung mit Bedingungen, Traditionen und Geschichte unserer Gesellschaft. Meinungsverschiedenheiten waren eine Folge.

Die Politik der nationalen Versöhnung, des Kompromisses, des Dialogs und der Verhandlungen unter den Afghanen und die Suche nach friedlichen Wegen der Konfliktlösung fördert die Einheit und Solidarität unserer Partei, in der Gesellschaft und zwischen den Mitgliedern der Partei. Und das zeigt die Richtigkeit dieser Politik. Die Parteimitglieder glauben zunehmend, daß dies eine der besten Politiken ist, und scharen sich immer mehr um die Parteiführung.

KONKRET: Das ist unzutreffend, und Sie wissen das. Es gibt eine ganze Menge an Widerstand innerhalb der Partei gegen die Politik der nationalen Versöhnung.

Wakil: Ich kann Ihnen versichern, daß es nicht sehr viel Widerstand gegen diese Politik gibt. Wo er existiert, wird er von der Partei und der Bevölkerung zurückgewiesen. Seit der Politik der nationalen Versöhnung existiert Einheit und Solidarität innerhalb der Partei, der Streitkräfte und der Bevölkerung. Wenn es Differenzen gibt, von denen Sie gehört haben mögen, dann haben sie nicht zu Spaltungen innerhalb der Partei, der Bevölkerung oder der Gesellschaft geführt. Wenn es leichte Differenzen gibt, ergreift die Partei Maßnahmen zu ihrer Beilegung, und zwar durch Versöhnung, Kritik und Selbstkritik. Natürlich tragen wir in unserer Partei an einem schlechten Erbe der Vergangenheit. Diese Schwierigkeiten sind nicht durch die Politik der nationalen Versöhnung entstanden, sondern schon seit der Gründung unserer Partei hatte es gewisse Meinungsverschiedenheiten und Fraktionen gegeben. In diesem Fall mußte die Parteiführung, insbesondere Präsident Najibullah, eine Menge Überzeugungsarbeit leisten, bei der Parteiführung, den Kadern und den einfachen Mitgliedern, um sie von der Fehlerhaftigkeit der früheren Politik zu überzeugen.

Sie haben bemerkt, daß wir einige Probleme bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln, Energie, Zucker und mit steigenden Preisen haben. Und das wichtigste Problem in diesem Zusammenhang ist das Problem der Logistik, des Transports. Es gibt nicht zuwenig Lebensmittel, die die Regierung zur Verfügung stellen könnte, aber es gibt Transportprobleme. Wenn die Wagenkolonnen mit Nahrungsmittellieferungen nicht von den gegnerischen Gruppen angegriffen, zerstört und geplündert würden, dann hätten wir keine Versorgungsprobleme. Unsere Gegner benutzen gegen uns alle Mittel, sie legen Bomben und feuern mit Raketen, um unschuldige Menschen zu töten, um Terror und Panik unter den Menschen zu verbreiten. Aber unser Volk läßt sich davon nicht beeinflußen. Und diese Praktiken fallen zunehmend auf ihre Urheber selbst zurück. Wegen der Bombenanschläge und Raketenangriffe auf zivile Ziele drücken die Leute zunehmend ihren Abscheu gegenüber diesen Gruppen aus. Sie haben immer mehr ihre Glaubwürdigkeit verloren, »heilige Krieger« zu sein. Nun werden sie als Terroristen und Mörder bekannt, als Kriminelle.

Im letzten Jahr waren wir in einer schwierigen Situation: Einerseits zogen die sowjetischen Truppen ab, andererseits gab es einen sehr strengen Winter und wir hatten nicht genug Nahrungsmittelvorräte. Trotzdem gab es keinen Aufstand der Bevölkerung und keine Proteste. Dieses Jahr ist die Regierung der Republik Afghanistan sehr entschlossen, sie wird alle

Anstrengungen unternehmen und alle zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um die Bevölkerung mit den notwendigen Gütern, mit Energie und Nahrungsmitteln zu versorgen. Wir legen nun mehr Gewicht auf die Versorgung der Bevölkerung mit diesen Gütern als auf die Belieferung der Front. Deshalb sind wir sicher, daß die Bevölkerung nicht gegen uns revoltieren wird. Wenn wir aber eine falsche Politik wie in der Vergangenheit verfolgen würden, dann würde es natürlich Aufstände geben.

KONKRET: Uns scheint, daß die Bevölkerung in Kabul und den anderen Städten die Regierung und die Partei nicht besonders mag, vielleicht überhaupt nicht mag, aber die Mudjahedin-Parteien zunehmend für die schlimmere Alternative hält.

Wakil: Wir behaupten nicht, daß uns alle Leute in Afghanistan mögen. Aber wir erkennen, daß wegen der Praktiken gegnerischer Gruppen die Bevölkerung die Regierung zunehmend für besser als diese Gruppen hält. Wir unternehmen alle nur möglichen Anstrengungen, damit die Leute merken, daß wir ihre Diener sind. Die Menschen in Afghanistan haben jedes Recht, von uns enttäuscht zu sein, da wir es bisher nicht geschafft haben, Frieden, Ruhe und Fortschritt für das Volk zu gewährleisten, wie wir es wollten. Und deshalb unternehmen wir jetzt alle Anstrengungen, um etwas für unser Volk zu tun. Das afghanische Volk hat viel gelitten, und vieles ist zerstört worden. Und in einem gewissen Ausmaß werden wir dafür verantwortlich gemacht.

Einfache Menschen in Afghanistan wissen nicht, was von außen geschehen ist, Milliarden von Dollar, die die USA und andere Länder ausgegeben haben, die Lieferung hochentwickelter Waffen an gegnerische Gruppen und alle diese Dinge. Wir bemühen uns darum, daß die Menschen in Kabul und in ganz Afghanistan dies zumindest wahrnehmen. Wir versuchen, diesen gesamten Prozeß fortzusetzen, und wenn unsere Gegner keinen konkreten Vorschlag für eine politische Beendigung des Krieges vorlegen können, dann werden die Menschen schließlich erkennen, wer für das Volk arbeitet und wer nicht.

KONKRET: Halten Sie es für möglich, den islamischen Glauben und islamische Traditionen mit dem Streben progressiver Veränderung oder gar revolutionärer Politik zu verbinden.

Wakil: Seit der Entstehung des Islam war Afghanistan ein islamisches Land. Der Islam ist nicht gegen Fortschritt und Veränderung. Der Islam lehrt eine sehr gute Art des moralischen Fortschritts. Es gibt aber Leute, die den Islam verunstalten, die aus ihm etwas anderes machen als den Islam. Der Islam befindet sich im Widerspruch zum Fundamentalismus und zur Diskriminierung. Bis zum Auftreten solcher Männer haben wir nie Probleme mit der Eröffnung von Schulen, der Förderung der Industrie und anderen Aktivitäten gehabt. In den ländlichen Bezirken brachte die Landbevölkerung der Regierung schriftliche Bitten, daß sie Krankenhäuser und Schulen für sie oder Straßen zu ihnen bauen sollte. Sie hatten freiwillige Spenden geleistet, damit solche öffentlichen Einrichtungen gebaut werden konnten. Es war einer der größten Wünsche von Menschen auf dem Land, daß ihre Söhne in Kabul studieren konnten. Das afghanische Volk war niemals dagegen, daß Mädchen studieren konnten oder dies sogar im Ausland tun. In allen afghanischen Provinzen gibt es Mädchenschulen. Die Schulen für Jungen und Mädchen sind getrennt. Das ist eine sehr gute afghanische Tradition, die auch wir befürworten. Auf der Universität herrscht allerdings Koedukation.

KONKRET: In der westlich gelegenen Provinz Ghor hatten wir Gelegenheit, mit früheren Mudjahedin, die jetzt einen Vertrag mit der Regierung geschlossen haben, zu sprechen. Dabei war völlig klar, daß die Frauen den Schleier zu tragen haben würden, und daß Schulbesuch für Mädchen vermutlich nicht in Frage kommt.

Wakil: Ich habe bereits erklärt, daß sich die Situation unglücklicherweise verändert hat. Nun propagieren die saudi-arabischen Wahabiten und die Fundamentalisten aus Pakistan, daß der Islam in Gefahr sei. Und daher haben die Menschen Angst, daß der Staat Maßnahmen ergreift, die dem Islam widersprechen. Wenn diese Leute nicht eine solche negative Propaganda gegen uns entfaltet hätten, wie könnten sie die Menschen gegen uns aufbringen? Wir sind alle Moslems, wie unsere Väter und Vorväter. Aber sie behaupten, daß wir Ungläubige seien, Atheisten, und gegen den Islam.

Zugleich wird aber das, was die Fundamentalisten erfunden haben, von den Menschen nicht akzeptiert. Gulbuddin (Hekmatyar) ist beispielsweise gegen die Berufstätigkeit von Frauen in Behörden, Ministerien und Fabriken. Sie können in unserem Fernsehen feststellen, daß Frauen dort als Ansagerinnen oder in anderen Funktionen arbeiten, und zwar unverschleiert, und Frauen nehmen dort auch an musikalischen Darbietungen teil. Aber alles, was unserer Gesellschaft und dem Islam fremd ist, wird von unserem Volk nicht akzeptiert. Das Volk selbst weiß, wie es seine religiösen Rechte wahrzunehmen hat, die Regierung allerdings bemüht sich, die notwendigen und möglichen Mittel bereitzustellen.

KONKRET: Ihre Regierung unterstützt aus politischen Gründen ehemalige

oder sogar noch operierende Mudjahedin-Gruppen mit Geld, Gütern und Waffen. Zugleich ist Afghanistan ein extrem armes Land, und auch Ihre Regierung ist nicht eben wohlhabend. Wie finanzieren Sie solche und andere Ausgaben?

Wakil: Die Schäden, die unsere Gesellschaft durch Verluste an Menschen und materiellen Gütern erlitten hat, sind schwerwiegend und belasten die Wirtschaft sehr. 60 Prozent unseres Staatshaushaltes werden für die Verteidigung und das

Militär ausgegeben, manchmal noch mehr. Wir haben ein Haushaltsdefizit. Wir haben Inflation. Unsere Güterproduktion ist zu gering. Und unser Streben, Frieden und Sicherheit in unserem Land herzustellen, entspringt nicht allein dem Wunsch nach dem Ende des Krieges. Sondern eine Fortsetzung des Krieges würde auch zunehmende wirtschaftliche Probleme schaffen.

Aufgrund der richtigen Wirtschaftspolitik, die zumindest teilweise von der Regierung betrieben wird, aufgrund des normalen Handels, der von der Privatwirtschaft dominiert wird, aufgrund der Investitionen und des Ex- und Importes behaupten wir, daß unsere Wirtschaft trotz allem über eine Grundlage verfügt, daß sie tatsächlich lebt. Auch die Kredite und Hilfe, die wir aus ' der Sowjetunion und einigen anderen Ländern und von internationalen Organisationen erhalten, helfen uns, unsere Wirtschaft und andere Aufgaben zu finanzieren. Wenn Sie hier in den Basar gehen, werden Sie Waren finden, die Sie in Polen, Ungarn, China, Vietnam, Jugoslawien oder sogar in der Sowjetunion nicht kaufen können. Es gibt einen freien Geldmarkt, auf dem Sie Ihr Geld wechseln können. Es gibt natürlich einige negative Faktoren, und wir haben Belastungen durch den Krieg, aber wir haben eine freie und offene Wirtschaft, freie Wechselkurse und all das, darum sind wir irgendwie optimistisch. Ich war früher Finanzminister. Daher weiß ich, wie viele Einnahmequellen wir haben. Schon allein die Zolleinnahmen machen 20 Prozent unseres Staatshaushaltes aus. Was mich aber besorgt macht, sind die hohen Militärausgaben und die Inflation, die eine Gefahr für unsere Zukunft darstellen, insbesondere wenn die Produktion nicht zunimmt.

KONKRET: Können Sie eine Zahl für die sowjetische Wirtschaftshilfe nennen?

Wakil: Wir erhalten aus der Sowjetunion Weizen, Zucker, landwirtschaftliche Maschinen, Saatgut, Dünger. Das sind die wichtigsten Bestandteile an Hilfe, die wir erhalten. Inzwischen erfolgen 70 Prozent der Wirtschaftshilfe der Sowjetunion in Form von Krediten. Das bedeutet, daß wir militärisch und ökonomisch in gewissem Maße von sowjetischer Hilfe abhängen.

konkret 10/89, S. 36

Oliver Tolmein

Schafft zwei, drei, viele Afghanistans

Zwei Jahre ist es her, da wurde in der westdeutschen Linken gestritten: ist der Bolschewik nur schick? Oder in Aufbruchstimmung? Bekommt die revolutionäre Theorie wieder Luft? Oder dreht sie sich selbst den Hahn ab? Seit einem Jahr sind wir alle klüger. KONKRET und »Arbeiterkampf«, Positionspapiere radikaler Linker und PodiumsrednerInnen auf großen und kleinen Veranstaltungen haben eingeschätzt und festgestellt: Das »neue Denken« bringt den Sozialismus ans Ende, schwächt die internationale Position der Avantgarde der Arbeiter- und Bauernstaaten, führt dazu, daß die Trutzburg der Weltrevolution geschleift und nur ein kleines Häufchen nostalgischer Erinnerungen übrigbleiben wird.

»Und nun zieht die Rote Armee aus Afghanistan ab«, markierte Hermann L. Gremliza in KONKRET 6/88, ein Jahr zuvor noch erfreuter Entdecker »bolschewistischer Kühnheit« in der Sowjetunion, seinen point of return: »Doch dieser Rückzug, der die afghanischen Genossen dem Killer Hekmatyar und seinen Glaubenskriegern ausliefert, ist mehr als die Korrektur einer falschen Einzelentscheidung. Er ist, in der Geschichte des proletarischen Internationalismus, das erste unübersehbar eindeutige Zeichen einer neuen Politik: des 'neuen Denkens'«. Und neues Denken, daran blieb kein Zweifel, ist demnach das Gegenteil und nicht etwa die Weiterentwicklung des »alten Denkens«, demzufolge die Weltrevolution, der »Aufbau einer Gesellschaft von Freien und Gleichen« gewagt werden müsse. Gremliza befand sich in guter radikaler Gesellschaft, hatte doch kurz zuvor auch der »Arbeiterkampf« festgestellt, daß die Afghanistan-Entscheidung »neues Denken im Härtetest« zeige, und klargemacht, daß der Rückzug der Roten Armee als Niederlage gedeutet werden müsse.

Heute wünscht man sich, die Kommentatoren hätten Recht behalten. Wäre Afghanistan der »Härtetest« für das »neue Denken« gewesen, könnte die Rückzugsentscheidung mit ihren Folgen als programmatisch für Entwicklung und Perspektiven des proletarischen Internationalismus gelten, die revolutionäre Linke der Welt könnte optimistisch in die Zukunft blicken. Allen Vorhersagen von links und rechts zum Trotz hat sich die Regierung Najibullah nach dem sowjetischen Truppenabzug nämlich stabilisieren und ihre Unterstützung durch die Bevölkerung vergrößern können. Ausgezählt werden derzeit dagegen die noch von den USA und von Pakistan unterstützten islamischen Contras.

Versucht man den Umgestaltungsprozeß in der Sowjetunion zu analysieren, muß man sich die zukunftsfrohe Verallgemeinerung allerdings verkneifen. Afghanistan ist in der Sowjetunion nicht überall, so wenig wie das »neue Denken« und die daraus entwickelte gesellschaftliche Praxis, die aus basisbestimmten ArbeiterInnen-Streiks besteht *und* aus gezielt geschürten nationalistischen Unruhen, mit einem Etikett versehen werden können. geprüft und für sozialdemokratisch befunden.

Die Ursachen für die unerwartete Entwicklung, die allerdings noch nicht abgeschlossen ist und durchaus auch künftig noch das Risiko des Scheiterns in sich birgt, sind ansatzweise analysiert worden (KONKRET 9/89). Über die alte Kritik am neuen Denken ist allerdings der Mantel des Schweigens gedeckt worden. Wieso war sich die westdeutsche Linke 1988 so sicher, daß der militärische Rückzug als politische Niederlage gesehen werden muß? Wie konnte ausgerechnet die Beendigung einer auch von den meisten Linken scharf kritisierten Intervention auf fremdem Territorium als Rückzugsgefecht des proletarischen Internationalismus verstanden werden?

Offensichtlich wurde 1988 keine sorgfältige Analyse der konkreten Situation in Afghanistan, der begangenen Fehler und der notwendigen Konsequenzen vorgenommen, es wurde bloß *eingeschätzt.* Ein Rückzug entspricht im allgemeinen einer Niederlage, einmal gewonnenes Terrain aufzugeben erscheint, unseren Erfahrungen zufolge, in einer ohnehin schon krisenhaften Situation als Kapitulation. Mehr als die realen Perspektiven Afghanistans interessierte die Frage: Realsozialismus – Erneuerung oder Untergang?

Die Kritik am Truppenrückzug impliziert, daß ein Verbleiben der Truppen im fremden Land richtiger gewesen wäre. »Vielleicht hätten sie nie dort einziehen dürfen«, gab Gremliza zwar vorsichtig zu bedenken, er meinte damit aber: Die Korrektur des Fehlers macht alles nur noch schlimmer. Ob ein auch schwerwiegender Fehler korrigiert werden soll oder nicht, wird von der Beantwortung der Frage, wem das eine, wem das andere nützen könnte, abhängig gemacht – und damit revolutionäre Strategie der Taktiererei geopfert. Um dazu zu kommen, muß man sich am Abgrund wähnen: Nach vorne gibt es keinen Ausweg, und hinten lauert der Feind. Stillstand, so der Trugschluß in der als aussichtslos erkannten Lage, gewährleistet wenigstens, daß niemand abstürzt. Etwas Besseres als den Tod findest du überall! Die Bremer Stadtmusikanten haben sich, jeweils kurz vor ihrem Ende, entschieden aufzubrechen. Das Risiko war groß, der Weg ging ins völlig Ungewisse, aber die Fortsetzung der alten Geschichte, mit ihrem sicheren Ende, schien der Crew trotzdem das Schlimmere zu sein.

Sozialismus ohne Selbstbestimmung ist nicht vorstellbar. Dabei geht es nicht um das Selbstbestimmungsrecht einer Nation, sondern um das einzelner (nicht vereinzelter) Menschen und Kollektive – die Rote Armee in Afghanistan konnte die

Afghanen weder bei der Erlangung des Einen noch des Anderen unterstützen. Sie konnte nicht für einen Sieg im Volkskrieg kämpfen, sondern nur als Ordnungsmacht agieren. Die Aggression von außen, die zur Rechtfertigung des Einmarsches angeführt wurde, existierte zwar zweifelsohne, sie blieb aber verdeckt. Offensichtlich und spürbar aggressiv und damit leicht politisch angreifbar handelte dagegen die Rote Armee. Sozialismus kann langfristig aber weder in erster Linie militärisch hergestellt noch auf Dauer militärisch verteidigt werden (so wenig, wie es in der Regel gelingt, ihn ausschließlich militärisch niederzuringen).

Die Erkenntnis autonomer Anti-AKW-Gruppen, daß es vor allem darauf ankommt, die Strommasten in den Köpfen der Menschen zu fällen, gilt natürlich noch viel mehr, wenn es um die Errichtung eines und sei es auch nur real-sozialistischen Staates geht. Im Kampf dafür, daß der Mensch sich aufrichtet, seine »noch nicht ausdeterminierten Fähigkeiten« (Bloch) gegen seine Unterdrückung einsetzt, erweist es sich als kontraproduktiv, wenn das Militär die Avantgarde bildet: dessen fürsorglich und stellvertretend geführter Abwehr- und Befreiungskampf kann zwar Fakten schaffen, aber schwerlich überzeugen. Um eines kurzfristigen Vorteils willen zum brachialen Gewaltmittel der militärischen Invasion zu greifen, ist für einen Staat, der den Anspruch hat, einer freiheitlichen, auf Selbstbestimmung und Emanzipation orientierenden Theorie zu genügen, eine politische Bankrotterklärung (und zieht leicht eine militärische Niederlage nach sich).

Der Erfolg der afghanischen Regierung ist um so bemerkenswerter, als die Entwicklung in Ländern wie Polen (und auch der DDR) zeigt, wie verheerend weit weg von jeder Form von Sozialismus Repression und um Sicherheit bedachte politische Bewegungslosigkeit führen können – auch wenn die sowjetischen Truppen noch im Lande sind. Solange es den sogenannten demokratischen Parteien in den imperialistischen Ländern gelingt, Freiheit und Menschenrechte als antikommunistische Werte erscheinen zu lassen, bleibt die radikale Linke weltweit nicht nur praktisch, sondern auch theoretisch in der Defensive. Insofern war der Rückzug der Roten Armee aus Afghanistan eine Offensive, deren Chancen wir bisher allerdings nicht genutzt haben.

konkret 10/89, S. 38

Gabi Gottwald; Ralf Leonhard

Der Krieg wird fortgesetzt

Mit finanzieller und logistischer Unterstützung bundesdeutscher Parteistiftungen macht die Rechtsopposition in Nicaragua mobil für die Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen, die im Februar 1990 stattfinden sollen. Vor allem die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung leitet seit Jahren vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit genehmigte Projektgelder an ihre Partnerorganisationen

Neun Monate früher als turnusmäßig vorgesehen finden am 25. Februar 1990 in Nicaragua Präsidentschafts-, Parlaments- und Kommunalwahlen statt. Um dem Druck der mit den USA verbündeten zentralamerikanischen Regierungen zu begegnen, die ähnlich wie die Contra und die antisandinistische Opposition in Nicaragua seit Jahren die angeblich fehlende Demokratie im Land der Revolution als Ursache der regionalen Konflikte benennen, hatte Präsident Ortega Mitte Februar im Rahmen der Esquipulas-Verhandlungen den Wahltermin vorverlegt und weitgehende Zusagen zur Liberalisierung des Wahlprozesses für die Opposition gemacht. Im Gegenzug beschlossen die Präsidenten auf dem Gipfeltreffen den Demobilisierungsplan für die Contra in Honduras, der die Rückkehr nach Nicaragua und die Reintegration ins zivil-politische Leben erlaubt wurde. Rechte und konservative Kreise, inklusive der Contra selbst, begrüßten die »Entscheidung von Costa del Sol«, schien doch die Koppelung der Contraauflösung an eine angeblich notwendige Demokratisierung durch freie Wahlen ihre jahrelange Propaganda gegen das »Unrechtsregime« zu bestätigen und damit das bisherige Wirken der Contra zu legitimieren. Dementsprechend werden die Wahlen und ihre Durchführung zum zentralen Kriterium für die Beurteilung der Verhältnisse in Nicaragua gemacht werden. Die internationale Bewertung dieses Prozesses wird darüber entscheiden, mit welchem äußeren Druck die Revolution zukünftig rechnen muß.

Die zentralen Kontrahenten im Kampf um die Wählerstimmen sind die regierende sandinistische Partei FSLN und das Bündnis der 14 Parteien in der Union Nacional Opositora, der UNO. Nicht nur die Initialen des Rechtsbündnisses UNO, die mit dem 1985 gegründeten Dachverband der Contraorganisationen Unidad Nicaraguense Opositora – UNO – , identisch sind, sondern auch die zahlreichen zurückgekehrten ehemaligen Contraführer, die sich in dem Bündnis tummeln, verweisen auf die Strategie des Rechtsblocks im Wahlkampf: Der Krieg gegen die Revolution wird auf politischer Ebene fortgesetzt. Zweckmäßigerweise nominierte die UNO die Herausgeberin des reaktionären Kampfblattes »La Prensa«, Dona Violetta Chamorro, als Präsidentschaftskandidatin. Ihr Vize ist der Sandinistenhasser und Präsident der liberalen Partei PLI, Virgilio Godoy, der die Gunst der hiesigen Liberalen genießt.

Das Bündnis der 14 Parteien reicht von reaktionären konservativen Kleinstparteien über rechte sozialdemokratische, christdemokratische und liberale bis hin zur sozialistischen und kommunistischen Partei. Ein zentrales Motiv der 14 Verbündeten, sich aus dem Parteienpluralismus von 21 meist unbedeutenden Splitterparteien, Abspaltungen und künstlichen Neuschöpfungen als Block zu formieren, war die Option auf konzertierte Finanzhilfe aus dem Ausland.

Das Wahlgesetz schreibt den Parteien vor, die generell erlaubte Auslandsfinanzierung offen zu legen und die Hälfte der Wahlkampfhilfe in einen sogenannten »Demokratiefonds« abzuführen, aus dem die Einrichtung der generellen Infrastruktur für die Wahlen für alle Beteiligten bezahlt werden soll. Die Oppositionsparteien ziehen es deswegen vor, anstatt größere Geldbeträge ausländischer Spender öffentlich überreicht zu bekommen, ein weitverzweigtes Netz von Institutionen und Vereinigungen zu unterhalten oder neu zu gründen, die eine indirekte Oppositionsfinanzierung ermöglichen.

Die der hiesigen Regierung nahestehenden bundesdeutschen Parteistiftungen, die seit Jahren die oppositionelle Klientel in Nicaragua mit Geld aus dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit – BMZ – versorgen, tummeln sich im Organisationsgestrüpp der Rechtsopposition, die zum Großteil in der Coordinadora Democratica zusammengeschlossen ist und zum Umfeld des Parteienbündnisses UNO gehört. Die direkten Projektpartner sind keine Parteien, da den Parteistiftungen Parteifinanzierung und Wahlkampfunterstützung untersagt ist. Um der Opposition dennoch bei den Wahlvorbereitungen unter die Arme greifen zu können, bedienen sich die Bundesdeutschen der gleichen Organisationen, die auch der Bündnispartner USA zur innenpolitischen Destabilisierung in Nicaragua nutzt.

Nach heftigen Debatten über die Intervention der CIA in den nicaraguanischen Wahlkampf verabschiedete der US-Kongreß am 29.6.89 einen Etat von drei Millionen Dollar, die als Wahlkampfhilfe über verdeckte Kanäle an die Opposition geschleust werden sollen. Bereits Tage zuvor hatte der Kongreß zwei Millionen Dollar für die offiziöse US-Stiftung »National Endowment for Democracy« – NED – bewilligt, um »die Demokratie in Nicaragua zu fördern« (New York Times, 11.6.89). Im darauffolgenden Monat verwies die nicaraguanische Regierung den Vertreter des NED des Landes, weil er verdeckt Gelder an die Oppositionsparteien der UNO gegeben haben soll. Die 1983 gegründete CIA-nahe Stiftung NED, die sich hauptsächlich aus Regierungsgeldern speist, unterstützt schon seit Jahren oppositionelle und contranahe Einrichtungen wie die Zeitung »La Prensa«, die sogenannte »unabhängige« Menschenrechtsorganisation CPDH, den Unternehmerverband COSEP, sowie die reaktionäre Amtskirche und deren »radio catolica« – bis auf »La Prensa« sind das auch alles Projektpartner der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.

Am 11.8.89 machte die regierungsnahe Zeitung »El Nuevo Diario« die Organisationsstrukturen publik, über die die US-Stiftung NED die Gelder an die Opposition für den Wahlkampf kanalisiert. Über ein »Zentrum zur Unterstützung der Demokratie« (CAD) und die Vereinigung »Staatsbürgerlicher Weg » (Via Civica) werden die Gelder weitergeleitet an Organisationen aus dem Spektrum der »Coordinadora Democratica«, deren Mitglieder u.a. »Via Civica« gründeten, als da sind: Mitglieder des Unternehmerverbandes COSEP, der Organisation der Freiberufler CONAPRO, der gelben Gewerkschaft CTN, der christdemokratischen »Partido de Confianza Nacional« (PDC), einer ihr nahestehenden Jugendeinrichtung mit Namen CEFOJ, der ihr nahestehenden »Bewegung nicaraguanischer Frauen« (MMN), Mitglieder der liberalen Partei PLI und andere UNO-Sympathisanten.

Aufgabe von »Via Civica« ist laut »La Prensa« die Vorbereitung der nicaraguanischen Bürger auf die Wahlen 1990. Es sollen 1500 Leute ausgebildet werden, so deren Vorsitzende, die als Multiplikatoren von Haus zu Haus gehen werden, um für die Wahlbeteiligung zu werben.

Fiscales heißt das Losungswort

Nach offiziellen Angaben ist die gesamte Opposition damit befaßt, technische Vorbereitungen zu treffen, die den einwandfreien Ablauf der Wahlen garantieren und Wahlfälschung verhindern sollen. Einhellige Propaganda in UNO-Kreisen ist, daß die Opposition die Wahlen gewinnen wird, wenn sie eine Wahlfälschung durch die Regierung verhindern kann und für eine hohe Wahlbeteiligung sorgt. Beides soll durch die Bereitstellung von Fiscales erreicht werden: sogenannter Wahlüberwacher, die die Opposition an allen Wahltischen plazieren will.

Dafür benötigt die UNO eigenen Angaben zufolge mindestens 10.000 Fiscales, weswegen jede Partei der UNO wie auch die UNO selbst sich vor allem mit der »formacion de fiscales« beschäftigt.

Tatsächlich werden die Fiscales mehr als Parteiagitatoren, denn als Wahlüberwacher ausgebildet, und das, was die UNO neutral als Versuch, die Wahlbeteiligung zu erhöhen, darstellt, erweist sich bei genauem Hinsehen als flächendeckender Wahlkampf. Die Parteien bilden ihre Kader in Seminaren aus, die dann innerhalb eines Multiplikatorensystems in den Regionen nach weiteren geeigneten Personen suchen. Die Fiscales werden im Land umherziehen, um der Bevölkerung nicht nur zu sagen, daß sie sich einschreiben soll und wie man wählt, sondern vor allem, was sie wählen soll. Notwendig ist dieser kurzfristig zu bewerkstelligende, äußerst kostspielige Kraftakt der Oppositionsparteien, weil sie derzeit weder über eine ausgebaute Organisationsstruktur verfügen, noch in irgendeiner Art und Weise in der Bevölkerung verankert sind. Der Großteil der Oppositionsparteien muß sich während des Wahlkampfes überhaupt erst richtig konstituierten. Weil die Parteien außerdem kaum Mitglieder und auch sonst kaum inländische Finanzquellen haben, müssen die Gelder international akquiriert werden. Wer über die besten Kontakte ins Ausland verfügt, hat die besten Chancen, an das große Geld zu kommen und damit natürlich auch den meisten Einfluß im UNO-Bündnis. So werden die beiden reaktionären Parteien der UNO über ihre jeweiligen Stiftungen vom Internationalen Institut der Republikanischen Partei in den USA (NRIIR) unterstützt. Eine der beiden, die PNC von Silviano Matamoros, ist Mitglied der Internationale der konservativen Parteien (IDU), der neben der Regierungspartei in den USA auch CDU und CSU angehören. Die PNC, deren Parteibüro ein Wahlplakat des bayrischen Ministerpräsidenten Max Streibl schmückt, unterhält Kontakte zur CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung.

Der liberale PLI ist Mitglied der Liberalen Internationale und unterhält Kontakte zur FDP-nahen Friedrich Naumann-Stiftung, die christdemokratische PDC ist in Kontakt mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und erhält Wahlhilfe von der christdemokratischen COPEI in Venezuela und anderen Mitgliedern der Christdemokratischen Internationale (CDI), die rechte sozialdemokratische PSD des ehemaligen Contraführers Alfredo Cesar wird, eigenen Aussagen zufolge, von den Regierungsparteien in Venezuela und Costa Rica unterstützt, die Mitglieder der Sozialistischen Internationale sind.

Trotz parteilicher Einzelinteressen bezüglich der Parlaments- und Kommunalwahlen, stellen die Parteien ihre Fiscales der UNO zur Verfügung, die eine gemeinsame Präsidentschaftskandidatin hat. Die UNO als Bündnis bekommt Geld und Leute über Organisationen aus ihrem Umfeld, die gleichzeitig Teil des verdeckten Finanzierungsnetzes für das NED und andere sind.

An Gönnern im Ausland, die sowohl Fiscales, Wahlkampfmaterial als auch die geplante Computeranlage finanzieren wollen, mangelt es nicht. So meldet »La Prensa« am 14.8.89, daß finanzstarke »Exilnicaraguaner« in Miami über deren »Nicaragua Civic Task Force« die UNO im Wahlkampf unterstützen werden. Diese »Exilnicaraguaner«, die der »Nicaraguanischen Gemeinschaft in Miami« angehören, sind politische und finanzielle Contralobbyisten. Die ihnen nahestehende Wochenzeitung »La Prensa Nica« zelebrierte aus »Traditionspflege« am 27.5.89 Somozas Geburtstag als »Tag der nicaraguanischen Nationalgarde«. In derselben Ausgabe publizierte auch der Direktor der »La Prensa« in Nicaragua, Don Pablo Antonio Cuadra.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung leitet seit Jahren vom BMZ genehmigte Projektgelder in Millionenhöhe an Partnerorganisationen, die Teil der Coordinadora Democratica sind oder ihr nahestehen. Projektpartner sind: die

»unabhängige« Menschenrechtsorganisation CPDH, die gelbe Gewerkschaft CTN, das Wirtschaftsinstitut des Unternehmerverbandes COSEP, der private Genossenschaftsdachverband FUNDE und die Vereinigung der Freiberufler CONAPRO ` beides COSEP-Mitglieder – sowie das Bildungsinstitut INCESP, das der christdemokratischen Partei PDC angehört, Radio Catolica und dessen Direktor Bismarck Caballo. Für die Erzdiezöse selbst zeichnet Kardinal Obando y Bravo als Vertragspartner.

Obwohl keine der Partnerorganisationen der UNO angehört, sympathisieren oder kooperieren alle mit ihr. Es überrascht denn auch wenig, daß im Büro der KAS in Managua Publikationen am Infostand ausliegen, deren Herausgeber in der Bundesrepublik als Lobbyistenvereine der Contra bekannt sind: die Internationale Arbeitsgemeinschaft Freiheit und Demokratie aus München, die Nicaragua-Gesellschaft aus Bonn, die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte aus Frankfurt. Der neue, seit März 89 anwesende Stiftungsrepräsentant Hartmut Teuchler macht einen gestreßten Eindruck. Er hat wenig Zeit, da er nach Washington und wenige Tage später bereits wieder nach Miami liegen muß. Formal hat er mit dem nicaraguanischen Wahlkampf nichts zu tun, real ist er andauernd mit dessen Problemen beschäftigt. Fast all seine Partnerorganisationen stecken direkt oder indirekt in politischen Debatten über das Vorgehen der Opposition oder in Wahlkampfvorbereitungen. Die ständigen Streitereien in der UNO und die Inkompetenz vieler Politiker erleichtern ihm die Arbeit nicht gerade. Für die Opposition, meint er, sei es jetzt wichtig, möglichst viele »fiscales« auszubilden. Von den angestrebten 10.000 habe die UNO Ende August erst rund 450 präpariert.

Das »Nicaraguanische Institut für Bildung und sozialpolitische Studien« – INCESP – ist einer der Projektpartner der Adenauer-Stiftung. »Das INCESP ist das politische Bildungsinstitut der Partido Social Cristiano (PSC)...«, schreibt die Stiftung in einer von ihr erstellten Projektübersicht vom 15.8.88. »Auseinandersetzungen innerhalb der Partei haben jedoch inzwischen dazu geführt, daß die Förderung zum gegenwärtigen Zeitpunkt ausgesetzt wurde.« Im Vorlauf zur Zulassung der Parteien zur Wahlteilnahme war es Anfang des Jahres 1989zurregulären Spaltung der PSC gekommen und zu einer für die Adenauer-Stiftung unerfreulichen Entscheidung durch den obersten Wahlrat. Rechtmäßige Nachfolgerin der PSC wurde die vergleichsweise gemäßigte Gruppe um den Parteipräsidenten Erick Ramirez, die anerkanntes Mitglied der Christdemokratischen Internationale und ihres lateinamerikanischen Zusammenschlusses, der ODCA, ist. Erick Ramirez hatte zwar das Parteilabel, sein früherer Generalsekretär, der Rechtsaußen Augustin Jarquin, konnte sich jedoch das Institut der Partei unter den Nagel reißen und eine neue Partei gründen, die Partido Democrata de Confianza Nacional (PDC). In einer Projektübersicht der KAS von Januar 1989istvermerkt: »In Nicaragua fördert die KAS über das regionale Bildungsinstitut INCEP/Guatemala (Instituto Centroamericano de Estudios Politicos) die politische Bildungsarbeit der Partido Social Cristiano (PSC)«. Der Vertragspartner INCEP in Guatemala ist der regionale Zusammenschluß von Bildungsinstituten in Zentralamerika, die den Christdemokratischen Parteien nahestehen, und seit Jahren ein Projekt der KAS,

Die KAS hat die offizielle Förderung des mittlerweile zu Jarquins Rechtsaußen-Partei gehörenden INCESP wieder aufgenommen. Die Entscheidung ist von einer gewissen politischen Brisanz, denn im Gegensatz zur PSC von Erick Ramirez, die auch in der Christdemokratischen Internationale anerkannt ist, ist Jarquins PDC Mitgliedspartei im Bündnis der Rechtsopposition – der UNO.

Alles dreht sich um die Wahlen

Das INCESP hat seinen Sitz im Stadtteil Bello Horizonte. Der Institutsdirektor Adan Fletes weilt in Miami, wo er mit den Organisatoren der »Nicaragua Civic Task Force« zusammentrifft, die als finanzstarke »Exilierte« den Wahlkampf der UNO unterstützen wollen. Parteipräsident Augustin Jarquin ist ebenfalls in Miami. Das verantwortliche Parteimitglied für die Ausbildung der »fiscales« im INCESP, der Jurist Dr. Fanor Avendano, gibt bereitwillig Auskunft. Das Institut, dessen Arbeitsplan vom Geschäftsführenden Vorstand der Partei PDC festgelegt werde, bilde seit mehr als acht Monaten Fiscales der Partei aus, sowie politische Aktivisten (»activistas politicas«) zur Wahlvorbereitung. Das INCESP versuche, jeweils Leute vor Ort für diese Aufgaben zu finden, damit die Fiscales und die Activistas die Leute persönlich kennen. Die Fiscales hätten die Aufgabe, die Durchführung der Wahl zu kontrollieren, um gegebenenfalls die Wahlfälschung beweisen zu können. Die Activistas sollten die Leute zur Einschreibung ins Wahlregister bewegen und den Kontakt zwischen Fiscales und der Bevölkerung herstellen. Man bilde Fiscales und Activistas im Verhältnis 2 zu 3 aus. Für ihre Arbeit erhalte das INCESP die Unterstützung der Konrad-Adenauer-Stiftung und Hilfe vom INCEP aus Guatemala. Das INCEP helfe mit Experten bei der politisch-strategischen Vorbereitung des Wahlkampfes. Die Christdemokraten aus Venezuela schickten ebenfalls excellente Spezialisten für diese Fragen.

Im Nachbarhaus des INCESP residiert eine weitere Organisation, die die Gunst der bundesdeutschen Christdemokraten genießt. Es ist das »Zentrum zur Ausbildung Jugendlicher« – CEFOJ – dessen Direktor Fanor Avendano jr., der Generalsekretär der Jugendorganisation der Partei PDC und Sohn von Fanor Avendano sen. aus dem INCESP, ist. Die Kontakte zwischen INCESP und CEFOJ sind nicht nur aus familiären und nachbarschaftlichen Gründen sehr eng. Die Opposition bezeichnet das CEFOJ in der Regel als Institut der Parteijugend von Augustin Jarquin, der jedoch großen Wert darauf legt, daß auch Mitglieder anderer UNO-Parteien im CEFOJ aktiv sind. Hector, der Verantwortliche für Planung und

Projekte im CEFOJ, erklärt den Aufgabenbereich des Instituts. Sinn und Zweck der Arbeit sei, Jugendliche für die UNO zu gewinnen, weswegen das »Nationale Komitee für die Stimme der Jugend« gegründet worden sei. In diesem Sinne sei man im ganzen Land unter den Jugendlichen tätig. CEFOJ mache Wochenendseminare für politische Bildung, die auch von der KAS finanziert würden. Er überreicht ein Flugblatt, auf dem ein Seminar zur Ausbildung von »fiscales electorales« für den 12.8. angekündigt wird. Ort des Seminars ist das Büro der Gewerkschaft CTN, ein anderes KAS-Projekt. Ansonsten erhalte man noch Unterstützung von der katholischen Kirche, zu der gute Beziehungen existierten.

In der selben Straße, gleich schräg gegenüber den beiden Instituten, befindet sich das »Nicaraguanische Institut für kommunale Verwaltung« – INAM. Der Gründer und Direktor des im April eröffneten Instituts ist Cairo Manuel Lopez, Mitglied der Partei PDC von Augustin Jarquin. Die stellvertretende Direktorin, Anna Soledad, erklärt, daß die derzeitige Aufgabe des INAM die Ausbildung von Fiscales für die UNO sei. Formal stünde das Institut allen Parteien zur Verfügung, de facto arbeite man nur mit der UNO zusammen. Ab September werde mit der Propaganda für die Wahleinschreibung begonnen, danach müsse INAM sich um die Schulung der Kandidaten für die Kommunalwahl kümmern – ein Bereich, der von der UNO bisher etwas vernachlässigt werde.

Zur materiellen Unterstützung der Arbeit habe INAM im März 89 einen Antrag an Herrn Teuchler für die Konrad-Adenauer-Stiftung übergeben. Man rechne mit einer Bewilligung der Gelder ab 1990.

Aktive Unterstützung und materielle Hilfe erhalte INAM zur Zeit von einem Institut mit ähnlichem Namen in El Salvador – dem ISAM (Salvadoreanisches Institut für kommunale Verwaltung). Das ISAM, dessen Direktor, Herr Molina, Mitglied der dortigen Christdemokraten ist, wird seit Jahren durch Projektgelder in beträchtlicher Höhe von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt. Frau Soledad, die selbst eine Ausbildung durch das ISAM erhalten habe, bestätigt, daß ISAM bereits mehrere Seminare mit INAM durchgeführt habe und weitere geplant seien. So wolle ISAM Schulungen für die regionalen Kandidaten durchführen und nach den Kommunalwahlen die gewählten Personen auf ihr Amt vorbereiten.

Ebenfalls erhalte man Hilfe vom gegenüberliegenden INCESP und dem Regionalinstitut INCEP und dessen nationalem Ableger IGESP in Guatemala. Entscheidende Unterstützung für die Arbeit von INAM leiste die Vereinigung der Freiberufler – CONAPRO – , die ebenfalls ein KAS-Projekt ist. Unter der Leitung von Roger Guevara, dem Vertrauensanwalt der bundesdeutschen Botschaft, suche CONAPRO die Leute für die Schulungen aus, die INAM durchführe.

Im Beirat von INAM sitzen weitere Mitglieder von Organisationen, die Projektpartner der bundesdeutschen Stiftung sind: Oswaldo Mondragon, Priester und Mitglied der »unabhängigen« Menschenrechtsorganisation CPDH, Carlos Huembes von der Gewerkschaft CTN, Gilberto Cuadra vom Unternehmerverband COSEP und Alberto Marin von CONAPRO.

Doch das INAM, das von der Opposition stets als »Institut von Augustin« bezeichnet wird, erhält nicht nur Unterstützung von zahlreichen Projektpartnern der KAS. Der Präsident der »Nicaragua Civic Task Force« in Miami, bei der INCESP-Direktor Adan Fletes zu Gast war, sagte der UNO finanzielle Hilfe für den Wahlkampf zu. »Wir werden ihnen beschaffen, was sie brauchen« (La Prensa, 14.8.89). Die Zeitung ergänzt: »Eine der ersten Beiträge der Exilnicas wird ans Instituto Nicaraguense de municipalidades gehen, das, wie man weiß, sich der bedeutenden Aufgabe gewidmet hat, 10.000 Wahlüberwacher auszubilden...«

Die Vereinigung der Freiberufler in Nicaragua – CONAPRO – nimmt eine wichtige Rolle bei der Ausbildung von »fiscales« für die Rechtsparteien der UNO ein. Die von der KAS als »unabhängiger Dachverband« bezeichnete Organisation ist Mitglied des Unternehmerverbandes COSEP und des zentralen politischen Zusammenschlusses der Opposition, der Coordinadora Democratica, die der UNO nahesteht. Die KAS arbeitet seit April 1986 mit CONAPRO zusammen und finanzierte 1988 26 Personalstellen sowie jährlich durchschnittlich 50 Seminare für 50 bis 200 Teilnehmer. Während seines Junibesuchs sagte der neue Vorsitzende der KAS, Kohl-Intimus Bernhard Vogel, in Nicaragua zu, daß die Stiftung sich mit einem Extra-Beitrag an der technischen Vorbereitung des Wahlprozesses beteiligen wolle. Stiftungsrepräsentant Teuchler gab an, daß bis Ende August über die konkrete Vergabe dieser Gelder noch nicht entschieden sei. Man denke in der Stiftung jedoch an CONAPRO als Empfänger. Er habe bereits mit CONAPRO gesprochen, damit sie Seminare für die Ausbildung von Fiscales machen, bei denen die Anmeldelisten wenigstens formal für alle offen sein müßten.

konkret 10/89, S. 44

Birgit Morgenrath; Thomas Nachtigall

»Da ist noch viel zu retten«

Seit die Gewerkschaften der schwarzen Arbeiter in Südafrika ihre Forderungen mit neuem Selbstbewußtsein vertreten, plädieren die Niederlassungen bundesdeutscher Konzerne für »Sozialpartnerschaft«. Die »14 Mindeststandards für deutsche Unternehmen« der IG Metall könnten ihnen dabei behilflich sein

Der weiße Benz erregt Aufsehen im Township. Das haben die Kinder von Mdtansane noch nie erlebt. Einer ihrer Väter wird da nach Hause kutschiert. Von seinem Chef.

Mr. Luis Vermaak, Manager in der Human Relation Abteilung von Mercedes Benz Süd-Afrika (MBSA), scheint sich nicht sehr behaglich zu fühlen, als ihn zwei Dutzend teils barfüßige Schüler umringen. Die 50 km vom Werk in East London ist er natürlich nicht herausgekommen, um Patrick Vaui dem schwarzen Betriebsrat aus der Lackiererei, das tägliche Pendeln zu erleichtern. Der smarte Bure hat seinen Wagen einer Gruppe bundesdeutscher Betriebsräte auf Informationsreise zur Verfügung gestellt, damit sie sehen, wie ihre schwarzen Kollegen leben. Ganz nebenbei sollen sie auch erfahren, daß einen Mercedes-Manager das Leben von bis zu neun Personen in einer 30 qm »matchbox«-Hütte ohne Strom natürlich bekümmert. Ja, es muß viel getan werden, meint der gelernte Jurist. Hausbau, Ausbildung, Bustransport für die 3400 schwarzen Arbeiter, da müsse jetzt das Werk anpacken. Viel habe man in den letzten 20 Jahren versäumt. Aber gemeinsam mit der Gewerkschaft werde man die Sache nun angehen.

Gemeinsam – das scheint das Lieblingswort des neuen Benzmanagements zu sein, das größtenteils erst wenige Monate im Amt ist. 'Sozialpartnerschaft' und 'kooperativer Führungsstil' lauten seine Maximen. Mit der Unterschrift unter die IG Metall-Mindeststandards im vergangenen Juli machte sich Mercedes gar zum Vorreiter unter den ausländischen Konzernen.

An den Montagestraßen von East London ist davon allerdings noch wenig zu merken. Hier laufen jährlich 15.000 Luxuslimousinen vom Band; direkt nebenan baut Daimler in Auftrag und Lizenz des japanischen Konkurrenten Honda auch Mittelklassewagen. Bei LKWs über 7,5 Tonnen – unter anderem für die Armee – hat sich MBSA einen Marktanteil von 30 Prozent gesichert.

Die Arbeiter an den veralteten Schweißgeräten und Spritzpistolen sind durchgängig schwarz, ihre Meister mit wenigen Ausnahmen weiß. Viele sind Reservisten der Armee und werden nach südafrikanischem Recht regelmäßig für Wehrübungen freigestellt. Etliche sind auch Mitglieder der rechtsradikalen »Weerstandsbewegung« (AWB), und so treffen sich Vorarbeiter und Untergebene auch außerhalb der Arbeitszeit: bei Überfällen und Razzien in den Townships.

»Im Werk ist die Apartheid abgeschafft. Dafür gibt es allein neun Wochenlohngruppen. Wir kommen in der Regel nicht über die untersten vier hinaus. So bleibt die Angestelltenkantine ganz automatisch weiß«, faßt der Betriebsrat Patrick Vaui zusammen. Tatsächlich zeigt ein Vergleich der Lohnstrukturen von 1986 und 89 nur minimale Verbesserungen. Auch im technischen Ausbildungszentrum ist immer noch die Hälfte der Lehrlinge weiß. »Es gibt keine Reservierung der Jobs für Weiße wie früher, sondern die bringen einfach die besseren schulischen Voraussetzungen mit«, begründet das der Leiter.

Trotzdem hat sich in den letzten drei Jahren mehr verändert als in drei Jahrzehnten zuvor. Die Aufspaltung der Belegschaft in konkurrierende Gewerkschaften ist weitgehend überwunden. 70 Prozent sind inzwischen in der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA organisiert, die sich anschickt, stärkste Einzelgewerkschaft Südafrikas zu werden, und die auch innerhalb des größten gewerkschaftlichen Dachverbandes COSATU der eher konservativen Minenarbeitergewerkschaft die Führungsrolle streitig macht.

Spätestens seit dem neunwöchigen Streik von 1986, bei dem ein Mindeststundenlohn von 5 Rand (4,30 Mark) erkämpft wurde, weiß die Firmenleitung von Mercedes Benz, daß die schwarze Gewerkschaft die Verhältnisse auf Betriebsebene durchaus zum Tanzen bringen kann. Produktionseinbußen von 40 Prozent konstatierte das Management im Jahresmittel. Nach jahrzehntelang gesicherten Profiten schrieb MBSA drei Jahre hintereinander rote Zahlen. Erst 1988 war die Gewinnzone wieder erreicht.

Neu gewonnenes Selbstbewußtsein demonstrieren die Arbeiter auch auf Betriebsversammlungen, wo sie mit erhobener Faust den African Nacional Congress hochleben lassen. »Weil wir uns mit dem Management noch nicht über die Umsetzung der 40-Stunden-Woche einigen konnten, beendet die Lackiererei ab sofort die Schicht um 14.00 Uhr. Das haben wir so beschlossen – Es lebe die Arbeiterselbstkontrolle ! «, berichtet ein Betriebsrat unter tosendem Beifall. Die Versammlung endet mit einem rhythmischen Tanz und der Aufforderung: »Vorwärts zum Sozialismus.«

Nicht nur in den Großbetrieben der Metallindustrie übernimmt die Gewerkschaft immer mehr eine politische Führungsrolle im schwarzen Widerstand gegen das Apartheidsregime. Nachdem unter dem seit 1986 geltenden Ausnahmezustand fast alle Bürgerrechtsorganisationen verboten worden sind, engagieren sich sowohl der rein schwarze Gewerkschaftsverband

NACTU als auch der mit I Million Mitgliedern weit größere COSATU verstärkt bei Bus- und Mietboykotts in den Townships.

Der »Shop Floor«, die Betriebsbasis, entwickelt in stundenlangen Diskussionen auch ökonomische Forderungen, die weit über das ANC-Konzept von Klassenkompromiß und gemischter Wirtschaft hinausgehen. »Hier findet die tiefgreifendste Emanzipation und Einübung von Demokratie im gesamten südlichen Afrika statt«, meint der Befreiungstheologe Wolfram Kistner.

Angesichts der damit verbundenen Radikalisierung und der gleichzeitig anhaltenden Boykott- und Desinvestmentforderungen haben ausländische Konzerne die Wahl zwischen drei Strategien: –

offizieller Rückzug und Verkauf an südafrikanisches Kapital. Vor allem US-Firmen wie General Motors, Mobil Oil oder Hewlett Packard beruhigen mit diesem Programm ihre kritischen Aktionäre und überlassen die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft heimischen Unternehmen. Durch Lizenz- und Technologieverträge sowie versteckte Beteiligungen, sichern sie sich jedoch weiterhin Gewinntransfer und Absatzmärkte. Bei Hewlett Packard kann gar das Firmenlogo weiterverwendet werden. Die Computer laufen nun unter dem Namen »High Performance«. –

Konfrontation mit den Gewerkschaften durch Nutzung der repressiven Arbeitsgesetzgebung. Vor allem mittelständische Unternehmen versuchen so, die Lage im Griff zu behalten. Jüngstes Beispiel: Die Filiale des bundesdeutschen Autozulieferers August Läpple feuerte Anfang Juni in ihrem Preßwerk Berlin 86 NUMSA-Mitglieder wegen »illegalen Streiks«. Sie wurden kurzerhand durch Leiharbeiter ersetzt, die in der Ciskei, einem »unabhängigen« Homeland ihre Verträge unterschrieben. Dort sind Gewerkschaften verboten. Kündigungsfristen von einem Tag sind die Regel. Solidaritätsaktionen im Hauptwerk von Pretoria verhinderte Laepple mit der Drohung, die Gewerkschaft für alle Produktionsverluste finanziell haftbar zu machen – eine Novität des gerade verschärften Arbeitsgesetzes. –

Versuch der Integration der Arbeiter durch Kooperationsangebote und Sozialpartnerschaft bei deutlicher Abgrenzung vom Apartheidsregime. Diese Strategie wurde von südafrikanischen Großkonzernen wie Anglo American entwickelt, als sie erste Kontakte mit UDF und ANC aufnahmen, um ihre Möglichkeiten in einer Post-Apartheidgesellschaft zu erkunden. Auch Unternehmen wie Shell fordern inzwischen in ganzseitigen Zeitungsanzeigen »das Recht des Volkes auf freie Rede« und reklamieren den Betrieb als »apartheidsfreien Schutzraum«. Die 14 Mindeststandards der IG-Metall für deutsche Unternehmen sind nur die bislang detaillierteste Ausformulierung dieser Strategie.

Die Erwartungen beider Seiten liegen klar auf der Hand. Die Metallarbeitergewerkschaft NUMSA hofft, die neue restriktive Arbeitsgesetzgebung umgehen zu können, die nach britischem Vorbild die dramatisch anwachsende Gewerkschaftsbewegung zügeln soll. Danach können Arbeitskämpfe von Gerichten mühelos für illegal erklärt und die Gewerkschaft für die entstandenen Unternehmensverluste haftbar gemacht werden. Nach den Mindeststandards der IG-Metall aber darf bei Streiks für betriebliche Belange niemand mehr entlassen werden, die rassistischen Arbeitsgerichte des Staates werden durch beidseitig anerkannte Schlichter ersetzt, und die Unternehmen zu gewissen sozialen Absicherungen verpflichtet. All das soll nach der Ratifizierung durch die deutschen Metallkonzerne auf andere Branchen übertragen werden.

Die Unternehmensseite hat dagegen vor, mit den Mindeststandards die lästige Desinvestmentforderung ein für allemal vom Tisch zu bringen. »Es dürfte kaum noch Verständnis finden, wenn sich die Gewerkschaft heute mit uns über Arbeitsbedingungen einigt und morgen die Schließung des Werkes fordert«, bringt der MBSA-Arbeitsdirektor Ian Russel das Kalkül auf den Punkt.

Dringender noch scheint das Bedürfnis der deutschen Konzerne, die kampfeslustige NUMSA in ein Netz von Regeln und Verpflichtungen einzubinden und kalkulierbar zu machen. Geschützte Streiks sollen 48 Stunden vorher angemeldet und »sozial akzeptabel« sein. Auch müssen sie sich etwa nach VW- und Siemenslesart »auf Belange des Werks« beziehen – eine klare Absage an politisch motivierte Arbeitskämpfe. Schließlich will man es sich nicht mit den Sicherheitsbehörden verderben, denen etwa Siemens auch weiter Elektronik liefern will. Also sollen Löhne zwar für unter Ausnahmerecht Festgenommene, nicht aber für verurteilte Betriebsangehörige weitergezahlt werden. Bei soviel Teufeln im Gros und im Detail ist es kaum verwunderlich, daß mehr als ein halbes Jahr nach der Grundsatzeinigung zwischen IG-Metall und den sechs BRD-Firmen erst bei Mercedes Benz und Siemens Vereinbarungen auf Betriebsebene erreicht wurden. Auch die kamen nur zustande, nachdem die Unternehmensleitungen es aufgegeben hatten, geschützte Streiks auf vier Wochen befristen zu wollen.

Woanders wird noch gepokert. Ein unterschriebener BMW-Kontrakt wurde von der NUMSA zurückgezogen, um ihn nachzubessern. Der Scheinwerferhersteller Hella stahl sich aus der Affäre, indem er kurzfristig die Aktienmehrheit in Südafrika verkaufte.

Ganz ohne Einschränkungen steht bislang nur die IG-Metall-Führung in Frankfurt hinter ihrem schwierigen Patenkind. Franz Steinkühler versäumt keine Gelegenheit, die Standards als Beweis für den neuen Internationalismus der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung zu loben. Gleichzeitig wendet sich der IG-Metall-Vorstand immer deutlicher

gegen die Forderung nach Desinvestment. Sie gilt einer Mehrheit ohnehin als unrealistisch, wenn nicht kontraproduktiv für die gemeinsamen Interessen von deutschen Unternehmen und Gewerkschaften. «Wir brauchen nunmal die Operationsbasis in Südafrika, wenn wir eine Rolle bei der Abschaffung der Apartheid spielen wollen«, befand Steinkühler. Ein offener Vollzug dieser Kehrtwende wird auf dem Gewerkschaftstag im Oktober in West-Berlin erwartet.

Andere Aktivitäten, wie etwa die schnelle Präsentation der »Minima« bei der Brüsseler EG, lassen darauf schließen, daß ihre Autoren nicht nur ein gemeinsames europäisches Vorgehen in Südafrika im Auge haben. Die IG-Metall will offenbar auch Pflöcke für den EG-Binnenmarkt 1992 einrammen. Einige Formulierungen des Agreements dürften nämlich durchaus geeignet sein, hiesige Arbeitsbeziehungen bei Unternehmen festzuklopfen, die verstärkt in Portugal, Griechenland oder Großbritannien produzieren wollen. Südafrika wäre da nur ein Testmarkt für »Sozialpartnerschaft à la Germany«. Den Gewerkschaften am Kap scheint jedoch klar zu sein, welche Gefahren auf dem Weg zu deutschen Arbeitsbeziehungen lauern. Alle Versuche, ihnen das politische Streikrecht abzuhandeln souverän mißachtend, riefen sie anläßlich der weißen Parlamentswahl am 6. September einen Generalstreik aus. Gut drei Millionen folgten dem Aufruf: Weitaus mehr Südafrikaner als am selben Tag für den Regierungschef Frederick Willem de Klerk stimmten.

Kasten "Der Gewerkschafter ..." auf Seite 46

John Gomomo, Betriebsrat der Metallarbeitergewerkschaft NUMSA bei Volkswagen in Port Elisabeth, wurde auf dem jüngsten Gewerkschaftstag zum stellvertretenden COSATU-Vorsitzenden gewählt. Einen Tag später erhielt er Morddrohungen von der Terrororganisation »weiße Wölfe«.

Frage: Welche Bedeutung haben die Minimumstandards für die Gewerkschaft?

Gomomo: Seit Beginn des Ausnahmezustandes 1986 fordern wir bereits, daß Festgenommene und Verhaftete auf der Lohnliste der Betriebe bleiben und daß es einen Schutz für unsere Streikposten gibt. Das wichtigste ist jedoch, das Streikrecht angesichts des neoliberalistischen Arbeitsgesetzes auf Betriebsebene zu sichern.

Frclge: Warum gibt es trotz genereller Einigung erst eine konkrete Betriebsvereinbarung?

Gomomo: Etliche Konzerne, die den Minimumstandards prinzipiell zugestimmt hatten, versuchen sie total zu verwässern. Sie wollen Streiks zeitlich befristen, uns vorschreiben, wieviel Streikposten wir aufstellen dürfen, und uns mit einem Netz neuer Regeln domestizieren. Das ist vollkommen unakzeptabel.

Frage: In der BRD verabschieden sich mit Hinweis auf die Mindeststandards auch Teile der Gewerkschaften von der Forderung nach Desinvestment...

Gomomo: Es ist problematisch, in die deutsche Innenpolitik einzusteigen, aber die IG Metall kann uns nicht erzählen, was wir und die ausgebeuteten Massen in diesem Land wollen. Die Minimumstandards können in keiner Weise die Kampagne für Desinvestment und Sanktionen ersetzen. Die ist weiterhin ein wichtiges Druckmittel – eines der wenigen, das auch wirkt.

Frage: Aber hat die Gewerkschaftsbasis wirklich Interesse an Firmenrückzügen?

Gomomo: Das ist eine Frage nach dem Grad des politischen Bewußtsein. Der ist inzwischen sehr hoch. Wir haben keine Probleme damit, wenn etwa Volkswagen wirklich geht. Allerdings haben wir Bedingungen genannt: Sie müssen uns zwölf Monate vorher informieren und die Maschinen hierlassen. Sie sollen nicht einfach an südafrikanisches Kapital verkaufen. Die Arbeiter, die die Maschinen mit ihrer Arbeit geschaffen haben, müssen das Werk zu ihrem Wohl nutzen können.

Frage: In der Praxis scheinen sich jedoch gerade die deutschen Konzerne aufs Bleiben einzurichten. Einige planen, die Idee der Sozialpartnerschaft weiterzutreiben und bieten ihrer Belegschaft Aktien und Aufsichtsratsposten an. Wie steht die Gewerkschaft dazu?

Gomomo: Mit dieser neuen Strategie versuchen sie, uns zu spalten, denn das Kapital hat die Militanz der Arbeiterklasse klar analysiert. Die Idee ist vom Großkapital wie Anglo American aufgebracht worden, und etwa bei Ford wurden die Arbeiter gar gezwungen, Aktien zu kaufen. Auch VW hat eine solche Initiative angekündigt, Mercedes denkt darüber nach. Das wird von uns abgelehnt, denn es erzeugt nur »Minikapitalisten«. Es soll unsere Kampfkraft schwächen und uns von unserem langfristigen Ziel, dem Sozialismus, abbringen.

Frage: Wie seht ihr die mittelfristige Politik? Die Zeichen stehen auf Verhandlungen zwischen dem ANC und der Regierung nach den Septemberwahlen, und die Befreiungsbewegung scheint bereit, für eine breite Anti-Apartheid-Front ein Klassenbündnis auch mit dem Großkapital zu akzeptieren und privates Eigentum an Produktionsmitteln grundsätzlich zu garantieren.

Gomomo: Wir haben nie geglaubt, daß wir die Ziele der Arbeiterklasse mit Verhandlungen erreichen. Wenn die Umstände den ANC an den Gesprächstisch zwingen, wird es hier im Land neue Unruhen geben. Die Kollegen sagen es uns, und wir sagen es dem ANC: Wenn eine sozialistische Gesellschaft bei solchen Verhandlungen nicht erste Priorität hat, dann wird

das Land wie 1976 und 1985 in Flammen stehen. Und wenn die politisierten Führer der Arbeiterklasse den Aufstand kontrollieren, dann werden wir gewinnen. Wir werden Menschenleben verlieren, aber die Imperialisten wie die USA, Großbritannien und die BRD werden ihre Ziele nicht so leicht erreichen. Wir werden vor allem keine Situation akzeptieren wie in Namibia: Dort ist ein Prozeß im Gange, der ganz ohne die Menschen selbst ausgehandelt wurde, ein Kompromiß, der über ihre Köpfe hinweg geschlossen wurde.

Kasten "... und sein Sozialpartner" auf Seite 46

Christof Köpke, seit April 1989 Mercedes Benz-Chef in Pretoria, ist mit 40 Jahren der jüngste Top-Manager am Kap. Er leitete vorher die Importabteilung von Porsche und Jaguar innerhalb eines südafrikanischen Unternehmens.

Frage: Warum hat Mercedes Benz als erstes Unternehmen die 14 Punkte unterschrieben?

Köpke: Man kann Autos und LKWs nicht im Chaos bauen. Man muß den Leuten Bedingungen schaffen, die akzeptabel sind, aber dazu muß der Betrieb halt laufen. Wir hatten 40 Prozent der Produktion durch Streik und schlechtes Betriebsklima verloren. Ich hoffe, daß wir jetzt soweit kommen mit unseren Betriebsräten, daß wir aufhören zu kämpfen und anfangen zu reden.

Frage: Was wollen sie bei MBSA ändern?

Köpke: Unser Produktionsleiter hat riesige Schwierigkeiten, wenn er mal übereinkommt mit den Betriebsräten, daß am nächsten Tag das Wort nicht gehalten wird. Es gibt noch keine Vertrauensbasis, weder bei uns, noch bei den Gewerkschaften. Wir müssen durch Zuhören und Reden ein Klima schaffen, in dem die Gewerkschaft Forderungen stellt. Das ist ein »give and take«. Mir ist klar, daß eine Menge versäumt wurde. In den oberen Lohngruppen ist die Mehrzahl der Leute weiß – mangelhaft – arbeite ich dran. Natürlich habe ich Ideen für soziale Verbesserungen. Solche Forderungen müssen jedoch er6tmal von der anderen Seite artikuliert werden. Wenn wir etwa ein Wohnungsprogramm machen müssen, und das kostet 5 Millionen, no problem.

Frage: Wann führen Sie Mitbestimmung nach bundesdeutschem Vorbild und Belegschaftsaktien ein?

Köpke: Soweit sind wir noch nicht. Volkswagen ist da ein ganzes Stück voraus. Wir müssen erstmal Ruhe in den Betrieb kriegen.

Frage: Sie wollen die Lebensbedingungen ihrer Arbeiter verbessern und beliefern gleichzeitig die südafrikanische Armee...

Köpke: Ich bin auch nicht begeistert, wenn in den Townships »Büffel« und »Casspirs« rumfahren und wenn brennende Autoreifen um Leute gelegt werden. Wir liefern nicht an die Armee. Wir verkaufen einmal im Jahr an einen »Staatstender«, und da werden vielleicht 120 Fahrzeuge für die Armee abgezweigt. Ich glaube nicht, daß sie denken, daß die Armee in Gang gehalten wird mit 200 LKW im Jahr.

Frage: Die »Casspirs« in den Townships sind auf Mercedes-Chassis montiert, Sie reparieren Unimogs und sind am Motorenwerk ADE beteiligt, das Dieselmotoren für das Militär baut.

Köpke: Glauben Sie, daß das Apartheidsregime zu Fall kommt, wenn man denen nicht mehr Motoren und LKW liefert? Wenn wir das sein ließen, dann machen die Geschäfte andere. In unserer Filiale in Pretoria reparieren wir gerade 16 Prozent Unimog-Achsen. Und Unimogs gibts nicht nur bei der Armee.

Frage: Haben Sie schon Kontakt zum ANC aufgenommen?

Köpke: Ich bin erst ein paar Monate hier. Mit dem ANC habe ich noch keinen Kontakt. Aber ich rede mit der United Democratic Front.

Frage: Wie sehen Sie die politische Entwicklung im Land?

Köpke: Es muß Gespräche geben, wie auch bei uns im Werk. P.W. Botha hat mehr zu Veränderungen beigetragen als alle seine Kritiker wahrhaben wollen. Er hat das vielleicht etwas ungeschickt gemacht, aber er hat eine ungerechte Quittung bekommen. Ich glaube schon, daß wir frischen Wind mit de Klerk bekommen. Aber es gibt keine Wunder. Das Land hat ein enormes Potential, und bei der arbeitenden Bevölkerung gibt es noch einen unheimlichen good will. Das Land ist lange nicht so zerrüttet und die Verhältnisse sind längst nicht so schlecht, wie man sich das im Ausland vorstellt. Da ist noch viel zu retten.

Kasten "Apartheidsinseln" auf Seite 44

Die Mindeststandards der IG-Metall:

Ende 1988 stimmten Mercedes Benz, Volkswagen, BMW, Siemens, Bosch und Hella prinzipiell einem 14-Punkte-Katalog für ihre südafrikanischen Tochterfirmen zu. Anders als der allgemein gehaltene EG-Verhaltenskodex oder der US-amerikanische Sullivan Code sollen die Mindeststandards gezielt die Aktionsfähigkeit der schwarzen Gewerkschaften schützen. In Kraft treten sie jedoch erst nach Abschluß von detaillierten Betriebsvereinbarungen, die bislang nur bei Mercedes Benz und Siemens erreicht wurden. Die Unternehmen verpflichten sich: –

auf die Wahrnehmung aller Vorteile der Apartheidsgesetze und des Homelandsystems zu verzichten, –

die Notstands- und Sicherheitsgesetze nicht zu nutzen und verhaftete Arbeiter und Arbeiterinnen weiterzubeschäftigen und zu bezahlen, –

das Streikrecht für betriebliche Belange anzuerkennen und niemand bei einem gewerkschaftlichen Arbeitskampf zu entlassen. Ein Streik darf auch nicht durch staatliche Institutionen und Gerichte für illegal erklärt werden, –

zur Bereitschaft, alle Arbeitskonflikte statt vor rassistischen Gerichten vor beidseitig akzeptierten Schiedskommissionen austragen zu lassen, –

zur freien gewerkschaftlichen Betätigung auf dem Betriebsgelände, inklusive dem Recht, auf dem Werksgelände Streikposten aufzustellen, –

zur Weiterverbreitung der Standards bei Zulieferern und Franchisenehmern.

konkret 10/89, S. 47

Sinn ohn´ form - Boykottiert Shell!

Nach der Dresdner-Bank, die in Südafrika heftig für das Rassistenregime engagiert ist, wird seit einiger Zeit auch der Shell-Konzern ins Visier antirassistischer Gruppen genommen. Die »Shell-Boykott«-Kampagne, die zuerst in Groß-Britannien und den Niederlanden Wellen geschlagen hat (KONKRET 5/89) findet nun auch zunehmend UnterstützerInnen in legalen und illegalen Gruppen in der BRD. »Shell betankt Apartheid« informieren Kirchengruppen und medico international und fordern einen öffentlichen Boykott. Neben Stickern und einem vierseitigen, recht informativen Faltblatt gibt es ein umfangreiches Materialienpaket zur Rolle, die Shell für das Apartheid-Regime spielt. Wer über die allgemeingehaltenen Basis-Informationen hinaus Hintergründe und Geschichte der auch von US-amerikanischen Gewerkschaften und dem Ökumenischen Rat der Kirchen getragenen Boykottaktion erfahren will, ist mit der Broschüre »Die Kirchen und das Ölembargo« gut bedient. Weiterführende Materialien, z.B. ein Dossier des ANC, das detailliert über Shell-Beteiligungen in Südafrika informiert, aber auch der vierteljährlich erscheinende Embargo-Informationsrundbrief des Shipping Research Bureau sind nur auf englisch, aber ebenfalls über medico international erhältlich.

Während diese Kampagnenmaterialien sich vor allem für die Aktivitäten hierzulande eignen, informiert eine überarbeitete Broschüre des Arbeitskreises Afrika über die Entwicklung des schwarzen Widerstands, dokumentiert die Verfassungsrichtlinien des ANC und beschäftigt sich ausführlich mit der Situation der schwarzen Frauen, die sich neben ihrem Kampf gegen das Rassistenregime auch noch gegen die patriarchalischen Strukturen in der Befreiungsbewegung zur Wehr setzen müssen. In der Broschüre werden, bei deutlichen Sympathien für den ANC, auch die konkurrierenden Strömungen im Widerstand und deren politische Differenzen skizziert. So hoch der Informationswert der Broschüre einzuschätzen ist, so ärgerlich ist, daß der Gebrauchswert durch weitgehendes Ausblenden aller Solidaritätsmöglichkeiten in der BRD, aber auch durch Mangel an Informationen über die Rolle bundesdeutscher oder europäischer Konzerne und Banken in Südafrika stark gemindert ist. Die Adressenliste hiesiger Soligruppen und eine Liste auszuleihender Filme sind da nur ein schwacher Trost.

Eine gute Mischung aus Information über Befreiungsbewegungen im fremden und die Schwierigkeiten der Unterstützungsarbeit im eigenen Land liefern die verschiedenen Broschüren des Vereins »El Salvador libre e.V.«. Einen recht interessanten und keineswegs nur für El Salvador relevanten Einblick in das Denken imperialistischer Militärs liefert die Broschüre »Amerikanische Militärpolitik in 'kleinen' Kriegen«, die von vier US-amerikanischen Offizieren verfaßt und unkommentiert ins Deutsche übersetzt wurde. Bemerkenswert ist die Studie, weil in ihr nüchtern und aus der Sicht von Insidern die Siege und Niederlagen, die Fehler und die zukunftsweisenden Entscheidungen der US-amerikanischen Intervention in El Salvador analysiert und damit die Praxis des »low intensity warfare« präzise umrissen werden. In der »Dokumentation Waffen für El Salvador« geht es dagegen um Wege und Irrwege der Solidaritätsarbeit: Lesenswert ist, außer den nachgedruckten »taz«-Artikeln zum Waffenkonto und der Kritik von Soligruppen am erlahmenden Interesse des Projekts an der militanten Kampagne, vor allem der Brief Paolo Martins an die Linke in der BRD. Martin, vor acht Jahren aus der BRD nach El Salvador gegangen und mittlerweile Mitglied der FMLN, begründet, wieso die Intensivierung der Waffenkampagne gerade jetzt notwendig ist. Ein paar knappe Thesen zum Befreiungskampf in El Salvador runden die Broschüre ab.

Sticker »Shell betankt Apartheid«: 0.50 Mark ab 50 Expl., Materialienpaket »Shell-Boykott«, 20 Mark, Informationsflugblätter: umsonst. Zu beziehen über medico international, Obermainanlage 7, 6 Frankfurt 1. Spenden unter Stichwort »Shellanzeige« auf das medico-Konto 1800 bei der Frankfurter Sparkasse von 1822

Südafrika, 64 Seiten, 4 Mark plus Porto (ab 3 Expl. 2.50 Mark), zu beziehen über Arbeitskreis Afrika, Lingener Str. 9, 44 Münster

Der Fall El Salvador, 30 Seiten, 5 Mark; Dokumentation der Kampagne »Waffen für El Salvador« 65 Seiten, 6 Mark, beides über El Salvador libre Crellestrasse 22,1 West-Berlin 62, zu beziehen

konkret 10/89, S. 48

Georg Fülberth

Vom Scheißen auf freier Strecke

Der eine liefert den rabiaten Gestus, der andere predigt den Verzicht – marktbesoffen sind sie beide: Die programmatischen Vorstellungen des grünen Ex-Ministers Joschka Fischer und des SPD-Hoffnungsträgers Oskar Lafontaine konturieren ein Konzept zum »ökologischen Umbau der Industriegesellschaft«, das die Attraktivität der Bundesrepublik als Produktions-Standort erhöhen soll – und deshalb zur Koalitionsplattform taugt.

»Dem Grafen Hatzfeld gebührt Dank nicht nur für seine großzügige Gastfreundschaft, sondern vor allem für die kluge und taktvolle Einführung der Gespräche. Graf Hatzfeld ist nicht zuletzt ein sehr guter Zuhörer.«
Otto Schily

Kurz vor der hessischen Kommunal-Wahl 1989 berichtete die »Frankfurter Allgemeine Zeitung für Deutschland« in ihrem Lokalteil über ein Gespräch mit den Spitzenkandidatinnen der Grünen. Alle Versuche, diesen klare programmatische Äußerungen, welche sie etwa in Gegensatz zur SPD und zur Frankfurter Geschäftswelt gebracht hätten, zu entlocken, schlugen fehl. Im Gegenteil: Sie sprangen über jeden Stock, den man ihnen hinhielt. Als Essenz ihrer Äußerungen blieb übrig, daß sie um nahezu jeden Preis in den Magistrat wollten.

Diese Taktik war richtig, und sie hat sich ja auch gelohnt. Der CDU-Magistrat hatte abgewirtschaftet, und jetzt kam es nur noch darauf an, nicht durch unnötiges Profil anzuecken: bei den Wählerinnen und Wählern oder bei Herrhausen.

Für die Bundestagswahl 1990 scheint sich eine ähnliche Konstellation anzubahnen. In Bonn steht die regierende Koalition schlecht da. Allerdings geht es jetzt um höhere Beträge, und die Lage ist komplizierter. Die SPD kann nur gemeinsam mit den Grünen an die Macht, und diese müssen noch ein paar Vorleistungen erbringen, um zwischen Washington und Stuttgart Argwohn abzubauen. Schließlich handelt es sich hier nicht um Kommunal- oder Landespolitik. Nicht zufällig drehte sich das Kamingespräch beim Grafen vor allem um Fragen des Militär-Bündnisses. Ist man gar auf eine Ampel-Koalition einschließlich der FDP angewiesen, muß deren Mißtrauen gegen eine etwaige Einschränkung der Unternehmerfreiheit beschwichtigt werden.

Der Regierungswechsel wird plausibler, wenn er mit einem konsensualen Thema verbunden werden kann. Das ist der Umweltschutz. Seine volksgemeinschaftliche Attraktivität über die Parteiengrenzen hinweg – bekanntlich von Späth und Biedenkopf über die SPD und die FDP bis zu den Grünen – ist ebenso offensichtlich wie seine tatsächliche Notwendigkeit unbestreitbar. Zuweilen wird der anstehende »ökologische Umbau der Industriegesellschaft« als ein unvermeidlicher Kraftakt dargestellt, der als solcher nur noch mit der Währungsreform und dem Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft 1948 verglichen werden könne. Das ist wahrscheinlich sogar untertrieben, aber die Parallele ist interessant:

Erhards Maßnahmen waren bekanntlich eine Beutelschneiderei zunächst zu Lasten der kleinen Leute, wurden von diesen aber letztlich akzeptiert, weil auch für sie nach einiger Zeit etwas dabei herauskam. Sachwert-Besitzer erhielten glänzende Startbedingungen, wer allenfalls ein Sparkonto hatte, wurde es im Verhältnis zehn zu eins los – aber der Aufschwung der folgenden Jahrzehnte ließ dies vergessen. Ähnlich wird der »ökologische Umbau der Industriegesellschaft« heute von fast allen, die ihn propagieren, als ein Opfergang dargestellt, der sich aber doch wieder rundum auszahlen werde.

Eine Diskussion über die Notwendigkeit langfristig wirksamen Umweltschutzes ist inzwischen tatsächlich nicht mehr nötig, wohl aber über die Effektivität der vorgeschlagenen Maßnahmen und darüber, wer die damit verbundenen Lasten tragen soll. Dies war Thema einer der Sommerloch-Diskussionen 1989, wobei die Sachhaltigkeit der Argumente allerdings darunter leiden mußte, daß sie von einem anderen Interesse überlagert wurden: nämlich der Regierungsbildung 1990.

Fischer: Zampano mit vager Gebärde

Der erste Auftritt gehörte Joschka Fischer. Sein Buch »Der Umbau der Industriegesellschaft« ist schlecht geschrieben, aber es erweckt immerhin den Eindruck, als sei es zumindest in den wesentlichen Teilen von ihm selbst verfaßt (wahrscheinlich auf Stenorette gesprochen), und manches wirkt im mündlichen Vortrag wohl auch besser als schriftlich.

Sehr eindrucksvoll legt der Verfasser dar, wie die Umweltpolitik und die mit ihrer Wahrnehmung betrauten Minister in der Bundesrepublik nur den Pausen-Clown zu machen haben. Während ökologisch katastrophale Entscheidungen insbesondere in den Wirtschaftsministerien und in den Parlamenten getroffen werden, lenkt Klaus Töpfer das Publikum durch Solo-Auftritte ab. Je ausführlicher diese Beschreibung gerät, desto mehr gleichen sich allerdings die Gesichtszüge der Protagonisten an: Man gewinnt den Eindruck, als berichte Fischer nicht nur über die jetzige Amtstätigkeit des Bonner Umweltministers, sondern zugleich über seine eigene in Hessen bis 1987. Dort wurden die wichtigsten Entscheidungen ja ebenfalls an ihm vorbei getroffen. Er selbst ließ den Müll in die DDR exportieren und gab zugleich Ausstiegs-Papiere in Auftrag.

Dieser Verweis auf Fischers frühere eigene Praxis ist gewiß nicht fair. Denn in seinem Buch versucht er ja gerade darzulegen, daß Umweltminister nicht anders handeln können, solange nicht neue Rahmenbedingungen, für die er eintritt, geschaffen sind.

Am häufigsten werden diejenigen Passagen des Textes zitiert, in denen sich der Verfasser zum Sieg des Freien Westens äußert: »Der Kapitalismus hat gewonnen, der Sozialismus hat verloren.« Freilich übernehme »der Sieger dieser historischen Auseinandersetzungen zwischen den beiden weltweit konkurrierenden Wirtschaftsmodellen zugleich auch die Aufgaben und Verpflichtungen des Unterlegenen, wird also von einem Klassen- zu einem Gattungsstandpunkt übergehen müssen, wenn dieser Sieg historisch nicht zu einem Pyrrhussieg werden soll.«

Zerlegen wir diese Schwadronage in ihre Bestandteile, dann lassen sich vier Einzelaussagen herausfinden:

Erstens: Der Westen hat in der Systemauseinandersetzung gewonnen. Dies ist zutreffend und wurde auch in diesem Blatt schon einige Male erörtert.

Zweitens: Politik im Kapitalismus muß unter seinen spezifischen Bedingungen erfolgen. Das ist eine Binsenweisheit und galt bereits vor Gorbatschow.

Drittens: Der Kapitalismus ist besser als jedes andere System imstande, die Umweltkrise zu lösen. Diese Aussage läßt sich weder beweisen noch widerlegen, weil es seit zweihundert Jahren kein anderes dominantes Gesellschaftssystem gibt als eben jenen Kapitalismus, der die ökologische Krise allerdings auch erzeugt hat. Daneben gab (und gibt) es Reste von vorkapitalistischen Gesellschaften, die von ihm niedergemacht wurden. Und außerdem bestehen Gegen-Gesellschaften: Systeme, die ab 1917 aus dem Kapitalismus herausgebrochen wurden, die sich aber niemals auf einer eigenen Grundlage entfalten konnten. Von Anfang an mußten sie die Auseinandersetzung mit dem völlig überlegenen, da noch längst nicht an die Grenzen seiner Möglichkeiten gelangten Kapitalismus in einer Situation der hoffnungslosen Defensive führen. Sie sind vergleichbar mit den Siedlungen utopischer Sozialisten in den USA während der zwanziger und dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts und mit der Pariser Kommune von 1871, allerdings verfügten sie über ein größeres Territorium und hielten sich halt etwas länger.

Der Kapitalismus hat diese nichtkapitalistischen Gesellschaften praktisch selbst erzeugt, sie sind Teil seines Weltsystems – er schuf sie sozusagen nach seinem eigenen Bilde. (Ich akzeptiere den Einwand, daß – umgekehrt – diese sich nach seinem Bild gestaltet haben. Das kommt auf dasselbe heraus.) Weil das aber so ist, kann die Systemauseinandersetzung nicht wie ein Boxkampf dargestellt werden, in dem Rocky den Feind in der zwölften Runde knockout schlägt, danach allerdings die Cola-Dosen, welche das Publikum in den Ring geworfen hat, eigenhändig beseitigen muß. Auch der Ost-West-Konflikt ist eine innere Angelegenheit des Kapitalismus. Wer gegenwärtig über System-Alternativen spricht, befindet sich in der Situation jenes Hundes, von dem Ernst Bloch einmal erzählt haben soll: Man hatte dem Tier die Nase mit Quark-Käse zugeschmiert, und seitdem roch es die ganze Welt als Quark-Käse. Antikapitalistischen Kampf allerdings wird es immer geben, solange diese Gesellschaftsformation besteht. Der reale Sozialismus war nur eine Art der Gegenwehr unter anderen, zweifellos bislang die wirkungsvollste. Fischers These müßte also, präzise formuliert, so lauten: Der Kapitalismus hat die Umwelt-Krise erzeugt. Er ist das umweltfeindlichste Gesellschaftssystem, das es in der Geschichte jemals gab. Den Sieg von Gegensystemen, welche unter Umständen besser als er in der Lage wären, diese Krise zu beheben, hat er bislang verhindern können. Basta.

Seine vierte Aussage macht Fischer verhaltener, sie ist aber als implizite Botschaft nicht zu überhören: Die Umweltkrise werde mit den spezifischen Mitteln des Kapitalismus auch tatsächlich gelöst werden können.

Auch hier handelt es sich um eine Prognose, die aktuell weder verifiziert noch falsifiziert werden kann. Wahr daran ist, daß der Kapitalismus tatsächlich vor seinem zweiten ganz großen Umbau-Versuch steht. Der erste fand bereits im 19. Jahrhundert statt, und an diesem laboriert das System noch heute herum.

Unmittelbar nach der industriellen Revolution entfaltete sich der Kapitalismus für einige Jahrzehnte auf der Grundlage ungehemmter Ausbeutung der Arbeitskraft: ständige Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnsenkungen. Das funktionierte nur kurze Zeit gut. Die Lohnarbeiter gingen je Generation so schnell zugrunde und die Aufzucht neuer Ausbeutungsobjekte war derartig gefährdet, daß damit die Grundlagen des kapitalistischen Systems selbst angegriffen waren. Deshalb mußte Abhilfe geschaffen werden. In Deutschland wurde Ende der vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts die Tendenz zur Verlängerung des Arbeitstages gestoppt, ab Ende der sechziger Jahre begannen die Reallöhne zu steigen – ein Trend, der – mit zwischenzeitlichen tiefen Einbrüchen – fast bis in die unmittelbare Gegenwart hinein sich fortsetzte. In den achtziger Jahren kam die Sozialversicherung.

Dieser erste Umbau war kein einmaliger Akt. Er wurde als ständige Auseinandersetzung institutionalisiert: durch Gewerkschaften, Sozialdemokratie, »Sozialstaat«. Der Kapitalismus wurde dadurch nicht weniger ekelerregend. Die Verluste, die er auf der Lohnseite hinzunehmen hatte (der Sektierer spricht: es muß mehr variables Kapital aufgewandt werden), fuhr er auf anderen Wegen wieder herein, zum Beispiel durch imperialistische Expansion. Zuweilen kombinierte er diese mit der Anstrengung, sich die Hemmungen, welche die Arbeiterbewegung selbst in ihrer reformistischen Form ihm

auferlegt hatte, wieder vom Halse zu schaffen: Faschismus. Durchgehend aber versuchte er, die teurer gewordene Arbeitskraft durch Maschinen zu ersetzen und die Einbußen, die er auf der Lohnseite hinnehmen mußte, durch möglichst billigen Zugriff auf Rohstoffe und Naturressourcen zu kompensieren. Im Sekten-Deutsch: Substitution von variablem Kapital durch konstantes.

Am wohlfeilsten sind die sogenannten »freien Güter«, zum Beispiel die Luft, die man belasten kann, ohne daß sie streikt. Naturzerstörung ist ein Ausweg des Kapitals, wenn andere, unmittelbar gegen Menschen gerichtete Gewaltmethoden schwieriger werden. Allerdings greift das allmählich ebenfalls seine Grundlagen an, dann nämlich, wenn diese Ressourcen so geschädigt sind, daß sie auf die Dauer kapitalistischer Produktion nicht mehr zur Verfügung stehen, also letzten Endes eben doch auch »streiken«. So entstand der »Club of Rome«. Merke: Die Arbeiterbewegung ist eine Bewegung zum Schutz des variablen Kapitals, die Umweltbewegung zum Schutz des konstanten. Die Differenzierung dieser Faustregel muß lauten: Da versaute Luft auch die Lohnarbeiter beiderlei Geschlechts schädigt, ist ihre Sanierung zugleich eine Maßnahme zur Sicherung der Verwertungsbedingungen des variablen Kapitals, ebenso wie die Lohnerhöhungen auch. Und damit steigen wir auf zur »Gattungsfrage«. Ressourcenschutz wird – wie seit mittlerweile über hundert Jahren die »Soziale Frage« – von nun an nur in ständiger Institutionalisierung wahrgenommen werden können. Deshalb hat die Ökologie-Bewegung innerhalb des Kapitalismus in gleicher Weise eine quasi ewige (= solange diese Gesellschaftsformation hält, also eben doch nicht ewig) Perspektive wie die Gewerkschaften. Sie kann auf ihre technischen Funktionen reduziert werden, ohne menschheitsbeglückende Rhetorik. Das läßt sich derzeit schon gut an den französischen »Verts« studieren.

Die Deutsche Bundesbahn untersagt es ihren Fahrgästen, beim Halt auf den Bahnhöfen den Waggon-Abort zu benutzen. Auf freier Strecke und bei hoher Geschwindigkeit dagegen wird die Scheiße so versprüht, daß sie am Ort der Verursachung nicht mehr auffällt. So ist es auch mit der Sozialen Frage. Sie wird im Kapitalismus nicht gelöst, aber diffundiert und segmentiert. Nach dem gleichen Muster soll jetzt die Umweltfrage angegangen werden. Die BRD ist der Bahnhof.

Hierher also gehört Joschka Fischer. Seine Vorschläge zum kapitalkonformen Ressourcenschutz sind lautstark, aber in den entscheidenden Punkten doch auch wieder vage. Grundsätzlich sind drei Wege möglich:

Erstens das schlichte, jeweils auf bestimmte Erzeugnisse und Verfahren bezogene Verbot umweltschädlicher Produktion. Fischer tritt auch dafür ein. Tatsächlich wird es wohl demnächst wirklich die Fluorchlorkohlenwasserstoffproduktion treffen.

Ein Verbot erhöht in der Regel zunächst die Produktionskosten, weil Ersatzstoffe entweder teurer sind oder doch die Umstellung auf diese aufwendig ist. Funktioniert der Wettbewerb, kann das nicht auf die Verbraucher übergewälzt werden. Ist der entsprechende Zweig monopolisiert, zahlen die Konsumenten mehr. Natürlich muß dann geprüft werden, ob das Surrogat nicht ebenfalls gefährlich ist. Steuerung der Umweltpolitik durch Verbote setzt also eine leistungsfähige Bürokratie voraus – auch die wird von Fischer gefordert – und wäre, konsequent durchgeführt, schon ein Stück Investitionslenkung. Die Marktwirtschaftler wenden sie also nur an, wenn sie dazu gezwungen werden.

Die zweite Form der Steuerung sind verursacherbezogene Auflagen: Wer die Umwelt verdirbt, muß auch für die Beseitigung der Schäden zahlen. Auch hier gilt: Je nach Grad des Wettbewerbs tragen entweder die Verbraucher oder die tatsächlichen Verursacher die Kosten. Gerade CDU-Politiker – Späth, Töpfer – favorisieren diese Lösung, und sie wissen warum: Die Abgaben sind meist geringer als die Kosten für die Folgenbeseitigung, es handelt sich so letztlich eher um eine symbolische Handlung, welche den Gesetzgeber als entschlossenen Sheriff zeigt, dem Unternehmer aber nicht schadet, und in der Umwelt bleibt das selbstverständlich relativ wirkungslos. Warum dies so ist, müßte man eigentlich schon im Sozialkunde-Unterricht lernen: Die Kapitalseite formuliert im Referentenstadium der Gesetzgebung die Texte gleich mit. Auf dem gleichen Wege sind natürlich auch Subventionen für umweltfreundliche Produktion möglich, doch die sind bei Marktwirtschaftlern zumindest offiziell derzeit nicht sehr beliebt und können deshalb hier vernachlässigt werden.

Die dritte Art der Beeinflussung ist die markt-konformste und zugleich die wirkungsloseste. Das sind die Öko-Steuern. Umweltschädliche Produkte werden verteuert. Dadurch sollen die Verbraucher auf die Abnahme von ökologisch unbedenklicheren Erzeugnissen gelenkt werden. Das Bundesverfassungsgericht sorgt dafür, daß kein Drosselungs-Effekt entsteht: Die Steuer darf also die Produktion nicht völlig verunmöglichen. Zum drittenmal gilt: Eine stark monopolisierte Industrie wird ihren Kunden die höheren Kosten für die unbedenklichen Produkte (oder die Umstellungskosten) aufzwingen können. Nur bei vollkommenem Wettbewerb tragen die Unternehmer die Hauptlast. Der Ertrag der Öko-Steuer kann für Maßnahmen der Umweltsanierung verwandt werden, muß aber nicht. Eine Koppelung von Erhebung und Verwendung von Anfang an ist rechtlich nicht zulässig. In den jährlichen Etats müßten diese Steuern jeweils neu ökologischen Zwecken zugeführt werden. Ihre Wirksamkeit ist zusätzlich durch folgendes Dilemma beschränkt: Werden die bedenklichen Produkte gemieden, kommt wenig Geld herein, kann also für umweltfreundliche Zwecke auch nicht eingesetzt werden. Kaufen die Leute dennoch, wird die Summe allenfalls ausreichen, den dadurch eintretenden Schaden zu mildern. Für die Beseitigung der schon bestehenden Altlasten ist diese Finanzierungsart ohnehin nicht ausreichend. Hier wäre allein die Heranziehung der industriellen Verursacher angemessen, und bei hohem Monopolisierungsgrad wäre nur

eine scharfe Preiskontrolle imstande, sie an der Überwälzung auf die Verbraucher zu hindern – also ein letztlich nichtmarktwirtschaftlicher Weg.

Joschka Fischer fuhrwerkt zwischen diesen verschiedenen Möglichkeiten herum, ohne ihre Differenz und die damit verbundene wirtschaftspolitische Grundentscheidung tatsächlich zu erörtern. Das mag zuweilen den Eindruck erwecken, er wolle die Instrumente gleichzeitig anwenden. Und tatsächlich erklärt er ja auch: »Es gilt, was funktioniert, was den ökologischen Umbau auf demokratischer Grundlage voranbringt.« Das nennt er Pragmatismus. Damit hat er bereits den »Sachzwang« eingebaut, der jeweils die schlaffste Lösung erzeugen wird. Sie ergibt sich durch die Rahmenbedingungen, die für ihn unüberschreitbar sind. Neben der »demokratischen Grundlage« sind dies: –

die Kooperation mit einer (nicht weiter definierten, in der Realität als gesonderter Faktor offensichtlich auch nicht auffindbaren) »unternehmerischen Linken«, –

die Wahrung des »Standortvorteils« der Bundesrepublik in der internationalen Konkurrenz (er soll durch ökologische Reformen gefestigt werden), –

und (so selbstverständlich, daß es kaum noch ausgesprochen wird), die Koalition mit der SPD. Nachdem Fischer kräftig in die Trompete geblasen hat, kommt nur ein Quäken heraus: Am Ende weiß niemand, welche Politik er denn nun machen wird. Sein Pronunziamento reduziert sich auf den deutlichen Willen, wieder Minister werden zu wollen, der nur deshalb besser als Töpfer sein wird, weil die gegenwärtige Bundesregierung so schlecht ist. Es bleibt ein zuweilen etwas rabiater Gestus, der aber schon deshalb garantiert keine Konsequenzen haben kann, weil der in Aussicht genommene größere Koalitionspartner bereits in diesem Sommer seine niedrigen Tarife bekanntgegeben hat.

Lafontaine: Bück den Rück

Kurz nach Fischer betrat die SPD das Sommerloch: mit einem Zwischenbericht ihrer »Arbeitsgruppe 'Fortschritt '90'«, welche Grundlagen für ein Wahlprogramm erarbeiten soll. Vorsitzender dieses Gremiums ist Oskar Lafontaine, dessen 1988 erstmals publiziertes Werk »Die Gesellschaft der Zukunft« in diesem Jahr – mit einem Nachwort angereichert – als Taschenbuch erschien.

Es handelt sich dabei in formaler Hinsicht um einen in zweifacher Weise ärgerlichen Text:

Erstens: Daß Lafontaine ihn offensichtlich nicht selbst geschrieben hat, ist nicht weiter schlimm, er hat anderes zu tun. Doch haben die Ghostwriter westdeutscher Politiker sich inzwischen einen so einheitlichen Duktus zugelegt, daß deren Profilierungsbücher einander immer ähnlicher werden: Biedenkopf, Späth, Wallmann, v. Weizsäcker, Lafontaine. Linguisten könnten hierüber gewiß eine interessante Untersuchung anstellen. Inhalt: ähnlich; Stil: identisch.

Zweitens: Lafontaines Kopfarbeiter präsentiert zwar, wie dies bei solchen Werken üblich ist, eine Fülle von Zitaten und Hinweisen. Es fehlt aber – und hier ist das Buch unehrlich – der Mann, welcher Lafontaine tatsächlich die entscheidenden Argumente geliefert hat: der Kölner Professor Fritz W. Scharpf. In seinem Buch »Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa« hat dieser bereits 1987 das Wichtigste gesagt: Die Unternehmer könnten gegenwärtig an den internationalen Kapitalmärkten häufig mehr verdienen als mit der Produktion. Deshalb investierten sie nur einen relativ kleinen Teil ihrer Gewinne, so daß Wachstum und Beschäftigungsentwicklung schwach bleiben. Solange »das internationale Realzinsniveau hoch bleibt, kann es ohnehin nicht zu dem nachfrageinduzierten Investitionsboom kommen, der erst die nachhaltige Ausweitung der Beschäftigung im privaten Sektor ermöglichen würde.« (Vgl. hierzu auch Detlef Hensche in KONKRET 5/1988)

Wer das liest, kann zu verschiedenen Konsequenzen gelangen. Etwa: Die Bourgeoisie sei doch – trotz des Guten, welches man ihr neuerdings nachsagt – eine recht üble Klasse, und es sei besser, ihr die Spekulationskasse nach Möglichkeit zu beschneiden – durch Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, staatliche Abschöpfung der nicht mehr investierten Gewinne und deren Investition für nützliche Zwecke, meinetwegen auch für den Umweltschutz. Über die Entscheidungstechnik müßte dabei neu befunden werden, also darüber, ob dafür heute schon die richtigen Institutionen bestehen. Denn: Demokratie ist, wo das Volk über die Investitionen entscheidet, und in der von Scharpf analysierten Wirklichkeit gibt es offensichtlich, falls er recht hat, keine Demokratie.

Er selbst kommt allerdings zu einem anderen Ergebnis: Das Kapital lasse sich nicht zwingen, sondern nur locken. Die Unternehmer werden erst dann wieder mehr investieren, wenn dabei ein mindestens ebenso hoher Profit herausspringt, wie es die Rendite wäre, welche sie anderswo erzielen könnten. Wenn die Gewerkschaften Vollbeschäftigung wollen, dann geht das nur unter der Bedingung, daß dadurch nicht zugleich die Lohnquote erhöht wird, also ohne Lohnerhöhung. »Unterstellt man jedoch stattdessen die Priorität des Vollbeschäftigungsziels, und unterstellt man weiter, daß dieses unter den gegebenen ökonomischen Rahmenbedingungen nur durch eine drastische Erhöhung der Gewinne zu fördern war, dann können Einkommensverzichte nicht nur als Zeichen der ökonomischen Schwäche, sondern auch als Beweis der organisatorischen Stärke der Gewerkschaften interpretiert werden.« Scharpf nennt dies »Sozialismus in einer Klasse« .

Damit haben wir schon Lafontaines gesamte Argumentation zusammen: Die Beschäftigung kann nur ohne Lohnausgleich erhöht werden. Verteilung der verbleibenden Arbeitszeit über die ganze Woche – also Flexibilisierung, die den durchgehenden Maschinenlaufzeiten angepaßt ist – erhöht die Profitrate (Lafontaine benutzt dieses obszöne Wort allerdings nicht), könnte somit zusätzliche Investitionen anreizen und Arbeitsplätze schaffen. Senkung der Staatsquote bedeutet einerseits Beschneidung sozialer Infrastruktur, andererseits aber auch Steuerentlastung. Soweit die Unternehmer davon profitieren, hat der Standort Bundesrepublik für sie einen zusätzlichen Reiz. Steuerentlastung für die abhängig Arbeitenden macht Lohnverzicht erträglicher. Der Ausfall kommunaler und staatlicher Dienstleistungen ist zu verkraften: Die Menschen können ihn – etwa durch mehr Familienarbeit – in ihrer nunmehr erweiterten Freizeit kompensieren. Es »soll verstärkt für die gesellschaftliche Anerkennung der informellen Arbeit also nicht bezahlter, gesellschaftlich nützlicher Arbeit, geworben werden« (Lafontaine). Deren Wert wird, soweit er vor allem moralisch gemessen wird, hoch veranschlagt. Dafür ist der Preis solcher Arbeit niedrig: Sie wird durch eine »Grundsicherung« abgegolten.

Seit eineinhalb Jahren tippen sich linke Ökonomen die Finger blutig, um Scharpf und Lafontaine zu widerlegen: Arbeitsplatzvermehrung bei Lohn- und Gehaltsverzicht ist allenfalls im öffentlichen Dienst möglich. Die Unternehmer der Privatwirtschaft verbitten sich einen solchen Eingriff in die Freiheit der Investitionsentscheidung. Und selbst wenn auch dort ein Abkommen möglich wäre, das Neueinstellungen im Austausch gegen Verzicht auf Lohnausgleich sichert: Bei der nächsten Rationalisierungsinvestition gibt es weitere Arbeitslose. Tarifvertragliche Kombination von Produktivitätsentwicklung und Neueinstellungen wäre wiederum ein Stück Investitionskontrolle, welche die Unternehmer nicht hinnehmen. Verzicht auf Lohnausgleich bedeutet Stagnation oder gar weitere Senkung der Lohnquote. Dies führt zu Nachfrageausfall, welcher auch die Rendite gefährdet.

Scharpf hingegen spekuliert wahrscheinlich darauf, daß eines Tages die Bundesrepublik Profit-Weltmeisterin wird. Dann werden alle bei uns investieren wollen die Nachfrage steigt wieder, es gibt neue Arbeitsplätze, und die Gewerkschaften können eigene Bedingungen stellen. Zweifellos ist dies ein imperialistisches Konzept. Lafontaine juckt das nicht. Hauptsache, er wird Kanzler.

»Fortschritt '90«: Kein schöner Land in dieser Zeit, als hier das unsre weit und breit

Der im Juli vorgelegte erste Zwischenbericht der SPD-Arbeitsgruppe »Fortschritt 90« folgt denselben Maximen wie Lafontaines Überlegungen zur Beschäftigungspolitik.

Was die Bildungsreform und die neue Ostpolitik für die ausgehenden sechziger und die beginnenden siebziger Jahre waren, das wird der »ökologische Umbau der Industriegesellschaft« für die neunziger. Gelingt er, dann erhöht er die Attraktivität der Bundesrepublik als Produktions-Standort. Aber er ist teuer. Seine Finanzierung darf die Rendite nicht schmälern, sonst: siehe Scharpf. Zentrales Mittel sind deshalb Steuern auf den Massenverbrauch (»Öko-Steuern«). Zugleich sollen Einkommens- und Lohnsteuern und einige Unternehmenssteuern gesenkt werden. Grundsatz ist: Energie darf teurer werden, wenn die Arbeit im gleichen Maße billiger wird. Ob sich das rechnet, weiß noch niemand. Denkbar ist, daß die Leute heizen und autofahren wie bisher und dafür das, was sie an Lohn- und Einkommenssteuern sparen, gern für Strom und Benzin drauflegen. Durch Anhebung des Preises für Elektrizität wird auch die Eisenbahn teurer. Sie soll, so verspricht die Kommission inzwischen, durch Kürzung des Rüstungsetats subventioniert werden. Hierüber freuen wir uns alle, und außerdem kann die Bundesrepublik Deutschland mit der Senkung der Militärlasten einen Standortvorteil egalisieren, den bislang Japan hatte. Die Öko-Steuern werden weder für Entsorgung – die ja auch bei verringertem Energie- und Rohstoffverbrauch notwendig sein wird – noch für die Sanierung der Altlasten ausreichen. Wie dies bewältigt wird, ohne die Staatsquote zu erhöhen und zu diesem Zweck die tatsächlichen kapitalistischen Verursacher heranzuziehen, ist keineswegs ein Geheimnis der SPD-Kommission: Sie weiß es nicht.

Laut Umfragen billigen sechzig Prozent der Bevölkerung irgendwelche Öko-Steuern. Dazu gehören gewiß auch diejenigen, deren Einkommens-Situation eine Umgruppierung ihres bisherigen Konsums ermöglicht, und das sind in einem führenden imperialistischen Land tatsächlich nicht wenige. Unter den ohnehin schon Schwachen sind die Opfer dieser Reform zu suchen: diejenigen, die nicht einmal die Illusion haben können, durch neue Allokation ihrer geringen Mittel an einem Umbau mitwirken zu können. Ihnen wird erhöhter Sozialtransfer versprochen. Selbst wenn er einträfe, blieben sie Objekte einer Umstrukturierung, auf die sie allenfalls durch ihre Wahlstimmen Einfluß nehmen können. Vielleicht gedeihen – solange die radikale Linke so schwach bleibt wie bisher – hier auch die »Republikaner«. Diese dienen der parteipolitischen Entsorgung und passen insofern ebenfalls ins ökologische Konzept.

Ein Sieg der BRD im Standort-Krieg produziert zugleich internationale Opfer und nationales Wohlbehagen. Das durch eigene Tüchtigkeit privilegierte Volk kann das Treiben von baltischen Faschisten, polnischen-Klerikalen und spanischen Zynikern beobachten wie im Zoo, und es stabilisiert sein Klima durch Subsidien für die tropischen Regenwälder.

Nun wird allerdings auch ein linkes Gegenkonzept ökologisch orientiert sein müssen – aus den gleichen Gründen, aus denen die Arbeiterbewegung für Lohnerhöhung eintritt. Wer für Verbesserung seiner Lebensbedingungen kämpft, reproduziert eben nicht nur ausbeutbare Arbeitskraft, und die Natur ist mehr als Stoff fürs konstante Kapital. Öko-Steuern

sind sinnvoll, wenn sie eine zusätzliche Maßnahme neben und nach dem direkteren Zugriff auf die Investitionen sind. Demokratische Investitionspolitik: Das gab es noch nie und noch nirgends. Sie wäre wirklich mal was Neues.

Und zugleich begänne – mitten in der Markt-Besoffenheit – eine alte Debatte.

konkret 10/89, S. 54

Dorothee Piermont

»Wir sind bereit... «

Frauen zurück an Krippe und Küchenherd – »das weibliche Gehirn ist nicht fähig, die ingang befindlichen technologischen Veränderungen zu begreifen«; Schutz vor den »Wirtschaftsflüchtlingen« – »die Schäden auf der Ebene der Kultur und der Umwelt wären überwältigend«. Zwei Punkte aus dem »Programm des öffentlichen Heils«, das die grüne Fraktion im Europaparlament in parteiübergreifender Gemeinschaftsarbeit verwirklichen will. Weil Dorothee Piermont, die Spitzenkandidatin der bundesdeutschen GRÜNEN für die letzte Europawahl, bei derlei nicht mitmachen will, hat sie im September »Die Grünen im Europaparlament« verlassen und ist als Assoziierte der dänischen Anti-EG-Bewegung in die Regenbogenfraktion zurückgekehrt

»Bei den deutschen Grünen kommen viele aus der extremen Linken und sind noch immer stark vom Marxismus beeinflußt. Die Grünen in Frankreich hingegen setzen sich aus Vertretern der Naturschutzverbände, der Dritte-Welt-Initiativen und der AKW-Gruppen zusammen. Wir stehen den Schweizern, den Schweden oder Belgiern näher. Deutschland fällt hier etwas aus der Rolle. Demnächst wird sich die Frage der Vorherrschaft in der grün-alternativen Gruppe des Europaparlaments stellen. Bisher zogen die Deutschen hier die Fäden. Da wird sich einiges ändern, wenn die französischen Grünen verstärkt ins Parlament einziehen«, erklärte der bei den elsässischen Naturschützern beheimatete Spitzenkandidat für die Wahlen zum EG-Parlament und »Chef« der französischen Verts, Antoine Waechter, Ende März in einem Interview. Soeben hatte er seiner Partei mit dem Slogan »weder links noch rechts« – also mit der Leugnung der Existenz gesellschaftlicher Widersprüche – einen überraschenden, frankreichweiten Kommunalwahlerfolg eingebracht. Profunde Kenntnis der deutschen GRÜNEN oder der wirklichen Kräfteverhältnisse innerhalb des bisherigen »grün-alternativen Bündnisses« im EG-Parlament zeichnen sein Statement nicht aus. Doch die Botschaft war klar.

Mit den Wahlen vom 18. Juni 1989 schwappten aus fünf Mitgliedsstaaten größere und kleinere grüne Wellen ins EG-Parlament. Neun französische, acht bundesdeutsche, fünf italienische (von zwei Listen), drei belgische und eine portugiesische Abgeordnete waren auf Listen gewählt worden, die das magische Wort »grün« im Schilde führten. Hinzu kamen zwei niederländische (GPA), ein spanischer (Euskadiko Ezkerra) und zwei italienische (Democrazia Proletaria, Lista antiproibizionista) VolksvertreterInnen, deren Parteien auf die Aufnahme der wählerwirksamen Farbbezeichnung in den Namen verzichtet. aber meist vorher im »grün-alternativen Bündnis« (GRAEL) mitgearbeitet hatten.

Die Gruppe der grünen Neuerwählten (mit Ausnahme der bundesdeutschen) war seit dem April-Kongreß der europäischen grünen Koordination in Paris entschlossen, eine Fraktion ohne diese Nicht-Grünen zu gründen. Denn ihnen wurde vorgeworfen, daß das Profil des GRAEL nach flaschengrüner Meinung zwischen '84 und '89 zu »alternativ« und zu wenig »grün« gewesen sei. Als ob es hier um Parteinamen und nicht vielmehr um die inhaltlichen Positionen bestimmter GRAEL-Mitglieder, grün oder nicht, ginge! Jetzt jedenfalls sollte eine Fraktion her, die »politisch« und nicht mehr, wie die frühere Regenbogenfraktion, »technisch-organisatorisch« definiert war. Das verhaßte Wort »alternativ« sollte aus dem Namen verschwinden, die Fraktion ein »klares grünes Profil« aufweisen und »mit einer Stimme sprechen«. Eine straff durchorganisierte Fraktion also, die die bisherige Vielfalt durch eine die unterschiedlichen Positionen verkleisternde, einheitliche Fassade ersetzen sollte. Ökologischer Zentralismus am Ort der europäischen grünen Koordination, in Brüssel, um mit Nato und EG gleichzuziehen.

Zur Arbeitsgrundlage wurde die »gemeinsame Plattform« vom April 1989 gewählt, ein Programm-Verschnitt, der nach Meinung der belgischen Zeitung »Le Vif/L'Express« »weder links noch rechts« ist, also mit den Worten von »Le Monde« »eine zweite Version des Zentrismus« bietet. Den zunächst abgedrängten fünf »Alternativen« erlaubte die grüne Mehrheit nach einigem Hin und Her schließlich doch, »vollgültige« Mitglieder der Fraktion »Die Grünen im EP« zu werden. Denn schließlich waren ja die Mehrheiten klar. Und die Gleichberechtigung auf dem Papier braucht sich bekanntlich nicht automatisch in gleicher Beteiligung und gleichem Einfluß niederzuschlagen.

So wurden etwa alle drei belgischen, vier von acht französischen, die eine portugiesische, drei von acht bundesdeutschen Abgeordneten, ja selbst die englische »Green Party«, obwohl im EP gar nicht vertreten, mit Ämtern in Fraktion oder EG-Parlament bedacht, nicht jedoch die niederländischen Abgeordneten, »Democrazia Proletaria« oder die »Lista antiproibizionista«. Den Abgeordneten der dänischen Anti-EG-Bewegung – sie hatten wie auch die Regionalisten eine autonome, d.h. politisch eigenverantwortliche Untergruppe der bisherigen Regenbogenfraktion gebildet, da ihnen Satzung und Programm verbieten, sich einer politischen Fraktion anzuschließen – setzte die »einheitliche politische Fraktion« mit »klarem grünem Profil« den Stuhl vor die Tür. Im Widerspruch zu anderslautenden Parteibeschlüssen wirkten daran auch die Vertreter aus den Führungsgremien der bundesdeutschen GRÜNEN mit.

Vom entwürdigenden »Der-Mohr-hat-seine-Schuldigkeit-getan, der-Mohr-kann-gehen«-Verfahren einmal abgesehen, wurde hier eine, wenn nicht *die* wichtigste politische Chance für die nächsten Jahre vertan: mit der einzigen Bewegung, die explizit mit Stoßrichtung gegen die EG ins europäische Parlament gewählt wurde, gerade jetzt, wo sich die EG des

Kapitals mit der Realisierung des Binnenmarktes bessere Voraussetzungen für die weltweite Durchsetzung ihrer imperialistischen Ziele schaffen will, eine gemeinsame Oppositionsfraktion zu bilden.

Im EP-Wahlkampf hatten DIE GRÜNEN genau diesen Punkt in Programmen, Broschüren und Veranstaltungen in den Vordergrund gestellt, um die auch in der BRD zunehmende Kritik an und Skepsis gegenüber der EG in Wählerstimmen umzumünzen. Spätestens der Fußtritt für die dänische Anti-EG-Bewegung aber zeigt, daß es sich hier um ein elektoralistisches Manöver gehandelt hat, mit dem Wähler und KandidatInnen gleichermaßen verschaukelt worden sind. Denn ein den markigen Worten entsprechendes Handeln war ja offenbar von Anfang an nicht beabsichtigt gewesen. Schließlich pflegt die grüne Bundespartei kollektiv rosa-grüne Koalitions-Wolkenkuckucksheime, die sich mit konsequenter Ablehnung von Nato und EG nicht vertragen.

Die neue Fraktion »Die Grünen im EP« ebnet nun bereits den Weg in den Konsens aller Demokraten. Schon der erste Absatz der Fraktionssatzung soll festlegen, daß »Haupteinsatzbereich der Fraktion die Entwicklung aller Initiativen... zur Ausarbeitung eines neuen Vertragsentwurfes zur Europäischen Union« ist. Schließlich seien wir alle ja keine Nationalisten, sondern »Internationalisten«. Daß gerade Internationalisten allen Grund haben, eine »Europäische Union«, eine Großmacht Westeuropa also, zu bekämpfen, verschwindet im Wortnebel grüner Demagogen.

Deutlich wird: Es geht ihnen nicht darum, diese EG, die sich ideologisch in die sogenannten »Werte des freien Westens« und die »zivilisatorische Mission des christlichen Abendlandes« kleidet, als Instrument weltweit Mensch und Natur ausbeutender imperialer Bestrebungen grundsätzlich infragezustellen. Es geht ihnen vielmehr nur darum, diese EG ökologisch zu modernisieren und damit funktions- und durchsetzungsfähiger im Kampf mit den Wirtschaftsmächten USA und Japan zu machen. Dabei hat das Kapital, das »aufgeklärte« Unternehmertum, längst schon die profitmaximierenden Eigenschaften strenger Umweltnormen und damit notwendig werdender Umweltinvestitionen erkannt.

Die portugiesische Sprecherin der grünen Fraktion, Maria Santos, nutzt daher ihren Glückwunsch zur Wahl des neuen Europaparlaments-Präsidenten nicht zu einer geharnischten Kritik der EG-Politik, sondern zunächst für eine Fingerübung in höherer Diplomatie: Der neue Präsident, Enrique Baron Crespo, ein spanischer Sozialist, verdankt seine Wahl, wie bereits Monate zuvor in der Presse zu lesen war, der christdemokratisch-sozialistischen »Großen Koalition«, sozusagen als Unterpfand für die Fortsetzung der »großen Kollaboration« bei allen wichtigen Entscheidungen des EP während der nächsten fünf Jahre. Dieses Elefantenkartell, das alle anderen Fraktionen überflüssig macht, spricht sie zwar gewunden-geniert an, ohne es jedoch beim Namen zu nennen oder gar anzugreifen. Dann folgt ein unfaßbares Angebot: »Wir sind bereit, mit allen parlamentarischen Gruppen, die in diesem Hause vertreten sind, zusammenzuarbeiten und rufen diese auf, daß sie unsere Ansichten aufnehmen...«. Das muß man sich auf der Zunge zergehen lassen: »mit allen parlamentarischen Gruppen, die in diesem Hause vertreten sind«, also auch mit den Neonazis der Fraktion der »Europäischen Rechten«, die eben durch sieben bundesdeutsche »Republikaner« verstärkt wurden.

Noch deutlicher, d.h. nicht spontan geäußert, sondern sorgfältig vorbereitet, wird die Philosophie des »Wir sitzen alle im selben Boot« in der Rede von Solange Fernex (Verts) im Auftrag der grünen Fraktion zur beginnenden Ratspräsidentschaft Frankreichs »Wir versichern Sie...unseres Willens, mit allen unseren Kräften für den Schutz des Lebens, jeden Lebens zu wirken, um eine erträgliche Zukunft zu garantieren. Es handelt sich um ein Programm öffentlichen Heils. Alle zusammen, verehrte Kollegen, alle zusammen müssen wir uns dafür einsetzen...« Wo Umweltschutz zum obersten und einzigen Ziel erklärt wird, wo nur »globale Fragen« überhaupt noch ins Blickfeld geraten, verschwindet die gesellschaftliche Realität aus den Köpfen. Dann gibt es keine Klassen mehr, sondern nur noch Bedrohte. Der Staat ist neutral und »das Gesetz Fundament der Gewaltfreiheit« (Yves Cochet, Les Verts). Schließlich wird es ja bekanntlich völlig gewaltfrei durchgesetzt, gegenüber sozial Schwachen, Ausländern, Demonstranten.

Der ehemalige Präsidentschaftskandidat der Verts, A. Waechter, besucht gemeinsam mit jungen Beurs (in Frankreich geborene Algerier der zweiten Generation) das vor allem von Immigranten bewohnte Viertel »Minguettes« bei Lyon. Die sind wütend über die täglichen Ausschreitungen der Bullen. Antoine ist neugierig und fragt: »Und auf welche Weise äußert sich die polizeiliche Feindseligkeit?« Beim Pariser Kongreß der europäischen Grünen im April dieses Jahres findet eine »phantasievolle Aktion« gegen den Schnellen Brüter Superphénix statt. Es wird vorgeschlagen, eine Schweigeminute für den erschossenen Vital Michalon und die zahllosen Verletzten einzulegen, die bei der europäischen Demonstration gegen Superphénix 1977 Opfer der Brutalität der Bullen wurden. Der Vorschlag wird abgelehnt, weil es sich damals um »Verantwortungslose« gehandelt haben soll. Und ein »Verantwortungsloser« ist, wer dieses System infragestellt und herausfordert, statt ihm mit konkreten Öko-Verbesserungsvorschlägen unter die Arme zu greifen. Repression und Polizeigewalt treffen den »Verantwortungslosen« dann zu recht. Oder etwa nicht? Wenn «Verantwortungslose« sich zu Tausenden auf der Straße zusammenrotten, welchem Laster Linke mitunter frönen, dann bleibt ein unverdorbenes grünes Kindl natürlich daheim. Von diesem Weg der Tugend ließen sich weder die grüne EP-Fraktion noch die Verts abbringen, selbst als ein Erzbischof die Demonstration gegen den Pariser Weltwirtschaftsgipfel unterstützte, die am 8. Juli Zehntausende mobilisierte. Sonst wäre ja das ganze wählerträchtige Image »weder links noch rechts« im Eimer!

Überhaupt die »Dritte Welt«! Der eine Woche später in Paris organisierte Gipfel der sieben ärmsten Länder fand Gnade vor grünen Augen. Denn erstens zog er nur einige Hunderte an, fand dafür zweitens brav im Saale statt und verstieg sich drittens nicht zur Forderung nach umfassender Schuldenstreichung und voller Unabhängigkeit für auch noch die letzten Kolonien. Ihm wurde sogar die Ehre zuteil, in die Jungfernrede von Solange Fernex Eingang zu finden. Was »die Dritte Welt zerstört«, sei »unser Modell ökologischer Entwicklung«, nicht etwa Beziehungen von Ausbeutung und Unterdrückung.

Dieser Annahme muß, folgt man Antoine Waechter, dem frischgebackenen Vorsitzenden des Regionalausschusses des EP, die Arbeit auch in diesem Gremium folgen. Denn wenn die kolonialistische Logik der EG kleine, über alle Kontinente und Ozeane verstreute Völker, letzte Kolonien der westeuropäischen Metropolen, schlichtweg zu »europäischen Regionen« erklärt und genau wie das Ruhrgebiet oder den Bayerischen Wald im »Regionalausschuß« des EP behandelt, um sie ihren wirtschaftlichen und militärischen Interessen dienstbar machen zu können, dann ist das für den wahren Grünen ein lediglich sekundäres Problem. Primäres grünes »Regionalproblem« ist schließlich der Erhalt von Enzian, Edelweiß und Alpenrose in der Alpenregion!

Zu ähnlich umwerfenden Resultaten führt das Prinzip »Umwelt, Umwelt über alles«, angewandt auf Ausländer und Asylsuchende. »Wenn heute einige davon sprechen, die Grenzen für Wirtschaftsflüchtlinge zu öffnen«, so dozierte im Mai der Spitzenkandidat der Verts, »stellt das eine gefährliche Utopie dar. In Anbetracht der Bevölkerungsexplosion in der Dritten Welt wären es 'zig, ja Hunderte Millionen Menschen, die ein bereits übervölkertes Europa überfluten würden. Die Schäden auf der Ebene der Kultur und der Umwelt wären überwältigend.« Wem stiege da nicht Dreggers Ausspruch von 1982 hoch: »Dafür ist unser Land zu klein und Ökologisch zu überlastet.« Helfen wir also den EG-Innenministern, ihre Zusammenarbeit im Rahmen von TREVI und Schengen auszubauen, um die weiße Umwelt unbelastet zu erhalten!

Ebenso wie die Habenichtse aus der »Dritten Welt« bei uns nichts zu suchen haben, gehören auch die Frauen auf ihren angestammten Platz verwiesen. Der belgische Abgeordnete Paul Lannoye (Ecolo) hat es auf den Punkt gebracht: »Die Gleichheit zwischen Frauen und Männern ist ein frommer Wunsch, 'denn das weibliche Gehirn ist nicht dasselbe wie das männliche Gehirn', da ersteres nicht fähig ist, die ingang befindlichen technologischen Veränderungen zu begreifen.« Frauen, begreift stattdessen eure Minderwertigkeit und kehrt zurück an die Herde! Diese auf der Hand liegende Konsequenz zog denn auch eine Gruppe französischer Kommunalwahlkandidaten der Verts, indem sie den Rückzug der Frauen auf Kinder und Küche als »sozial nützlich« durch ein staatliches Mindesteinkommen belohnen wollten.

Der Versuch bundesdeutscher Frauen, in der grünen Fraktion des EPs ein Frauenstatut einzuführen, stieß daher auf größtes Befremden, nicht nur bei den Männern, die, da zahlenmäßig in der Mehrheit um Macht und Einfluß fürchteten, sondern auch bei belgischen, französischen und italienischen Frauen, die glaubten, so etwas nicht nötig zu haben, ja die darin, wie Adelaide Aglietta von den italienischen Verdi Arcobaleno, eine Diskriminierung, eine Form des Rassismus sahen. Beschlossen wurde dann nach harten Diskussionen, einzig und allein daß die grüne Fraktion bei fraktionsinternen und EP-Ämtern Parität garantiert, was reine Frauenbesetzungen nicht ausschließen soll. Was von solchen Alibi-Absichtserklärungen in einer Fraktion zu halten ist, die sich aus 17 Männern und nur 13 Frauen zusammensetzt in der unter sieben italienischen Abgeordneten nur eine Frau ist, das zeigt sich schon jetzt. Einzig im achtköpfigen Fraktionsvorstand herrscht Parität. Bei EP-Ämtern (Vizepräsident, Ausschuß-Vorsitz und stellvertretende Vorsitzende) steht eine Frau fünf Männern gegenüber. Und auch das kennzeichnet die Wirklichkeit: daß zwei von drei bundesdeutschen Männern sich EP-Ämter mit Außenwirkung und zusätzlicher Ausstattung aber ohne großen Arbeitsaufwand ergattern konnten, während nur eine von fünf GRÜNEN-Frauen mit einem Amt bedacht wurde das fraktionsintern und arbeitsintensiv, dafür ohne Glamour nach außen ist. Alltägliches Machotum, wie es sich auch im Verhalten auf jeder Sitzung, in all den unsäglichen Flur-, Kulissen- und »Geheimdiplomatie«-Gesprächen niederschlägt.

Reaktionär ist weiterhin das Herzstück des Konzeptes der »gewaltfreien zivilen Verteidigung«, wie es vom belgischen Mouvement International pour la Réconcilation (MIR) ausgearbeitet und von Les Verts als ihr Verteidigungskonzept propagiert wird. Bereits in Friedens- oder Nicht-Kriegs-Zeiten soll danach die Gesellschaft unter der Leitung des zuständigen Ministeriums und eines Nationalen Rates für zivile Verteidigung auf den »Verteidigungsfall« hin durchorganisiert werden. Dabei sollen von der untersten bis zur obersten Ebene Verbände, Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften in trauter Eintracht zusammenarbeiten. Bravo! Damit wäre endlich die total durchmilitarisierte Gesellschaft geschaffen. Man kennt dann keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche (oder Belgier oder Franzosen, das ist austauschbar). Und der gemeinsame äußere Feind (wie könnte er nicht gemeinsam sein, wenn der zuständige Minister, wenn Nato und EG auf ihn mit dem Finger zeigen?), der gemeinsame Feind also eint Arm und Reich, übertüncht alle inneren Widersprüche. Die Wagenburg schließt sich, um die zum Allgemeininteresse erklärten Interessen der Herrschenden zu verteidigen. Mit dem Konzept der »sozialen Verteidigung«, der notwendig eine gesellschaftsverändernde Dimension eignet und die nur im Widerstand gegen den Staat entwickelt und erprobt werden kann, hat das soviel zu tun wie eine Demonstration mit einem Militärdéfilé! Subversion, vom Minister für zivile Verteidigung verordnet, das ist so überzeugend wie Gewaltfreiheit als Ergänzung der »Force de Frappe«, ein ebenfalls in Frankreich grassierendes Konzept.

Das Defizit dieses von keinerlei Wissen um gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnisse getrübten Denkens liegt verständlicherweise besonders offen zu Tage, wenn das Thema »Soziales« behandelt wird. Dazu fällt Solange Fernex als Rednerin der grünen Fraktion nur ein, daß »die Ökologen« die »Anwendung einer Europäischen Sozialcharta unterstützen werden«. Kein Gedanke, keine Silbe wird darauf verwendet, wie denn der bisher vorliegende Entwurf aussieht. Ob er etwa auch nur den kleinsten Hinweis auf eine Stärkung der Rechte der ArbeitnehmerInnen und auf sozialen Fortschritt enthält, ob er nicht vielmehr rein defensiv und halbherzig das Bestehende verteidigt und allenfalls die schlimmsten Auswirkungen der kapitalistischen Modernisierung und des Sozialdumpings im Zusammenhang mit der Realisierung des Binnenmarktes abfedern will, ob dieser Entwurf auch nur ein Minimum an einklagbarer Verbindlichkeit anbietet. Den Mitgliedsstaaten, fährt sie fort, müsse erlaubt sein, die günstigsten Sozialregelungen beizubehalten. Als ob Sozialdumping und Ökodumping auf EG-Richtlinien und -Verordnungen angewiesen wären, um sich durchzusetzen! Wo doch, wenn unterschiedliche nationalstaatliche Arbeitsschutz- und Sozialsysteme auf dem Binnenmarkt direkt miteinander konkurrieren, das »freie Spiel des Marktes« den »Erfolg« schon garantiert. »Deregulierung« heißt das Zauberwort. Schließlich fordert Fernex im Namen der »Ökologen«, zwecks Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Arbeit und Löhne zu teilen, d.h. Arbeitszeit und Löhne zu reduzieren. Da lacht das Herz des angeblich mit uns in einem Boot sitzenden Unternehmers.

Eines haben all diese Beispiele politischer Arbeit der grünen EP-Fraktion gemeinsam: Wird »Umwelt« zum obersten und einzigen Kriterium für die Betrachtung und Behandlung aller Fragen, dann gerät die gesellschaftliche Realität von Herrschaft, Unterdrückung, von Elend und Ausbeutung aus dem Blick. Angesagt ist dann nicht mehr Kampf für gesellschaftliche Umwälzungen, sondern das vereinte Werkeln an Detailverbesserungen – so kann alles Wesentliche unverändert bleiben: Der Schutz einiger vom Aussterben bedrohter Schmetterlingsarten erhält dann Priorität nicht nur vor den mit Füßen getretenen Rechten der von EG-Staaten kolonisierten Völker, sondern auch vor den Hunger und Erniedrigung leidenden Opfern der Politik gerade auch der EG in der »Dritten Welt«, die hier, als »Wirtschaftsflüchtlinge« diffamiert, Zuflucht suchen.

Wir Europäer, so wird suggeriert, wir säßen zwar alle in einem Boot. Aber der Platz sei eng und reiche für weitere Passagiere nicht aus. Die grünen Matrosen jedoch meutern nicht gegen Reeder, Kapitän und Schiffsoffiziere, sondern stopfen hier Löcher, streichen da neu an, erhöhen die Funktionstüchtigkeit des Schiffes, damit es den von Reeder und Kapitän gewählten Kurs halten kann, der da heißt: Ökokapitalismus.

Udo Knapp, Assistent von Otto Schily, erklärte kurz vor den Europawahlen: »Die Fundis sind übergeschnappt, daher sind die französischen Verts eine Chance für uns«. Ruth Hammerbacher, eine der drei SprecherInnen des grünen Bundesvorstands, geriet folgerichtig am Wahlabend in der Bonner Runde über das gute Wahlergebnis der Verts ins Schwärmen, machte für DIE GRÜNEN ein Wählerpotential von 15 Prozent aus und entdeckte die Ampelkoalition. Und Jürgen Maier, Abgesandter des grünen Bundesvorstands bei den Verhandlungen über die neue EP-Fraktion und engagiert beim Rausschmiß der dänischen Anti-EG-Bewegung, klopft sich in einem Artikel für den grüninternen »Basisdienst« wegen des Verhandlungsergebnisses immer kräftiger selbst auf die Schulter. Der im ersten Absatz nur »tragbare Kompromiß« hinsichtlich Mitgliedschaft, Name und Charakter der neuen Fraktion wandelt sich am Ende der ersten Seite bereits zu einem »guten Kompromiß«, um dann im letzten Absatz als »sehr guter Kompromiß« zu strahlen. Denn »auf der Ebene *der politischen* Zusammenarbeit haben wir alles, was wir wollten.« Nicht einmal, *wen* wir wollten, geschweige denn, *was* wir wollten! Oder ersetzt das Wort »grün« inhaltliche Positionen? Und wer ist »wir«? Da bleibt mir nur, leicht abgewandelt, das Ende von Tucholskys »Lied vom Kompromiß« zu zitieren: Durch die Grünen geht ein tiefer Riß, dafür gibt es keinen Kompromiß!

konkret 10/89, S. 58

Verena Krieger

Buch des Monats - Der große Unterschied

Lynne Segal: Ist die Zukunft weiblich? Probleme des Feminismus heute. Fischer Verlag 1909, 333 Seiten, 19.80 Mark

»Beunruhigt« über das »Bild, das der Feminismus in den achtziger Jahren der Öffentlichkeit bietet«, hat die englische Feministin Lynne Segal ein Buch geschrieben, das sich am heutigen mainstream feministischer Theoriebildung kritisch abarbeitet und demgegenüber die Notwendigkeit eines »sozialistischen Feminismus« betont. Und in der Tat ist die geballte Darstellung dessen, was führende feministische Autorinnen insbesondere in den USA und Großbritannien ihrer Anhängerinnenschaft zu bieten haben, erschreckend. Denn bei allen Differenzen in Ansatz und Detail findet sich in diesen Schriften eine Konstante: die Betonung des Unterschieds zwischen den Geschlechtern – sei er nun »natürlich« oder psychologisch begründet.

Das war nicht immer so. In den siebziger Jahren dominierte in der Neuen Frauenbewegung noch die Auffassung, daß die Geschlechtsunterschiede gesellschaftlich produziert seien und überwunden werden müßten. Im Laufe der Zeit setzte sich dann aber immer mehr die anfangs nur marginal vertretene Überzeugung durch, daß die Eigenschaften, Verhaltensweisen und kulturellen »Werte« von Frauen positiver einzuschätzen seien als die der Männer. Damit einher ging die Verlagerung der feministischen Analyse von der hochtheoretischen und für viele nicht mehr nachvollziehbaren Auseinandersetzung um das Verhältnis von Patriarchat und Kapitalismus hin zur eingehenden Beschreibung des Gewaltverhältnisses zwischen Männern und Frauen.

Wenn die alltägliche Gewalt von Männern gegenüber Frauen zur einzigen gesellschaftlichen oder sogar quasi-biologischen Konstante hypostasiert wird, wenn dabei andere Gewaltverhältnisse ausgeblendet werden und schließlich der Geschlechterkampf als tendenziell unabänderliches Faktum wahrgenommen wird, dann ist die Apologie von Weiblichkeit und der daraus abgeleiteten Tugenden die einzige konsequente Schlußfolgerung. Wenn Herrschaft, Gewalt und Krieg spezifisch männlichen Ursprungs sind und Frauen aufgrund ihrer Andersartigkeit ausschließlich als Opfer und keinesfalls als Mittäterinnen gelten, dann gibt es keinen kollektiven politischen Weg zur Überwindung des patriarchalen Gewaltverhältnisses, sondern lediglich radikal individualistische Konzepte: wahlweise Psychotherapie, Esoterik oder den Rückzug in elitäre Frauengemeinschaften.

Zu dieser Schlußfolgerung gelangt Lynne Segal im Hauptteil ihres Buches, einer interessanten und differenzierten Auseinandersetzung mit wichtigen Theoretikerinnen der Frauenbewegung – von Mary Daly, Andrea Dworkin, Dale Spender über Adrienne Rich, Nancy Chodorow bis hin zu Luce Irigaray. Sie verwendet dabei viel Raum auf Banalitäten: etwa auf den Nachweis des primär sozialen Ursprungs von Geschlechterunterschieden oder auf die Notwendigkeit einer historischen Betrachtungsweise. Das ist ihr nicht vorzuwerfen, im Gegenteil, es spiegelt die erschütternde Tatsache, daß etwa die Kritik an soziobiologischen Erklärungsmustern längst kein Allgemeingut mehr ist.

Zwar enthalten ihre Kritiken an den genannten Autorinnen einige Widersprüche und Verwischungen, sind an der falschen Stelle von Harmonisierungswünschen geprägt und an anderer Stelle wiederum von nicht näher belegten Vorwürfen (so z.B. der flüchtig hingeworfene Satz, daß der biologische Determinismus auch bei Feministinnen zum Faschismus tendiere), doch insgesamt ist dieser Teil des Buches eine nützliche Anregung und Grundlage zur weiterführenden Diskussion. Weitaus schwächer sind dagegen diejenigen Kapitel, in denen Lynne Segal für einen »sozialistischen Feminismus« plädiert und zu erklären versucht, weshalb die linke Strömung in der Neuen Frauenbewegung trotz ihrer einstmals vielversprechenden Ansätze heute politisch fast völlig bedeutungslos geworden ist.

Ein sozialistischer Feminismus definiert sich nach Segal zum einen – in dieser Allgemeinheit – durch die Erweiterung der Patriarchatskritik um die Kapitalismuskritik, zum anderen durch die Abgrenzung gegenüber den »fundamentalistischen« Feministinnen und die Betonung der Notwendigkeit praktischen politischen Handelns. Diese Definition wird zwar seitenlang ausgeführt, aber inhaltlich kaum gefüllt. Nun gut, es wird erklärt, daß neben dem Geschlecht auch Klasse und Rasse Gesellschaft strukturieren, und daß Frauen, wenngleich alle unterdrückt, so doch keineswegs alle gleich sind. Aber das wußten wir (nicht erst) vor zwanzig Jahren schon, und in der Zwischenzeit hat eine Debatte über das Verhältnis von Patriarchat und Kapitalismus stattgefunden, die zwar kein fertiges »Ergebnis« geliefert, aber doch immerhin die Fragestellungen verfeinert hat. Der Wert von Segals Ausführungen besteht insofern lediglich darin, daß sie einige Selbstverständlichkeiten, die in der feministischen Diskussion seit einigen Jahren völlig aus dem Blick geraten sind, erneut bekräftigt.

Problematisch ist allerdings ihre Unterscheidung zwischen »Fundamentalismus« und Pragmatismus in der Frauenbewegung, die sich durch das ganze Buch hindurchzieht. Dem einen Flügel des Feminismus wirft sie vor, lediglich apokalyptische Visionen, unterlegt mit biologistischen Erklärungsmustern, zu verbreiten und de facto auf jeden Veränderungsanspruch gegenüber gesellschaftlichen Prozessen zu verzichten. Der andere, pragmatische bzw. sozialistische Flügel dagegen arbeite fest verankert und erfolgreich in Stadtteilgruppen, Initiativen und – der Labour Party.

Möglicherweise erklärt dies, weshalb in Segals Buch weder gesellschaftspolitische Zielsetzungen noch politische Strategien über die allgemeine Notwendigkeit des aktuellen, praktischen Eingreifens hinaus inhaltlich benannt oder tiefergehend reflektiert werden. Jedenfalls bleibt unklar, worin sich ihre Auffassung eines sozialistischen Feminismus' vom Gleichstellungsfeminismus hiesiger Sozialdemokratinnen unterscheidet.

Lynne Segal verwendet das Unterscheidungskriterium »Pragmatismus« versus »Fundamentalismus« zwar nur für die feministische Debatte im angelsächsischen Raum. Angesichts der Situation in der Bundesrepublik habe ich aber erhebliche Zweifel an dieser Kategorisierung. Die hiesige Erfahrung zeigt nämlich, daß die ideologische Scheidelinie zwischen Befürworterinnen und Kritikerinnen einer wie auch immer begründeten Unterscheidung der Geschlechter (neudeutsch: »Geschlechterdifferenz«) keineswegs so verlaufen muß wie die zwischen Feministinnen, die im politischen Raum agieren, und jenen, die – aus welchen Gründen auch immer – dies ablehnen. In der bundesdeutschen Frauenbewegung jedenfalls hat sich längst erwiesen, daß die sogenannten »Fundamentalistinnen« außerordentlich pragmatisch und erfolgreich Politik machen – und umso erfolgreicher, als ihre Konzepte sich mit denen des modernisierten Konservatismus einigermaßen bruchlos verbinden lassen

Ein mittlerweile geradezu klassisches Beispiel ist die als Rammbock gegen die bisherige feministische Frauenpolitik in den Grünen eingesetzte »Mütterpolitik«. Es wäre zu kurz gegriffen, den Vertreterinnen dieses Konzepts zu unterstellen, sie wollten Frauen lediglich zurück an den Herd schicken und da belassen. Ihre Forderung nach einer stärkeren Beteiligung von Müttern an der Öffentlichkeit ist durchaus ernst gemeint. Die Bekräftigung der Frauen- und insbesondere Mutterrolle wird von den ProtagonistInnen des »Müttermanifestes« gekoppelt an eine ideologische und materielle Aufwertung dieser Rolle; anders wäre sie auch überhaupt nicht realisierbar. Teilzeitarbeit, Computerheimarbeit und Job-sharing sind dann beliebte Mittel, um Frauen am Rande ihrer häuslichen Tätigkeit auch noch das Standbein in Erwerbsleben und Öffentlichkeit zu sichern. Die Politikfähigkeit des »mütter«politischen Konzepts steht außer Frage: Der Drang der Mütter nach Teilzeitarbeit verträgt sich schließlich ganz ausgezeichnet mit dem der Unternehmer nach flexiblen Arbeitskräften.

Die postmoderne Variante des Feminismus ist inzwischen noch weiter. Das lästige Kleinklein des Mütterkonzeptes hinter sich lassend (schließlich entspricht das den subjektiven Interessen grüner Politikerinnen und feministischer Publizistinnen im Grunde herzlich wenig), propagieren die »Postfeministinnen« die neoliberale Variante des »anything goes«: Soll doch jede nach ihrem Plaisir als Hausfrau daheim bleiben oder als Karrierefrau mit dem Köfferchen in der Hand durch die Republik jetten – je bunter und vielfältiger die verschiedenen Lebensentwürfe, desto besser. Vom auch zutiefst weiblichen Lebensentwurf der Fabrikarbeiterin oder Putzfrau ist im ersten Versuch, postfeministische Vorstellungen in politische Programmatik umzusetzen, dem grünen Realo-Frauenmanifest, verständlicherweise nicht die Rede. Auch die Tatsache, daß mit der Vielfalt der Lebensentwürfe von Frauen auch eine entsprechende Vielfalt männlicher Lebensentwürfe korreliert – ganz nach Lust und Laune, Macker oder Softi, neuer Vater oder vielbeschäftigter Karrieremann (soll es ja auch geben) ^ bleibt vorsichtshalber unerwähnt. Fest steht nur: »Wir« lieben im »Mann« ja gerade das »Andere«; soll er also ruhig so bleiben, wie er ist.

Der Postfeminismus ist also nichts als ein neuer Überbau für die bestehenden (modernisierten) Verhältnisse. Doch wenn frau auch alles Mögliche über diese Zeitgeist-Variante der Ideologie von der »Geschlechterdifferenz« sagen kann – »fundamentalistisch« oder politisch abstinent ist sie ganz sicher nicht. Im Gegenteil: Die Vorstellung, daß »Weiblichkeit« eine positive Rolle in dieser Gesellschaft spiele, läßt sich politisch nicht nur in Richtung separatistischer Frauenzirkel weiterdenken, sondern ebensogut in Richtung systemkonformer Etablierung.

Mag sein, daß die bundesdeutsche Entwicklung untypisch oder weiter vorangeschritten ist. Doch auch dem sogenannten »fundamentalistischen« Flügel der US-amerikanischen Frauenbewegung kann Politikfähigkeit keineswegs abgesprochen werden. Die »Apokalyptikerin« Andrea Dworkin beispielsweise hält sich keineswegs aus dem politischen Geschäft heraus. Sie betreibt ihre Anti-Porno-Kampagne einschließlich der juristischen Initiative faktisch gemeinsam mit Rechten, ohne daß ihr ideologisches Drumherum (Männer führen angeblich mittels Pornographie Krieg gegen Frauen) dabei übermäßig stört. Segals Kritik am angeblich mangelnden politischen Agieren trifft daher weitgehend ins Leere.

Wenn aber diese Abgrenzung gegen die »Fundamentalistinnen« nicht funktioniert – was bleibt dann noch an konstitutiven Elementen des feministischen Sozialismus (außer der durchaus lobenswerten Kleinarbeit in Basisinitiativen)? Hier bleibt Segals Argumentation schwach und verschwommen. Ähnlich schwach ist auch ihr Versuch zu erklären, woran es nun eigentlich liegt, daß eine relevante linke Strömung in der Frauenbewegung nicht mehr existiert. Es habe zuviel theoretischen Streit gegeben, und sektiererische Trotzkistinnen hätten mitten in der Hochphase der Frauenbewegung alles kaputtgemacht – auf dieser oberflächlichen Ebene bleiben die Erklärungsversuche stecken. Das ist schade. Denn diese Frage ist bisher kaum gestellt und noch viel weniger ernsthaft diskutiert worden.

Überhaupt macht dies die Zwiespältigkeit der Lektüre des ganzen Buches aus: So erfreulich und überfällig es ist, daß eine linke Feministin versucht, die gesamte feministische Mode-Literatur auseinanderzunehmen und einige alte Erkenntnisse wieder zu betonen – so enttäuschend sind viele ihrer Erklärungen und Begründungen. So richtig die Fragen sind, die sie

stellt, so schwach sind viele ihrer Antworten. So wichtig dieses Buch möglicherweise als Auslöser einer neuen Diskussion in der Frauenbewegung sein mag, so wenig kann es in dieser Diskussion an Neuem und Weiterführendem beisteuern.

»Die Zukunft ist nicht weiblich«, beantwortet Lynne Segal am Ende die rhetorische Fragestellung im Buchtitel. Da hat sie, und das ist gut so, recht.

konkret 10/89, S. 61

Michael Bentfeld

Nebenwirkung

Um unerw□ nschte Effekte □ rztlicher Behandlungsmethoden zu korrigieren, propagiert die Bundes□ rztekammer die T□ tung □ □ berz□ hliger□ Feten im K□ rper der Mutter

Es wird in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit Fraktur geredet, wenn die Macht von Ärzten, Leben entstehen zu lassen, zu verlängern oder zu beenden, erörtert wird. Eine evangelische Akademie in Norddeutschland lädt unter der Frage »Sterben lassen oder aktiv töten?« zum Wochenendseminar. »Haben schwerstbehinderte Neugeborene ein Recht auf Leben?«, fragt die »Zeit«, deren Medizinredakteur (vormals Chef einer geburtshilflichen Abteilung) in einer Diskussion zu diesem Thema formuliert: »Dieses Kind (gemeint ist ein spastisch gelähmtes im Unterschied zu einem Kind mit schweren Mißbildungen) wird niemals abgespritzt, schon allein aus Verteidigungsgründen, weil der Arzt damit in die Situation kommt, ein totes Kind in seiner Statistik zu haben.« Die brutalen Thesen des australischen Bioethikers Singer haben die Zungen gelöst.

Ärztliche Berufsorganisationen und Standesvertretungen jedoch bedurften dieser Hilfe nicht, ihrer Sprache hat es nie an Eindeutigkeit gefehlt. So reklamierte der Vorstand der Bundesärztekammer bspw. 1986 die Zulässigkeit einer »Sterilisation geistig Behinderter aus eugenischer (Gefahr erbkranken Nachwuchses) oder sozialer Indikation (Unfähigkeit zur Wahrnehmung elterlicher Pflichten)«. Der gleiche Vorstand hat die Regelung der »Sterilisation nicht einwilligungsfähiger Personen« im jüngsten Gesetzentwurf der Bundesregierung begrüßt und das darin enthaltene Verbot der Sterilisation Minderjähriger gerügt. Die Deutsche Gesellschaft für Medizinrecht verfaßte 1986 nach dreitägigen Diskussionen einen 10-Punkte-Katalog zum Thema »Grenzen der Behandlungspflicht bei schwerstgeschädigten Neugeborenen«, der Kriterien enthält, mit deren Hilfe über die Lebenswürdigkeit neugeborener Kinder entschieden werden soll.

Der jüngste, unglaubliche Skandal findet sich im Deutschen Ärzteblatt vom 7. August 1989. Als schlichte »Bekanntmachung der Bundesärztekammer« wird der »Mehrlingsreduktion mittels Fetozid« das Wort geredet. Welche Brutalität verbirgt sich hinter dieser bürokratischen Kurzformel? Die Zeiten, da Reproduktionsmediziner Applaus ernteten, wenn sie sich nach erfolgreicher Behandlung unfruchtbarer Frauen mit frisch geborenen 3-4-5-6-lingen der Öffentlichkeit präsentierten, sind vorbei. Ihre Methoden sind in Verruf geraten. Dem abzuhelfen, hat sich die »Zentrale Kommission der Bundesärztekammer zur Wahrung ethischer Grundsätze in der Reproduktionsmedizin« vorgenommen, ein Konsortium mit folgenden Mitgliedern: dem Direktor des moraltheologischen Seminars der Universität Bonn, dem federführenden Direktor des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht in Freiburg, dem Direktor der Universitäts-Frauenklinik München, dem Direktor der Universitäts-Frauenklinik Erlangen, der Leiterin der Arbeitsgruppe genetische Pathologie der Universität Lübeck, der Präsidentin der Ärztekammer Schleswig-Holstein und der Vorsitzenden der Zentralen Kommission der Bundesärztekammer .

Seit Jahren wird von Kritikern den Reproduktionsmedizinern vorgehalten, daß sie rigoros die Mehrlingsschwangerschaften als Ergebnis ihrer Methoden herunterspielten. Das Ziel dieser Kritik war immer, wegen der erheblichen Gefährdung von Mutter und Kindern die Anwendung dieser Methoden zu verhindern. Diese Gefährdung räumt auch die Zentrale Kommission zur »Wahrung ethischer Grundsätze« ein, doch statt die riskanten Verfahren zu verdammen, zieht sie eine andere, praktische Konsequenz: »Zur Verringerung dieser Risiken (komplikationsreiche Schwangerschaft mit schwieriger Entbindung für die Mutter, unreife, zu kleine, nicht lebensfähige Kinder, d.V.) und zur Vermeidung schwerer Leiden für Mutter und Kind wird deshalb eine Reduktion der Anzahl auszutragender Feten (im Mutterleib heranwachsende Kinder jenseits des 3. Schwangerschaftsmonats, d.V.) auf 3 und weniger durch intrauterine Abtötung überzähliger Feten (Fetozid) empfohlen. Das unselektive Abtöten der am leichtesten zugänglichen Feten ist jedoch mit schweren ethischen und rechtlichen Problemen belastet und steht im Widerspruch zu ärztlichen Grundsätzen.« Das Gewicht dieser Belastung zu mindern, ist die Kommission angetreten. Sie konstatiert, es »bleibt auch bei Beachtung aller Präventionsmaßnahmen ein Restrisiko« einer Mehrlingsschwangerschaft. Es gibt Zahlen, nach denen zur Zeit Drillinge 60mal, Vierlinge 300 bis 500mal häufiger vorkommen als in früheren Jahren.

Hinter dem Begriff »Mehrlingsreduktion« verbirgt sich ein Tötungsakt, und zu seiner Legitimation zieht die Kommission sämtliche Indikationen des Paragraphen 218 a heran, etwa Absatz I Nr. 2 (»Gefahr für das Leben oder die Gefahr einer schweren Beeinträchtigung des körperlichen oder seelischen Gesundheitszustandes der Schwangeren«), 218 a Abs. 2 Nr. I (»Annahme..., daß das Kind in Folge einer Erbanlage oder schädlichen Einflüssen vor der Geburt an einer nicht behebbaren Schädigung seines Gesundheitszustandes leiden würde, die so schwer wiegt, daß von der Schwangeren der Fortbestand der Schwangerschaft nicht verlangt werden kann«). Selbst die Voraussetzung einer allgemeinen Notlagenindikation nach Paragraph 218 wird nicht grundsätzlich ausgeschlossen.

Einen makabren Trost spenden die Verfasser dieser »Bekanntmachung«: Es werde »unselektiv« vorgegangen, soll heißen, die am besten zugänglichen Feten würden getötet, unabhängig von ihrer sonstigen körperlichen Verfassung. Der Vorwurf

möglicher eugenischer Absichten dieses Verfahrens soll damit widerlegt werden. Tötungsmethode: Injektion von Kaliumchlorid oder Gewebekleber ins Herz der Feten.

Die Zentrale Kommission bemüht sich neben der juristischen auch um eine berufsethische Legitimation dieses Tötungsverfahrens und verweist auf den »Grundsatz . . .. das rettbare Leben dem unrettbaren vorzuziehen.« Im vorliegenden Zusammenhang aber nach diesem Grundsatz zu verfahren, krönt die Vorarbeit von Kriegs- und Katastrophenmedizinern in den letzten Jahren, die mit dem Prinzip »Triage« das »Liegenlassen« schwer Verletzter zugunsten der Behandlung leichter Verletzter verfochten. Ein offizielles Organ der Berufsorganisation bundesrepublikanischer Ärzte versucht nun, dieses Prinzip zu generalisieren, und läßt die aktive ärztliche Tötung zu, um diesem Grundsatz genügen zu können. Ein derartiger Vorstoß ist weltweit bislang noch von keiner Ärzteorganisation bekannt geworden.

Es bleibt festzuhalten: Die »Zentrale Kommission der Bundesärztekammer zur Wahrung ethischer Grundsätze in der Reproduktionsmedizin« läßt die Tötung heranwachsender Kinder im Mutterleib zu, um die unerwünschten Effekte – Nebenwirkung: Mehrlinge – einer Arzneimittelbehandlung (Therapie unfruchtbarer Frauen mit Extremdosen von Hormonen) und die Insuffienz einer reproduktionsmedizinischen Technik (Mehrlinge nach in vitro Fertilisation und Embryonen-Transfer) zu korrigieren. Einen vergleichbaren Freibrief dürften nur noch deutsche Ärzte für ihre KZ-Experimente in Anspruch genommen haben.

In KONKRET 9/89 wurde auf die brisante Funktion des neuen Sterilisationsgesetzes verwiesen, »den Abbau moralisch-ethischer Bedenken gegen körperliche Verletzungen derart zu forcieren, daß es zulässig erscheint, auch über die Tötung bestimmter Personen laut nachzudenken, sie in bahnbrechenden Präzedenzfällen zu praktizieren und zuletzt juristisch abzusichern«. Diese Einschätzung trifft zu; die beschriebene »Mehrlingsreduktion« aber bedeutet demgegenüber einen weiteren, großen Schritt auf jener schiefen Ebene, die mit zunehmend systematisierter geburtlicher Diagnostik und anschließendem »selektivem Abort« bei »positivem Befund« bereits beschritten wird. Das Tempo dieser Entwicklung ist erschreckend, wird sie nicht gebremst, so werden in Kürze weitere Grenzen fallen, die bislang noch in der Auseinandersetzung um Embryonenforschung, Humangenetik, aktive Sterbehilfe und expandierende Transplantationsmedizin akzeptiert werden. Dieser Entwicklung könnten bundesrepublikanische Ärzte begegnen, indem sie zunächst die Rücknahme dieser »Bekanntmachung« erzwängen und die Verantwortlichen aus ihren Ämtern jagten.

Michael Bentfeld ist Arzt an einem Hamburger Kinderkrankenhaus. In KONKRET3/89 schrieb er über Rationalisierungspläne im Hamburger Gesundheitswesen

konkret 10/89, S. 62

Gerhard Armanski

Kopf und Prozeß

»Der Kopf dieser Emanzipation (der Menschheit) ist die Philosophie, ihr Herz das Proletariat«, schrieb Marx. Was aber macht der Kopf bei (zeitweiligem) Herzstillstand? Karl Heinz Roth entwickelte in KONKRET 6/89 die Forderung nach einer Reorganisation der Arbeiterbewegung »Ganz von unten«, Gero von Randow antwortete in KONKRET 8/89 mit einer Kritik am »Klassenstandpunkt«. Gerhard Armanski antwortet beiden

Wem nutzt die Balz des Auerhahns auf der Attrappe? Oder, was sucht der Mönch auf seinem schweren Gang? Der eine gibt etwas vor, ohne etwas zu haben - der andere hat etwas, ohne noch etwas vorzugeben. Im Ernst: Indem sowohl Karl Heinz Roth wie Gero von Randow auf der jeweils einen Seite der Medaille ansetzen und bleiben, kriegen ihre Analysen Schlagseite – zum leidenschaftlichen Kopf hin oder zum stumm-notwendigen Prozeß. Aber weder Exzesse in der Loge der Strategie noch die Erfüllung des Gangs der Dinge lost die Probleme emanzipativen Handelns. Wir machen gewiß unsere Geschichte selbst, meinte Engels, aber wir machen sie unter vorgefundenen objektiven, von unserem subjektiven Willen unabhängigen Bedingungen.

Zu beidem, Wille und Bedingung, haben Roth und Randow Wichtiges gesagt. Sich dazu gegenwärtig überhaupt in sozialistischer Absicht zu äußern, ist schon ein Stückchen, von KONKRET dankenswerterweise aufgeführt. Wir kennen Zeiten, wo sich die Leute »produktive und unproduktive Arbeit« als »Kampfbegriffe« um die Ohren schlugen, solche, wo sie in alltäglicher Wurstelei Überblick und Lust verloren und schließlich auch eher aktuelle, in denen das Ungelöste und Unbequeme mit einem frischen Valet verabschiedet wird.

Für Roth löst sich alles in Kampfgeschichte auf, die nur den Zyklus von Niedergang und neuem Aufschwung kennt. Ökonomische Gründe und die soziale Dialektik der Handelnden bleiben letztlich außen vor. Den umfassenden Angriffen des Kapitals aus dem Dunkeln kann er nur Widerstandskonstrukte entgegensetzen, wie »neue Formen von autonomer basisgewerkschaftlicher Militanz« oder »ein neues Bündnis zwischen flexibilisierten Mindestbelegschaften und Technikern«. Man merkt das Bemühen und ist verstimmt- die Sache selbst stimmt nicht, theoretisch wie empirisch. Wer die »besonders häßliche und integrierte Arbeiterbewegung« in der BRD obendrein noch einfach liegen läßt, besitzt als Vollstrecker des revolutionären Willens nur noch umfassend vernetzende Intellektuelle – unbeschadet von deren »sehr lieblosem und oberflächlichem Flirt« mit der Arbeiterklasse in den 70er Jahren. Der gute alte »kollektive Theoretiker des Proletariats« läßt grüßen.

Randow geriert sich ebenfalls sehr intellektuell, nur ist er von einer ganz anderen Sorte, nämlich der flanierenden. Als skeptisch philosophierender Betrachter (anfangs) disputiert er auseinander, was Roth schon immer voraussetzt: die Tragfähigkeit von Klassenanalyse und Klassenhandeln. Ganz verfangen in der geschichtlichen Oberfläche, spricht er den Kapitalismus von der Urheberschaft für aktuelle »existentielle Probleme« frei und »zu jeder Schandtat und zu jeder Wohltat fähig«. In dieser analytischen Nacht werden alle politischen Katzen grau. Lösen denn Schuldennachlässe, Umweltkosmetik oder Abrüstungszinnober auch nur eine der Krisen, welche historisch die bürgerliche Gesellschaft und ihr Schwungrad des Profits heraufgeführt haben? Wenn sich die realsozialistischen Länder ihnen nachgebildet haben, spricht das nicht gegen diesen Sachverhalt, im Gegenteil.

Da Randow die Arbeiterklasse verabschiedet, sogar die »an sich«, greift er auf allgemein »menschliche Interessen« zurück, die »an die Schranken des Gesellschaftssystems stoßen«, und auf »die uralte Idee einer herrschaftsfreien Gesellschaft«. Das ehrt ihn, scheint ihn aber selbst nicht ganz zu befriedigen, denn wenige Zeilen weiter heißt es: »Historisch fällig ist eine so verstandene Revolution in dem Sinne, daß der Kapitalismus mit seiner Neigung zu Katastrophen aller Art der vernetzten und empfindlichen Welt von heute nicht angemessen ist.«

Voilà! Durch dieses Einfallstor einmal geschritten, läßt Randow den Prozeß der Reorganisation der Produktion im letzten Jahrzehnt voll zu Wort kommen, verfehlt auch den (ausgearbeiteten) Hinweis auf die kapitalistische Dialektik des Fortschritts nicht und erhebt die Gestaltung der neuen Technik und Lebensweise zu einer Frage des Kampfes. Aber die Logik des Prozesses schlägt ihn nun auf andere Weise in den Bann als oben. Er wird einfach sprachlos und versucht nicht mehr die mindeste Vorgabe, wenn man nicht die Floskel »Bewegung für eine menschliche Lebensweise« als solche nehmen will.

Pardon, wenn irgend jemand hinter meinen Bemerkungen Besserwisserei oder gar Häme argwöhnt, dem sei beherzt erklärt: Die skizzierten Aufspaltungen des Gegenstandes reflektieren nicht nur das feindliche Verhältnis von Kopf und Prozeß in der bürgerlichen Wirklichkeit selber, sondern auch das Problem der Klassenanalyse in einer nichtrevolutionären Situation. Göran Therborn hat einen Aufsatz in der »Prokla« (66/1987) tituliert: »Auf der Suche nach dem Handeln. Geschichte und Verteidigung der Klassenanalyse«. Nach ihm stellen sich deren Aufgaben im neuen historischen und theoretischen-Feld weiterhin. Ihre Schwierigkeiten widerspiegeln in letzter Instanz – d.h. einen allmöglichen politischen und theoretischen Spielraum keineswegs ausschließend – einen Gang der Geschichte, der die soziale Revolution als aktuelle historische

Potenz vorerst unter sich begrub. Dieses Terrain will ich kurz abschreiten, um zu – vorerst und hier jedenfalls – einigen allgemeinen Schlüssen zu kommen:

Eine historisch beispiellose Kapitalakkumulation im Westen, die sich auf eine stürmische Produktivkraftentwicklung, (anfangs) niedrige Löhne und die Ausplünderung der (ehemaligen) Kolonien gleichermaßen stützte, strafte die allfällige parteikommunistische Zusammenbruchstheorie Lügen und zog mit steigendem Lebensstandard (relativ hohes Arbeitsentgelt, Sozialstaat, Abmilderung des Klassenschicksals) der Arbeiterbewegung den Stachel. Der sowjetische Osten betrieb seinerseits mit langsamer und schwerer Hand die Industrialisierung seiner Gesellschaften, vor allem in der SU selbst. Hierbei erzielte er, in barbarischen Formen, im Verlauf der ersten Jahrzehnte durchaus Erfolge, geriet jedoch Ende der 60er Jahre immer deutlicher an seine wirtschaftlichen und politischen Grenzen. Ein großer Teil der Welt, später die »dritte« genannt, fiel unter die Ägide des Kapitals und verwandelte sich aus kolonialen Randzonen in lukrative Vorhöfe des Imperialismus. Seine Revolten dagegen haben bis heute eine Reihe nichtkapitalistischer Gesellschaften hervorgebracht, die unter enormen Lasten einen eigenständigen Entwicklungsweg versuchen.

Mit dem von krisenhaften Erschütterungen durchsetzten Umbau der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen der Kapitalverwertung seit Mitte der 70er Jahre hat sich zwar der Kapitalismus weiter Wachstum gesichert, jedoch nurmehr unter steigenden sozialen, ökologischen, militärischen und ideologischen Kosten. Trotz der Zerreißproben der Konkurrenz schreitet die supranationale Kooperation der bürgerlichen Gesellschaft voran. Gelegentlich aufbrechende innere und äußere Konflikte vermögen bislang nichts am Bild anscheinender Befriedetheit des doch zutiefst und nach wie vor von Gewalt geprägten und auf Ausbeutung gegründeten kapitalistischen Gesellschaftsystems zu ändern.

Vor allem rühren sich die Arbeiterklassen der imperialistischen Hegemonieländer, die Motoren kapitalistischer Reichtumsproduktion, kaum und scheinen den Wohlstand in der Entfremdung der Vision einer historisch möglichen befreiten Weltgesellschaft

vorzuziehen. Der Sozialismus ist ihnen mehrheitlich von der Utopie zum Vexierbild geworden. Nicht nur können die da oben noch ganz gut, auch die da unten wollen (im wesentlichen) nichts anderes. Neben dem allenfalls gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterbewegung, so wichtig er ist, bildet sich der Widerstand gegen die kapitalförmige Verhunzung und Blockierung menschlicher Entwicklung thematisch um Natur, Geschlecht, Atom und Krieg, verankert sich weitgehend in den Mittelschichten, die sich dabei gerne ideologiefrei halten (was heißt: wähnen). Deren aktive Teile bilden z.B. – etwa eine Million Köpfe stark – die tonangebende, wenn auch keineswegs kursbestimmende, politische Klasse der BRD, von den bürgerlichen Herrschaftsagenten im Parlament bis tief in die Gruppe ihrer Opponenten hinein. Hier bewegen und verschieben sich die politischen Strömungen, die Intentionen (und nicht selten Illusionen) auf politischen Einfluß.

Die Arbeiterklasse hingegen bleibt Objekt der Zustände und ihrer Interpreten, ihres nach Zahl und Bedeutung ausschlaggebenden gesellschaftlichen Gewichts ungeachtet. Sie stellt die Klaviatur, nicht den Klavierspieler der aktuellen Geschichte. Viele Intellektuelle haben darob in den letzten Jahren die Arbeitersache, oder was sie dafür halten, verlassen. Privatheit und Markt grassieren auch in ihren Reihen. Enttäuschung und Zeitgeist schleifen tief. Eine bislang wenig gesprächsbereite (gewerkschaftliche) Arbeiterbewegung, so viele Kopfarbeiter sie auch in ihren Stabsabteilungen und einzelnen Gliederungen versammeln mag, hat eine derartige Abwanderung der politischen Intellektuellen noch begünstigt. Wenn auch nicht die Rede davon sein kann, daß »der Geist rechts steht«, sind die linken Springer auf dem Schachbrett des ideologischen Diskurses in der Gesellschaft doch empfindlich geschwächt.

Wir haben ausreichenden Grund anzunehmen, daß es sich bei all dem nicht bloß um eine konjunkturelle Konstellation handelt. Es ist möglich und nach Kräften voranzutreiben, daß auch Teile der Arbeiterklasse sich konflikthaft gegen das Kapital stellen, obwohl die Chancen dafür vor dem Hintergrund der Klassengeschichte und unter Weltmarktdruck nicht günstig stehen. Die dringliche Kritik kapitalistischer Technik und Rationalisierung bleibt eine Randerscheinung. Opposition gegen das Kapitalverhältnis tritt derzeit und vielleicht auch längerfristig nicht so sehr in der computerisierten kapitalistischen Produktion auf; im klassischen Arbeiterbereich formiert sie sich am radikalsten gegen die Gefahr, durch Stillegung etwas aus dem Kapitalrahmen zu fallen.

Die Arbeiterklasse (d.h. die logisch und historisch bürgerlicher Ausbeutung und Macht diametral entgegengesetzte Lohnarbeiterschaft) hat sich indes gegenüber dem geronnenen und immer noch politisch verwendeten Begriff von ihr tiefgreifend verändert. Der klassische Industriearbeiter »von altem Schrot und Korn« verschwindet immer mehr und ist zahlenmäßig von den Angestellten überflügelt worden. Das industrielle Atelier zerfällt in die apparategesteuerte, nurmehr wenig menschliche Arbeit benötigende, hochproduktive Stoffumwandlung und stets umfangreichere, ebenfalls EDV-gestützte Abteilungen an-, häufig aber aus dem Unternehmen ausgelagerter Stabs- und Serviceleistungen, wie technologische Forschung und Entwicklung, Marketing usw. Das nämliche wiederholt sich im Verhältnis der Produktion zu den relativ immer ausgedehnteren Sphären der Zirkulation, des Kredits, des Konsums, der Reproduktion der Arbeitskraft (»Freizeit«) und der staatlichen reproduktiven und repressiven Dienste. Überlieferte Tätigkeiten und Qualifikationen spalten sich unter dem Druck der Rationalisierung auf.

Damit ist die Lohnarbeiterschaft nicht nur mannigfach sozialökonomisch zerklüftet, sondern sie ist auch zusehends von Eindrücken und Erfahrungen außerhalb der unmittelbaren Arbeit geprägt. Während der Anteil der Lohnabhängigen an Bevölkerung und Erwerbstätigen weiterhin wächst, zerdehnt sich ihr innerer ökonomischer, sozialer und kultureller Zusammenhang. Die (organisations)politischen Folgen liegen auf der Hand.

Der gesellschaftliche und ideologische Überbau folgt dieser Entwicklung, wenn auch nicht gleichzeitig. An der Oberfläche eines hochkomplexen Systems kapitalistischer Vergesellschaftung sind und erscheinen die Lohnarbeiter als Bürger, Wähler, abhängige Einkommensbezieher, Konsumenten, Individuen, Privatleute. In ihrer fragmentierten und parzellierten Gestalt verspricht es den einzelnen nicht nur den Raum für eine angeblich eigene Lebensplanung, sondern liefert auch den Stoff für allerlei »postmoderne« Tendenzen und Flausen. Hier sind nicht mehr Klassen angesagt, sondern Einzelpersonen, die unter der Flagge der »Selbstbestimmung«, die nicht notwendig Abkehr vom sozialen Geschehen bedeuten muß, statt unter jener historisch-kollektiver Aufgaben segeln (möchten).

So vollziehen sich politische Lernprozesse heute auf veränderte Weise. Wir gehen an der Dynamik und Unumkehrbarkeit dieser Entwicklung vorbei und betreiben nur »Aufklärung« im schlechten Sinn, wenn wir sie als »falsches Bewußtsein« denunzieren. Mit der »Pluralisierung der Lebensstile« und den unübersehbaren Individualisierungstendenzen differenzieren, verändern und verschieben sich Bedürfnisse und Motivationslagen. Individuelle Betroffenheit als Auslöser politischen Engagements, Selbstbestimmung und Selbsttätigkeit als Form und Ziel vieler politischer Initiativen mit ihren Kehrseiten der Beliebigkeit, Selbstbezogenheit und Unstetigkeit sind sich verbreiternde Antriebskräfte und Charakteristika in vielen sozialen Konflikten.

So wahr es ist, daß jene soziale Zerfaserung der entwickelten gesellschaftlichen Oberfläche dem bürgerlichen Machtprojekt bestens dient, so wenig fällt es umstandslos mit diesem zusammen. In kapitalistisch gebundener und verstümmelter Form meldet sich vielmehr hier eine neue Stufe des Menschseins an, die das Reich der Notwendigkeit und Zwangskollektive zu verlassen trachtet und sich als Subjekt konstituieren will, wie entfremdet und utopisch auch immer. Insofern sind das wichtigste am Kollektiv die Individuen. Ist schon im herrschenden sozialen Zusammenhang Unterordnung kein fragloser Wert mehr, so dürfte und müßte dies für die Revolutionäre erst recht gelten.

Die vorgetragene Betrachtung bedeutet mitnichten, das Arbeits- und Ausbeutungszentrum dieser bürgerlichen Gesellschaft zu vernachlässigen oder gar in den Wind zu schreiben. Noch immer gilt, daß der Arbeiter (und in abgeleiteter Weise auch andere) in der Produktion außer sich und erst außer der Produktion bei sich ist; noch immer und immer raffinierter ist davon der Tages- und Lebenslauf bestimmt. Die qualitative Bedeutung der hochverdichteten und -produktiven Arbeitszeit hat zwar zugenommen. Doch das geschwundene arbeiterkulturelle Milieu und die gegenüber der unmittelbaren Produktionszeit nach Zeit- und Finanzmitteln enorm erweiterte Reproduktion der Arbeitskraft lassen die objektive und noch mehr die subjektive Bedeutung der Produktionssphäre zurücktreten. Die kulturelle Synthese vollzieht sich mindestens vordergründig in sinkendem Maß über die Arbeit.

Für Kommunisten geht es darum, sich rückhaltlos den neuen gesellschaftlichen Gestaltungen zu stellen und die darin vorhandenen progressiven Tendenzen bzw. ihre verschiedenen Blockaden aufzuspüren. Das übrigens hatte Marx mit der dialektischen Kritik kapitalistischer Gesellschaft und Technik gemeint und vorgemacht. Die dritte industrielle Revolution, die mikroelektronische, macht nicht den Kapitalismus obsolet, wohl aber bringt sie neue Produktions- und Lebensformen hervor, die ihm nicht nur zupaß kommen, sondern partiell und potentiell quer zu ihm stehen.

Das erste historische Wort der kapitalistischen Industrialisierung hieß ursprünglich Akkumulation und frühe Manufakturen/Fabriken. Dem entsprach eine »rohe« Arbeiterschaft, die ihr Heil nicht selten in der Rückschau oder im utopischen Sozialismus suchte. In den Generationen um die Jahrhundertwende folgte die große Industrie auf selbsterzeugter sozialer und technischer Basis sowie einer qualifizierten und »zivilisierten« Arbeiterschaft, die ihren fortgeschrittensten revolutionären Ausdruck in der zweiten und dritten Internationale fand. Nach dem zweiten Weltkrieg und verstärkt seit 1960 erleben wir einen Stoff- und Formwandel dieser Industrie selber im Zuge der Computerisierung der Fertigung, Kontrolle und Leitung, welche Arbeiter tendenziell zum »weißen Kragen« macht und seine tradierten Bindungen und Milieus umwälzt. Dies ist ein qualitativer Sprung in der gesellschaftlichen und betrieblichen Teilung der Arbeit.

Produktion und industrieförmige Organisation der Gesellschaft unterliegen durch den breiten und sich beschleunigenden Vormarsch der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien einer gewaltigen Veränderung. Dies macht für die Subjekte in der Arbeits-, Sozial- und Privatsphäre den »Durchblick« immer schwerer, wenn nicht unmöglich. Die unmittelbare Erfahrung wird mediatisiert und ganz neuen Einflüssen geöffnet. In den schier unkontrollierbaren Wucherungen des kapitalistischen Produktions- und Gesellschaftsapparates werden die Schatten des bürgerlichen industriellen Fortschritts immer länger und tiefer, die Herrschaft über die Natur ihrerseits zum blinden und geschichtsfeindlichen Mythos.

An dieser historischen Dialektik wird keine marxistische Gesellschaftskritik und politische Praxis vorbeikommen, wenn sie wahr und wirklich sein will. Ein humaner »Rückbau« des bürgerlichen (und in seinem Gefolge des realsozialistischen) Hyperindustrialismus ist keine geschichtspessimistische oder grüne Anwandlung, sondern eine naheliegende und einzulösende Folgerung aus der Geschichte der Klassengesellschaften, deren letzte Stufe die bürgerliche ist. Entsprechend ist das Heraustreten aus dem nationalen Schatten zugunsten einer Perspektive solidarischer, und das kann letztlich nur heißen sozialistischer, Weltgesellschaft dringlicher denn je.

Mit den Etappen der Sozialgeschichte der Industrialisierung wandelten sich die gesellschaftlichen Leitformen von Prophetie/Revolte über Wissenschaft/industrieller Krieg bis zu der hoch vergesellschafteten und konflikthaften sozialen Kultur des ausgehenden 20. Jahrhunderts, die Kernfiguren vom gepreßten Muschik über den kollektivbewußten und berufsstolzen Facharbeiter bis zum arbeitsteiligen Experten im Lohnverhältnis – wie auch immer von einer Korona an Handlangern umgeben. Technisch, sozial und ideologisch (allerdings nicht wissenschaftlich: da dominiert die Kapitalzusammenballung) ist der großklotzige Kapitalismus unserer (Groß)Väter einem solchen variablerer, kleinteiliger und flexiblerer Art gewichen – nicht umsonst wird genau das von den »modernen« Arbeitskräften verlangt. Nicht alles und jedes ist schon von vornherein ausgemacht und festgelegt, und soll es auch nicht sein. Die neue Produktivkraft des Kapitals verlangt ein biegsames und motiviertes Firmenensemble. Aus Despotie wird aufgeklärter Absolutismus.

Auch der Schnittpunkt zwischen dem Gesellschaftlichen und dem Privaten, sozialen Umständen und der Psyche verschiebt sich. Insofern Anpassung an die herrschenden kulturellen Erfordernisse oder Widerstand gegen sie weniger denn je drakonisch erzwungen als vielmehr innerlich verankert werden, rückt das Ich mit seinen Konflikten, in seiner möglichen und notwendigen Stärke, wenn es sich denn gegen gesellschaftliche Zumutungen wenden soll, unmittelbar auf die politische Bühne. In den Konturen und Leiden der Seele drückt sich auch das Soziale aus, aber ohne selbst-bewußte Erfahrung und Veränderung des eigenen psychischen Bodens gibt es keinen Rückstoß und keine umwälzende Aktivität. In diesem Zusammenhang erhellt, wie bedeutsam für politisches Widerstehen und Wirken Familiengeschichte, Geschlechterrollen und die Mikrostruktur des Alltags sind. Man denke nur daran, wie wichtig sich die Auseinandersetzungen mit den »Kriegsvätern« für die 68er ausnahm. So bekommen Vorstellungen von einem anderen Leben, praktische Wendungen gegen die Kleinschrift der Macht, gegen das Kampfverhältnis zwischen Mann und Frau in einer patriarchalischen Gesellschaft, dessen aufscheinende emanzipativere Wendung zu den größten Errungenschaften und Verpflichtungen der letzten Jahrzehnte gehört, sehr konkrete Stoffe.

Wir können von diesen Veränderungen nicht weg- und nicht nach hinten schauen. Wie die Sozialisten/Kommunisten der 2./3. Internationale auf das Facharbeiterkollektiv setzten, müssen wir auf die vielgliedrige und kooperative Produktionsgruppe (mikroelektronischer Art) sowie den vereinzelten Einzelnen in seinem Wohl und Wehe orientieren. In der Arbeit und viel mehr noch in der Reproduktion und Kultur verlagert sich die fraglos gegebene Voraussetzung von Denken und Handeln in erst noch herzustellenden Konsens, an welch kürzerer oder längerer Leine der Kapitalverwertung auch immer. An die Stelle der immer schon gegebenen und nur noch zu organisierenden Klasseninteressen tritt das diskursive Herausfinden gemeinsamer Lage und Ziele.

Das kann freilich ohne vorgängige Analyse und politische Katalyse nicht gelingen – eben da liegt die Aufgabe von Linken. Es kommt nicht darauf an, die Disparatheit der Lebenslagen und Ideologieformen auf einen groben gemeinsamen Nenner zurückzuführen und damit »aufzulösen«, sondern sie zusammenzuführen, ihr Gemeinsames aufzuweisen und zuzuspitzen. Nicht Rekrutierung, sondern Assoziation ist angesagt.

Dafür müssen Scheuklappen fallen, Kenntnisse erworben und Konflikte (auch und gerade in den Gewerkschaften) durchgestanden werden, die Interessen der Klasse gegen fraktionelle oder nationale Arbeitergruppen, die linke Achse in pluraler Politik durchgesetzt werden. Es gibt viele Quellen und Formen des Politischen. Die Prozeßfronten des revolutionären Novum verlaufen höchst vielgestaltig und bieten reichlich Gelegenheit sich einzumischen – auch in widrigen Zeiten. Nichts auch nur halbwegs Progressives darf uns zu entlegen und zu etabliert sein, um unsere kritische Kooperation anzumelden. Jeglicher Schematismus ist dabei hinderlich, auch der von Basis und Überbau, den übrigens Marx zuletzt mitgemacht hatte und hätte.

Auch Ideen können zur materiellen Gewalt werden – wenn und insoweit die Verhältnisse zu ihnen drängen. Der Sturm aufs Winterpalais ist indes als Allegorie der Revolution nicht mehr tauglich. Revolution als Prozeß im modernen Kapitalismus ist nur denkbar als aus antagonistischer Kooperation hervorwachsend, d.h. aus beständiger Aneignung des herrschenden gesellschaftlichen (Un)Wissens bei gleichzeitigem und wachsendem Entzug der Grundlagen der destruktiven kapitalistischen Dynamik, eine vielgliedrige Wühlarbeit, die Brückenköpfe ins Land der Revolution schlägt und sich in einer Kette aus politischen Showdowns entwickelt. Der gute alte Maulwurf ist, zumindest in dem Stadium, in dem wir uns befinden, noch immer ein gutes Sinnbild dafür.

konkret 10/89, S. 67

Jan Philipp Reemtsma

Aus diesem Grunde daher

Im Zusammenhang mit der Initiative »Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme«, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die heruntergekommene KZ-Erinnerungsstätte zu einem Ort der Forschung und Dokumentation auszubauen, hatte Jan Philipp Reemtsma sich im letzten Jahr mit der Bitte um finanzielle Unterstützung an diejenigen Firmen und Behörden gewandt, die während des Nationalsozialismus Zwangsarbeiter aus Neuengamme beschäftigten. Dieser Versuch, die heutigen Nutznießer der damaligen Ausbeutung von KZ-Häftlingen dazu zu bewegen, durch »ein Geringes an Geld und ein Geringes an sozialem Anstand« die »Verantwortung für das Handeln anderer« zu übernehmen, weil »dieses Handeln die eigenen Handlungsmöglichkeiten beeinflußt«, ist gescheitert. Die abschlägigen Antworten der angeschriebenen Unternehmen hat Reemtsma zum Anlaß eines Vortrages genommen, den er am 12. Juni '89 in der Patriotischen Gesellschaft/Hamburg hielt.

Sehr geehrte Damen und Herren – zum vorläufigen Abschluß einer Initiative, die die Bitte um ein Geringes an Geld und ein Geringes an sozialem Anstand gewesen ist, möchte ich Ihnen ein paar vorläufige Gedanken mitteilen, veranlaßt durch einige Briefe, die ich weniger als Antworten auf die durch mich vorgetragene Bitte, als auf die Bitte selbst verstehe, und für die ich also ein Verständnis habe, das ein anderes ist, als jenes, um das die Antwortenden bitten, wenn sie sagen, sie bäten um mein Verständnis. Es sind Briefe, die durch ihr bloßes Vorhandensein als Anlaß weit über diesen selbst hinaus Grund und Begründung des Unterfangens geworden sind. Sie haben die Bitte zum Anlaß genommen, grundsätzlich zu werden, grundsätzlich in Rede und Schweigen, sie haben anzüglich geschwiegen und ihre Grundsätze aufgeschrieben in bodenlosem Gerede.

Ich bin hereingefallen. Ich habe mit ihnen Zivilisation spielen wollen, aber sie haben was Besseres vorgehabt. Sie haben nicht mitgespielt, sondern ernstgemacht. Ich bin nun der Dumme. Sie haben nicht so getan als ob, und Sie, meine Damen und Herren, sagen mir jetzt, ich hätte es gleich wissen sollen. Ich habe es ja gewußt, aber eben nur gewußt, wahrhaben habe ich es nicht gewollt. Ich habe es mir nicht denken können.

Sehr geehrte Damen und Herren – Sie meinen vielleicht, beides sei unangemessen: die Bescheidenheit der Bitte und die Stilfigur der Rede, die das Resümee der abschlägigen Bescheide zieht. Sie irrten. Die Katastrophe ist unermeßlich, und nicht einmal Worte reichen bis auf ihren Grund. Für angemessen soll nichts ausgegeben werden, weil nichts angemessen sein kann. Die Bitte, die Worte, die ihr nachkommen, sollen nur das und das noch einmal zeigen, was sie nicht sagen können.

»Aber dies ist ganz anders gewesen. Das war wirklich als ob der Boden sich öffnet. Weil man die Vorstellung gehabt hat, alles andere hätte noch einmal gut gemacht werden können, wie in der Politik ja alles wieder einmal gut gemacht werden kann. Dies nicht. Dies hätte nie geschehen dürfen.« – Aus einem Gespräch mit Hannah Arendt über die deutschen Massenmorde. – Dies hätte nie geschehen dürfen – natürlich nicht. Ein durchaus dürftiges Wort. Aber eines, das die Fortexistenz einer Weltordnung dementiert. Ein Wort, das sich wiederholen muß: »Und damit meine ich nicht die Zahl der Opfer. Ich meine die Fabrikation der Leichen und so weiter. Ich brauche mich darauf nicht weiter einzulassen. Dies hätte nicht geschehen dürfen.« – Dies hätte nicht geschehen dürfen – ein Satz so unterhalb aller Sätze, die gesagt werden müßten, doch ein Satz, der alle anderen, die gesagt werden müßten und nicht gesagt werden können und die nicht mehr gesagt werden können, aufhebt, weil er sagt, daß nichts mehr ist, wie es gewesen war. – Dies hätte nicht geschehen dürfen – ein Satz, den ich Ihnen zitiere gegen jene anderen Sätze die Sie lesen, die gesagt werden, die wir ausstellen und die ich Ihnen zitieren muß, jene anderen Sätze, die mit der Moralphysiognomie des Mörders Mecke bei Wilhelm Busch daherkommen: Wat geiht meck dat an?

Dies hätte nicht geschehen dürfen. Weil in der Politik ia alles wieder einmal gut gemacht werden kann. Dies nicht. – Aber was heißt das? Was heißt das »wiedergutmachen« da? Wäre je ein Mord »wiedergutgemacht« worden? Waren die Morde *außerhalb* der deutschen Konzentrations- und Vernichtungslager denn wiedergutzumachen? Gibt es irgendwo menschliches Leid, über das man derart eine Bilanz eröffnen könnte oder eine Gewinn- und Verlustrechnung? Oder auch nur eine einfache Buchhaltung mit Soll und Haben? Und irgendwann sind die Konten ausgeglichen und alles ist wiedergutgemacht? – Nein, natürlich nicht, sagen Sie.

Aber wir wollen über diesem Gedanken nicht philosophisch miteinander werden, so à la: am Ufer des Meeres stehen und sagen, ein Tropfen sei schon zu viel. Wenn Sie schon nachdenklich werden, meine Damen und Herren, denken Sie gefälligst nach. Was hieße: es könne, und zwar in *der Po/itik* wieder-gut-gemacht werden? Einmal daß man weiß: es geht nicht. Zum zweiten, daß aus dieser Einsicht keine besinnlichen Konsequenzen zu ziehen sind. Zu dem Wissen, daß »es nicht geht«, gehört weiteres Wissen: Wissen um Tat, Opfer und Täter. Das Wissen muß man sich schaffen, die Täter kenntlich machen, haftbar. Das macht nichts gut. Eichmann zu henken ist nichts gegen die Shoa. Aber, so Hannah Arendt rechtens, das ist kein Einwand dagegen, Eichmann zu henken. Das macht nichts gut, aber es heißt etwas: daß man das Verbrechen nicht akzeptiert. Die Politik könne etwas wiedergutmachen, heißt, einen Zustand zurückzunehmen, in dem das Verbrechen gemeinsame Sache gewesen ist und Billigung erfahren hat.

Doch was, meine Damen und Herren, hätte das heißen können? Es hätte heißen können, den nationalsozialistischen Todesurteilen eine Lebensgarantie für ihre Opfer, die überlebenden wie die toten, folgen zu lassen. Für die Lebenden: daß sie sich keine Sorgen um den Unterhalt ihres Lebens machen müssen. Das ist kein Gutmachen, beileibe nicht. Aber es ist der Widerruf des Mordbefehls. Für die Toten: sie sollen soziales Lebensrecht genießen. Sie sollen nicht vergessen sein. Wir machen die Stätten ihrer Ermordung kenntlich; wir haben ihre Mörder haftbar gemacht. Die Toten sollen uns immer näher sein als ihre Mörder. – Das alles wäre keine Wiedergutmachung an den Opfern, aber es ist das Mindeste. Es hieße nur: wir akzeptieren das Verbrechen nicht. Wer zu diesem Wenigsten nicht bereit ist, akzeptiert das Verbrechen.

Es sei denn, er lüge. Wer lügt oder leugnet, akzeptiert zwar nicht die Wahrheit, aber doch, daß eine gilt. Wer Auschwitz leugnet, sagt damit, daß es etwas bedeutet. Man kann ihn, wo er leugnet, widerlegen. Was aber kann man mit dem tun, der nicht leugnet, nur sagt, das-Alles sei doch nun schon 44 Jahre her, don't harp on that string, madam, that is past? Wer leugnet und lügt, hat ein Verhältnis zur Wahrheit. Er akzeptiert, daß es eine gibt. Sie ist ihm nicht vorteilhaft, darum lügt er und leugnet. Er will eine andere behaupten und usurpieren. Aber so lange er nicht gewonnen hat, fürchtet er, daß man ihm nach- und daraufkommen und er haftbar gemacht wird. – »Sehr geehrter Herr Reemtsma, ich bedanke mich für Ihr Schreiben. Obwohl wir sehr viel Verständnis für Ihre Aktion haben, möchten wir uns trotzdem nicht beteiligen. Einmal haben wir erst kürzlich mit einem vierstelligen Betrag eine Denkfahrt zum Konzentrationslager Neuengamme unterstützt. Zum zweiten ist es einfach so, daß – wenn wir richtig unterrichtet sind – wir weder am Aufbau des Lagers beteiligt waren, noch Häftlinge des Lagers als Zwangsarbeiter beschäftigt haben. In der Hoffnung, daß Sie Verständnis für unsere Absage haben, verbleibe ich mit freundlichen Grüßen«.

Er sollte sich davor hüten, von mir verstanden zu werden. Ich verstehe ja schon das »wir« aus seinem Diktat, das zugibt, was er leugnen will. Hat man ihn, den »Leiter Öffentlichkeitsarbeit« der Firma Continental auf dem falschen Fuß erwischt oder nur beim Händewaschen? Der junge Mann sagt »wir«, denkt sich in Zeiten zurück, in die allenfalls seine Kindertage reichten, und er sagt, daß sie nicht beteiligt waren und sich nicht beteiligen möchten. Zwar haben sie eine »Denkfahrt« unterstützt, doch das Wort gibt es nicht, was mag er meinen? Und eine »Denkfahrt zum Konzentrationslager Neuengamme« soll es gewesen sein, das es doch auch nicht mehr gibt. Was mag er meinen mit seinen fröhlichen Worten – »einmal« so und »zum zweiten einfach so« – und was spricht dieser Ton aus? Daß er selbst nicht an die Unschuld jenes Kollektivs, das er da mit dem sogar für seine Karriere ganz unnötigen »wir« beschwört, glaubt? Daß er sehr wohl anders unterrichtet ist als er mich glauben machen will? Oder ist das alles die pure Dummheit und es ist, wie er sagt, und er einfach schlecht unterrichtet? In drei Außenlagern des Konzentrationslagers Neuengamme waren Zwangsarbeiter der Firma Continental untergebracht, bei Ahlem, Limmer und Stöcken. Das Ahlemer Lager war bis auf die Details des Stacheldrahtes und der Angabe der Stromstärke von der Bauabteilung der Continental firmeneigen geplant; der Plan ist unterzeichnet vom Leiter der Bauabteilung und dem Generaldirektor der Firma.

Es ist nicht schön von ihnen, daß sie lügen, wenn sie antworten. Aber sie erkennen in der Lüge an, daß man ihnen die Wahrheit geschrieben hat. Eine kümmerliche Wahrheit übrigens, die kümmerlichste, die man überhaupt sagen kann, wenn man schon den Mund aufmacht: Häftlinge des Konzentrationslagers Neuengamme haben für Ihren Betrieb Zwangsarbeit leisten müssen. Und die kümmerlichste Form, diese Wahrheit anzuerkennen, war erbeten worden: wir bitten Sie, sich am Ausbau der Gedenkstätte zu beteiligen. Kaum etwas gesagt, Geringstes erbeten. So viel Aufwand an Lüge, um zu leugnen, was man allenthalben in Handbüchern nachlesen kann? Aber daneben dies selbstbewußte »wir«, das »wir-sind-wieder-wer«Wir, mit dem der Kontinuitätsausweis vorgezeigt wird, wo es schon zum Persilschein nicht hätte reichen dürfen, und dieser händereibende Ton dabei: Wir waren nicht beteiligt, und nun haben wir viel Verständnis und möchten uns trotzdem nicht beteiligen und bitten um Ihr Verständnis. Wir. Es ist schön von ihnen, daß sie eine Identität haben, nicht wahr, wenn sie auch einen etwas nachgetünchten Eindruck macht auf den ersten Blick. Den zweiten lassen Sie mich am Ende tun.

Die Firma Degesch gibt es auch noch, genau wie die Continental, nur hat sie keine Zwangsarbeiter bestellt, sondern Gas geliefert. Nach Neuengamme zur Entlausung der Häftlinge während einer Fleckfieberepidemie und zur Ermordung von Menschen. Es gibt die Firma Degesch noch, aber wenn man sie fragt, streitet sie das ab. Geantwortet hat sie nicht, aber eine Zeitschrift hat nachgefragt und angerufen; »Firma Degesch, guten Tag. – Guten Tag, Ihre Pressestelle bitte. (Die Pressestelle meldet sich und wird gefragt:) Hier ist Köhler von KONKRET. Wir machen eine Rundfrage bei Firmen, die Herr Reemtsma von der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur angesprochen hat. Er hat sich an Firmen gewandt, die Zwangsarbeiter aus dem KZ Neuengamme beschäftigten – in Ihrem Fall handelt es sich um die Lieferung von Zyklon B. (Antwort:) Also wir sind eine Fusion von zwei ganz anderen Firmen. – Ja, Sie sind doch die Degesch?! – Nein. – Als ich hier anrief bei Ihnen, da meldete man sich mit Degesch. – Nein, bestimmt nicht – höchstens mit 'Deutscher Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung' . – Ja das ist doch identisch. – Nein, das ist nicht identisch. – Gibt es die Firma nicht mehr? – Welche? – Die Degesch. – Die Degesch, ja, das ist eine andere Firma.« Und so weiter. Sie sind gar nicht mehr da, obwohl sie beide im Telephonbuch stehen, die Degesch und die 'Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung', und die Adresse und Telephonnummer sind auch dieselben, und der Pförtner kann sie auch nicht auseinanderhalten.

Das ist komisch, ja, es ist auch unheimlich, sicherlich, wie da eine Firma ihre eigene Existenz dementiert, wenn man bei ihr anruft, aber es spricht auch eine Wahrheit aus: daß es unsäglich ist, daß eine Deutsche Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung, eine Firma mit einem Namen, wie von der SS erfunden, einfach so weiterwirkt und macht, als wäre nichts geschehen. Dabei ist doch bloß ihr nichts geschehen. Verursacht dieser Umstand ein Gefühl moralischer Unsicherheit, das dazu führt, sich selbst für unwirklich zu halten? Sagt die Pressestelle der Degesch mit ihren eigenen, unbeholfenen Worten, daß nicht sein könne, was nicht sein darf? Werden dort, in der Degesch, jene Restbestände an Moral aufbewahrt, auf deren Unterstellung sich die Initiative »Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme« gegründet hatte? Irrsinnig ist das Ganze, sicherlich. Aber Irrsinn entsteht nun einmal dort, wo das, was ist, und das, was sein sollte, so ganz und gar nicht mehr zueinander passen. Wenn der Wahrnehmungsapparat vor der Wirklichkeit kollabiert, ist das immerhin ein Beleg für das Weiterwirken moralischer Maßstäbe.

Ich sollte das nicht so hochhängen, sagen Sie mir? Ich sollte das bodenlose Gefasel aus der Pressestelle der Degesch nennen, was es ist: eine Frechheit? Ich weiß, was Sie meinen. Aber sehen Sie: sprechen wir nur über die eine von den abertausenden Mordaktionen, für die diese Firma die Mitverantwortung trägt, sprechen wir nur über 448 sowjetische Kriegsgefangene, ermordet mit Zyklon B in Neuengamme. Daneben stelle ich nun die Bitte um eine Spende für die Gedenkstätte Neuengamme und das zitierte Telephongespräch. Und schließlich soll ich ein Wort dafür finden, das dies-Alles zureichend bezeichnet. Wäre es: »Frechheit«? Soll man sagen, eine Firma lasse es, 44 Jahre nach der Lieferung von Giftgas zur Menschentötung nunmehr noch an Umgangsformen fehlen? Sie sehen, ihr das vorzuwerfen, geht nicht an. Aber verstehen kann man, was sonst Frechheit wäre, als Symptom. Die können wirklich nicht weitermachen, als wäre nichts geschehen. Die können nur noch ihre Geschäfte weiterbetreiben – das allerdings – und aller Welt beteuern, daß es sie rechtens nicht mehr gibt.

Wie banal und grobfädig gegen diesen totalen Identitätsausfall dagegen die Baufirma Prien: »Im Zusammenhang mit den Vorgängen um das ehemalige Konzentrationslager Neuengamme wird als Quelle ein Buch genannt. Wir bitten um Ihre Nachricht, wo wir uns das betreffende Buch beschaffen können.« Der erste Kommentar, der mir dazu eingefallen ist, hat so gelautet: So weit muß man die Amnesie nicht treiben. Es genügt, nichts zu wissen und nicht lesen zu können. Man muß nicht auch noch behaupten, nicht zu wissen, wie man sich ein Buch beschaffen kann.

Aber das trifft's nicht. Die Firma Prien hat sich sach-gemäß verhalten. Meine Bitte enthält keine Worte, die nach Anklage klingen, sie spricht nur von Tatsachen und ihrer symbolischen Anerkennung. Aber nicht jede der Tatsachen, aus denen unsere Welt besteht, ist gleich bedeutsam. Die Firma »Prien« hat sich ertappt gefühlt, und die erste Frage des Ertappten ist: Haben Sie Beweise? Und ein Angeklagter kann es mit einem gewissen Recht als Zumutung auffassen, wenn er Material, das gegen ihn verwendet werden soll, auch noch selbst beschaffen muß. Ein Angeklagter darf auch lügen oder sich unwissend stellen. Wollen die, die lügen, daß sie von nichts wissen, darauf hinweisen, daß eine Anklage unterblieben ist? Aber ich habe nicht im Namen der 500 Frauen gesprochen, die im Außenlager Neugraben auch für die Firma August Prien gearbeitet haben, denn ich könnte das mit keinem Recht. Und ich kann mich nicht – nicht tatsächlich, nicht moralisch – an Stelle jener Instanzen stellen, denen Anklageerhebung obgelegen hätte. Deshalb habe ich nur, und zwar als Bürger Hamburgs und Sohn eines Mannes, der als der inoffizielle Wirtschaftsberater des »Reichsstatthalters« für Hamburg, Karl Kaufmann, gegolten hat, von einer gemeinsamen Verantwortung und einer besonderen einiger Individuen, Institutionen und Firmen geschrieben und von einer symbolischen Geste der Anerkennung dieser Verantwortung: einer Spende für die Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme.

Aber die Firma Prien hat Beweise gefordert. Es ist ihr lediglich mitgeteilt worden, wo sie diese einsehen könne, und sie hat sie vielleicht zur Kenntnis genommen. Auf einen Brief, ob sie nach Lektüre des genannten Buches bereit sei, sich am Ausbau der Gedenkstätte zu beteiligen, hat sie geschwiegen. Wollte sie damit sagen, eine Bitte um eine Spende sei doch keine angemessene Antwort auf den Einsatz von KZ-Häftlingen im Hamburger Bauwesen? Sie hätte recht. Und aus diesem Recht könnte ich das Erstaunen verstehen, das manche ankommt, wenn man ihnen Beweisstücke aus nie geführten Prozessen vorlegt. Aber wahrscheinlich werden sie sich nicht einmal auf Verjährung herausreden. Sie fühlen sich resozialisiert. Sie haben eine Bundesrepublik Deutschland errichtet und sich dabei bewährt. Sie haben sowas gezeigt wie tätige Reue. Tätig sind sie gewesen und haben es nicht bereuen müssen. Verdienstvoll ist ihr Handeln gewesen.

Man nenne es nicht Amnesie. Die Psychologie entlasse sie, denn sie wissen, was sie tun, und es ist einerlei Volk und einerlei Sprache unter ihnen allen. Man nenne es nicht Amnesie, worauf die Bundesrepublik gegründet ist, dieses kleinere Übel, wie sie in diesen Jubiläumstagen oft genannt worden ist, dieses gernegroße Gemeinwesen. Einer wie Hermann Lübbe hat da schon recht, wenn er sagt, daß den Deutschen der 45er Niederlage ihre Verbrechen kein Problem gewesen sind: »Wo die schlimme Gegenwart als unleugbare Konsequenz der eigenen Vergangenheit erfahren wird, hat man, insofern, mit der eigenen Vergangenheit kein Problem (...) Erst wenn man, um Ludwig Erhard zu zitieren, 'wieder wer' ist, begreift man, was es heißt, mit solcher Vergangenheitslast 'einer zu sein'.« Was heißt es denn? Recht hat er: von Amnesie spreche man dort nicht, wo es nicht einmal um Amnestie gegangen ist, die bekanntlich eine Strafverfolgung voraussetzt. Aber auf diese Einsicht setzt er die Lebenslüge der Bundesrepublik Deutschland, und Sie sehen, so leicht, wie Lübbe hier spricht, so parlando lügt man hierzulande in den Hals hinein.

Kaum einer hat die schlimme Gegenwart von 1945 als selbstverschuldet angesehen – wenn die deutschen Massenmorde gemeint sein sollen. Die deutsche Niederlage wurde nicht herbeigeführt wegen Auschwitz, Neuengamme, Buchenwald, Riga, Stutthof, Drancy, Natzweiler, Groß-Rosen, Herzogenbusch, Neusustrum, Mauthausen, Sachsenburg, Lublin, Belzec, Dachau, Bergen-Belsen, Dora, Emsland, Radom, Theresienstadt, Majdanek, Bialystok, Lodz, Kauen, Hinzert, Flossenbürg, Ravensbrück, Mechele, Treblinka, Krakau-Plaszow, Sobibor, Klooga, Riga-Kaiserwald, und ihren Außen- und Nebenlagern – Neuengamme allein hatte 78 – , mit denen das siegende Deutschland Mitteleuropa buchstäblich übersät hatte – die deutsche Niederlage galt seinem zweiten Griff nach der Weltmacht. Mit der Gegenwärtigkeit der soeben unterbrochenen Massenmorde hatten die Deutschen in Mehrheit in jener Weise »kein Problem«, von der Eugen Kogon berichtet, der Leuten begegnete, »die kaltblütig meinten, es wäre wohl besser gewesen, wenn alle 'Kazettler' zugrunde gegangen wären. Und daß kein vernünftiger Mensch mehr in Deutschland ohne spontane Abwehrreaktionen gegen uns bleibt, wenn er den berüchtigten Klang 'KZ' hört. Wo immer man in Deutschland heute – sei es in der Straßenbahn oder auch im Eisenbahnabteil oder im Warteraum des Zahnarztes oder sonstwo – von Kriegsgefangenen hört, denen es im Sommer 1945 in einzelnen Lagern sehr schlecht ging, da sprach das Herz in den Worten mit – empört oder mitleidsvoll. Berichte aus den Konzentrationslagern erwecken in der Regel höchstens Staunen oder ungläubiges Kopfschütteln. Noch im Spätherbst 1945 hörte ein Bekannter von mir in der Bahn eine Deutsche-Rote-Kreuz-Schwester, die in Weimar tätig gewesen war, erzählen, wie sie veranlaßt werden sollte, einige Zeit nach der Befreiung des Lagers Buchenwald sich dort kranken Gefangenen zu widmen: 'Wie komme ich dazu', meinte sie, 'tuberkulöse Verbrecher zu pflegen'.«

Problematisch ist sich der wirtschaftlich stärkste der drei Nachfolgestaaten des nationalsozialistischen Großdeutschland nie gewesen, schon gar nicht als er wieder-wer war, ebensowenig wie der Salzgitter-AG ihr Firmenemblem. Und wer wieder wer ist, begreift, daß es denen, die ihn »wieder wen« sein ließen, so ernst nicht gewesen ist. Ohnehin kommt die Phrase aus dem Munde eines Mannes, der schon 1944 die Währungsreform geplant hat. »Wir sind wieder wer« – und es graust ihnen vor nichts, nicht einmal vor sich. Nehmen wir die Worte beim Wort: Was wären wir, wären wir wieder wer? Wer sagt, er sei wieder wer, dem ist von Belastung, einer zu sein, nichts anzumerken. Er möchte die Uhr zurückstellen, er möchte noch einmal von vorne anfangen. Das ist keine Amnesie, und Wiederholungszwang ist es auch noch nicht. Es soll nur heißen: Schwamm drüber. Schwamm drüber – als man denn wieder einer gewesen ist, hat man doch auch nicht übermäßig die Probleme gekriegt, oder? Den Beleg finden Sie leicht, ich meine die Rede Richard von Weizsäckers im Deutschen Bundestag, die bekannte, die aus dem Jahr 1985. Daß in ihr – 1985 – erstmals regierungsöffentlich deutsche Verbrechen zugegeben worden sind, von denen die ganze Welt seit wenigstens 40 Jahren gewußt hat, macht weder die Tatsache der Rede zu diesem Zeitpunkt noch sie selbst zu einem Ausdruck moralischer Kompetenz. Aber nach dieser Rede war man nicht nur wieder wer, sondern alles war sogar wieder gut.

Es ist widerlich. Widerlich ist das »wieder« in »wiederwer-sein« und »Wiederaufbau« und »Wiedergutmachung«, und wenn die Hamburgischen Electricitätswerke schreiben, sie hätten den »Konzeptentwurf so verstanden, daß Neuengamme eine Stätte werden solle, an der die Erinnerung an die Opfer wachgehalten wird, und nicht die Stätte einer ohnehin nicht möglichen Wiedergutmachung«, so haben die Hamburgischen Electricitätswerke recht – und daß sie zu den Spendern gehören sei ihnen gedankt, gerade weil sie dies sagen. Ich denke, daß die Einsicht sie dazu bringen sollte, noch einmal jenen Briefwechsel aus dem Jahre 1985 anzusehen, in dem sie einen ehemaligen Häftling aus Neuengamme, der für sie hatte Zwangsarbeit leisten müssen, mit der Auskunft beschieden, er habe in keinem regulären Arbeitsverhältnis zu ihnen gestanden und mithin keine Ansprüche. Wenn die »Hamburgischen Electricitätswerke« diesen Briefwechsel nicht noch einmal ansehen, wird ihre Spende, für die gedankt sein soll, nur ihr Geld wert sein.

Olet: Die Krupp Stahl Aktiengesellschaft schreibt: »Sehr geehrter Herr Reemtsma, Ihren ausführlichen Antrag über den Aufbau der Gedenkstätte am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers Neuengamme haben wir mit Interesse zur Kenntnis genommen. Bei der heutigen Situation der Stahlindustrie haben wir die Bereitstellung von Geldern für Spenden erheblich zurückgefahren. Außerdem ist von Ihnen in der Anlage der Einsatz von Häftlingen bei Werftarbeiten angesprochen worden. Dies betrifft nicht die Krupp Stahl AG in Bochum. Wir bitten um Ihr Verständnis, daß wir Ihrem Spendenantrag nicht entsprechen können.« Die AG hat den Antrag über den Aufbau einer Gedenkstätte mit Interesse zur Kenntnis genommen, anders augenscheinlich als die Tatsache, daß es sich um keinen Antrag über einen Aufbau handelt und es eine Gedenkstätte in Neuengamme gibt. Aber das hätte die Krupp AG dem Konzept entnehmen können, wenn sie es gelesen hätte, was auch ohne sonderliches Interesse möglich gewesen wäre. Aber sie haben die Bereitstellung von Geldern zurückgefahren wie die Produktion von Stahl, die man doch auch allenfalls einschränkt, und die zurückgefahrene Bereitstellung ist etwas, das man nicht schreiben sollte.

Aber da ist noch ein »außerdem«, das sie sich diktiert haben, und dagegen ist die zurückgefahrene Bereitstellung gar nichts. »Außerdem ist von Ihnen in der Anlage der Einsatz von Häftlingen bei Werftarbeiten angesprochen worden.« Außerdem. Außer der zurückgefahrenen Bereitstellung – war da noch was? Außerdem ist in der Anlage ein Einsatz angesprochen worden. Ein Einsatz bei Werftarbeiten. Von Häftlingen. Außerdem in der Anlage, nur ist das keine Anlage, sondern der Antrag selbst, und daß der zur Anlage mutiert, ist ein Tippfehler. Es hat Anklage heißen sollen. Sie haben aber wie August Prien gemeint, die zu schreiben sei ihre Aufgabe nicht – drum dementieren sie auch gleich: »dies betrifft nicht die Krupp

Stahl« – jedenfalls nicht die Krupp Stahl AG in Bochum. Was immer die sonst betreffen mag, Rechtsnachfolgerin der Deschimag, für die Zwangsarbeiter aus dem KZ Neuengamme gearbeitet haben, ist sie nicht oder mag sie diesbezüglich nicht sein.

Der Brief geht also an den Vorstand der Fried. Krupp Gesellschaft mit beschränkter Haftung, wo er jedenfalls hingehört. »Sehr geehrter Herr Reemtsma, Ihr Schreiben vom 26. September 1988 wegen der Neugestaltung und künftigen Nutzung der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Neuengamme haben wir dankend erhalten. Es ist Ihnen gewiß bekannt, daß die Firma Krupp bereits im Jahre 1959 als erstes Großunternehmen einen für die damalige Zeit namhaften Betrag zur Hilfe für Opfer des Nationalsozialismus zur Verfügung gestellt hat. Gerade deshalb bitten wir aber um Ihr Verständnis, daß wir uns im konkreten Falle nicht in der Lage sehen, Ihnen einen Beitrag zur Finanzierung der vorgesehenen Erhaltungs- und Ausbauarbeiten anzukündigen. Zwar ist Ihre, der Empfehlung an die Kulturbehörde zu entnehmende Konzeption auch aus unserer Sicht durchaus bedenkenswert. Die Errichtung und Unterhaltung von Gedenkstätten der vorgeschlagenen Art, die mahnend die Erinnerung an Unrecht und Verbrechen während der Zeit des Nationalsozialismus wachhalten sollen, ist nach unserem Verständnis jedoch eine öffentliche Aufgabe und im Falle der Realisierung auch als solche zu finanzieren.«

Das hätten sie nicht schreiben sollen. Man soll nicht »bedenkenswert« schreiben und Unbedachtes tun. Sie haben sich mit der Erwähnung der für die damalige Zeit namhaften Summe um jenen moralischen Kredit gebracht, der ihnen in damaliger Zeit gegen cash eingeräumt worden war. In Erinnerung an jenen für damalige Zeiten namhaften Betrag, der gemessen an den Leiden derjenigen, die ihn erhielten, nicht nennenswert gewesen ist, muß festgehalten werden, daß Gedenkstätten der vorgeschlagenen Art so wenig nur eine öffentliche Aufgabe sind wie das Profitieren von der Zwangsarbeit nur eine private Angelegenheit gewesen ist. Es hat die Firma Krupp ihren Betrag auch nicht für Opfer des Nationalsozialismus schlechthin »zur Verfügung gestellt«, sondern für Opfer der Firma Krupp, die zu den wenigen gehört hat, die wg. Sklaverei namhaft gemacht worden waren und in Gestalt ihres Namensträgers auch haftbar und in Haft genommen. Aber sie hätte in diesem Brief nicht darauf zu sprechen kommen sollen. Vordem hat sie die Möglichkeit gehabt, die Unterstellung, jene damalige namhafte Zahlung sei nicht zufällig im selben Jahre erfolgt wie die Entlassung der Firma Krupp aus alliierter Kontrolle und sei das Entgelt gewesen für die Wiedereintrittskarte in den weltweiten Kapitalmarkt, zurückweisen können. Aber mit diesem Brief hat sie ihrem Namen die Geste eines assoziierbar gemacht, der an der Sammeldose vorbeiflaniert und ans Abzeichen am Revers tippt: Hab'schon ! Die Firma Krupp hat bis zum 2.1.1989 für sich reklamieren können, sie hätte aus der Einsicht heraus Geld bezahlt, daß da, wo nichts wiedergutgemacht werden kann, man wenigstens Einigen – mit Geld – das Leben ein wenig weniger schwer machen kann und also muß. Sie hat aber sich selbst wiedergutmachen wollen. Sie hat geschrieben, daß sie einen Ablaß gewollt hat, und lebt in der Meinung, sie habe ihn bekommen, und sie erinnert uns daran. Gedenkstätten der vorgeschlagenen Art aber wären Stätten, die symbolisierten, daß es solchen Ablaßhandel nicht gibt, daß Schuld nicht tilgbar ist wie Schulden es sind. Gedenkstätten der vorgeschlagenen Art würden den Brief der Firma Krupp ausstellen. Sie weiß nicht, was sie sich angetan hat mit ihrem Brief. Sie wird es vielleicht – aber das ist so sicher nicht – auch nie spüren. Aber es wissen jetzt alle.

Bundesrepublik Deutschland, 1959, Viertelzeit auf dem Weg zum Vierzigsten. Die Firma Krupp zahlte namhaft und war wieder-wer. Sie hatte wiedergutgemacht und widmete sich dem Wiederaufbau. Es darf das alles nicht wahr sein. Man kommt dieser Wirklichkeit nur noch bei, indem man ihre Riesenhaftigkeit als pure Windmühlenflügelei darstellt. Das ist doch alles nicht wahr, nicht wahr? Weil es nicht wahr sein kann, weil man es nicht wahrhaben darf. Die können sowas doch nicht ernstlich geschrieben haben. Ist ihnen das bißchen Heuchelei schon zu viel geworden? Werden sie uns, angeschrieben wie sie sind, unter der Hand verrückt oder kommen sie zu sich? Man hält ihnen vor, was sie angerichtet haben, und weil ihnen kein Richter ward, setzen sie sich anstandslos zu Tisch und Tagesordnung?

Es sei das, so sagen Sie, meine Damen und Herren, vielleicht, doch alles längst bekannt, kenntlich gemacht und geläufig, und Erstaunen und Entsetzen und alles, was ich Ihnen sagen kann, nur theatralische Zugabe? Zugegeben – man nimmt in seine Stimme schon das Echo mit hinein, das sie nicht haben wird, weil lautere Stimmen keins gehabt haben, es gibt Interferenzen, und sie wird schrill. Und wenn man solche Wörter aufschreibt, wenn man nach Wörtern sucht, den Abstand auszumessen zwischen dem Unsäglichen und dem, was gesagt werden kann, wenn man sie ausspricht, kommt man sich lächerlich vor. Was heißt: man kommt sich vor? Es ist lächerlich, das Ganze ist zum Lachen, es ist hilflos, es ist bloßes Gestikulieren, Gefuchtel, das die Geste des Einhaltgebietens nur noch parodiert. Was soll's. Was soll nach dem moralischen Konkurs noch die Mitteilung, daß auch die Portokasse der Umgangsformen, Grammatik und Schamhaftigkeit leer ist?

Und dennoch ist es das Wichtigste, nachdem, was wichtig gewesen wäre, nicht getan worden ist. Es ist das Wichtigste, dieser Welt den Sancho Pansa zu machen: Es *sind* Windmühlenflügel, und die Zwingburg ist eine ordinäre Kneipe. Ungeheuerliches ist geschehen, doch versuchen wir noch einmal uns hier, in der Bundesrepublik Deutschland, als Geschenk zum Vierzigsten, zu bewegen als wäre es geheuer in ihr: die Briefe an die Hamburger Behörden für Wirtschaft, für Finanzen, Justiz, die Schul-, Bau- und Innenbehörde, die Städte Bremen und Kiel, die Bundesministerien für Verteidigung und Verkehr, die Hamburger Electricitätswerke und die Firmen Blohm + Voss, Continental, Degesch, Dräger, an die Dresdner Bank, an die HDW, die Firmen Hochtief, Jastram, Junghans, Krupp, MAN, Philipp Holzmann, Philips-Valvo, Prien, an die Salzgitter AG, das bundeseigene Unternehmen, das früher Reichswerke Hermann Göring hieß und

noch das Wappen des Namensgebers trägt, die Deutsche Shell AG, an Rheinmetall, Varta, das Volkswagenwerk, die Firmen Walther und Wayss & Freytag – diese Briefe waren eine einzige Unterstellung. Sie sind die Unterstellung gewesen, daß die beiden Grundvoraussetzungen, ohne die ein Sozialverband, wie immer er sonst beschaffen sein mag, nicht existieren kann, noch gelten.

Die eine der beiden Voraussetzungen ist, daß man sich über Tatsachen einigen kann. Daß es Verfahren gibt, anerkannte, die dazu führen, etwas »wirklich« zu nennen. Gibt es die nicht, wird die Kommunikation pathologisch und der Irrsinn zur Kommunikation erhoben: Sind Sie die »Degesch«? Die »Degesch« sind zwei ganz andere Firmen. Wenn wir richtig unterrichtet sind, ist es einfach so, daß wir keine Zwangsarbeiter aus Neuengamme beschäftigt haben, wir haben aber neulich eine Denkfahrt zum KZ unterstützt. Die sind ja verrückt geworden. Aber lassen Sie uns darauf bestehen, daß wir es nicht sind, obwohl es zum Verrücktwerden ist, und wir wollen auch denen unterstellen, daß sie es nicht sind, sondern bei Trost, und namhaft und verantwortlich zu machen für das, was sie tun und sagen. Verantwortlich für die Lieferung von Zyklon B und die Bereitstellung von Krediten, den Einsatz von Häftlingen des Konzentrationslagers Neuengamme bei Bombensuchkommandos und der Herstellung von Massenvernichtungswaffen, Schußwaffen, Gasmasken, Flugabwehrgeschützen, Radioröhren und Granaten, U-Boot-Batterien, Schiffsmotoren, Reifen und Kraftfahrzeugen, den Einsatz bei Werftarbeiten, beim Bauen von Gleisen und Kraftwerken, Panzergräben, Fabriken und Bunkern, Behelfsheimen und bei der Schuttbeseitigung und schließlich für einige Briefe diese Verantwortlichkeit betreffend.

Denn das ist die zweite Voraussetzung: daß es im menschlichen Handeln die Dimension der Verantwortlichkeit gibt. Verantwortlichkeit ist die moralische Übersetzung der tatsächlichen Trivialität, daß Handlungen Folgen haben. Man hat für das, was man tut, man hat für die Folgen seines Tuns einzustehen. Wohlgemerkt: es geht um's bloße »daß« – über das »wie« habe ich nichts gesagt. Und man trägt auch Verantwortung für das Handeln anderer, wenn die Folgen dieses Handelns die eigenen Handlungsmöglichkeiten beeinflussen. Ohne diese Voraussetzung gäbe es überhaupt kein gesellschaftliches Handeln, und es prägt dieser Gedanke übrigens vor allem die sozialen Bereiche Recht und Ökonomie, und zwar besonders diesen, da jener die Verjährung kennt, die Ökonomie aber in Zeiträumen denkt, für die sonst nur die Historiographie zuständig ist. Wer ein Grundstück erwirbt, erwirbt mit ihm nicht nur das Haus, das darauf steht, nicht nur die Potentiale der mitveräußerten Schürfrechte, sondern auch die Hypotheken, die auf ihm liegen, und der Nachbarn Wegerechte kauft er sich auch ein damit. Wer Eigentum erwirbt, erwirbt auch die vor dem Erwerb geschlossenen Verträge. Auch das Strafrecht erkennt bis hinab zum Sprichwort diesen Gedanken der Verantwortungsübertragung als grundlegende Norm an: Der Hehler ist gleich dem Stehler. Man sagt damit, daß wer Gestohlenes erwirbt, mit ihm auch die Mitverantwortung für den Diebstahl einkauft. Die macht ihn nicht zum Mitschuldigen, es sei denn, er wisse um den Diebstahl und lehne die Verantwortung ab – dann ist er ein Hehler und auch mitschuldig.

Die »MAN Aktiengesellschaft« hat das Konzept mit großem Interesse gelesen, obwohl es durch einen auf mangelnde Kenntnis bundesdeutscher Unternehmensgeschichte sich gründenden Fehler brieflich an die M.A.N. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg adressiert worden war und »die M.A.N. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG existiert heute nicht mehr. Das Unternehmen wurde im Juni 1986 auf die Gutehoffnungshütte Aktienverein AG, Oberhausen, verschmolzen und ist damit erloschen. Die heutige MAN Aktiengesellschaft entstand durch Umfirmierung der Gutehoffnungshütte Aktienverein Aktiengesellschaft und hat ihren Sitz in München. Trotzdem möchten wir auf Ihre Anfrage eingehen (. ..) zu einer Beteiligung an Ihrem Projekt haben wir uns nicht entschlossen. Insbesondere die folgenden Gründe sind hierfür maßgeblich: 1. In der Zeit der Herrschaft der Nationalsozialisten waren weder die Gutehoffnungshütte Aktienverein Aktiengesellschaft (GHH) noch die M.A.N. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg Aktiengesellschaft (M.A.N.) an der Firma Büssing beteiligt. Nicht einmal über die Ausübung von Beteiligungsrechten konnten damit Entscheidungen der Geschäftsleitung der Firma Büssing beeinflußt werden. Erst Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre erwarben die M.A.N. und die GHH die Beteiligung an der Büssing-Automobilwerke AG, Braunschweig, wobei die Anteile der GHH nachfolgend auf die M.A.N. übertragen wurden. Damit wird ersichtlich, daß die Verbindung zu Büssing erst in jüngster Zeit entstanden und nur mittelbar ist. 2. Hinzu kommt, daß bei der M.A.N. während des Krieges in keinem ihrer Werke KZ-Häftlinge beschäftigt wurden. Dies wurde vom damaligen Vorstandsvorsitzenden Otto Meyer ausdrücklich abgelehnt. Ein erklärter Gegner des Regimes war auch Paul Reusch, der damalige Vorstandsvorsitzende der GHH, der von den NS-Machthabern dann auch aus politischen Gründen zum Rücktritt von seinem Amt gezwungen wurde. Eine Beteiligung an Ihrem Vorhaben würde die M.A.N. und die GHH in die Gruppe von Unternehmen einbeziehen, die KZ-Häftlinge beschäftigt haben. Gerade dies aber wurde – wie ausgeführt – vom damaligen Management ausdrücklich abgelehnt. Wir bitten daher um Verständnis, daß wir uns nicht an dem von Ihnen geplanten Vorhaben beteiligen können.«

Ich werde zu verstehen suchen, warum sie da nicht wollen, wo sie könnten, obwohl sie es einem schwermachen, denn eigentlich besagt der Brief doch nur, daß sie zurecht angeschrieben worden sind als Rechtsnachfolger der Firma Büssing. Sie erklären mir das sogar so genau, wie ich es gar nicht habe wissen wollen, und reden sich bloß auf die Gnade der späten Acquisition heraus. Aber mit der ist es nichts. Doch bleiben wir zunächst bei den Tatsachen und prüfen, ob wir in derselben Welt leben. Da war ein Paul Reusch, und der ist ein erklärter Gegner des Nazi-Regimes gewesen. Nun ist das aber so, daß dieser Paul Reusch ein so erklärter Befürworter des Nazi-Regimes gewesen ist, daß er schon 1932 zu den

Mitunterzeichnern eines Briefes an den Reichspräsidenten Hindenburg gehört hat, in dem der um die Reichskanzlerschaft Hitlers ersucht worden ist. Später allerdings ist Reusch, auf diese Tatsache können wir uns einigen, von jenen Mandaten entbunden worden, mit deren Wahrnehmung er wesentlich für die erfolg- und folgenreiche Aufrüstung der deutschen Wehrmacht mitverantwortlich gewesen war. Er hatte nämlich – weitsichtig, wie er schon 1932 gewesen war – jene veränderte Kriegszielpolitik vorgeschlagen, die Heinrich Himmler erst nach erfolgtem Reichsbankrott den USA anbot, die gemeinsame Front gegen die Sowjetunion nämlich. – Dies zu den Tatsachen. Und was ist mit der Frage nach der Verantwortung? Die MAN ist Rechtsnachfolgerin der Büssing. Das sagt sie selbst. Aber mit der Tatsache des Einsatzes von KZ-Häftlingen als Zwangsarbeiter bei Büssing etwas zu tun zu haben, streitet sie ab. Allerdings macht sie sich die bei Büssing durch Zwangsarbeit geschaffenen Werte, die nun in ihrem Besitz sind, nicht streitig. Sie hat es sich ausgesucht und das Gute ins Kröpfchen getan. Und der brave Bauersmann dachte, wat geiht meck dat an.

Stehler wollen sie nicht sein und auch Mörder nicht, und sie wollen nicht sein unter Mördern und Dieben. Das ist ehrenhaft. Sie meinen, eine Beteiligung an der Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme würde die M.A.N. und die GHH in die Gruppe von Unternehmen einbeziehen, die KZ-Häftlinge beschäftigt haben. Aber haben sie denn nicht auch gesagt, es gebe sie nicht mehr, die M.A.N. und die GHH, die seien jetzt eine ganz andere Firma? Nun, in Bezug auf das Nichtbeschäftigthaben – und das nenne ich Ontologie durch den Hausjustiziar betreiben – gibt es sie noch, weshalb sie nicht einbezogen werden sollen und wollen. Als Anschrift gibt es sie nicht mehr, weshalb die MAN nur »trotzdem« antworten, ein riskantes Unterfangen, realia jacta sunt. Nun ist die Tatsächlichkeit etwas, dem gegenüber, siehe Paul Reusch, spätere Generationen tätlich werden können – und man muß immer wieder über sie reden, anstatt über die Gegenwart und ihre Tatsachen, zu denen es hätte gehören können, daß die Firma MAN eine der tatsächlich wenigen gewesen wäre, die den für alle Zivilisation konstitutiven Gedanken institutioneller Verantwortung akzeptiert, wie das etwa die Firma Dräger tut, lange vor dem Brief an sie, wie es die HEW tun, in Antwort auf meinen Brief, wie es das Volkswagenwerk, ohne die Initiative zu unterstützen, dennoch tut – Sie sehen, es ist ja ganz einfach, und es ist in der Tat nichts als das Wenigste.

Wie ist der MAN dieser Gedanke, den jedes Kind lernt, schon bevor es merkt, einem größeren Sozialverband anzugehören, eigentlich abhanden gekommen? – So: Die Firma Büssing beschäftigt insgesamt etwa 2000 Häftlinge aus Neuengamme vom 1. Juni 1944 bis zum April 1945, um Kraftfahrzeuge herzustellen. Zwei Mitglieder der Firmenleitung reisen im September 1944 nach Auschwitz, um sich dort Metallfacharbeiter auszusuchen. Untersuchungsverfahren gegen den Generaldirektor der Firma Büssing schleppen sich bis ins Jahr 1969 und werden dann zu den Akten gelegt. Gleichfalls Ende der 60er Jahre erhält der ehemalige Büssing-Zwangsarbeiter Adolf Diamant für 1778 Stunden Zwangsarbeit eine Entschädigung von DM 177,80. Gleichfalls Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre erwerben die GHH und die M.A.N. Büssing; dann überträgt die GHH ihre Anteile auf die M.A.N.; dann verschmilzt die M.A.N. »auf«, wie ihre Nachfahren sich ausdrücken, die GHH, worauf diese »umfirmiert« und sich MAN nennt.

Je länger man sich das Übertragen und Rückübertragen und Verschmelzen und Umfirmieren dieser Firmen ansieht, desto näher rückt einem der Verdacht: Soll da etwas vertuscht werden? Deshalb der ganze Aufwand? Über all' diese Stufen, Herr Reemtsma, und das sehen Sie doch bitte ein, lassen sich Eigentum und Rechte, aber doch keine Verantwortlichkeiten schleppen. Zwischen uns und die Firma Büssing haben wir einen Kordon von Kontinuitäten gelegt. Er ist unüberwindlich. Uns kommen Sie nicht nach. Wir sind davongekommen. Uns kommt keiner. Seh ein jeder, wo er bleibe.

Sie haben umfirmiert. Und was ist dagegen die schüchterne Erinnerung an die Normen der Zivilisation? Was ist gegen eine Umfirmierung der Satz, daß sie nie hätte geschehen dürfen? Daß, nachdem geschehen ist, was nie hätte geschehen dürfen, dieses nicht auch noch akzeptiert werden darf durch die Meinung, man könne es durch bloßes Umfirmieren tatsächlich ungeschehen machen? Sie können doch nicht einfach alles aufkündigen, was man früher einmal den Gesellschaftsvertrag genannt hat. Es kann doch von gestern auf heute nicht wurscht geworden sein, was eine Tatsache ist und was gelogen, daß Handlungen Konsequenzen haben, für die einer verantwortlich ist und zur Verantwortung gezogen werden kann. Sie haben, was man in optimistischen Zeiten einmal Zivilisation genannt hat, einfach umfirmiert und gehofft, es sei in aller Stille geschehen. Es hätte gar nicht geschehen dürfen. Es hätte nie geschehen dürfen. Ist aber geschehen. Und es nimmt sich harmlos aus gegenüber den Morden, die zuvor begangen worden sind. Es nimmt sich die ganze Bundesrepublik Deutschland harmlos aus auf den ersten Blick. Sie sieht ja nicht einmal aus wie eine, die bloß umfirmiert hat. Sie hat bloß auf den Gräbern ein Wirtschaftswunder errichtet. Was heißt Gräbern. Auf dem Schindanger. Die Bundesrepublik Deutschland steht auf Deutschland wie die Justizvollzugsanstalt Vierlande auf dem ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme.

Das darf nicht wahr sein, ist es aber. Und man hat's Tatsache werden lassen, und die Tatsachen haben es sich auf der Wirklichkeit eingerichtet und lassen es sich dort gut gehen. Der Brief der MAN zeigt Ihnen, meine Damen und Herren, die zentrale Psychodynamik des deutschen Wiederaufbaus, der so heißt, weil er einer sein wollte. Hannah Arendt hat es entsetzt notiert: Die Nachkriegsdeutschen seien von einem »blinden Zwang« erfüllt, »dauernd beschäftigt zu sein« und »einem gierigen Verlangen, den ganzen Tag pausenlos an etwas zu hantieren. Beobachtet man die Deutschen, wie sie geschäftig durch die Ruinen ihrer tausendjährigen Geschichte stolpern und (.. .) es einem verübeln, wenn man sie an die

Schreckenstaten erinnert, welche die ganze übrige Welt nicht loslassen, dann begreift man, daß die Geschäftigkeit zu ihrer Hauptwaffe bei der Abwehr der Wirklichkeit geworden ist. Und man möchte aufschreien: Aber das ist doch alles nicht wirklich – wirklich sind die Ruinen, wirklich sind die Toten, die ihr vergessen habt. Doch die Angesprochenen sind lebende Gespenster.«

Ein Volk, so einmal Franz Josef Strauß, das diese wirtschaftlichen Leistungen vollbracht habe, habe ein Recht, von Auschwitz nichts mehr zu hören. Hat es sie aus diesem Grunde vollbracht? Nicht um sich den zwischenzeitlich leeren Magen zu füllen, sondern um zwischen sich und den Toten eine Ökonomie zu errichten? Und darum all' das Fusionieren und Firmieren, Wiederaufbauen, gutmachen und wieder-wer-sein bis zum geht-nicht-mehr über Erbrecht und Erbrechen hinaus? Ja; es hätte nie geschehen dürfen. Da es nun aber geschehen ist, müssen wir auch noch ihr akkumuliertes Gerede ertragen.

Und weil wir sie nicht unterbrechen können, lassen wir sie ausreden und stellen ihre Ausreden aus. Deutschland in seinen eigenen Worten, hier können Sie's nachlesen: »Sehr geehrter Herr Reemtsma, ich bedaure sehr, Ihr obiges Anliegen nicht mittragen zu können. Ich denke, daß es eine der originären Aufgaben der Kulturbehörde ist, als Repräsentant der Allgemeinheit, für die Aufarbeitung unserer tragischen Vergangenheit Sorge zu tragen. Darüber hinaus ist unsere Firma im Schiffbau beschäftigt und durch die Krise in dieser Branche in hartem Existenzkampf, der uns schon zu Entlassungen gezwungen hat. Wir haben daher alle nicht unbedingt notwendigen Ausgaben streichen müssen.«

So die Worte der Firma Jastram. Was antwortet man? Antwortet man: Diese Ausgaben sind unbedingt notwendig? Was antwortet man auf jenes »darüberhinaus« in den Worten »darüberhinaus sind wir im Schiffbau beschäftigt«, das klingt wie jenes »außerdem ist von Ihnen in der Anlage der Einsatz von Häftlingen bei Werftarbeiten angesprochen worden« in den Worten der Krupp Stahl AG? Wie antworten? – So?: Sehr geehrter Herr Jastram, für Ihr Schreiben, in dem Sie Ihr Bedauern mitteilen, das Konzept über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme nicht mittragen zu können, danke ich Ihnen. Gleichwohl möchte ich Sie fragen, warum Sie dies bedauern, da Sie doch, wie Sie schreiben, der Meinung sind, es sei eine der originären Aufgaben der Kulturbehörde als Repräsentantin der Allgemeinheit, für die Aufarbeitung unserer tragischen Vergangenheit zu sorgen, denn bedauern könnten Sie doch allenfalls, ein Konzept, das Sie akzeptieren, nicht mittragen zu können, wohingegen Sie ein Konzept, das an Verantwortlichkeiten appelliert, die Sie nicht erkennen können, von Ihnen ohne Bedauern zurückgewiesen werden müßte. In der Tat geht das Konzept weder davon aus, daß die Kulturbehörde ein Repräsentant der Allgemeinheit ist, wie immer auch letztere beschaffen sein mag, noch daß sie für die Aufarbeitung jener Vergangenheit, die, wie Ihr »unser« richtig anzeigt, auch die der Firma Jastram gewesen ist, wiewohl sie nicht unter anderem die der Firma Jastram gewesen ist, und die Sie gewiß nicht zufällig, wenn auch fälschlich mit dem Wort »tragisch« belegen, zu sorgen habe, als handelte es sich um einen Entsorgungsvorgang. Außerdem haben Sie geschrieben, darüberhinaus sei Ihre Firma im Schiffbau beschäftigt und durch die Krise in dieser Branche in hartem Existenzkampf, der Sie schon zu Entlassungen gezwungen habe. Über das Wort »darüberhinaus« habe ich lange nachdenken müssen. Wollen Sie damit sagen, Ihre Meinung darüber, was Aufgaben der Allgemeinheit und die Ihren im Besonderen wären, fielen anders aus, wenn sich die Liquiditätslage Ihres Unternehmens änderte? Oder wollen Sie darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Lage Ihres Unternehmens trotz des früheren Einsatzes von Zwangsarbeitern noch zu wünschen übrig lasse?

Ich habe so nicht geantwortet, sondern darauf beharrt, daß das alles nicht wahr ist: »Sehr geehrter Herr Jastram, (...) was die schwierige wirtschaftliche Situation Ihres Unternehmens angeht, so möchte ich darauf verweisen, daß auch Beträge in einer Höhe, die – im Vergleich zu den benötigten Summen – symbolischen Charakter haben, sinnvoll sind, da sie anderen Unternehmen, deren wirtschaftliche Situation anders ist, Motivation sein könnten, sich mit größeren Summen zu beteiligen. Ich bitte Sie, Ihre Entscheidung zu überdenken.« – »Sehr geehrter Herr Reemtsma, ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 2.11 .1988. Ihr Schreiben bestätigt mich in meiner Haltung. Wenn ich einen symbolischen Betrag zahlen würde, würde ich für mich symbolisch eine besondere Verpflichtung akzeptieren. Die will ich aber nicht für mich gelten lassen – wie ich schon in meinem Schreiben ausführte.«

Statt Verantwortung die Antwort, daß er auch dann nichts gelten läßt, wenn es ihn nichts kostet. Wir sind wieder an der Basis der bundesdeutschen Ökonomie angelangt. Aber diese Basis ist ein Allotria. Da geht es zu. Verantwortung will ich für mich nicht gelten lassen. Da wird mit den Fundamenten der Zivilisation Kegel gespielt. Da kommt's nicht darauf an, in einem Geschäftsbrief mal eben die Grundbedingungen des Gesellschaftsvertrages noch einmal zu kündigen. Man ist unbekümmert hierzulande. Man läßt sich lumpen. Denn man ist ja wieder wer. Das Wiederaufbauunternehmen ist erfolgreich gewesen, schaun Sie sich nur um hierzulande. Und alle gucken frisch aus der Wäsche. Zwischen die Leichen und sich haben sie Beton gespannt und darüber, daß sie weiterwirtschaften, wundert sich keiner mehr. Was Schuld hieß, hat man wertberichtigt, und keiner rechnet mehr damit, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Es ist eine historische Gewinnrechnung gewesen. Es hat zwar alles gekostet, was frühere Zeiten für den möglichen Ertrag menschlicher Geschichte gehalten haben, aber es ist gebilligt oder in Kauf genommen. Die eigene Verantwortung wird geleugnet und von einer der Allgemeinheit geredet.

Aber dieses Gefasel negiert die sogenannte bzw. in Anspruch genommene Allgemeinheit. Wer die Einzelverantwortlichkeit zugunsten einer allgemeinen leugnet, wie etwa der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Shell AG, leugnet diese allgemeine Verantwortlichkeit, auch wenn er sie mit der Kulturbehörde verwechselt wie der Diplomingenieur Jastram. Denn es gibt die Allgemeinverantwortlichkeit nur in ihrer Rückwirkung auf den Einzelnen: daß er, als einer der Repräsentanten der Allgemeinheit, aus denen sie sich bildet, verantwortlich im Sinne des Allgemeinen handele. Als Verantwortungsträger gibt es eine Allgemeinheit nur als Ensemble Verantwortlicher, zur Deponie taugt sie so wenig wie dazu, daß sich die Gemeinheit hinter ihr versteckt. Sie sollte nicht dazu taugen, muß man sagen, aber sie haben sie tauglich gemacht. Man sieht es ihr an.

Und man hört es aus jedem Wort. »Wir haben Ihren Vorschlag zur finanziellen Förderung der Gedenkstätte Neuengamme geprüft«, schreibt die Blohm + Voss AG, »sehen uns aber nicht in der Lage, ihm zu folgen. Wie Ihnen sicher bekannt, haben wir derzeit ein einschneidendes Umstrukturierungsprogramm für Blohm + Voss ausgelöst, um die in den letzten Jahren aufgelaufenen Verluste zu überwinden. Im Rahmen dieser Umstrukturierung haben wir in nicht unerheblichem Umfang auch Mitarbeiter entlassen müssen. Sie werden verstehen, daß wir unter diesen Umständen an alle Bitten zu finanzieller Unterstützung einen besonders kritischen Maßstab anlegen müssen.« Und der wird auch gleich vorgezeigt: »Wir werden unsere bisherige Förderung des Museumshafens Övelgönne fortsetzen, können aber neue Verpflichtungen nicht auf uns nehmen.«

Es reitet sie der Teufel. Man erinnert sie daran, daß Menschen für sie haben Zwangsarbeit leisten müssen, und sie schreiben von Entlassungen. Man erinnert sie daran, daß Menschen in ihrem Dienste verreckt sind, und sie schreiben von der Auslösung einschneidender Umstrukturierungsprogramme, um Aufgelaufenes zu überwinden. Man will der Toten gedenken, und Ihnen fällt der Museumshafen Övelgönne ein. Da lobe ich mir die Degesch, die aufhört zu existieren, wenn man sie anruft, da lobe ich mir alle die, die nicht geantwortet haben, die lieber Lümmel und Flegel sein wollten als jemand, der solches schreibt. Aber sie geraten in die Minderheit. Den Aufwand der Lüge hält kaum noch einer für nötig, die Anstrengung der Heuchelei kommt aus der Mode, die Selbstdisziplin des Verschweigens ist bald verlernt. Man nimmt kein Blatt vor den Mund und schreibt, wie man spricht. Zunächst hatten sie sich das Recht herausnehmen wollen, von Auschwitz und Neuengamme nichts mehr zu hören, aber als ihnen das nicht gelang – es gehören ja immer zwei dazu – haben sie sich angewöhnt, Konversation darüber zu machen oder seitens kultureller Einrichtungen machen zu lassen.

Nie ist so gründlich die barbarische Konsequenz der Barbarei akzeptiert worden. Hatten Ideologien, Leugnen und Lügen zuvor den Sinn, etwas aus der Geschichte herauszumogeln, dessen Fundamentalität man sonst hätte einräumen müssen, so liegt hier der Fall anders. Daß man die deutschen Konzentrationslager aus der Geschichte nicht expedieren kann, hat sich fast überall herumgesprochen, und Versuche, sie durch eine Anzeige der Gaswerke zu ersetzen, wie im offiziellen Buch zum Hamburger Hafengeburtstag, werden schon weiträumig für besonders blödsinnig gehalten. Soweit sie sich im kleinen Ploetz unterbringen lassen, werden die Tatsachen in der Regel wieder salonfähig. Man gibt das meiste zu, verkleinert den eigenen Tatbeitrag oder den der Institution, der man sich verbunden fühlt, wird er aber nachgewiesen, so nickt man mit dem Kopf und gibt zu erkennen, daß man das ganze als Konversationsanlaß zu akzeptieren bereit ist: »...wir alle gezwungen sind, der schweren Verantwortung gerecht zu werden, die sich unser Volk aufgebürdet hat. Wir müssen uns der Geschichte stellen und mit der schrecklichen Wahrheit leben, daß in den Jahren des Nationalsozialismus in deutschem Namen Menschen unsagbares Leid zugefügt worden ist. Bei der Durchführung der Verbrechen bis hin zum Völkermord haben besonders die Konzentrationslager eine berüchtigte Rolle gespielt.« Nicht wahr? Die Barbarei des Geredes verrät sich nur durch den Ton und die Ungeschicklichkeit, in einem Atemzug mit der Erwähnung einer angeblich schrecklichen Wahrheit zu sagen, die Erben der Mörder müßten mit ihr, anders als die Ermordeten, denen die Wahl, ob sie dies Schicksal nicht vorgezogen hätten, nicht gelassen worden ist, leben.

»Sehr geehrter Herr Reemtsma, vielen Dank für Ihren Brief vom 26. Oktober 1988, mit dem Sie uns für den 6. November in die Hamburger Kammerspiele einladen.« Den einen fällt immer »Kulturbehörde« ein oder »Museumshafen«, den anderen nur etwas, wenn man sie ins Theater einlädt. An diesem 6. November hätten sie aus Berichten lesen hören können, geschrieben von Menschen, die Neuengamme und seine Außenlager überlebt haben, darunter der Bericht eines der drei Überlebenden der Massenverbrennung von Gardelegen. Etwa 600 der 1016 Opfer dieses Massenmordes zur Zeugenbeseitigung kamen aus dem Neuengammer Außenlager bei Hannover-Stöcken, gleich neben dem Werksgelände der Akkumulatorenfabrik AG, deren Rechtsnachfolgerin die Varta ist, die diesen Brief schreibt: »Zu unserem großen Bedauern sehen wir uns aus terminlichen Gründen verhindert, von Ihrer Einladung Gebrauch zu machen. Zugleich erinnert uns Ihre Einladung daran, daß Ihre vorangegangenen Briefe durch ein Versehen in die falsche Ablage geraten sind . Deshalb schulden wir Ihnen noch eine Antwort . Ihr Konzept über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme spricht uns an. Wir erlauben uns daher, Ihnen einen Scheck über 5000 DM zur Förderung Ihres Vorhabens beizufügen, und überlassen es gern Ihnen, diese Spende in unserem Namen nach Ihrem Gutdünken zu verwenden. Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen für Ihre Bemühungen.«

Es sind fröhliche und entspannte Leute. Sie haben zwar auch noch am Sonntag Termine, aber hätten sie keine, wäre eine Matinee erwägenswert gewesen. Zugleich erinnert die Einladung ins Theater sie an etwas – »zugleich«, wie Jastram

»darüberhinaus« im Schiffbau beschäftigt ist und die Krupp Stahl AG sich »außerdem« daran erinnert; auf den Einsatz von Zwangsarbeitern bei der Deschimag angesprochen worden zu sein. Außerdem und darüberhinaus und zugleich. Die Varta erinnert sich aber, daß vor der Einladung ins Theater noch zwei Briefe gewesen und versehentlich in der falschen Ablage gelandet sind. Es wird die richtige gewesen sein, wohl der Papierkorb. Wäre es eine andere Ablage gewesen, die Briefe lägen dort noch und es wüßte keiner, wovon der dritte spricht, außer vom Theater. Aber warum haben sie den dritten Brief nicht auch einfach weggeschmissen bzw. unbeantwortet gelassen wie der Vorstand der Degesch, HDW, Hochtief, Philipp Holzmann, Rheinmetall, Walther, Wayss & Freytag und die Hamburger Behörden für Finanzen, Bauwesen und Justiz, die alle sämtliche drei Schreiben ungerührt in die Ablage geraten ließen? Ich sagte es schon: Warum schweigen, wenn man parlando noch besser durchs Leben kommt?

Die Varta hat das Konzept »Über die Zukunft der Gedenkstätte Neuengamme« ansprechend gefunden, als habe man ihr ein Marketing-Konzept für Spielzeugautobatterien vorgelegt. Sie haben es ansprechend gefunden und sich anschließend etwas erlaubt. Sie haben sich erlaubt, 5000 Mark beizulegen. 500 oder 50 Mark wären übertrieben gewesen. Sie wollten nicht unbescheiden sein und haben 5000 Mark beigelegt. Wo die Fundamente der Moralität zerstört sind, werden auch Taktik und Takt zu Schanden. Wo eine Gesellschaft nicht will, daß Schändlichkeit ihr unwiderrufliches Wort bleibe, wo eine Gesellschaft Wert darauf legt, die Barbarei nicht zum Maß aller Dinge zu machen, wo sie nur in Grenzen verbrecherisch sein will, kultiviert sie Takt und Taktik. Takt bedeutet, Menschen nicht mehr zuzumuten als die Verfolgung der eigenen Interessen ihnen zuzumuten gebietet.

Wir kennen keine Zivilisation, die ohne Mord und Raub ausgekommen wäre, wir kennen aber einige Zivilisationen, die es dabei beließen und der Schädigung nicht noch die Schändung hinzufügten. Den Grad, den die Barbarisierung der Deutschen in der Zeit des Nationalsozialismus erreicht hat, kann man daran zeigen, daß sie mehrheitlich konstitutionell unfähig sind, zu erkennen, daß sie gewohnheitsmäßig dem Mord die Schändung der Ermordeten folgen lassen. Es sind die 5000 Mark der Varta schlimmer als die fehlende Antwort wg. falscher Ablage, für die man sich immer noch entschuldigen kann. Man hätte sich zwar schlecht benommen, kann aber immer noch eine Geste machen, die anerkennt, daß man sich hätte gut benehmen sollen. Aber da ist einer gegangen und war in gutes Tuch gekleidet und hat lange gesucht in den Taschen, bevor er den Knopf gefunden hat, den er dem Bettler in den Hut wirft. Hätte er ihn doch übersehen, wenn er schon nichts geben will. Das bißchen Heuchelei kann man wohl noch erwarten. Aber er verhöhnt ihn. Er macht sich einen Jux. Er zerstört die Möglichkeit, zu Maßstäben anständigen Benehmens zurückzukehren. Er zerstört die Möglichkeit zu sagen, die Normen zivilisierten Benehmens seien zwar verletzt worden, gälten aber noch. Diese 5000 Mark sagen, daß nichts mehr gilt, daß alles wurscht ist.

Ein letztes Mal – : Man darf das nicht wahrhaben wollen, meine Damen und Herren, man darf nicht akzeptieren, daß alles wurscht ist. Man muß zur Ordnung rufen: »Sehr geehrte Herren, ich nehme an (...) daß Ihnen bei Ihrem Schreiben ein Fehler unterlaufen ist. Eine Summe von DM 5000,- ist, angesichts der benötigten Gesamtsumme (...), der weltweiten Bedeutung Ihres Unternehmens, schließlich angesichts der Tatsache, daß Ihr Unternehmen als eines derjenigen angeschrieben worden ist, die zu den Nutznießern der Häftlingszwangsarbeit gehörten, und schließlich im Gedenken an die Häftlinge, die, nach Räumung des Konzentrationslagers Akkumulatorenfabrik AG in Stöcken bei Hannover in einer Scheune bei Gardelegen lebendig verbrannt worden sind, entweder ein bedauerlicher Irrtum oder eine gezielte Brüskierung der Initiative und ein Hohn auf die Ermordeten. Ich bin geneigt, das erstere anzunehmen und bitte Sie, den Fall zu überprüfen.« Die Antwort war die Bitte um eine Spendenbescheinigung. »Da ich Ihre Bitte um eine Spendenquittung als Antwort in der Sache verstehe, erlaube ich mir, Ihnen die Summe vom DM 5000,- anbei per Verrechnungsscheck zurückzusenden.« Und Taktik. Wer annimmt, bestimmte Verkehrsformen einer Gesellschaft seien nicht vollständig barbarisiert, sondern auf – und sei es die Fiktion bestimmter Moralität gegründet, paßt sich um eigenen Vorteils willen an und macht seinen Hohn nicht öffentlich. Wer es dennoch tut, mit 5000 Mark, hat bereits diese taktische Unterstellung aufgegeben.

Bleibt Continental. Auch sie hatte ja zu den Fröhlichen gehört, und ihr war auf den Satz, zum zweiten sei es einfach so, daß sie – wenn sie richtig unterrichtet sei – keine Zwangsarbeiter aus Neuengamme beschäftigt hätte, beschieden worden, daß sie einfach nicht richtig unterrichtet sei, und es war ihr die Möglichkeit gegeben worden, sich richtig zu unterrichten. Aber Unkenntnis ist es nicht gewesen. Auch nicht Amnesie. Es war nicht Lüge noch Leugnen. Sie hat sich auch nicht angeklagt gefühlt. Nicht einmal angesprochen. Der fröhliche Ton hätte mich gleich belehren sollen. Die Unbefangenen sind die, die Bescheid wissen. Aber es geht sie nichts an. Der »Leiter Öffentlichkeitsarbeit« der Firma Continental hat nicht damit gerechnet, man könnte ihm glauben, was er sagt. Ich habe ihm geglaubt und gemeint, er weiß nichts oder lügt. So einer ist er aber nicht. Er ist einer, der mich daran erinnert, daß ich's mir glauben soll, wenn ich von der Barbarei des Geredes spreche. Ich soll zweimal hinsehen und endlich begreifen, daß der Plauderton nur die Kasino-Variante der Kasernenhof-Bellerei ist. Man trägt Indizien zusammen, und die liefern inzwischen den Beweis ab. Ich habe es gewußt, aber ich hätte es mir denken müssen. Jetzt komme ich mir schal und albern vor. Ich habe mich lächerlich gemacht. Ich habe den Sancho Pansa spielen wollen, aber da steht wirklich eine Kaserne und nicht nur ein Kasino. Es ist, wie es ist, und sie reden, wie

ihnen der Schnabel gewachsen ist, und sie tragen eine Mördergrube auf der Zunge. Sie setzen einem die Mündung des Weltlaufs auf die Brust und sagen es noch einmal ganz langsam, warum, aus welchem Grunde und woher:

»Sehr geehrter Herr Reemtsma, ich bedanke mich für Ihr Schreiben vom 30. November, in dem Sie erneut um eine Unterstützung des Projektes 'Gedenkstätte Neuengamme' bitten. Bereits vor längerer Zeit hatte ich mich in dem zweibändigen Werk 'Konzentrationslager in Hannover' über die Rolle unseres Unternehmens in der Rüstungswirtschaft des Dritten Reiches informiert. Aus den betreffenden Kapiteln geht hervor, daß die von Ihnen angesprochenen Häftlinge – im Gegensatz zu den Häftlingen bei vielen Hamburger Betrieben, die zuvor in Neuengamme gewesen waren – im Jahre 1944 direkt aus den Lagern Auschwitz bzw. Ravensbrück gekommen sein sollen. Der Bezug zum Lager Neuengamme kann also allenfalls verwaltungstechnischer Art gewesen sein. Aus diesem Grunde halte ich daher eine Beteiligung unseres Unternehmens an einer Gedenkstätte am Standort Hamburg-Neuengamme für wenig sinnvoll . « Dies hätte nie geschrieben werden dürfen. Es ist geschrieben worden. Auschwitz bzw. Ravensbrück. Bzw. verwaltungstechnischer Art. Standort Neuengamme. Aus diesem Grunde daher.

konkret 10/89, S. 76

Wolfgang Schneider

Tanz der Derwische

Es war einmal ein blutrünstiger Nazi, der nannte sich Stalin und herrschte im Land der Russen. Als er alle seine Landsleute aufgefressen hatte, dürstete es ihn noch immer nach Menschenfleisch. Da entschloß er sich, eines Nachts über seine wehrlosen deutschen Nachbarn herzufallen, die zu jener Zeit vom mutigsten ihrer Stämme, den Widerstandskämpfern, angeführt wurden. Nachdem der russische Teufel alle die guten Deutschen umgebracht hatte, befreite er seine satanischen Brüder aus den Gefängnissen und lehrte sie, wie man Konzentrationslager baut... So wird im Jahre 1999 die Titelgeschichte des »Spiegel« zum sechzigsten Jahrestag des Weltkriegsbeginns anheben müssen, wenn das Nachrichtenmagazin das zu Führers hundertstem Geburtstag eingeschlagene Bewältigungstempo auch nur annähernd einhalten will

»Wir sind ein Kampfblatt für die Aufklärung.« Werner Funk, »Spiegel«-Chefredakteur, 1987

»Privat, unter uns beiden, war die Sache ja längst begraben. Wir hatten sogar einen 'Kamerad-weißt-du-noch-Abend' (schriftlich) vereinbart, weil wir uns eigentlich schon vor Kriegsende hätten treffen müssen; so auf engstem Raum zusammen waren wir zur selben Zeit, er in der Kalmücken-Steppe südlich von Stalingrad, ich am westlichen Ufer des Don bei Woronesch, nur 750 Kilometer voneinander entfernt.«
Rudolf Augstein, Nachruf auf Franz Josef Strauß 1988

»Man mußte damals ein Gegner, ja, ein Feind Hitlers sein, um das, was er tat, schlecht zu finden.« Rudolf Augstein, 100 Jahre Hitler, 1989

»Der Nazismus ist ein echtes Problem für jene, die eben keine Nazis sind.«
André Glucksmann, 100 Jahre Hitler, 1989

Der Aufwand, den der »Spiegel« trieb, um auch zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers seinem Aufklärungsanspruch nachzukommen, hat sich gelohnt. Die kunstvolle Gestaltung des Titel-Konterfeis der Nr. 15/1989, eine zweiteilige Serie des Herausgebers zum Thema, vor allem aber die als »Spiegel-Spezial – 100 Jahre Hitler« firmierende Sammlung von Geburtstagsadressen prominenter Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Kunst und Publizistik bestätigen, was Rudolf Augstein stolz und in angemessener Opposition zu Karl Kraus im Editorial seines Sonderheftes festhielt: *Es fällt uns zu Hitler immer noch was ein.** »Uns«, das sind in diesem Fall: Rudolf Augstein, Alan Bullock, Willy Brandt, Henryk M. Broder, Martin Broszat, Hans Mommsen, Rolf Schneider, Golo Mann, Michael Stürmer, Ernst Nolte, Luigi Vittorio Ferraris, Norbert Elias, Uri Avnery, Johannes Gross, Erich Kuby, Hildegard Hamm-Brücher, Klaus von Dohnanyi, Guido Knopp, Rolf Hochhuth, Simon Wiesenthal, Lew Kopelew, André Glucksmann, George Tabori, Gordon A. Craig, Shimon Perez, Bruno Kreisky, Pavel Kohout, Giovanni Spadolini, Alice Miller, Margarethe Mitscherlich, Günter Gaus, Botho Strauß, Fritz Fischer, Edgar Hilsenrath, Norman Birnbaum, Shepard Stone, Hermann Wiesler, Walentin Falin.

Was diese 35 Männer und drei Frauen zum *Phänomen Adolf Hitler* (Avnery), dem *homme revolté des zwanzigsten Jahrhunderts* (Stürmer), sich alles haben einfallen lassen, ist geeignet, den falschen Eindruck zu korrigieren, den der 'Historikerstreit' der Jahre 86/87 in der Öffentlichkeit hinterließ: daß ja doch bloß eine Handvoll unbelehrbarer Reaktionäre (also die Fest, Hildebrandt, Hillgruber, Nolte und Stürmer) damit beschäftigt sei, die Nazis und sich selbst zu entlasten und die nationalsozialistischen Massenmorde als ein historisches Ereignis unter anderen einem Geschichtsprozeß einzupassen, der zwar Moral nicht kenne, immerhin aber die Bundesrepublik zustande gebracht habe. Augsteins Jubiläumsband dokumentiert die Allgemeinheit eines Geredes über den Nationalsozialismus, das kaum mehr zu unterscheiden erlaubt, wo der grobe Unfug aufhört und die Apologie des NS-Staates beginnt, ein bedenkenloses Meinen und Dafürhalten, dem sein Gegenstand schon deshalb zum Problem nicht mehr werden kann, weil es in einer Sprache daherkommt, in der dieser verschwindet. Wo er jedoch sichtbar bleibt und auch der Raserei fachidiotischer Hypothesenbildung entgeht, wird er poliert – um das Wechselspiel seiner Licht- und Schattenseiten deutlicher hervortreten zu lassen. In ihm verschwimmt der Frontverlauf des 'Historikerstreits' endgültig, und als gemeinsames Anliegen des rechtsradikalen Historikers und des feinsinnigen Sozialdemokraten entpuppt sich das von Überdruß und Überschuß diktierte Bestreben, das Nachdenken über die deutsche Geschichte mit der Freude über die strahlende Gegenwart der Bundesrepublik derart zu verknüpfen, daß sich Impulse zur Renovierung des Nationalbewußtseins draus gewinnen lassen.

Bei Ernst Nolte, der sich zur Aufgabe gemacht hat, endlich *auch Hitler Gerechtigkeit widerfahren zu lassen,* hat das bereits vor einigen Jahren zum Vorsatz geführt, im Blick auf Hitler und den Nationalsozialismus *das Negative im Positiven, das Positive im Negativen wahr(zunehmen), das Moderne im Unmodernen und das Unmoderne im Modernen, jene unauflösbare Mischung, die das Wesen dieses Mannes ausmachte, welcher für unabsehbare Zeit der letzte Deutsche war, der in Deutschland souveräne Entscheidungen traf.*

Während dem Nolte so selbst die Entfesselung des zweiten Weltkriegs und die Ausrottung der europäischen Juden zu positiven Bezugspunkten der wiederherzustellenden Souveränität deutschen Staatshandelns werden, die seit 1945 durch die Besatzungsmächte leider außer Kraft gesetzt sei, sieht Klaus von Dohnanyi die Fähigkeit der Bundesrepublik, ihre sozialen

und politischen Probleme auch in der Zukunft zu lösen, durch die Erinnerung an den Nationalsozialismus eher behindert: *Mit dem Hinweis auf Nazis und Hitler werden heute Themen tabuisiert und Fragen abgeschnitten, denen sich eine demokratische Gesellschaft unbefangen stellen muß, wenn sie produktiv sein soll.* Dann spricht Dohnanyi *unbefangen* von der Notwendigkeit *direkter Arbeitsbeschaffung* zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, von Volkszählung, vom *sozialen Dienst für alle jungen Mädchen,* vom Problem der *nur scheinbar asylsuchenden Wirtschaftsflüchtlinge,* von der *dogmatischen Verketzerung großer Koalitionen* und vom *Mangel an Gelassenheit* der Deutschen im Umgang mit den Wählern rechtsradikaler Parteien, die zwar *Ausländerfeinde* seien, dennoch keineswegs *gleich alle in Braunhemden* gesteckt werden dürften: *Es ist aber doch noch lange kein alter (oder neuer) Nazi, wer in der an Einwanderer noch nicht gewöhnten Bundesrepublik bemerkt, daß viele Fremde in der Nachbarschaft zu Spannungen, Streit und Unzufriedenheit führen können.* Dohnanyi äußert Verständnis dafür, *daß dort, wo statt der gewohnten Tante-Emma-Läden plötzlich türkische Geschäfte auftauchen oder in den Schulklassen mehr als die Hälfte mit Sprachschwierigkeiten ringende ausländische Kinder sind oder wo fremde Musik an den Abenden ganz unbefangen(l) aus offenem Fenster schallt, daß dort eben bei den deutschen Nachbarn zunächst Irritationen und Ärger aufkommen können* – und später dann *eben* der dringende Wunsch, die Konsumenten undeutschen Liedgutes in der nächsten Kläranlage zu ersäufen, einfach so, ohne daß es zur Motivierung solchen Ressentiments irgendeiner »Wohnungsnot« bedürfte, die zu zitieren Dohnanyi denn auch gar nicht für nötig hält.

Die Beschreibung der Aufgaben, die die Bundesrepublik künftig zum Wohle der Produktivität ihrer Wirtschaft lösen soll, impliziert die Forderung nach Maßnahmen, die durch den Nationalsozialismus in Mißkredit geraten sind. Weil Dohnanyi das weiß, macht er mit der deutschen Geschichte kurzen Prozeß: *Auf dem Weg in die Zukunft ist der ständige Blick in den Rückspiegel gefährlich* – denn: *In Hitlers Schatten können wir weder klar sehen noch entschlossen handeln.* Also gilt es, aus ihm herauszutreten und zu erkennen: *Hitler, seine Erfolge und seine Verbrechen haben uns heute politisch nichts mehr zu sagen.* Denn erst wenn wir in der Lage sind, die Subtilität einer Unterscheidung zu würdigen, die Hitlers 'Erfolge' unabhängig von seinen Verbrechen vorstellbar machen will, werden wir nicht nur *entschlossen handeln,* sondern auch jenen Gipfel erklimmen können, auf den Dohnanyi, Nolte weit hinter sich lassend, den Aberwitz schließlich treibt: *Wenn wir ganz unbefangen sagen werden: So wie Goethe unser Goethe, wie Bach unser Bach, so war auch Hitler 'unser' Hitler, denn er war Deutschlands gewählter Führer. Erst dann haben wir uns von ihm befreit.*

Natürlich kommen nicht alle Beiträge im »Hitler-Special« des »Spiegel« derart »unbefangen« daher, und so sollen vor der weiteren Befassung mit der Regel die Ausnahmen wenigstens genannt sein, die bedingten Ausnahmen, genauer gesagt, denn der Versuch, aus der Reihe zu tanzen, setzt die Teilnahme an der Polonaise voraus. Dazu gehören etwa die Herren Broder, Gaus und Strauß, die die Koketterie so weit trieben, Augsteins Einladung nicht folgen zu wollen, ohne wenigstens einen förmlichen Protest gegen sie eingelegt zu haben. Sie haben daher, bevor sie ihren Teil zur Unterhaltung beitrugen, zu bedenken gegeben, daß derlei *Beschäftigung mit dem Dritten Reich ... einen überaus hohen Unterhaltungswert* habe (Broder); sie haben ironisch darauf hingewiesen, daß Hannah Arendts bittere Bemerkung, den Intellektuellen des Jahres 1933 sei eben zu Hitler was eingefallen, *als Motto für die Geburtstagsadressen zu Hitlers Hundertstem* sich eigne (Gaus) – bevor ihr Herausgeber eben dieses Motto auch ihrem Text voranstellte; sie haben schließlich eingeräumt, daß im Kontext *der universalen Moquerie und prahlerischen Bekenntnislosigkeit des 'Spiegel',* in dem zu erscheinen sie somit allenfalls durch höhere Gewalt veranlaßt worden sein können, jedes Sprechen über die Nazizeit zu *Reklamewelt* verkomme (Strauß).

Norman Birnbaum, Mitherausgeber des US-Magazins »The Nation«, der deutsche Historiker Fritz Fischer und Walentin Falin, der Leiter der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees der KPdSU, gehören ebenfalls zu den Ausnahmen: Birnbaum, weil allein in seinem Text ein Satz wie dieser zu finden ist: *Die Unternehmen, die in ihnen (den KZs) produzierten, trugen vertraute Namen – man kann sie heute in den Schaufenstern jeder deutschen Bank wiederfinden; eine Liste, die dem täglichen Börsenbericht gleicht;* Fischer, weil auch er dem negativen Führermythos der kritischen Gratulanten nicht huldigt, sondern Stützen und Nutznießer des NS-Regimes nennt, und weil sein Lebenswerk durch eine dem »Spiegel« gelieferte Phrase nicht widerlegt wird, derzufolge ein Effekt der »Rassenvernichtungspolitik« darin bestanden habe, daß sie *den deutschen Namen befleckte;* Falin, weil er sich auf's Thema gar nicht erst eingelassen, sondern einen Aufsatz über die Hintergründe des Hitler-Stalin-Pakts abgeliefert hat, der, da lesenswert, prompt an den Schluß des Heftes verbannt wurde. Zu den Ausnahmen gehört vor allem aber auch Simon Wiesenthal, dessen Bericht über die Umstände, unter denen er einer Massenexekution zu Ehren des Führergeburtstags entging, an diesem Ort, so zwischen Guido Knopp und André Glucksmann, nicht hätte erscheinen dürfen.

II

Die Tendenz der personalisierenden Geschichtsschreibung, den Gegenstand ihres Interesses zu mystifizieren und dadurch das Verständnis der historischen Ereignisse, in die jener involviert war, eher zu behindern als zu fördern, führt im Fall Adolf Hitlers zum einen dazu, daß der Führermythos übernommen und der Nationalsozialismus als 'Hitlerismus' beschrieben wird, so daß die Verantwortung für die Verbrechen der Deutschen einem Einzelnen in die Schuhe geschoben werden können, der dann – um die Entschuldung zu vervollständigen – wahlweise als *Titan der Zerstörung* (Broszat) und

Alleszertrümmerer (Augstein) oder als *hergelaufener ausländischer Schlawiner* (Kuby) beschrieben werden kann, als ein Wesen also, dessen Reich nicht von dieser Welt, jedenfalls aber nicht 'deutsch' war.

Zum zweiten bietet die Befassung mit dem *Phänomen des großen Mannes,* das nach Meinung des Hitler-Biographen Joachim Fest *vorab ästhetischer, nur äußerst selten auch moralischer Natur* ist, der Presse Gelegenheit, ihren Unterhaltungswert zu steigern, ohne sich sonderlich anstrengen zu müssen. Denn Spekulationen über *eine immer noch umstrittene Figur* (Bullock), Mutmaßungen über *ein Rätsel* (Avnery), Mitteilungen über ein *Monster* (Miller) lassen sich am Fließband produzieren und liefern den Stoff, aus dem die feuchten Träume derjenigen sind, die sich ihr Vergnügen auch durch den Hinweis darauf, daß hier eine ganze Branche mit Leichenbergen Schabernack treibt, nicht trüben lassen.

Was Augstein und Co. diesbezüglich geleistet haben, übertrifft allerdings, was da gemeinhin üblich ist. Ihr Hitler-Potpourri bedient auch noch den ausgefallensten Geschmack. Eine Kostprobe? Bitte sehr – lauschen Sie einen Moment dem Gespräch einiger Gäste der Hitler-Party:

Gerade hat Willy Brandt die Überzeugung geäußert, daß Hitler ein *Teufel* gewesen sei, dem – und hier greift der Ex-Bundeskanzler eine Unterscheidung auf, die die »Deutsche National- und Soldatenzeitung« jahrelang zur Stigmatisierung eines gewissen Herbert Frahm verwendet hatte – *nicht nur das linke, sondern vor allem auch das gesittete Deutschland . .. erlegen* sei. – Falsch, widerspricht Fritz Fischer, was immer es mit dem Kerl auf sich gehabt haben mag, *jedenfalls kam Hitler nicht aus der Hölle oder vom Himmel.* – Ein *Geisteskranker* ist er zumindest aber gewesen, lenkt Brandt ein, der *in eine geschlossene Anstalt gehört (hätte),* weil er *nationale Empfindungen pervertiert* habe. – Von wegen geisteskrank, meldet sich Golo Mann zu Wort, *hochintelligent, einfallsreich* und immerhin *halbgebildet* sei der Mann gewesen. – Jawoll, ruft Rudolf Augstein dazwischen, ein *politisches Genie...* – Quatsch, ereifert sich Guido Knopp, *ein übler Demagoge mit persönlich eher abstoßenden Zügen, ohne Bildung, ohne Wärme: ein Kretin . . . – ohne das geringste Verständnis für Noblesse,* pflichtet Shepard Stone bei, aber Knopp war noch nicht fertig. Der Kretin, ergänzt er zur Beruhigung der Gemüter, *steht in keiner deutschen Tradition.* – Genau, stimmt Golo Mann eifrig zu: *Kein Deutscher,* dann aber gibt er zu bedenken: *Ein echter Österreicher war er auch nicht. –*

Für einen Moment herrscht Verwirrung in der Runde: Weder Himmel noch Hölle, weder Deutschland noch Österreich?, bis Mann mit der Lösung rausrückt: *Nur einer aus Niemandsland konnte sich die Deutschen so unterwerfen, wie es ihm gelang.* Schon *seine abgrundtiefe Verachtung allen Rechts* ist doch ein deutliches *Symptom seiner Fremdheit* gewesen. Dieser Fremde nun *setzte auf die Deutschen,* fährt Mann fort, das verblüffte Schweigen seiner Mitdiskutanten nutzend, aus dem nur Augstein mit einem Sag' ich doch: *ein Abenteurer, ein Spieler, ein Sohn des Glücks* sich vernehmen läßt, *er setzte auf die Deutschen, wie der Besitzer auf sein Rennpferd. Es gibt die abscheuliche Geschichte von einem Maharadscha, der sein Rennpferd, als es versagt hatte, mit Petroleum übergießen und anzünden ließ. So Meister Adolf.* – Blödsinn, knurrt Michael Stürmer, so'n Blödsinn, die Deutschen mit Pferden vergleichen zu wollen. *Wie die Motten in 's Licht* haben sie sich in die *große Krise* gestürzt. – Und warum?, fährt Erich Kuby dazwischen, *was steckt dahinter? Angst! Angst als Urgrund der eigenen Existenz. Wir Deutschen sind ein tief verängstigtes Volk,* geschlagen mit einer *Angst, deren Motive nicht zu erkennen sind.* – Von wegen 'nicht zu erkennen', mischt Klaus von Dohnanyi sich ein: *Das Fundament, auf dem Hitler seine Macht errichtete, war unsere abgrundtiefe Angst vor jeder Form von Unordnung. –*

Also was denn nun, begehrt der längst desorientierte Uri Avnery auf: Wir wissen zwar alle, daß es allein *die Umstände waren, die nach einem Hitler verlangten.* Aber war der nun *eine Laune der Geschichte, nie mehr wiederholbar? Oder war er eine deutsche Antwort auf spezifische Bedürfnisse des deutschen Charakters? – Adolf Hitler,* nimmt Alice Miller geduldig einen etwas längeren Anlauf, *kam wie jedes Kind unschuldig zur Welt, wurde von seinen Eltern destruktiv erzogen und hat sich später selbst zum Monster gemacht.* Er *hat den Faschismus nicht erfunden, er hat ihn vorgefunden im totalitären Regime seiner Familie* und später dann eben die *Gelegenheit* ergriffen, *Europa und die Welt zum Schlachthaus seiner Kindheit zu machen. In nahtloser Anlehnung an das Erziehungssystem entwickelte er seine NS-Ideologie. So mußten Millionen von Menschen sterben, damit Adolf Hitler seine Verdrängung aufrechterhalten konnte, wurden Millionen in Lagern gedemütigt, damit er nie hat spüren müssen, wie er einst gedemütigt wurde. –*

Mal halblang, bremst Rudolf Augstein den Schwung der Analytikerin und zitiert aus seiner »Spiegel«-Serie: *Ob Hitler als Kind mehr Prügel bekam als andere Kinder, läßt sich heute nicht mehr sagen.* Trotzdem *neigte er schon früh zu einem Leben als Bohemien* – dem er sich jedoch erst in späteren Jahren völlig hingeben konnte. Auch *ob er den Geschlechtsverkehr ausübte oder nicht, muß zweifelhaft bleiben.* Fest steht allerdings, *daß Hitler selbst mit Eva Braun kein normales Geschlechtsleben geführt hat.* Impotent allerdings ist er wohl kaum gewesen, betont Augstein und fragt: *Woher also de; fanatische Haß, diese wilde Wut auf alles Jüdische? Wir ahnen es nicht.* – Was Shimon Perez aber vollkommen schnuppe ist; ihm reicht, *daß ein so grausamer oder wahnsinniger Mann Millionen und Abermillionen Menschen töten konnte.* – Hitler ein Mörder? Dummes Zeug!, poltert Alan Bullock: *An der Durchführung dieser schrecklichen Verbrechen beteiligte er sich nicht.* Schließlich *dachte er nicht in wirtschaftlichen Kategorien,* da *die Nazis vor ihrem Machtantritt nur wenig finanzielle Unterstützung von der Großindustrie erhielten.* Sicher, gesteht Bullock zu, auch Hitler hat so seine Macken gehabt. *Der unbegründete Entschluß" den Vereinigten Staaten den Krieg zu erklären,* hat ebenso dazu gehört wie

die Sturheit, mit der er *nach Stalingrad einen verlorenen Krieg verlängerte, anstatt seinen Fehler einzugestehen und zu versuchen, noch etwas aus den Trümmern seiner vernichteten Hoffnungen zu retten. –*

Das ist in der Tat der entscheidende Moment gewesen, schaltet Augstein sich wieder ein: Bis dahin ist es schließlich fast *unmöglich* gewesen, *ein Antinazi zu werden, wenn man es nicht schon war.* Denn *was sollte ein normaler Bürger, der kein Anti-Nazi war, über dieses Regime denken? Nun ja, das Dritte Reich hatte Schönheitsfehler. Juden wurden diskriminiert und gequält. Es gab KZs.* Jetzt aber stürzt sich *Hitler, der nicht beraten wird,* in *den Krieg gegen die von den Juden geschwächte Sowjetunion – alles Genie kommt ihm abhanden.* Und warum? Ganz einfach: *Der Irrtum war in Hitlers Natur angelegt,* und nicht nur der: *Mir scheint, daß er kein Mann des inneren Friedens war.* Was bei dem Kuddelmuddel im Innern dieses *letzten aller Übeltäter* auch gar nicht verwunderlich ist: *Wie in jedem Menschen, so gibt es auch in Hitler mehrere Naturen. Aber der Ideologe in ihm, der Derwisch, war stärker. Hätte ihn dieser Derwisch nicht besessen ... – ... wäre vieles anders gekommen,* argwöhnt Michael Stürmer, aber Augstein ist mit seinen Gedanken ganz woanders: *War er ein Mensch ? Sicherlich, er tätschelte seine Sekretärinnen ohne Sexualfolgen... –*

Da kann Margarethe Mitscherlich nicht länger an sich halten, der Derwisch hat ihr auf die Sprünge geholfen: *Hitler wurde nicht zuletzt von vielen Deutschen deswegen gewählt, weil er das eigene Seeleninnere verkörperte.* – Getroffen!, jubelt André Glucksmann: *Das Philosophieren über den Nationalsozialismus macht 'Hitler ' zu einem inneren Experiment: Ich bin Hitler. Wenn man die Gewalttätigkeit der Nazis als innerliche Gewalttätigkeit denkt ...* – Aber so einfach will Mitscherlich sich die Butter nicht vom Brot nehmen lassen. Schon zückt sie eine neue Hypothese: *Hitler wollte seine Mutter retten und hat später diese Phantasien auf Deutschland übertragen.* Vergeblich: *Seine Rettungsphantasien der Mutter gegenüber blieben ohne Erfolg, sie ging mit 47 Jahren elend an Krebs zugrunde.* Gebannt blicken die Gesprächsteilnehmer auf Frau Mitscherlich. Würde sie tatsächlich...? Aber ja doch, na klar: *Auch die Rettung Deutschlands verkehrte sich, wie jeder weiß, in ihr Gegenteil.*

In das nachdenkliche Schweigen der Runde – war's nicht doch ein Darmverschluß, der Deutschland zum Verderben wurde? – murmelt Michael Stürmer: *Ohne Hitler sähe die Landkarte Europas anders aus.* – Keineswegs, vermag Klaus von Dohnanyi noch einmal zu protestieren: *Nichts ist ganz anders geworden durch ihn.* – Genau, strahlt Golo Mann: Selbst *sein Rassismus war, wenn man von den Juden absieht, mehr auf die Zukunft als auf die vorgegebene Wirklichkeit gerichtet. – – –*

Hitlers Rassismus, von den Juden abgesehen. Spätestens an diesem Punkt muß jeder Versuch, solches Gerede mit satirischen Volten zu parieren, scheitern. Praktizierenden Nazis kommt man schließlich nicht bei, indem man sich über sie lustig macht. Zu blutig ist der Ernst, den ihre Phrasen in die Welt setzen. Auch der populäre Historiker Golo Mann, dessen 80. Geburtstag das bundesdeutsche Feuilleton in diesem Frühjahr feierte (*Was für ein wunderbarer Erzähler, was für ein herrlicher Schriftsteller!* Marion Gräfin Dönhoff), hat sich nicht etwa bloß mal verplappert. Der Versuch einer Exculpation der Deutschen, der sein Gesamtwerk durchzieht, hat schon früh die Grenze zur Apologie des NS-Regimes überschritten. So heißt es etwa in Manns »Deutscher Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts«, von der Wolfgang Beutin 1968 meinte, daß ihr Erfolg *den gröbsten Vorwurf dar(stellt), der gegen die deutschen Zustände erhoben werden kann,* über Adolf Hitler: *Hätte er nur ein klein wenig mehr Maß gehalten, dann hätte 1933 eine neue, legitime Periode der deutschen Geschichte begonnen, und dann regierte er heute noch.*

Aber selbst wo der Führer *ein klein wenig* über die Stränge schlug, hat er noch Positives bewirkt. Im Juni 1960 erklärt Golo Mann im Rhein-Ruhrclub den Finanzbaronen und Industriellen des Ruhrgebiets die Voraussetzungen der Prosperität und politischen Stabilität der Bundesrepublik: *Wie der wirtschaftliche und kulturelle, so ist auch der politische Einfluß der Juden ein Gegenstand der Klage gewesen, schon in der Bismarck- und Kaiserzeit, vor allem aber in der Weimarer Republik. Sie ist von Millionen deutscher Bürger recht eigentlich als Judenrepublik, als undeutsche und fremde Sache angesehen worden. Wenn die Bundesrepublik heute mehr Glück hat, wenn dies Gebäude, trotz seines sehr fragmentarischen Charakters, einer Mehrheit von Deutschen viel mehr als ihr eigenes Heim gilt als die Weimarer Republik es je tat, so liegt das zweifellos zu einem guten Teil daran, daß es in der Bundesrepublik praktisch keine Juden mehr gibt.... Der befremdende Erfolg der Bonner Politik im Innern und dadurch auch nach außen hin, die vergleichsweise Entspanntheit, die heute das öffentliche Leben in Deutschland bezeichnet, sie haben damit etwas zu tun, daß die deutschen Juden geflohen oder ausgemordet sind. Man könnte den Akt der Austreibung, den Akt des Massenmordes insofern als erfolgreich bezeichnen* – wenn man nicht überhaupt ganz von ihm absehen will.

Selbstverständlich ist nicht nur Golo Mann mit einem Differenzierungsvermögen ausgestattet, das im Blick auf Hitler und den Nationalsozialismus *das Negative im Positiven, das Positive im Negativen* aufzuspüren und voneinander zu separieren vermag. Wie ein brauner Faden zieht sich der Versuch durch Augsteins »Hitler-Special«, den Zeitpunkt zu markieren, an dem die *beeindruckend erfolgreiche* Politik der Nazis durch *Fehler* der Führung auf Irr*wege* geriet und am Ende *scheiterte.* Und weil dabei stets nicht 'nur' die Opfer wenigstens der ersten sechs Jahre des Nazi-Terrors nochmals geopfert werden, sondern weil damit implizit auch für die Bundesrepublik der Nutzen eines politischen Programms behauptet wird, das seine

Vorzüge in den Jahren 33 bis 39 hinreichend unter Beweis gestellt habe, liegt hier der eigentliche Skandal der »Spiegel«-Publikation.

Und ihr Verdienst – macht sie doch nachdrücklich klar, daß in der Rehabilitation der 'Frühzeit' des Nationalsozialismus ein offenkundig gesellschaftlich wieder konsensfähiges, grundsätzliches Einverständnis mit staatsautoritären Krisenlösungskonzepten sich ausspricht. Daß Augsteins mehrfach variierte Frage, wie denn der deutsche Normalbürger bis zum Überfall auf Polen zum Nazi-Gegner hätte werden können, wenn er 1933 noch keiner gewesen sei, als rhetorische formuliert werden kann (wo doch, wie Karl Kraus in seiner »Dritten Walpurgisnacht« eben 1933 gezeigt hat, die Lektüre deutscher Zeitungen dafür hätte ausreichen müssen), ohne daß irgendjemand daran Anstoß nimmt, ist dafür ebenso ein Symptom wie die Tatsache, daß über die 'Erfolge' der nazistischen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen geradezu routinemäßig geredet wird, ohne daß die Voraussetzungen und Begleitumstände der wundersamen Jobvermehrung *(fünf Millionen Arbeitsplätze in zweieinhalb Jahren,* Alan Bullock) auch nur erwähnt würden.

Was will uns beispielsweise der Sozialist Bruno Kreisky mit Folgendem sagen?: *Die Arbeitslosigkeit wurde in den frühen dreißiger Jahren in Deutschland durch geradezu extreme Vollbeschäftigung überwunden. Inwieweit hier die Kriegsvorbereitung* X *und der Kriegsausbruch von ausschlaggebender Bedeutung wären* (.7), *ist bekannt, aber (.t) es kann nicht bestritten werden – auch nicht von Gegnern des Nazismus – , daß die moderne Wirtschaft in unserem Teil Europas eine Arbeitslosigkeit von rund 20 Millionen Menschen aufzuweisen hat. Das jedenfalls muß der Selbstgefälligkeit der Demokratie entgegengehalten werden.* Offensichtlich ist diese Passage, die auch von Schönhuber stammen könnte, leicht irre – weder hat der *Kriegsausbruch* bei der Beseitigung der Arbeitslosigkeit *in den frühen dreißiger Jahren* eine Rolle gespielt, noch bestreitet ein vernünftiger Mensch, ein Gegner des Nazismus schon gar nicht, die gegenwärtige Arbeitslosigkeit in Westeuropa – , ihr Sinn ist dennoch klar: Wenn man von ihren Kriegsvorbereitungen absieht, haben die Nazis eine Wirtschafts- und Sozialpolitik praktiziert, an der sich die westeuropäischen Staaten ein Beispiel nehmen sollten.

Es gibt dazu nicht viel zu sagen: Da es 'abgesehen von' den Kriegsvorbereitungen 'Erfolge' der Nazis bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit genausowenig gegeben hat wie 'abgesehen von' Arbeitsdienstverpflichtungen und Entlassungen aus 'rassischen' und politischen Gründen, von denen Kreisky scheint's genausowenig weiß wie die zeitgenössische Arbeitslosenstatistik, geht, wer auch bloß suggeriert, daß das eine ohne das andere doch auch hätte erreicht werden können, über die Opfer der nazistischen Politik mit einem 'War denn das nötig?' hinweg und akzeptiert das Verbrechen. Wie Rudolf Augstein dort, wo er »ganz unbefangen« die Wirkung von Handlungen miteinander vergleicht, deren Unvergleichbarkeit gerade dieses verbietet: *Unstreitig hatte er (Hitler) die Arbeitslosigkeit wirksamer heruntergedrückt als Roosevelt mit seinem 'New Deal ' in den USA.* Hätte aber Roosevelt jeden, der seinen Job verlor, auf der Stelle erschießen lassen, Augstein müßte diese Methode als die 'wirksamste' anerkennen.

Luigi Vittorio Ferraris, der ehemalige italienische Botschafter in Bonn, hat, indem er in seinem Text die Opfer rückstandslos verschwinden läßt und an ihre Stelle die Täter plaziert, die Vorgeschichte der Bundesrepublik noch gründlicher 'gesäubert'. Für ihn ist Hitler ein *Versager ..., der Verursacher des größten Scheiterns eines Volkes in der Geschichte und verderblichste Lügner gewesen,* und man glaubt dem Autor sowohl die Enttäuschung als auch den Verrats-Vorwurf, die aus diesen Worten sprechen. Zwar sind nach seiner Überzeugung *rassenfeindliche Gefühle ... ein überaus bedauernswertes Element menschlichen Wesens,* dennoch *(haben sich) die Entscheidungen, die zum Nationalsozialismus führten, . . . als Irrwege erwiesen, weil sie . . . 1945 zur Zerstörung Deutschlands geführt haben. Und weil Ferraris, der abermals genau das meint, was er da hingeschrieben hat, glaubt, daß was in deutschem Namen geschehen ist, das Werk eines deutschen Sonderweges war* (und sonst niemandes!), kommt er von den Fehlern und Irrtümern der Nazis umstandslos auf den *Erfolg eines Volkes zu* sprechen, *das den Mut* (.7) *aufgebracht hat, aus den Trümmern und der Zerstörung der ideellen und materiellen Grundlagen der Nation wieder zu Selbständigkeit und Würde zu gelangen . .., ohne dieselben Fehler (I) zu begehen, die der Mann begangen hat, der zum Unglück Deutschlands (.t) vor 100 Jahren geboren wurde.* Darin zeige sich *die echte Berufung der Deutschen für Europa,* die leider immer noch nicht von allen akzeptiert sei, weil *die Legitimation der Bundesrepublik und des deutschen Volkes von denen geschwächt (wErd), die sich in demagogischen Büchern und Wahlkampfparolen lauthals zu ihrer Verantwortung bekennen.*

Da kommt der Leiter der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte, Guido Knopp, kaum noch mit. Immerhin gibt er sich Mühe: Nicht nur, weil Hitler, wie wir bereits wissen, *in keiner deutschen Tradition* gestanden, sondern vor allem, weil die Übereinstimmung zwischen dem Führer und den Deutschen lediglich bis zur Eroberung Österreichs, des Sudetenlands und Polens gereicht habe *(Mehr wollten sie ja nicht),* dekretiert Knopp: *Nach Canossa müssen wir nicht gehen* – womit er zackig verknappt, was bei Schönhuber noch umständlich klang: Wir *erklären die Umerziehung der Deutschen für beendet und den Fahrkartenschalter nach Canossa für endgültig geschlossen.* An 'Umerziehung' allerdings hält Knopp unverdrossen fest, denn *ein Erbe Hitlers ist es, wenn sich viele Bürger heute nicht mehr so recht trauen, deutsch zu sein.*

III

Unter dem Titel »Die neue Auschwitz-Lüge« setzt Rudolf Augstein sich im »Spiegel« Nr. 41/1986 mit den Thesen der revisionistischen Geschichtsschreibung auseinander, die kurz zuvor den 'Historikerstreit' ausgelöst hatten: *Man hätte es vor fünf Jahren noch kaum für möglich gehalten, was sich derzeit unter Historikern, Philosophen und Soziologen abspielt.* Dann zitiert er den Klappentext des Buches »Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums« von Andreas Hillgruber: *Hillgrubers aufsehenerregende Arbeit wendet sich gegen die landläufige Meinung, wonach die Zerschlagung des deutschen Reiches eine Antwort auf die Untaten des NS-Regimes gewesen sei.* Augstein kommentiert: *Wer so denkt und spricht, ist ein konstitutioneller Nazi.*

Nicht einmal zwei Jahre später findet sich auf Seite 23 seines Hitler-Sonderhefts folgender Text: *Nach spektakulären innen- und außenpolitischen Erfolgen gerät Hitler zunehmend unter den Druck der traditionellen Führungsmacht England und der neuen aufstrebenden Randmächte UdSSR und USA. Seine Revisionspolitik des Versailler Diktats scheint am Ende. Der Österreich- und Sudetenlandanschluß sollen die letzten Pluspunkte seiner Bilanz sein. Noch ist kein Schuß gefallen – ein kalter Krieg der 30er Jahre. Aber Roosevelt will den Gang der Waffen. Sein Schauplatz heißt Polen ...*

Honorar für den Abdruck dieses Beitrags, der zwar keine neue Auschwitz-Lüge, dafür aber eine neue Kriegsschuld-Lüge formuliert, hat der »Spiegel«-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG nicht zahlen müssen – er hat im Gegenteil dafür kassiert, denn dieser Text steht in einer Anzeige des auf die Publikation rechtsradikaler Literatur spezialisierten Kieler Arndt-Verlages. Der die Gelegenheit nutzt und gleich noch für drei weitere seiner Veröffentlichungen wirbt, in denen es unter anderem um die Revision *der überholten deutschland-zentrischen Sicht der Ereignisse,* die zum 'Ausbruch' des zweiten Weltkriegs führten, und *die linken Züge des NS* geht *(Hitler als Propagandist der 35-Stunden-Woche und einer Schulreform mit Förderstufe).*

Es ist dies nicht die einzige Anzeige ihrer Art. Pünktlich zu Hitlers Hundertstem darf auf Seite 66 auch der Jahr-Verlag seine NS-Devotionalien anpreisen (»Hitler spricht«), der v. Hase & Koehler Verlag empfiehlt auf Seite 37 *unveröffentlichte Dokumente und Bilder aus Privatbesitz,* die *weite Teile der bisherigen Geschichtsforschung über das 'Dritte Reich ' in einem völlig neuen Licht erscheinen (lassen),* weil sie *vielfach einen ganz anderen Hitler (zeigen), als er uns gemeinhin geschildert wird,* und auf der dritten Umschlagseite bewirbt der Klett-Cotta Verlag das Buch eines übergelaufenen sowjetischen Geheimdienstlers (Viktor Suworow: Der Eisbrecher. Hitler in Stalins Kalkül): *Im Zentrum stehen Stalins Geheimpläne, Europa zu erobern. Sie sollten ab Juli 1941 realisiert werden.* Was Hitler, wie wir wissen, gerade noch hat verhindern können. Die »Zeit« hat dieses pseudonym herausgebrachte Buch als ungenießbares Gebräu aus der Desinformationsküche des US-Geheimdienstes abgetan; Lew Kopelew, nun wahrlich kein Fürsprecher Stalins, hat seinen Verfasser schlicht *Goebbels-Epigone* und seine Thesen *Goebbels-Märchen* genannt.

In dem bereits angeführten Aufsatz aus dem Jahr 1986 befaßt Augstein sich auch mit der Behauptung des Historikers Nolte, Hitler sei befugt gewesen, die Juden als »Kriegsgefangene« zu internieren, da die Erklärung des Vorsitzenden der Jewish Agency, Chaim Weizmann, vom September 1939, daß die Juden im soeben begonnenen Krieg an der Seite Englands kämpfen würden, *zwar nicht im völkerrechtlich-exakten Sinne, wohl aber als Vorwegnahme einer künftigen Realität einer Kriegserklärung gleich* gekommen und im übrigen *die sogenannte (I) Judenvernichtung des Dritten Reiches eine ... aus Angst geborene Reaktion auf die Vernichtungsvorgänge der russischen Revolution* gewesen sei. Noch hält Augstein sich mit derlei nicht lange auf: *Gefasel.*

Erst im »Spiegel« 1/1988, aus Anlaß einer Besprechung des Nolte-Buches »Der europäische Bürgerkrieg 1917-1945« wird er ausführlicher: *Wen entlastet Nolte? Erst einmal sich selbst; dann das deutsch-nationale Bürgertum; dann die Generalität; und dann, zwangsläufig, den Massenmörder Hitler.... Tatsachen werden absichtsvoll nicht gewußt, nicht erfahren, im Vorwege verdrängt . . . So spricht ein Stammtisch-Stratege, aber kein Historiker ... Man muß den künftigen Nolte wohl in der historischen Besenkammer abstellen,* er sei *verrückt* geworden. Noltes Versuch, die Ermordung zahlreicher Deutscher durch die polnische Bevölkerung in den ersten Kriegstagen als *tendenziellen Genozid auf polnischer Seite zu* beschreiben, kommentiert Augstein: *Das ist entweder Nazitum oder Dummheit.*

Augstein hat Nolte nicht in der historischen Besenkammer abgestellt. Knapp anderthalb Jahre nach seiner öffentlichen Demontage läßt er den Stammtisch-Strategen folgendes verbreiten: Um *auch Hitler Gerechtigkeit widerfahren zu lassen,* gelte es zu untersuchen, ob dessen Motive *ideologisch* oder der historischen Situation angemessen gewesen sind. Nolte hat sechs solcher 'Motive' gefunden: 1. *Nationalismus: Wunsch nach nationaler Restitution, welcher der Wunsch jeder in einem Krieg besiegten Nation gewesen war ... Als Nationalist in diesem Sinne war Hitler kein Ideologe* – im Unterschied etwa zu seinen Kriegsgegnern: *So hatten die Alliierten ihre Kriegsanstrengungen unter das ideologische Ziel der 'Rettung der Zivilisation' gestellt.* 2. *Großdeutsche Selbstbestimmung: ... gleiches Blut gehöre in ein gemeinsames Reich . . . Grundsätzlich unterschied sich diese Forderung nicht von den entsprechenden Forderungen anderer entstehender Nationalstaaten in Europa.* 3. Das *Lebensraum-Motiv* habe zwar im Ausland auf Ablehnung stoßen müssen, *ein wichtiger Aspekt dieses Motivs war jedoch (.t) die Überzeugung, daß die genuine Souveränität des Staates nur dann aufrecht zu erhalten war, wenn verteidigungsfähige Grenzen geschaffen wurden. Dieses Streben nach 'sicheren Grenzen ' . .. ist ein weitverbreitetes Kennzeichen von Staatsnationalismen.* 4. *Rassereinheit: Konsequenz des Nationalismus ... fehlt in keinem*

der Nationalstaaten des 19. und 20. Jahrhunderts. 5. *Antimarxismus: Darin stimmte er mit allen Nationalisten der Welt überein. 6. Antibolschewismus: das stärkste unter seinen Motiven,* dem auch sein Antisemitismus zugeordnet werden müsse: *Gerade die wichtigsten Aussagen über die 'Juden' (stehen) meist im Zusammenhang mit 'Bolschewismus'.* Und nicht mal zu unrecht – schließlich stehe *die in der Tat starke Beteiligung von Juden und anderen Minderheiten an der russischen Revolution* außer Frage. Fazit: *Mit keinem dieser Motive stand Hitler in Deutschland und Europa allein da ..., keinem kommt ein ideologischer Charakter zu, da sie alle primär durch die abwehrende Selbstbehauptung bestimmt sind.*

Im Editorial seines Hitler-Sonderhefts, in dem auch dieser Beitrag gedruckt steht, weist Rudolf Augstein die Klage zurück, die Philipp Jenninger nach seinem Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten

entfahren war: daß man heute wohl nicht mehr sagen dürfe, was man vor 20 Jahren noch habe sagen können – *dieses 'Spiegel'-Spezial beweist das Gegenteil.* Das ist wohl unbestreitbar, doch bleibt die Frage, wie es dazu gekommen ist, daß das, was auch schon vor 20 Jahren an deutschen Stammtischen geschwätzt wurde, nun von angesehenen Historikern und Publizisten aufgegriffen und im Gewand wissenschaftlicher Erkenntnisse unters Volk geschickt wird, und warum der »Spiegel« ausgerechnet im 50. Jahr des deutschen Überfalls auf Polen den konstitutionellen Nazis eine Plattform bietet. Charakterlosigkeit des Herausgebers? Opportunismus als journalistisches Prinzip? Provokation als Selbstzweck? Gleichgültigkeit gegenüber auch noch den furchtbarsten Verbrechen und ihren Opfern? Schnauze voll von »deutscher Schuld« und all dem Kram?

Jedenfalls reicht zur Charakterisierung des selbsternannten *Kampfblatts für die Aufklärung* nicht länger aus, was Hans Magnus Enzensberger 1957 in seiner Arbeit über »Die Sprache des 'Spiegel'« herausfand: *Alle bisherigen Versuche, dem 'Spiegel' irgendwelche Überzeugungen zuzuschreiben, sind gescheitert. Das Blatt hat keine Position. Zu*mindest im Umgang mit dem Nationalsozialismus hat der »Spiegel« nun Position bezogen. Wie seine Titelstory zum Hitler-Stalin-Pakt (32/1989) exemplarisch zeigt, ist es die der revisionistischen Historiker: Hitler, der einen Krieg gegen die Sowjetunion erst erwogen habe, als die Rote Armee längst gegen das Deutsche Reich marschiert sei, wird zum *gelehrigen Schüler* Stalins und dieser zum eigentlichen 'Entfessler' des zweiten Weltkriegs.

So muß die Frage wiederholt werden nach dem, was den zwischen dem Jahr 1986, in dem Rudolf Augstein sich noch wunderte über das, *was sich derzeit unter Historikern, Philosophen und Soziologen abspielt,* und dem Jahr 1989 geschehen ist, in dem er nun das Seinige getan hat, um Nazitum und Dummheit zu verbreiten. Verrückt, wie er's von Nolte meinte, werden der »Spiegel«-Chef und seine Co-Autoren wohl kaum geworden sein – es scheint vielmehr, als seien sie allesamt kürzlich erst so richtig zu sich gekommen, in einem Moment, da sie erkannten, daß sie gewisse Rücksichten nicht länger zu nehmen brauchen, weil niemand mehr übrig ist, dessen Widerspruch sie noch zu fürchten hätten, als sei mithin die Überheblichkeit des Siegers Stimulus ihres Tuns, ganz im Sinne Ernst Noltes, der es schließlich für möglich hält, daß *die Deutschen eine Rechtfertigung Hitlers in der Tatsache sehen, ... daß sie und die ehemaligen Verbündeten, die Japaner, heute den Kriegsgegnern der Sommermonate von 1941 an Wirtschaftskraft überlegen sind.*

** Alle kursiven Passagen sind Zitate*

konkret 10/89, S. 82

Susanne Heim; Götz Aly

Sozialplanung und Völkermord

Thesen zur Herrschaftsrationalität der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik

»Man (kann) die soziale Frage nur dadurch lösen, daß man die anderen totschlägt, damit man ihre Äcker bekommt.«
(Heinrich Himmler, August 1942 in Kiew)

Wenn auch aus ganz unterschiedlichen Motiven, so herrscht doch breite Übereinkunft darüber, daß es eine immanente Rationalität des Mordes an den europäischen Juden nicht geben könne. Und Hannah Arendt hebt gerade dies hervor: Das Einzigartige an diesem Mord sei nicht die Zahl der Opfer, sondern das Fehlen jeder Nützlichkeits- und Interessenabwägung auf der Seite der Mörder. Es ist die Rede von »irrationalstem Rassenhaß«, von »Vernichtung um der Vernichtung willen«, vom »Selbstlauf« der deutschen Bürokratie.

Historiker suchten jahrelang erfolglos nach einem Befehl Hitlers zur Vernichtung der Juden. Betrachtet man die Schriftstücke, die etwa im Zusammenhang mit der Ermordung der deutschen Geisteskranken oder dem geplanten Hungertod von »zig Millionen« sowjetischen Bürgern für Befehle gehalten werden, genau, dann zeigt sich, daß lediglich von »Ermächtigung« oder der »Billigung höchster Stellen« die Rede war; damit ist aber zugleich auf Vorschläge verwiesen, auf ausgearbeitete Pläne, die Hitler, Himmler oder Göring zur Entscheidung vorgelegt wurden, die sie billigten oder nicht, zurückstellen oder umarbeiten ließen. Und sie äußerten Wünsche über die Art der Tarnung: Zu den Morden der Einsatzgruppen in der Sowjetunion bemerkte Hitler lediglich: »Die Motivierung unserer Schritte vor der Welt (muß) sich nach taktischen Gesichtspunkten richten. (...) Alle notwendigen Maßnahmen – Erschießen, Aussiedeln etc. – tun wir trotzdem.«

Daraus ergibt sich die Frage nach den Autoren solcher »notwendigen Malnahmen« und in unserm Zusammenhang vor allem die Frage nach ihren Zielen und Motiven.

Wir gehen davon aus, daß der NS-Staat wissenschaftliche Politikberatung in hohem Maß förderte und ihre Ergebnisse nutzte. Für die Transmission der Vorschläge von unten nach oben sorgte die Spitze der deutschen Ministerialbürokratie, insbesondere die Staatssekretäre; die wichtigsten von ihnen fanden sich im »Generalrat des Vierjahresplans« zusammen und waren als Mitglieder dieses Gremiums ihren eigenen Ministern vorgesetzt. Die einflußreichsten Jahre des Vierjahresplans waren die Jahre von 1938 bis 1942, und das waren auch die Jahre, in denen Programme zur ökonomischen und sozialpolitischen Neugestaltung Europas entwickelt und in politisch-militärisches Handeln umgesetzt wurden.

Das Konzept einer »Ökonomie der Endlösung« wurde von deutschen Akademikern entwickelt – allen voran Ökonomen, Agrarwissenschaftler, Bevölkerungsexperten, Arbeitseinsatzspezialisten, Raumplaner und Statistiker. Sie besetzten die Planungsgremien der Reichsstelle für Raumordnung, des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums, der Vierjahresplanbehörde. Sie entwarfen und diskutierten die Lösung der verschiedenen »Bevölkerungsfragen« und berechneten die »Druckentlastung«, die durch die Ausschaltung der Juden aus der Wirtschaft entstehe. Sie machten Vorschläge, die Ukraine als Kornkammer Europas zu nutzen – und implizierten dabei den Hungertod von »zig Millionen« Sowjetbürgern. Sie berechneten die Defizite der Ghettowirtschaft – und lieferten so die Begründung für die Ermordung der Ghettobewohner.

Es geht hier nicht darum, eine neue Verschwörungstheorie aufzustellen, sondern um die Benennung konkreter Verantwortlichkeiten und um den planend-vorantreibenden Anteil deutscher Intellektueller an der Menschenvernichtung. Ihre Expertisen waren keine im Nachhinein gelieferten Legitimationen und Rationalisierungen einer Politik, auf die sie keinen Einfluß gehabt hätten, sondern Grundlage für die Entscheidungen von Ministern und Staatssekretären. Die Gutachten des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit über die »Übersetzung« des Handels in Wien und später im Generalgouvernement (das war der nicht von Deutschland oder der Sowjetunion annektierte Rest Polens) waren die Basis, auf der entschieden wurde, »Entjudung« und Rationalisierung der Wirtschaft miteinander zu verknüpfen. Der Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums hatte, als er die sogenannten volksdeutschen Rücksiedler im annektierten Westpolen in die Häuser, Höfe und Werkstätten vertriebener Juden und »arischer« Polen einwies, bereits detaillierte Unterlagen über die optimale wirtschaftliche Besetzung des Gebiets mit Handels- und Handwerksbetrieben vorliegen – und weder die Abschiebungen noch die (Zwangs-) Eindeutschungen richteten sich nach Rassegutachten und anderen biologistischen Kriterien, sondern nach zuvor errechneten wirtschaftlichen Sollzahlen.

Auf diese ersten praktischen Schritte die sie selbst gefordert und genau vorbereitet hatten, konnten sich dann Ökonomen, Bevölkerungs- und Raumplaner bei weiterreichenden Plänen beziehen. So diente die Arisierung in Wien als Vorbild für alle weiteren derartigen Vorhaben; und die Abschiebung unliebsamer Bevölkerungsgruppen ins Generalgouvernement tauchte später in der Diskussion um den Wirtschaftsaufbau dieses Landes als (selbst erzeugter) Sachzwang wieder auf: der »Bevölkerungsdruck« verlangte dringend eine »Entlastung«.

Wenn der Zusammenhang zwischen dieser langfristigen ökonomischen Planung und der Vernichtung von Menschen bisher kaum untersucht wurde, so liegt das nicht zuletzt auch daran, daß die Einmaligkeit des Holocaust früh mit dem angeblichen Fehlen jeglichen Utilitarismus' begründet wurde.

Im folgenden wollen wir drei Stufen beschreiben, die unseres Erachtens für die Frage, ob es eine »Ökonomie der Endlösung« gibt, wichtig sind:

Pogrom und Rationalisierung

Am 12. November 1938, zwei Tage nach den Novemberpogromen, traf sich in Berlin ein gewichtiger Teil der nationalsozialistischen Staatsführung zu einer »Besprechung über die Judenfrage«. Den Vorsitz führte der Beauftragte für den Vierjahresplan, Hermann Göring - geladen waren zu dieser »Sitzung von entscheidender Bedeutung« neben Goebbels und Heydrich vor allem Wirtschaftsfachleute: Der Finanz- und der Wirtschaftsminister, ein Vertreter der Versicherungswirtschaft und zudem an die 100 Experten, Politikberater und leitende Ministerialbeamte. Göring, der oberste Wirtschaftslenker des Großdeutschen Reiches, stellte sich den Versammelten als in wirtschaftlichen Fragen »nicht versiert genug« vor, leitete die Konferenz aber gleichwohl mit den Worten ein: »Da das Problem in der Hauptsache ein wirtschaftliches Problem ist, wird hier der Hebel angesetzt werden müssen.« »Schlag auf Schlag« seien die notwendigen Maßnahmen zur Arisierung der Wirtschaft zu treffen, die Juden müßten »aus der Wirtschaft heraus und ins Schuldbuch hinein« gebracht werden.

Es ging dabei nicht in erster Linie um die Bereicherung der mittelständischen NSDAP-Basis, um die »Übernahme« jüdischer Kaufhauskonzerne oder Banken durch »arische« Konkurrenten, sondern um die vielen Einzelhandelsgeschäfte, Handwerksbetriebe und kleinen Fabriken, von denen es nach Meinung der Konferenzteilnehmer in Deutschland ohnehin zu viele gab. Staatliche Behörden schlossen nach dieser Konferenz zwei Drittel aller jüdischen Einzelhandelsgeschäfte und Kleinbetriebe binnen weniger Wochen, verkauften Lagerbestände und Inventar an »arische« Händler und schrieben die Erlöse dem Staatshaushalt gut. Das geschah als Teil einer »Aktion zur Umwandlung von nicht lebensnotwendigen Produktionsstätten in lebenswichtige«, die, so Göring, »sowieso in den nächsten Wochen« durchgeführt werden müsse. Die sogenannte Arisierung wurde hier primär zu einer Maßnahme der Wirtschaftsrationalisierung und -konzentration, also der Strukturpolitik.

Die Konferenz orientierte sich in ihren Beschlüssen an den seit dem Frühjahr desselben Jahres im »angegliederten« Österreich gewonnenen Erfahrungen, die der ebenfalls angereiste Wiener Minister für Wirtschaft und Arbeit, Hans Fischböck, noch einmal vorstellte. Den Berechnungen des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit folgend, sollten dort 90 Prozent der jüdischen Betriebe stillgelegt und nur etwa 10 Prozent weiterverkauft werden. Die Stillegungen, so prahlte Fischböck, basierten auf Untersuchungen für jede einzelne Branche und seien »nach den örtlichen Bedürfnissen abgestimmt«; – ein Modell, das wenige Tage darauf für Berlin übernommen wurde und nach dem die deutschen Besatzungsbehörden später unter maßgeblichem Einfluß Görings, Fischböcks und der ihnen zuarbeitenden Experten in der Tschechoslowakei, in Polen oder in den Niederlanden verfuhren.

Was die sozialpolitischen Folgeprobleme des Wiener Modells betraf, beruhigte Heydrich die Konferenzteilnehmer mit dem Hinweis, daß es durch die Zusammenarbeit zwischen dem Wirtschaftsministerium, dem Stab Eichmanns und einigen ausländischen Hilfsorganisationen in den wenigen Monaten seit dem »Anschluß« gelungen sei, 50.000 Juden zur Auswanderung zu bewegen, während aus dem »Altreich« im gleichen Zeitraum nur 19.000 »herausgebracht« worden seien. »Sonderbeauftragter für jüdische Auswanderung« war der Finanzexperte Hjalmar Schacht. Nur einer blieb skeptisch, der national-konservative Reichsfinanzminister Schwerin von Krosigk: »Das muß doch das entscheidende sein, daß wir nicht das ganze Gesellschaftsproletariat hier behalten. Es wird immer eine Last sein, sie zu behandeln, die fürchterlich ist.«

Die Konferenz endete mit dem Motto »heraus, was herausgebracht werden kann« – gemeint waren die Juden. Zugleich wurde aber auch sichtbar, daß dies aus Gründen der Devisenknappheit nur teilweise gelingen und die bleibenden Juden – alte, kranke, arbeitslos gemachte – dem »Staat zur Last« fallen würden.

Standen bis zur Pogromnacht Rivalität und Kompetenzstreit der mit der »Judenfrage« beschäftigten Behörden auf der Tagesordnung, so änderte sich das mit dem 12. November 1938 schlagartig, – Göring: »Ich will ein für allemal jede Sonderaktion endgültig beseitigen. Das Reich hat die Sache in die Hand genommen.« Von nun an wurden die antijüdischen Maßnahmen in der Vierjahresplanbehörde koordiniert; die spezielle Zuständigkeit erhielt der Staatssekretär für die Devisenfragen und »besondere Aufträge allgemeiner wirtschaftlicher Art«, Erich Neumann. Die Geschäfte der Abschiebung und später der Vernichtung übertrug die Vierjahresplanbehörde regelmäßig dem Reichssicherheitshauptamt .

Entwicklungspolitik und Bevölkerungsfrage

Die zweite Phase der ökonomisch motivierten Radikalisierung der Judenpolitik begann mit der Eroberung und territorialen Zerstückelung Polens. Dieses Land galt den deutschen Wirtschaftsplanern als unterentwickelt, seine Wirtschaftsstruktur als unrationell und kapitalarm. Vor allem aber lebten nach ihren Analysen in Polen zuviele Menschen von der Landwirtschaft –

mindestens ein Drittel mehr, als gebraucht würden, wenn das Land mit modernen Methoden bearbeitet würde. Das System der geschlossenen Hauswirtschaft schrieb diesen Zustand fest: Die Landbevölkerung produzierte den größten Teil der Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände selbst und fast nur für den eigenen Bedarf, in den Dörfern herrschte Tauschhandel, Geld spielte praktisch keine Rolle – insgesamt ein »der Rationalisierung unzugängliches System« (Meinhold), das sich der Logik kapitalistischer Ausbeutung und Durchdringung versperrte.

Das Hauptproblem Polens lag nach dem Urteil der Ökonomen – und darüber herrschte internationale Einigkeit – in der landwirtschaftlichen Überbevölkerung. Die »überzählige Bevölkerung« sei eine »volkswirtschaftliche Belastung«, eine »sozialökonomische Krankheitserscheinung« (Oberländer*) .

»Überbevölkerung« hat nichts zu tun mit der absoluten Bevölkerungsdichte pro Quadratkilometer, sondern bemißt sich an der »Abweichung von einer gedachten Normalbevölkerung, dem Bevölkerungsoptimum« (Oberländer).

Die Theorie des Bevölkerungsoptimums war bereits am Anfang des Jahrhunderts von einigen Nationalökonomen in Anlehnung an die Theorie vom abnehmenden Bodenertrag entwickelt worden, wobei sich Paul Mombert besondere Verdienste erwarb und die »Mombertsche Formel« entwickelte. Es handelt sich um eine einfache Gleichung, die Bevölkerungszahlen und ökonomische Ressourcen – »Volkszahl« und »Nahrungsspielraum«, wie sich Mombert ausdrückte – miteinander in Beziehung setzt. Nach dieser Formel galt: N = V x L (Nahrungsspielraum = Volkszahl x Lebenshaltung). Soweit abstrahiert, läßt sich jedes Mißverhältnis zwischen Ressourcen und materiellen gesellschaftlichen Bedürfnissen als ein Zuviel oder Zuwenig von Bevölkerung ausdrücken, egal ob es sich um Armut oder Arbeitslosigkeit handelt, um Kapital- oder Rohstoffmangel, fehlende Absatzmärkte oder geringe Arbeitsproduktivität. Jede Art von Wirtschaftskrise, auch die durch den Krieg erzeugte, läßt sich als »Bevölkerungsfrage« umdefinieren. Die Bevölkerung eines Landes wird in dieser Theorie zu einem variablen Wirtschaftsfaktor neben anderen, zu einem, der bewußt gesteuert werden kann. Für die deutschen Wirtschaftsplaner, die den Großraum Europa anpeilten, wurde die Zahl und auch Zusammensetzung der Bevölkerung bald der Faktor schlechthin, den sie unter Kriegsbedingungen, als bald alle anderen Ressourcen knapp wurden, einigermaßen leicht verändern konnten. Bevölkerungspolitik in der Form des »Aussiedelns« wurde hier zur Möglichkeit, Kapital- und Devisenmangel zu überbrücken, die Finanzierung des Kriegs zu regulieren, Lebensmittel und Rohstoffe frei zu machen, zugleich aber auch langfristige Ziele einer rationelleren Wirtschaftsstruktur und Ausnutzung der Arbeitskraft zu sichern.

Bereits 1932 hatte Mombert die volkswirtschaftliche Belastung durch die im Deutschland der Weltwirtschaftskrise »überzähligen« Menschen ausgerechnet. Demnach kostete allein die Aufzucht aller Menschen, die damals volkswirtschaftlich nicht produktiv eingesetzt werden konnten, den Staat vier Milliarden Reichsmark, die ansonsten produktiv in die »Erweiterung des Nahrungsspielraums«, d.h. als Kapital hätten investiert oder auch exportiert werden können. Zwar hatte Mombert bei seinen Darlegungen 1932 an die Finanzierung kolonialistischer Projekte in Afrika gedacht, wenn er von Kapitalexport sprach, zugleich aber ein Modell beschrieben, wie sich überhaupt Kapital schneller akkumulieren ließ – nämlich durch »Aufhören des Volkswachstums«.**

Für die deutschen Besatzungswissenschaftler in Polen – die sich immer wieder auf die »unumstößliche Mombertsche Formel« beriefen – war genau dies die Lösung der fortwährend analysierten Probleme: Durch eine »Verminderung der Volkszahl« sollte zugleich der »circulus vitiosus der Überbevölkerung« aufgebrochen und Kapital zur Modernisierung der Wirtschaft akkumuliert werden. Wenn das nicht gelänge, so würde das besetzte Polen dem deutsch beherrschten »Großraum zur Last fallen«. Die Vernichtung von Millionen Menschen sollte den Bevölkerungszuwachs in Osteuropa für einige entscheidende Jahre stoppen und so die Mittel für eine vorgesehene, auf deutsche Interessen zugeschnittene Industrialisierung dieser Länder frei und vor allem die Landwirtschaft mechanisiert werden. In der Praxis entwickelten die deutschen Planer überall »Aufbaumodelle« und -praktiken, die ganze Bevölkerungsgruppen »überzählig« machten, der Zwangsaussiedlung und der Arbeitsdeportation unterwarfen oder doch wenigstens dafür vorsahen. »Negative Bevölkerungspolitik« war der Hebel schlechthin einer neuen deutschen Art der Entwicklungspolitik .

Nach den deutschen Berechnungen war jeder zweite Mensch in der polnischen Landwirtschaft »nichts als toter Ballast«, die Überbevölkerung »effektiver Kapitalverschleiß«; Oberländer errechnete sogar für manche Bezirke Polens eine agrarische Überbevölkerung von bis zu 75 Prozent. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren nach diesen Berechnungen allein in Polen 4,5 bis 5,83 Millionen Menschen »überflüssig«. Letztlich sollte aber ganz Südosteuropa von Überbevölkerung »bereinigt« werden – wobei dann insgesamt 12 bis 15 Millionen Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft »in Bewegung gesetzt« würden. Rechnete man deren Familien dazu, so ergab sich eine Zahl von »annähernd 50 Millionen Menschen«, die, »aus der annähernd geschlossenen Hauswirtschaft herausgerückt«, den Markt für die deutsche Industrie erweitern sollten. Mit der Besetzung der Sowjetunion erhöhten deutsche Wirtschafts- und Agrarexperten die Zahl der in Kontinentaleuropa »überzähligen« Menschen um mindestens weitere 30 Millionen – das war genau der Bevölkerungszuwachs in Rußland zwischen 1905 und 1939.

Die Überbevölkerungstheorie beschrieb und beschreibt ökonomisch relativ rückständige Verhältnisse. Es herrschen Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit, oder, wie die Ökonomen damals wie heute zu sagen pfleg(t)en: Die

Arbeitskapazitäten sind nicht vollständig, oft nur zu einem Bruchteil ausgenutzt. Aus diesen Verhältnissen, die sich auch als ungünstige Zusammensetzung von lebendiger und toter Arbeit, also von Menschen und Kapital beschreiben lassen, folgt eine relativ breit verteilte Armut. Wird nun durch einen Eingriff von außen rationalisiert, so teilt dieser Eingriff die Bevölkerung zwangsläufig auf in solche, die intensiver arbeiten, und solche, die überhaupt nicht (mehr) arbeiten. Es entsteht eine sichtbare sogenannte Überbevölkerung. Wer dabei zum produktiven und wer zum unproduktiven Teil der Bevölkerung gehören soll, kann staatlich gesteuert werden. Und eben hier verbanden sich die rassistischen Prinzipien des Nationalsozialismus mit den wissenschaftlichen Kriterien der Bevölkerungsökonomie.

Der Krieg gegen die Sowjetunion

Die dritte Phase demographisch begründeter Konzeptionen zur Massenvernichtung setzte mit der Planung des Krieges gegen die Sowjetunion ein. Ziel war zunächst, die Ukraine in ihrer ökonomischen Orientierung um » 1800 zu drehen«; sie sollte nicht mehr die sowjetischen Arbeiter ernähren, sondern endlich die »Nahrungsfreiheit« und Blockadefestigkeit Mitteleuropas sichern. Der Angriffsplan beinhaltete, »zig Millionen« Menschen in voller Absicht verhungern zu lassen, um so kurz- und langfristig die Lebensmittelversorgung Mittel- und Westeuropas zu sichern. In den gedruckten Richtlinien heißt es dazu:

»Viele 10 Millionen Menschen werden in diesen Gebieten (d.h. der Waldzone und den Industriestädten im Norden) überflüssig und werden sterben oder nach Sibirien auswandern müssen. Versuche, die Bevölkerung dort vor dem Hungertode dadurch zu retten, daß man aus der Schwarzerdezone Überschüsse herauszieht, können nur auf Kosten der Versorgung Europas gehen. Sie unterbinden die Durchhaltemöglichkeit Deutschlands im Kriege, sie unterbinden die Blockadefestigkeit Deutschlands und Europas.«

Als Hintergrund dieser Überlegungen muß man sich vergegenwärtigen, daß sich Deutschland damals nur zu 87 Prozent selbst ernähren konnte, daß alle besetzten Länder – mit Ausnahme Dänemarks – keine Nahrungsmittel liefern konnten, ohne die eigene Bevölkerung hungern zu lassen, sondern selbst welche brauchten und zum Teil auch von Deutschland geliefert bekamen. Die Situation mußte sich angesichts der durch die Kriegsbedingungen immer extensiveren Wirschaftsweise von Ernte zu Ernte verschlechtern. Dieses Problem – das einzige, das die deutsche »Stimmung« wirklich hätte beeinträchtigen können – sollte entsprechend den Planungen des Frühjahrs 1941 durch den organisierten Hungertod von 30 Millionen Russen »gelöst« werden. Der mit beispielloser Klarheit formulierte Vernichtungsplan enthält an keiner Stelle das Wort »Rasse«, sondern ausschließlich ökonomische Sachzwangargumente. Der Lösungsvorschlag besteht wieder in »negativer Bevölkerungspolitik«, die mit Hilfe einer geostrategischen Abschnürungsstrategie durch Hunger verwirklicht werden sollte, er ist einige Monate vor dem Programm zur »Endlösung der Judenfrage« ausformuliert worden und wieder aus Görings Vierjahresplanbehörde hervorgegangen. Die zwei Millionen sowjetischen Kriegsgefangene, die bis Ende 1941 in deutschen Lagern verhungerten, starben nicht aufgrund von Versorgungsschwierigkeiten, sondern sind Opfer dieses Völkermordprogramms. Göring bemerkte über die Verwirklichung dieser Pläne im November 1941: »In diesem Jahr werden 20 bis 30 Millionen Menschen in Rußland verhungern. Vielleicht ist das gut so, da bestimmte Völker dezimiert werden müssen«.

Neben diesen ernährungswirtschaftlichen Plänen standen als zentraler Teil der dazu notwendigen Herrschaftsstrategien die siedlungspolitischen Überlegungen des Generalplan Ost. Mit der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion schien den deutschen Raum- und Wirtschaftsplanern ihr Betätigungsfeld praktisch grenzenlos: Das Institut für Deutsche Ostarbeit in Krakau »prüfte« in einer Denkschrift »Die Aussiedlung der Polen«; im Auftrag des Oberkommandos der Wehrmacht veranstaltete ein Berliner Professor anthropologische Untersuchungen an sowjetischen Kriegsgefangenen und schlug als eine mögliche Entscheidungsalternative vor, »das Russentum zu liquidieren«.

Im Bewußtsein der Ostraumplaner hatte der Überfall neue Wege eröffnet, um sämtliche sozialen Probleme nicht nur in den eroberten »Räumen« selbst, sondern zugleich im Deutschen Reich zu »bereinigen<n »Der Sieg unserer Waffen und die Erweiterung unserer Grenzen«, so schrieb der Leiter des Projekts »Generalplan Ost«, »hat alte Schranken gesprengt«. Die gewaltigen Aufgaben, die dem deutschen Volk »entstanden« seien, beschränkten sich nicht auf die Eindeutschung und den »Neubau der eroberten Gebiete«. Vielmehr beginne »von den Grenzräumen ins Altreich hinüberwirkend« eine »tiefgreifende Neuordnung von Volk und Raum«. Sie beginne »mit der Neuordnung der Wirtschaftsverfassung, mit der Bereinigung übersetzter Berufe«, es folge dann »Planung und Ordnung der Produktion, ihrer Märkte und Preise mit der Organisation der Kaufkraft«, und schließlich führe das ganze Vorhaben »zur völligen Neuordnung der Siedlungsstruktur«. Als Planungsvorgabe setzte der Generalplan Ost, der von Leningrad bis zur Krim reichte, die »Evakuierung« von 31 Millionen Menschen voraus. Für die Autoren dieses Plans war die »Lösung der Judenfrage« (in ihrem Planungsgebiet lebten etwa fünf Millionen Juden) nur ein Teil ihrer »großen Aufgabe«.

Schlußfolgerungen

Im Deutschen Reich selbst, im besetzten Polen und schließlich im ganzen deutschen Machtbereich waren es zunächst die tatsächlich unproduktiven Menschen, die chronisch Kranken und die sogenannten Asozialen, dann die Juden, die, ohnehin

diskriminiert und daher besonders leicht zu isolieren, aus dem produktiven Wirtschaftskreislauf und jeder Form der sozialen Sicherung ausgegrenzt wurden. Perspektivisch aber sollten nicht nur die europäischen Juden und Zigeuner, sondern große Teile der slawischen Bevölkerung insgesamt der Vernichtung anheimfallen. So gesehen ist die Vernichtung der europäischen Juden der unter Kriegsbedingungen vorgezogene und am weitestgehend realisierte Teil weit größerer Vernichtungspläne. Sie hatten alle bevölkerungsökonomisches Planen und abgestuft rassistische Auswahlkriterien zur Grundlage; sie gingen davon aus, daß die europäische Bevölkerung aus mittelfristig ökonomischen und kurzfristigen kriegswirtschaftlichen Gründen zu reduzieren sei. Man kann die Vernichtungsdynamik und die tatsächlichen Entscheidungsabläufe nur verstehen, wenn man sich die bevölkerungsökonomischen Programme im Hintergrund ansieht.

Mit den Juden ließ sich in der Optik der deutschen Bevölkerungsökonomen in Osteuropa ein großer Teil der sichtbaren Armut vernichten, verschwanden die elendsten Quartiere in den Städten. Völkermord war hier eine Form, die soziale Frage zu lösen. Da die Juden überwiegend in den Städten lebten, sollte ihre Deportation für die »überzählige« bäuerliche Bevölkerung einen Sog in Richtung Stadt auslösen, verbunden mit der Chance, in Handel und Handwerk aufzusteigen. Zugleich konnten diese Wirtschaftssektoren in den Städten, die ebenfalls als »überbesetzt« galten, rationalisiert und modernisiert werden, ohne daß sich die Deutschen die Gefahr eines unzufriedenen, deklassierten nationalen Mittelstandes einhandelten.

Partiell auch in Osteuropa, vor allem aber in Deutschland selbst und im besetzten Mittel- und Westeuropa, erlaubte die Enteignung der Juden ein System von unbürokratischen Hilfen, das vom Haushaltsgegenstand bis zur Wohnungs-, Arbeits- und Existenzvermittlung reichte. Soweit es um größeren Kapitalbesitz ging, eröffnete seine Enteignung neue Verflechtungsmöglichkeiten für die deutsche Industrie und die deutschen Banken. (Übrig blieben dabei besitz- und arbeitslose Menschen, künstlich erzeugte Überbevölkerung.) Die bei der Deportation von jüdischen und nichtjüdischen Polen frei werdenden liquiden Mittel wurden durch die Haupttreuhandstelle Ost als gezielte Entwicklungskredite eingesetzt, um unterkapitalisierte Regionen und Branchen zu stärken.

Entsprechende Überlegungen finden sich in Variationen bei fast allen deutschen Ökonomen, Agrarplanern, Bevölkerungs- und Raumplanungsexperten. Stellvertretend für sie soll hier der Berliner Wirtschaftsberater Alfred Maelicke zitiert werden. In der Zeitschrift »Die deutsche Volkswirtschaft« (»Sonderteil: Konstituierung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft«) schrieb er 1942:

»Nur die völlige Entjudung des Wirtschaftslebens vermag die auch heute noch für viele Länder bestehenden Probleme, wie z.B. die Überbevölkerung und andere soziale Fragen im Südosten und anderswo, zu lösen. Die Beseitigung des jüdischen Händlergeistes und Profitdenkens und die Ausschaltung der Juden schaffen Raum und Sicherheit (Vollbeschäftigung) für viele bisher entwurzelte und verarmte Arbeiter und Bauern, Handwerker und andere Gewerbetreibende (...) Bei einer Beachtung der in Deutschland angewandten Entjudungsgrundsätze und -verfahrensweisen können die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen in den Bevölkerungsverhältnissen, ja selbst Strukturwandlungen ohne jede Erschütterung im Gefüge der jeweiligen Volkswirtschaft erfolgen. Weder brauchen Arbeiter freigesetzt zu werden noch Versorgungsschwierigkeiten einzutreten. Nicht einmal Umsatzschrumpfungen sind zu befürchten.« Maelicke beschrieb damit ein rassistisch ausgeformtes Konzept zur »Bereinigung des Überbevölkerungsproblems«, quasi die Strukturvoraussetzung für eine langfristig angelegte Wirtschaftssanierung und planvolle Ausbeutung des »Großwirtschaftsraums Europa« .

Damit erklärt sich auch der scheinbare Widerspruch zwischen Ausbeutungs- bzw. Kriegswirtschaftsinteressen und der Massenvernichtung von Menschen (die ja immer auch – soweit sie nicht krank und alt sind – potentielle Arbeitskräfte sind): Die Überbevölkerung zementierte in den Augen der deutschen Ökonomen die vermeintliche Rückständigkeit der Wirtschaftsstrukturen, behinderte die Durchsetzung der »optimalen Arbeitsproduktivität im Großraum«; mit anderen Worten gingen die Wirtschaftsexperten davon aus, daß zunächst ein Teil der Überbevölkerung »beseitigt« werden mußte, um überhaupt das Arbeitskräftepotential des »Großraums« nutzen zu können, um die sozialen Strukturen und damit auch die Arbeitskräfte »mobil« zu machen. Zu Kapitalinvestitionen, die den »Nahrungsspielraum« erweitert hätten, waren die Deutschen nicht bereit. Bei dem niedrigen Stand der Mechanisierung aber, auf dem die Juden nach ihrer »Ausschaltung aus der Wirtschaft« in Ghettos und Zwangsarbeitslagern arbeiteten, war die Produktion dort aus deutscher Optik »effektiver Kapitalverschleiß«, weil dadurch Ressourcen gebunden wurden, aus denen bei besserer Arbeitsorganisation und einer günstigeren Kombination von Arbeit und Kapital erheblich höhere Werte hätten geschaffen werden können. In dieser Beurteilung waren sich Himmler und Speer durchaus einig. Die niedrigen Löhne, zu denen die Juden im Ghetto für deutsche und polnische Firmen arbeiteten, blockierten außerdem die Rationalisierung, da kurzfristig die Produktion mit jüdischen Arbeitskräften für den Einzelunternehmer billiger war als mit neuen Maschinen- die Vorteile, die die billige Arbeitskraft für den einzelnen Betrieb hatte, erwiesen sich also quasi gesamtwirtschaftlich als unerwünscht. Nach diesen Maßstäben war es ökonomisch rationeller, die Juden umzubringen als sie arbeiten zu lassen.

Wenn selbst jüdische Rüstungsarbeiter nur vorübergehend von der Vernichtung verschont, letztlich aber doch ermordet wurden, so zeigen sich darin zwar die rassistischen Züge dieses Konzepts, in dem eben noch der letzte jüdische

Handwerker gegen einen »arischen« ausgetauscht werden sollte. Trotzdem ist es falsch, von einem »Primat der rassistisch motivierten Vernichtungsabsicht vor allen ökonomischen Aspekten« (Herbert) auszugehen. Vielmehr standen – allerdings erst in der zweiten Kriegshälfte – die aktuellen Erfordernisse der Rüstungsproduktion anderen wirtschaftlichen Erwägungen entgegen: der nicht minder akuten »Krise der Ernährungswirtschaft«, die eine »Verringerung der Volkszahl« verlangte, ebenso wie der langfristigen Strukturplanung, dem Konzept der Wirtschaftsneuordnung durch Massenmord. Die Selektion nach rassistischen Kriterien stand nicht im Widerspruch zum ökonomischen Kalkül, sondern war dessen integraler Bestandteil.

So wie zeitgenössische Anthropologen, Mediziner und Biologen die Ausgrenzung und Vernichtung angeblich »Minderwertiger« nach rassistischen und Leistungskriterien als eine wissenschaftliche Methode zur Verbesserung der Menschheit bzw. zur »Gesundung des Volkskörpers« begriffen, so meinten Ökonomen, Agrar- und Raumplaner an einer »Gesundung der Sozialstruktur« in den unterentwickelten Regionen Europas arbeiten zu müssen. Dabei sollten die »bloßen Mitesser« von den »wirklich in der Volkswirtschaft tätigen Menschen« geschieden werden; insofern die Juden, die in der Mehrheit in vermeintlich überbesetzten Branchen wie Handel und Handwerk tätig waren, nicht ohnehin schon wirtschaftliche Stellungen einnahmen, die den Deutschen als überflüssig und unrentabel galten, wurden sie durch die sozialpolitische und wirtschaftliche Umstrukturierung in solche Positionen abgedrängt, ihrer Habe und ihrer Einkommensmöglichkeiten beraubt. Auf diese Weise wurden rassistische und ökonomische Selektionskriterien in Übereinstimmung gebracht und so ein Konsens gefunden in dem gern zitierten Interessenkonflikt zwischen »vernünftigen Planern« und Rassenfanatikern. Erst durch diesen Konsens und das dahinter stehende gesellschaftssanitäre Konzept erhielt die systematisch und zentral geplante Ermordung von Millionen Menschen ihre grausame Dynamik.

Durch den Verweis auf den im technokratischen Sinn rationalen Kern solcher Planungen werden die Taten nicht »erklärlich« oder »verständlich« (im Sinne von »Verständnis haben für«), also relativiert. Aber die deutschen Verbrechen jener Jahre erhalten so gesehen einen anderen geschichtlichen Ort, die Fragen nach Ursachen und Kontinuitäten stellen sich dann neu und noch ernster.

Susanne Heim und Götz Aly arbeiten als Historiker in Berlin/West und geben die »Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik« heraus

* Theodor Oberländer war Professor für Volkswirtschaftslehre in Königsberg und wurde nach dem Krieg Bundesvertriebenen-Minister. Von diesem Posten mußte er 1960 zurücktreten, nachdem ihn ein Gericht in der DDR wegen Massenerschießungen in der Ukraine verurteilt hatte.

** Paul Mombert (1876 -1938) wurde 1922 ordentlicher Professor für Nationalökonomie an der Universität Gießen und 1933 als »Nichtarier« zwangspensioniert. Die Verwendung der nach ihm benannten Formel in dem hier skizzierten Zusammenhang als Legitimation für die Massenmorde im angeblich überbevölkerten Osteuropa ist von Mombert mit Sicherheit nicht beabsichtigt gewesen. Im Gegenteil: Er sprach sich 1926 entschieden dagegen aus, ein Mißverhältnis zwischen Nahrungsspielraum und Volkszahl »von der Bevölkerungsseite her« zu lösen – wenn er das auch nicht mit grundsätzlichen Bedenken begründete, sondern mit dem »gewaltigen Kräfteverlust«, den »eine große Auswanderung für unser Volk bedeuten« würde.

Kasten auf Seite 83

"Wissenschaft und Massenvernichtung -"

Zur Rationalität nationalsozialistischer Vernichtungspolitik« war das Thema einer Tagung, die das Hamburger Institut für Sozialforschung am 23./24. Juni 89 durchführte. Ausgehend von Götz Alys und Susanne Heims These, daß die entscheidenden Gründe für die Durchführung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik ökonomische und bevölkerungspolitische gewesen seien, diskutierten Historiker und Sozialwissenschaftler Fragen, die nicht nur von historiographischem Interesse, sondern auch entscheidend für unser Selbstverständnis wie für unseren Umgang mit dem Rechtsnachfolger des »Deutschen Reiches« sind: Hat es eine »Ökonomie der 'Endlösung'« gegeben? Wenn ja, welchen Kriterien ist sie gefolgt? Wer waren die Initiatoren und Strategen ihrer Durchführung, und von welchen Motiven ließen sie sich leiten? War der Rassismus der Täter 'nur' integraler Bestandteil eines nach wissenschaftlichen Kriterien formulierten ökonomischen Programms, oder stellten die nüchternen Kalkulationen der Völkermord-Planer eine Rationalisierung ihrer rassistischen Wahnvorstellungen dar? Soll man überhaupt nach einer Erklärung suchen, die die NS-Vernichtungspolitik als rational beschaffene verstehbar macht? Wird dadurch nicht jener unauslotbare »Zivilisationsbruch« (Dan Diner), den Auschwitz bedeutet, als rational Konzipierbares nachvollziehbar und als Effekt einer wissenschaftlich-bürokratischen Planungsrationalität 'normalisiert', die im Nationalsozialismus weder ihren Anfang noch ihr Ende gefunden hat («Massenmord als bewußtes Mittel wirtschaftlicher und sozialer Neuerung«, Heim/Aly) – in entgegengesetzter politischer Perspektive zwar zu den Bemühungen der revisionistischen Historiker, aber eben doch auch mit der Konsequenz einer

'Relativierung' der NS-Verbrechen? Ordnet nicht, wer ihre rationale Verfaßtheit behauptet, sie dem Bereich des vernünftig Denkbaren zu, und leugnet nicht, wer die Möglichkeit ihrer Wiederholung erwägt, ihre Singularität? Oder verbirgt, im Gegenteil, wer auf der Einzigartigkeit der Ausrottung der europäischen Juden besteht und von einer »Zweck-losen Vernichtung der Vernichtung wegen« (Dan Diner) spricht, Täter und Motive hinter dem Postulat eines unauflösbaren Rätsels? Läßt nicht, wer die nationalsozialistischen Massenmorde als Ergebnis irrationaler Handlungen beschreibt, mit den Interessen der Mörder auch diese selbst verschwinden? Und ist dann nicht Ignoranz gegenüber den Kontinuitäten, die aus dem NS-Staat in die Bundesrepublik führen, die so leichtfertige wie notwendige Folge – da schließlich, was einmalig ist, sich ja doch nicht wiederholen kann?

KONKRET beginnt in dieser Ausgabe mit dem Abdruck einer Reihe von Texten, die während der Tagung des Hamburger Instituts vorgetragen worden sind bzw. in Auseinandersetzung mit den dort vertretenen Thesen erst noch geschrieben werden. Sie alle beschäftigen sich mit Fragen, die nichts weniger als akademisch sind, denn von ihrer Beantwortung hängt unter anderem unser Umgang mit der Tatsache ab, daß für Überlegungen, mit denen die nationalsozialistische Vernichtungspolitik rationalisiert worden ist, heute immer noch eine materielle Grundlage in den gesellschaftlichen Verhältnissen existiert.

Literaturhinweis: Susanne Heim/Götz Aly: Ein Berater der Macht. Helmut Meinhold oder Der Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Judenvernichtung, Selbstverlag Hamburg/Berlin 1986

Susanne Heim/Götz Aly: Die Ökonomie der »Endlösung«. Menschenvernichtung und wirtschaftliche Neuordnung, in: Sozialpolitik und Judenvernichtung (= Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 5), Rotbuch Verlag, Berlin 1987

konkret 10/89, S. 88

Barbara Ritter

Werkstoff Embryo

Professor Erich Blechschmidt ist Gründungsmitglied der »Europäischen Ärzteaktion«, einer der aggressivsten »Lebensschützer«organisationen. Kaum eine Schrift militanter Abtreibungsgegner verzichtet auf die Präsentation seines Wissens. Unterschlagen wird jedoch stets, wo und wie er es gewonnen hat: als experimentierfreudiger Anatom zur Zeit des Nationalsozialismus

»Mensch von Anfang an« titelt die Antiabtreibungs-Broschüre der baden-württembergischen Landesregierung. »Von Anfang an menschlich« heißt es bei Katharina Zimmer in der 1987 vom Bundesfamilienministerium herausgegebenen Hochglanzbroschüre »Das Leben vor der Geburt«. In durchweg allen Schriften der militanten Abtreibungsgegner taucht in der einen oder anderen Version dieses Zitat eines gewissen Prof. Erich Blechschmidt auf: »Ein Mensch wird nicht Mensch, sondern ist Mensch und verhält sich schon von Anfang an als ein solcher. Und zwar in jeder Phase seiner Entwicklung von der Befruchtung an.« Anläßlich der Diskussion um das Beratungsgesetz zum Paragraphen 218 im Bundesrat (Nov.78) bezog sich Rita Süßmuth auf Prof. Blechschmidt und seine »einzigartigen Entdeckungen und Veröffentlichungen«. Von seinen Anhängern wird er als bekannter, international wirkender Wissenschaftler, Human-Embryologe vorgestellt: »Blechschmidts Forschungen bringen neue Fakten in die weltweite Diskussion zum Thema Evolution und zum Problem der Lebensbewertung« . Es lohnt sich also, diese »Größe« einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Blechschmidt, Jahrgang 1904, lebt heute in Freiburg. Dem Gelehrtenkalender ist zu entnehmen, daß er seit 1937 Prosektor (Vorschneider in der Anatomie) an den Universitäten Freiburg, Gießen und Würzburg war und von 1942 bis 1973 Direktor des Anatomischen Instituts der Universität Göttingen mit dem Hauptarbeitsgebiet Humanembryologie.

Blechschmidt verwischt die Spuren seiner Forschung an Embryonen im Faschismus.

Kürschners Gelehrtenkalender führt für Blechschmidt keine Veröffentlichungen von vor 1945 an, was bei seiner steilen wissenschaftlichen Karriere in dieser Zeit unglaubwürdig erscheint. Auch in seinen eigenen Büchern weisen seine Literaturangaben merkwürdige Lücken auf. In seinem »Hauptwerk«: »Die vorgeburtlichen Entwicklungsstadien des Menschen« von 1961 hat Blechschmidt keine eigene Veröffentlichung aus der Zeit von 1933 bis 1945 angegeben. Immer wieder behauptet er, die humanembryologischen Erkenntnisse seien erst in jüngster Vergangenheit gewonnen worden, vorher sei es aus technischen Gründen nicht möglich gewesen; außerdem sei es schwer, an das »Material« zu kommen. Am häufigsten gibt er als Quelle die Materialsammlung der amerikanischen Carnegie-Institution an.

1976 schreibt Blechschmidt (in der 4. Auflage seines Buches »Wie beginnt das menschliche Leben?«): »Noch vor 20 Jahren fehlten alle technischen Voraussetzungen, um die winzigen Keime deutlich machen zu können. In den geeigneten frühen Stadien. sind die menschlichen Embryonen so klein, daß sie im allgemeinen kaum bemerkbar sind und höchstens ausnahmsweise zur Beobachtung kommen.« Nach seinen eigenen Angaben im selben Buch hat er jedoch bereits 1942 mit seiner humanembryologischen Dokumentationssammlung angefangen.

Blechschmidt selbst beschreibt ausführlich die technischen Schwierigkeiten bei seinen Schnittserien-Rekonstruktionen mit menschlichen Keimen, allerdings verliert er kein Wort darüber, wie er zu seinen Untersuchungsobjekten gekommen ist: »Für embryologische Untersuchungen in unserem Sinn sind nur Keime brauchbar, die Sekunden nach dem Absterben durch besondere chemische Maßnahmen (Fixierung) vor einer schnellen Auflösung (autolytischem Zerfall) geschützt und optisch deutlicher gemacht werden können, als sie es zunächst sind. Am Lebenden sieht man auch bei großer Aufmerksamkeit in der Regel fast nichts. Anatomische Präparate junger menschlicher Embryos haben morphologisch einen sehr großen Wert. »

Es war nicht einfach herauszufinden, was und wie Blechschmidt während des Faschismus im einzelnen geforscht hat und wo er es veröffentlicht hat. Seine nur in Universitätsbibliotheken zugänglichen Artikel aus der Zeit vor 1945 zeigen, daß es durchaus viel und Grundlegendes war, und daß er in diesen Jahren bereits den größten Teil seiner Theorien entwickelt hat. Sie zeigen vor allem, daß er als Anatom offenbar ausgesprochen gute Forschungsbedingungen hatte, insbesondere was die Verfügbarkeit von ganz jungen menschlichen Embryonen und Keimen betraf.

Wie hat Blechschmidt während des Nationalsozialismus geforscht?

Mehr Fragen als Antworten tauchen auf, wenn man herausbekommen will, wo Blechschmidt seine »Forschungsobjekte« herbekommen hat: –

Konnte 1942 ein Direktor eines Anatomischen Instituts einer deutschen Universität Beziehungen zu einer amerikanischen Institution (Carnegie) haben und von dort wertvolle Präparate beziehen? –

Wie viele lebende Keime und Embryonen mußte Blechschmidt untersuchen, bevor er feststellte, daß man »in der Regel fast nichts« sieht? –

Wie kam er an seine »Objekte«? Die Befruchtung in der Petrischale und damit die Beobachtung der ganz frühen Stadien des Keimes war damals noch nicht üblich. Aber selbst für solche Studien bedarf es einer lebenden Frau, der operativ die Eizelle entnommen werden muß. –

Deshalb die wichtigste Frage: Welche Frauen haben sich oder wurden, was leider wahrscheinlicher ist, der embryologischen Forschung zur Verfügung gestellt, unter welchen Bedingungen?

In Blechschmidts Artikeln von vor 1945 ist kein Hinweis darauf zu finden, daß er seine Präparate z.B. von der Carnegie-Institution bezogen hätte. Es wird keine einzige amerikanische Quelle oder Untersuchung zitiert, weder von der Carnegie-Institution noch z.B. von Davenport Hooker, der bereits 1944 an der Universität Pittsburgh umfangreiche Filmdokumente von zu früh geborenen Embryos hatte.

Dabei war die internationale Zusammenarbeit deutscher Forscher auch mit amerikanischen Institutionen während der ersten Jahre des Nationalsozialismus keineswegs unmöglich oder unüblich. So wirkte z.B. bei der »Zeitschrift für menschliche Vererbungs- und Konstitutionslehre« (herausgegeben von Kretschmer und von Verschuer) noch 1937 C.B. Davenport von Cold Spring Harbor als Editor mit.

Außerdem waren auch in den USA die wissenschaftlichen Forschungsmethoden alles andere als durch besondere ethische Skrupel geprägt. Gena Corea beschreibt (in ihrem Buch »Muttermaschine«), wie der Gynäkologe Rock und der Pathologe Hertig Hunderten von armen Frauen in einer Brookliner (Massachussetts) Wohlfahrtsklinik unter der Diagnose »Gebärmutterentfernung« Eier entfernten. Zuvor mußten die ahnungslosen Frauen monatelang täglich ihre Temperatur aufzeichnen, um die Operation auf den Ovulationstermin legen zu können. Zum Teil wurden sie aufgefordert, vor der Operation häufig mit ihren Männern zu schlafen, so daß die Forscher auch an befruchtete Eier und Embryonen herankamen. Auf diese Weise ernteten sie für ihre Versuche 34 befruchtete Eier von 211 Frauen, die ohne ihr Wissen zum Zeitpunkt der Operation schwanger waren. In keiner der vielen Studien zur Befruchtung in der Petrischale aus den 40er bis 70er Jahren war zu lesen, daß die Frauen um ihre Einwilligung zu dieser Jagd nach Eiern in ihrem Körper gefragt worden wären.

Woher hatten Blechschmidt und andere deutsche Anatomieforscher die menschlichen Keime?

Blechschmidt bezieht sich in seinem Artikel »Über die Wachstumsdynamik der Gewebe im menschlichen Körper« von 1944 explizit immer wieder auf »eigene Schnittserien« oder Doktor-Arbeiten an seinem Institut, die er offenbar betreut hat. Im Gegensatz zu anderen Anatomen beschreibt er in allen seinen Artikeln jedoch nicht das »Material« oder den »Werkstoff«, wie der Anatom Stieve sich auszudrücken pflegte.

Hermann Stieve, der während des Nationalsozialismus über Follikelreifung und den Zeitpunkt der Befruchtung forschte, behauptet 1936, daß sein »Werkstoff« von 123 Frauen stammte, die »bei plötzlichen Unglücksfällen oder aus anderem Anlaß gestorben sind«. Die »aus anderem Anlaß gestorbenen« waren meist Frauen in Zuchthäusern und KZs, die hingerichtet und Stieve dann sofort zu »Forschungszwecken« übergeben wurden. An Gefangenen wies er nach, daß die Follikelreifung bei psychischem Druck unterbrochen wird. Und um zu beweisen, daß Eisprünge durch drastische Erlebnisse »spontan« ausgelöst werden können, ließ er die Bekanntgabe des Hinrichtungstermins auf einen bestimmten Zyklustag des Opfers legen, nachdem die Aufseher zuvor dessen Menstruationskalender geführt hatten. Erst kürzlich wurde bekannt, daß an verschiedenen Universitäten noch bis heute Präparate von damals ermordeten Menschen in der anatomischen Lehre verwendet werden.

Forschung an noch lebenden Embryos

Daß Blechschmidt offenbar auch mit noch lebenden Embryos »gearbeitet« hat, geht aus einer Bemerkung hervor, in der er 1944 Embryos im 3. Schwangerschaftsmonat beschreibt: »Nach dem Versuch, einen noch lebenden Embryo mechanisch durch eine kurzdauernde Berührung zu verformen kehrt seine Eigengestalt ähnlich wie bei einem im mechanischen Sinn elastischen Körper wieder.«

Noch lebende Embryos können unmöglich von toten Frauen stammen. Auch erscheint es ziemlich unwahrscheinlich, daß die ganz jungen Embryos und Keime der ersten Stunden/Tage von zufällig in die Anatomie eingelieferten Frauenleichen stammen. Blechschmidt schreibt selbst daß man sie kaum sieht und daß sie schnell verfallen. Er hat jedoch Schnittserien an 1-, 2-, 3-... -Tage alten befruchteten Eizellen gemacht. Woher wußte er von deren Existenz und von derem Alter? Es bleibt also der Verdacht, daß die Eier und Embryonen von lebenden Frauen stammten. Ähnlich wie in den USA, werden sie sich auch in Deutschland, zumal unter damaligen Verhältnissen, nicht freiwillig zur Verfügung gestellt haben.

Es ist weiterhin kaum anzunehmen, daß Engelmacher Lieferanten für die Anatomie waren, denn auf Abtreibung einer »arischen Leibesfrucht« stand der Paragraph 218 mit Gefängnisstrafen bis hin zur Todesstrafe. Zwangsabtreibungen verbunden mit Sterilisationen wurden jedoch nach der Einführung der eugenischen Indikation 1935 in großem Umfang an »Erbkranken« und »Gemeinschaftsfremden« durchgeführt. Auch schwangere Zwangsarbeiterinnen wurden ab 1943 nicht

mehr »zurückgeführt«, sondern »durften« abtreiben. Tatsächlich ist bekannt, daß diese Zwangsabtreibungen auch noch in ganz späten Stadien der Schwangerschaft durchgeführt wurden.

Etwa die Hälfte der ca. 400 000 zwangssterilisierten Frauen waren zum Zeitpunkt der Sterilisation schwanger. Vielen Frauen wurden dabei die Eierstöcke und die Gebärmutter entfernt. In den Konzentrationslagern Ravensbrück und Auschwitz wurden besonders in den Jahren nach 1940 grausame medizinische Experimente an den Gefangenen vorgenommen, um Methoden für unauffällige Massensterilisationen zu finden, deren Ergebnis viele hundert Tote und Verstümmelte waren.

Zusammenhänge zwischen den eugenischen Menschenversuchen, den Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen und dem Aufschwung der Embryologie und deren Anatomie drängen sich geradezu auf. Dazu mußten sich nicht alle damals tätigen Wissenschaftler die Hände selbst »schmutzig« machen.

Wie steht Blechschmidt zu Eugenikern und Rassebiologen?

Blechschmidt rühmt sich, mit seinen Forschungen Haeckels »biogenetisches Grundgesetz« (1866) über den Haufen geworfen zu haben, demzufolge die Entwicklung des Embryos die menschliche Stammesgeschichte wiederhole. Praktisch in jeder Lebensschützerpublikation, aber auch in den Regierungsbroschüren wird seine Erkenntnis abgefeiert, daß eine Frau nie mit einem Fisch oder Frosch schwanger gehen könne.

Doch wie ernsthaft ist die Kritik Blechschmidts an Haeckel wirklich? 1935 wurde Haeckel als »Wegbereiter biologischen Staatsdenkens« gefeiert, der als »erster deutscher Wissenschaftler öffentlich für den Darwinismus« eingetreten sei. »Biologisches Staatsdenken« ist die Übertragung naturwissenschaftlicher, biologischer Erkenntnisse auf die menschliche Gesellschaft.

Diese Theorien kritisiert Blechschmidt nicht. 1940 zieht er sogar selbst einen Vergleich zwischen der Entwicklung des menschlichen Organismus und der menschlichen Gesellschaft. Seine eigene Argumentation ist dabei nur eine andere biologistische Variante des »biologischen Staatsdenkens«:

»Wir können geradezu definieren, daß Organe Einrichtungen des lebendigen Körpers sind, die in den einzelnen Entwicklungsschritten in bestimmter Anzahl aus ihren Anlagen entstehen. Es wäre hier zu fragen, ob unter ähnlichen Gesichtspunkten auch an Organismen höherer Ordnung anatomische Untersuchungen anstellbar sind: Vielleicht kann auch ein Volkskörper in einem geographisch bestimmten Lebensraume (in dem die einzelnen Individuen durch die Gegenstände der Technik wie durch Interzellarsubstanzen miteinander zusammenhängen), in jeder Phase seiner Entwicklung immer nur eine begrenzte Anzahl von staatlichen und wirtschaftlichen und anderen Organisationen, Körperschaften usw. hervorbringen. Auch hier kann ein Satz von der Erhaltung des Volkes, der Rasse, der ganzen belebten Welt dieser Erde während der Entwicklung der Völker, der Rassen usw. aufgestellt werden. Es gilt auch hier, daß in einem Lebensraume von innen heraus die Bilanz des ganzen Lebens auf keine Weise weder vermehrt noch vermindert werden kann, solange nur überhaupt das lebendige Ganze besteht. Wenn an irgendeiner Stelle der Erde scheinbar Leben verschwindet, dann kommt statt dessen an anderer Stelle wieder neues Leben scheinbar herein. Das Leben als Ganzes bleibt durch den Tod von Individuen genauso unberührt, wie durch chemische Vorgänge die Bilanz der Masse oder durch physikalische Energieumwandlungen das Ganze an Energie weder vermehrt noch vermindert werden kann.«

Der Vergleich ist weit und unbestimmt genug, um alle möglichen politischen Auslegungen zuzulassen. Kritiklos wird die Ideologie und Wertorientierung der Volksgemeinschaft vorgetragen: der Staat als organische Einheit, »Organ höherer Ordnung«, in der alles sinnvoll aufeinander abgestimmt ist, mit einem gemeinsamen Lebenszweck; der Staat, die »wirtschaftlichen und anderen Organisationen« als *natürliche* Voraussetzung politischen und sozialen Handelns. Gleichzeitig wird der individuelle Mensch als biologische Unterkategorie der Gemeinschaft definiert, wo der »Tod von Individuen« das »Leben als Ganzes«, den »Volkskörper« unberührt läßt.

Solche Vergleiche waren im Nationalsozialismus ausgesprochen populär und Blechschmidts Ausführungen nicht nur ein »Zugeständnis« an den damals üblichen Jargon, denn auch in seinen späteren Arbeiten hat er nicht von solchen Vergleichen abgelassen.

Nur stilistisch modernisiert stellt Blechschmidt 1976 die Vorgänge der embryonalen Entwicklung menschlichem Sozialverhalten gegenüber: »Wir haben bisher wiederholt Beziehungen zwischen den Mikropopulationen von Zellverbänden, also kleineren Organbereichen einerseits und den Makropopulationen im Sinne von Menschengruppen (Vergesellschaftung in größeren Dimensionen) andererseits bemerkt. Das heißt: Verhaltensweisen von Makropopulationen sind nicht völlig verschieden von den Verhaltensweisen, die wir u.a. schon unter den Zellen in einem menschlichen Organismus finden, auch wenn die ihnen nie gleichen. Wenn wir nie somatisch (körperlich) mit Vorgängen innerhalb unseres Körpers lebendig reagieren könnten, vermöchten wir auch nicht im sozialen Leben zu stehen und da zu handeln. Nie hätten sich ohne lebendige körperliche Vorgänge höhere menschliche Leistungen mit beruflichen Differenzierungen und kulturellen Entwicklungen ausbilden können.«

Die verschwommenen Andeutungen über Zellverbände, Organbereiche und körperliche Vorgänge im Verhältnis zu sozialem Leben, Leistungen und beruflicher Differenzierung hat Blechschmidt in seinem letzten Buch (1985) noch etwas genauer ausgeführt: Er beschreibt die Entwicklung des Herzens beim ca. 3 Wochen alten Embryo, die nach der Anlage des Gehirns einsetzt: »Das Herz entsteht so in unmittelbarem Dienst des Gehirns. Hier zeigt sich, daß es im Entwicklungsgeschehen eine Über- und Unterordnung gibt und ein 'Im-Dienste-Stehen' etwas Ursprüngliches und nichts Widernatürliches ist.«

Blechschmidt hat bei der Kritik an Haeckel den Sozialdarwinismus und seine auf Unterwerfung gerichtete Theorie nicht einfach übersehen. Er vertritt selbst eine eigene Variante. Genauso wenig hat er bloß vergessen, seine eigenen Arbeiten aus der Zeit des Nationalsozialismus anzugeben. Er hat die historischen Spuren der anatomischen und embryologischen Forschung, die im Nationalsozialismus auf brutaler Verstümmelung und Menschenquälerei basierte, absichtsvoll verwischt.

Barbara Ritter ist in der bundesweiten Koordination »Frauen gegen den §218« engagiert und lebt in Mannheim

Kasten auf Seite 89

Erich Blechschmidt

wurde am 13. 11.1904 als Sohn einer Arztfamilie in Karlsruhe geboren. In Freiburg, München und Wien studierte er Medizin und machte 1929 bzw. 1931 sein Examen und seinen Doktor. Institutsdirektor in Freiburg war zu seiner Studienzeit bis 1927 der Anatom und Anthropologe Eugen Fischer, der wichtigste Propagandist der Rassenhygiene im Bereich der Medizin (ab 1927 wird Fischer Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik).1932 wird Blechschmidt Assistent am Anatomischen Institut der Universität Freiburg unter Direktor Wilhelm Möllendorff, der als Demokrat gilt, 1934 2. Prosektor, 1937 Dozent in Freiburg. Eine grundsätzliche Vorlesung aus dieser Zeit (»Konstruktive Entwicklungsgeschichte«) veröffentlicht er i941. Auf die darin entwickelten Gedanken bezieht er sich inhaltlich auch heute noch. 1939 wechselt Blechschmidt als Prosektor zur Universität Gießen, 1940 nach Würzburg. 1942 folgt die Berufung nach Göttingen auf eine außerordentliche Professorenstelle als Leiter des Anatomischen Instituts. Hier hat er mit dem Aufbau der humanembryologischen Dokumentationssammlung begonnen. Sein Artikel in den Nachrichten der Akademie der Wissenschaften »Über die Wachstumsdynamik der Gewebe im menschlichen Körper« zeigt, daß am Anatomischen Institut Embryonen jeder Altersstufe beforscht und Experimente mit lebenden Embryonen vorgenommen wurden. 1948 gibt Blechschmidt sein erstes Buch heraus: »Funktionsentwicklung, Mechanische Genwirkung«, in dessen Einleitung er bedauernd feststellt: »Wenn im Folgenden beim menschlichen Objekte notgedrungen auf experimentelle Methoden verzichtet wird,...«.1949 wird Blechschmidt zum ordentlichen Professor ernannt und bleibt bis zu seiner Emeritierung 1973 Direktor des Anatomischen Instituts der Universität Göttingen mit dem Hauptarbeitsgebiet Humanembryologie. Nach Angaben des Paul-Pattloch-Verlags soll er ca. 200 Facharbeiten veröffentlicht haben, seine »Hauptwerke« erst ab 1961: Die vorgeburtlichen Entwicklungsstadien des Menschen, 1968: Vom Ei zum Embryo, 1973: Der Irrtum des biogenetischen Grundgesetzes, 1982: Das Gesetz von der Erhaltung der Individualität. Blechschmidt schreibt auch direkt für die Chemische Industrie: 1968 für Chemie Grünenthal (Chemie Grünenthal betreibt heute umstrittene gentechnologische Anlagen), 1970 und 1972 für Roche, Basel. Blechschmidt ist Gründungsmitglied der »Europäischen Ärzteaktion«, einer aggressiven Lebensschützerorganisation, die gezielt die Ärzteschaft auffordert, keine Indikationen zu stellen und keine Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen. Sie erstellt Flugblätter, Zeitschriften (»Medizin und Ideologie«), Dias, Tonkasetten und Videos, führt »internationale Kongresse« durch und gibt mit ihren »Dr.«- und »Prof.«-Titeln den »Lebensschützern« den Anschein von Seriosität und Wissenschaftlichkeit.

konkret 10/89, S. 92

Günther Schwarberg

Fein hingekriegt, Richter Kriegel

Raten Sie mal, wer vor einem bundesdeutschen Gericht glaubwürdiger ist: ein kommunistischer Rechtsanwalt oder ein nazistischer Rechtsanwalt?

Ich weiß, die Frage ist blöd. Ich erzähl lieber gleich die Geschichte, denn ich hab sie miterlebt: Die Nazis stehen vor der Meistersingerhalle in Nürnberg und schreien: »Es kommt die Zeit der Rache« und »Aufhängen« und »Vergasen«. Aufhängen und vergasen wollen sie uns, weil wir in einer internationalen Konferenz über die Nachwirkung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse diskutieren. Haben die Prinzipien von damals heute noch Gültigkeit? Steht die Vorbereitung und Führung von Angriffskriegen unter Strafe? Kommen Kriegsverbrecher ins Gefängnis?

Es ist der 23. November 1985. Vor vierzig Jahren hat im Nürnberger Justizgebäude der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher begonnen. Für die Regierung Kohl ist das kein Gedenktag. Für uns ist es ein Tag der Prüfung, ob die Hoffnung von Nürnberg auf eine Welt ohne Krieg und Kriegsverbrecher getrogen hatte. Denn was war alles geschehen in diesen vier Jahrzehnten! Der Koreakrieg, der Krieg in Vietnam, der Überfall auf die Falklandinseln. In all diesen Kämpfen hatte es Morde gegeben, und kein internationaler Gerichtshof hatte die Verbrecher bestraft. War Nürnberg also eine folgenlose Episode der Rechtsgeschichte?

Juristenorganisationen mehrerer Länder haben zu diesem Nachdenken eingeladen, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen und der Republikanische Anwaltsverein, die Fédération Internationale des Résistants, die Internationale Vereinigung demokratischer Juristen. Die höchsten Gerichte Frankreichs, der DDR, Englands, der CSSR sind repräsentiert. Ramsey Clark, der ehemalige Justizminister der USA, und Robert Kempner, der Hauptankläger von Nürnberg, der stellvertretende sowjetische Generalstaatsanwalt Schischow, die Präsidentin des französischen Kassationsgerichtshofes, Simone Rozas, der Richter Bedjaouim vom Internationalen Gerichtshof in Den Haag sind anwesend. Ebenso zweihundert Juristen, von denen einige früher den gestreiften Häftlingsanzug deutscher Konzentrationslager getragen haben. Und bei aller Enttäuschung darüber, daß so viele mächtige Regierungen sich über Nürnberg hinweggesetzt hatten, ist doch eine Hoffnung. Seitdem die Naziverbrecher vor Gericht gestellt, verurteilt und hingerichtet worden sind, muß künftig jeder Kriegsverbrecher mit der Möglichkeit einer Bestrafung durch das Gericht der Völker rechnen. »Das Nürnberger Statut und die Nürnberger Prozesse haben entscheidende Bedeutung für die Entwicklung des Völkerrechts erlangt«, sagt die Abschlußerklärung. Und: »Die Lehren der Nürnberger Prozesse gelten nicht nur der Vergangenheit, sondern auch der Zukunft. Dies betrifft nicht nur die Führung eines Krieges selbst, sondern bereits dessen Vorbereitung und alle Verbrechen gegen die Menschlichkeit . «

Von solchen Überlegungen fühlen sich – natürlich – die Neonazis getroffen. Sie sind also auch nach Nürnberg gekommen. Stehen morgens vor der Meistersingerhalle, grölen und halten Plakate hoch »Laßt Heß frei!«. Der Wiener Professor Eduard Rabofsky, damals von der Gestapo zum Invaliden geschlagen, wird angegriffen, geschlagen und beschimpft: »Diesen Verräter hätte man damals schon umlegen sollen.« Und als der Brüsseler Professor Maurice Goldstein, der die Mordmaschine der Nazis in Auschwitz überlebt hatte, Polizeibeamte zum Eingreifen auffordert, wird er von denen zurechtgewiesen: »Weitergehen, weitergehen!«

Die Leute von der FAP mit den wutverzerrten Gesichtern sind dem Aufruf eines Flugblattes gefolgt: »Namhafte Juristen veranstalten ein Jubiläum besonderer Art. Sie wollen nicht nur ihrer eigenen Schande gedenken, sondern die frechste Rechtsverhöhnung auch noch rechtfertigen. Sie verteidigen Gesetzlosigkeit und Lynchjustiz... Alle aufrechten Deutschen sind aufgerufen zu einer friedlichen Protestdemonstration gegen die Bestrebungen, die Massenmorde der Eroberer von 1945 zu rechtfertigen. Zeigen wir den ungebetenen Gästen, daß...wir die millionenfachen Verbrechen an Deutschen nicht vergessen und nie vergeben werden.«

Dieses Nazigeschwätz hat ein Mann verbreitet, der sich »Journalist« nennt: Der 60jährige Hundezüchter Edgar Geiß aus der Bornberger Straße 2 in Hechthausen bei Stade. Man kennt ihn: Wo Neonazis krakehlen, ist Edgar Geiß nicht weit. Über dem Grab des Kriegsverbrechers Herbert Kappler hat Edgar Geiß den rechten Arm zum Hitlergruß hochgerissen. Einer seiner übelsten Auftritte war die Verhöhnung der ermordeten Anne Frank, deren Tagebuch eine »Fälschung« sei. Deswegen läuft in Hamburg ein Verfahren gegen ihn, seit dreizehn Jahren. Die Justiz läßt sich (und den Nazis) Zeit.

Wir nehmen sie an diesem Morgen nicht sehr ernst. Abends taucht Geiß an den Informationsständen in der Meistersingerhalle auf und will Flugschriften abstauben. Als er hinausgeworfen wird, fangen seine FAP-Leute draußen im Dunkeln zu grölen an: »Rotfront verrecke, Deutschland erwache!«. Sie wollen die Leute auf dem Heimweg zusammenschlagen. »Schmarotzer«, rufen sie, »Brandt an die Wand« und: »Wir bringen Euch um«, »Hängt sie auf!«. Schließlich kommen Polizisten. Aber sie nehmen die Nazis nicht fest. Sie wollen uns nur »freien Abzug« gewähren. Auch die Polizisten werden von den Nazis als »Speichellecker der Alliierten« beschimpft. »Wollen Sie sich das eigentlich gefallen lassen?«, fragt der Hamburger Rechtsanwalt Klaus Dammann den leitenden Polizeibeamten. Der will, jedenfalls

läßt er die Schreier schreien. Auf diese Weise macht Waldemar Jungkunz, der Einsatzleiter der Nürnberger Polizei, deutlich, was wir alle befürchten oder aus eigener Erfahrung wissen: daß der Staat die Nazis toleriert.

Immer mehr steigern die FAP-Gefolgsleute des Neonazis Geiß ihre Haßparolen: »Wir werden Euch vergasen«. Die Nachfolgeorganisation der Waffen-SS will dort weitermachen, wo ihre Vorbilder aufgehört hatten: in der Tradition von Auschwitz. Nicht einmal das kann die Polizeiführung dazu bringen, sie festzunehmen. Das geht so lange, bis die Nazitruppe schließlich singend abzieht: »Einst kommt der Tag der Rache.«

Nun beginnt der Staatsanwalt zu ermitteln und klagt an – sollte man denken. Aber nichts geschieht, nichts wäre geschehen, wenn nicht zwei Teilnehmer des Kongresses Anzeige wegen Volksverhetzung und Strafantrag wegen Beleidigung gestellt hätten.

Es dauert 21 Monate bis zur Gerichtsverhandlung. In dieser Zeit schlagen die Nazis in Hamburg den Türken Ramazan Avci tot, erklärt der CDU-Bürgermeister von Korschenbroich, Freiherr von Mirbach, für den Haushaltsausgleich der Stadt müßten »einige reiche Juden erschlagen werden«; marschiert die FAP in Hameln unter Polizeischutz mir dem Horst-Wessel-Lied zu einer Ehrung der hingerichteten Naziverbrecher; spricht ein Nürnberger Gericht den Wehrsportgruppenführer Karl Heinz Hoffmann vom Vorwurf des Mordes an dem jüdischen Verleger Shlomo Levin und seiner Freundin frei.

Dann verurteilt der Nürnberger Amtsrichter Volker Ackermann, 45, am 10. August 1987 den Edgar Geiß wegen Volksverhetzung, Beleidigung und der Leitung einer nicht angemeldeten Demonstration zu zehn Monaten Gefängnis. Ohne Bewährung, denn der Neonazi aus Hechthausen ist reichlich und einschlägig vorbestraft. Sein Mittäter, der Neonazi Uwe Börner von der FAP, bekommt acht Monate Haft, auch ohne Bewährung. Ein einigermaßen gerechtes Urteil, scheint es.

Die Rechtsradikalen legen Berufung ein. Bevor sie verhandelt wird, findet man Uwe Börner an einem Baum erhängt in der Nähe von Kollund bei Flensburg, jenseits der dänischen Grenze. Für Richter Klaus Kriegel, 51, schrumpft das Verfahren auf eine simple Frage zusammen: Hat Edgar Geiß die Demonstration »geleitet« und selbst Haßparolen gerufen oder nicht? Da kann der Rechtsanwalt Jürgen Rieger aus Hamburg, der aus demselben Lager kommt, mit einem patenten Entlastungszeugen dienen: einem Kollegen aus Nürnberg, dem Rechtsanwalt Eberhard Engelhardt. Der Mann ist uralt und allein deshalb glaubwürdig.

Engelhardt erklärt dem Gericht, er habe am Nachmittag des Tattages vor den Neonazis ein Referat über die Nürnberger Prozesse gehalten. Als einige der Anwesenden erklärten, sie wollten jetzt zur Meistersingerhalle, da habe ihm Edgar Geiß erklärt, das sei ihm gar nicht recht. Es könne zu Straftaten kommen. Geiß habe sogar gesagt, »da müsse er mit hin, sonst machen die Unfug«.

Ganz anders sagt der Rechtsanwalt Klaus Dammann aus, der allerdings nur halb so alt ist wie Engelhardt: Er hat gesehen, wie Edgar Geiß die Nazidemo geleitet hat. Er hat auch gesehen und gehört, daß Geiß die Naziparolen mitgeschrieen hat. Aber dann fragt ihn der rechtsradikale Verteidiger Rieger, ob er Mitglied der DKP und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes ist. Ja, sagt Dammann, das sei er. Und das Ziel der VVN sei es, »Neonazis politisch zu bekämpfen«.

Aha, da hat das Gericht wieder mal die Totengräber des Rechts-Staates erwischt. Warum sollte Richter Kriegel ausgerechnet einem solchen Mann glauben, er habe gesehen und gehört, wie der Edgar Geiß Naziparolen geschrieen habe? Steht nicht der Anwalt Dammann – so schreibt Kriegel ins Urteil – »von seiner politischen Einstellung her« »in einem gewissen Lager«, und ist er nicht »hiervon ausgehend *dem Angeklagten feindlich gesinnt«?* Deshalb bestehe der Verdacht, »daß die Bekundungen des Zeugen nicht nur das wiedergeben, was wirklich war sondern auch das, was der Zeuge in seiner Vorstellung wahrhaben wollte«. Es könne »nicht außer Betracht bleiben, daß der Zeuge von seiner politischen Einstellung her dem Angeklagten extrem feindlich gesinnt ist«. Auf eine solche Aussage »kann die Verurteilung eines Angeklagten nicht gestützt werden«

Ergebnis: Das Naziflugblatt mit dem Aufruf zu einer »Protestdemonstration« gegen die »ungebetenen Gäste« war zwar »vollmundig und nebulös«, aber kein Aufruf zu der Zusammenrottung vor der Meistersingerhalle, denn es rief ja »zu einer *friedlichen* Protestkundgebung auf«, womit die unfriedliche »Demonstration vor der Meistersingerhalle« nicht »gemeint und somit von dem Angeklagten beabsichtigt gewesen« sein kann. Bleibt nur der Vorwurf, daß Geiß »zu spät und außerdem unzureichend« auf seine FAP-Leute eingewirkt habe, »keine Straftaten zu begehen«. Aber das ist natürlich nicht strafbar. Deshalb Freispruch.

Ein paar kleine Fragen am Schluß, Herr Richter Kriegel: War Ihnen, als Nürnberger, bekannt, daß Ihr Entlastungszeuge, der Nürnberger Rechtsanwalt Engelhardt, nach den Worten des Präsidenten der Nürnberger Anwaltskammer, Fritz Schmitz, »im Dritten Reich ein großer Nazi war, wie er im Buche steht«? War Ihnen bekannt, daß Engelhardt in der Öffentlichkeit als Anwalt des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß mit rechtsradikalen Parolen auftrat? War Ihnen bekannt, daß Engelhardt 1980 die jüdische Fernsehjournalistin Renate Harpprecht aufgefordert hat, zu beweisen, daß in deutschen Konzentrationslagern Vergasungen stattgefunden haben? War Ihnen bekannt, daß Engelhardt sie mit der Erstattung einer Strafanzeige wegen Volksverhetzung zu nötigen versuchte, falls sie das nicht beweisen könne? War Ihnen bekannt, daß er

für diese Drohung auch noch die Zahlung seiner Kosten von 174.90 Mark verlangte? War ihnen bekannt, daß Rechtsanwalt Engelhardt wegen der versuchten Erpressung der Frau Harpprecht von Ihrem Nürnberger Richterkollegen Breitinger zu einer Geldstrafe von 1500 Mark verurteilt wurde? War Ihnen bekannt, daß Engelhardt die Auschwitzlüge verbreitete und der Frau Harpprecht vorhielt, die »Vergasungsstory« sei »eine längst durch seriöse Geschichtsforscher des Auslands und auch des Inlands widerlegte Greuelmär«?

Sagen Sie bloß, Herr Kriegel, Sie wußten das alles nicht, obwohl Sie doch Nürnberger Richter sind und die rechtsradikalen Engelhardt-Geschichten in Nürnberg gerichtsbekannt sind? Fein, was Sie über diesen Mann in Ihr Urteil hineingeschrieben haben: »Daß dieser Zeuge nicht die Wahrheit gesagt haben könnte, hält die Kammer – auch nach dem Eindruck, den der Zeuge bei seiner Vernehmung gemacht hat – für ausgeschlossen. Der Zeuge ist immerhin 85 Jahre alt, und es hat dem Zeugen erkennbar ferngelegen, sein Gewissen kurz vor seinem Lebensende noch mit einer Lüge zu belasten.«

Erkennbar war es für Sie, daß ein Mann, der in Nürnberg die Auschwitzlüge verbreitet hat, sein Gewissen nicht mit einer Lüge belasten will, und er hat den besten Eindruck auf Sie gemacht.

Fein haben Sie das hingekriegt, Herr Kriegel, dem Kommunisten Dammann mal richtig zu zeigen, wem Richter wie Sie glauben und wem nicht.

konkret 10/89, S. 94

Peter Hacks

Die Romantik von Reich und Rasse

Ist es möglich, Friedrich Ludwig Jahn (1778-1852), genannt der 'Turnvater', keinen Nazi zu nennen?

Der Leibeserzieher Jahn hatte neben dem Turnbock ein zweites Steckenpferd, er übersetzte mit Leidenschaft Fremdwörter. Jahns theoretisches Lebenswerk besteht in einem Übersetzungsfehler. Ihm war eingefallen, das Fremdwort Nationalität mit dem deutschen Wort Volkstum zu übersetzen.

Es gibt einen Versuch von ihm zu erklären, was Volkstum sei: »das Gemeinsame des Volks, sein innewohnendes Wesen, sein Regen und Leben«. Es ist, sagt er, die »Einungskraft«, die das Volk zum Ganzen verknüpft, und es bewirkt, sagt er, dessen »Fortpflanzungsfähigkeit« .

Wir wollen ihm die geringe Klarheit, die da herrscht, nicht verübeln. Diese Dinge lassen sich höchst ungern in Begriffe fassen. Die Nation ist die Nation, das Volk ist das Volk. Es sind nicht die Wörter, auf die es ankommt; ankommt es auf die Meinung, in der man sie gebraucht, und die Absicht, mit der man sie in Umlauf bringt. So gesehen, bleibt zu bemängeln, daß das Wort Volkstum das Wort Nationalität ungenügend abdeckt.

Ich habe Jahn im »Ascher« vielleicht zu sehr mit Aschers Ohren gehört, kann ja sein, Ascher hat ihn mißverstanden. Ich gebe ihm nun selbst das Wort, klinge es, wie es wolle.

Die Wahrheit ist aber, es klingt schauderhaft. Jahn deutschte nicht nur die fremden, er deutschte auch die deutschen Wörter ein. Wahrscheinlich versuchte er die deutsche Ursprache rückzuzüchten; es läßt sich ja aus gewöhnlichen Rindern der ausgestorbene Auerochs herauskreuzen und so denn wohl aus den gewöhnlichen Wörtern ein ausgestorbenes Auerochsisch: ein deutsches Ur-Muhen; und Jahn führte einen lebenslangen Kampf gegen den Wörterbuchautor Adelung, der auf Luther aufbaute und dessen Ziel war, die deutsche Sprache zum nämlichen Stand der Gesittung zu erheben, zu dem die Franzosen ihre erhoben hatten. Er fordert das »wahre Hochdeutsche, fern von aller Gottschederei und Adelungerei«, und er erzeugt ein ganz eigentümliches Hochkrähwinklig, das nicht leicht zu genießen ist. Die Politik jener Tage ging an den *Fragen der Sprachwissenschaft* nicht vorbei.

Jahn hat sich sicher viel Mühe gegeben, schlecht zu schreiben. Aber was verpflichtet mich, einen Unterschied zu machen zwischen einem, der schlecht schreiben will, und einem, der nicht besser als schlecht schreiben kann? – Was also sagt Ascher von Jahn?

Daß er eine deutsche Kleidung, eine deutsche Religion und eine deutsche Turnjugend angeordnet und daß er auf Europas Fläche ein deutsches Ewigkeitsvolk entdeckt habe.

Ich stelle fest, Ascher hat richtig vernommen. Jahn hat das alles gesagt. Ich bringe Belege.

»Alle alte langdauernde Völker«, sagt Jahn, »retteten sich vor der immerneuen Wütherei der Mode durch eine Volkstracht«. Diese »Allgemeine Volkstracht« zögerte er nicht den Deutschen zu entwerfen, und trug sie selbst, und oft geschah, daß er um seines autochthon deutschen Anzugs willen für einen russischen Popen oder einen Juden gehalten wurde.

»Welches von allen noch lebenden Volksthümern«, fragt Jahn, »dem reinen Christenthum am Meisten zusagt?«; die Frage ist der Antwort wegen. »Unmöglich wird das Endurtheil für ein anderes als für das echte, unverfälschte, menschheitliche Deutsche Volksthum ausfallen«. – Der Deutsche Christ Jahn verlangt eine »freigläubig einige Deutsche Kirche«.

Der Statutenentwurf des Tugendbunds sieht im § 51 vor, daß »ein freilediger Mann nicht heiraten« dürfe, wenn er nicht vorher sein Turnabzeichen erworben. (Sooft ich den Paragraphen lese, fallen mir unanständige Bilder ein, die Schuld liegt sicher bei mir).

Die Deutschtümelei erschien in der Regel als Rempelei. 1817 hielt Jahn eine Vorlesungsreihe in Berlin, in welcher den Berlinern der Satz auffiel: Wenn einer »seinen Töchtern Französisch lehren läßt, so ist das eben so gut, als wenn er ihnen die Hurerei lehren läßt«. Jahn war ein Flegel und ließ sich gern in öffentlichen Radau ein, aber diese besondere Flegelei war philosophisch gemeint. Das Deutsche an den Deutschen, so der Gedankengang, ist, daß sie kein Französisch reden.

Ich ersuche Sie, mich nicht für albern zu halten. Es ist das genau das, was gedacht war, und daß hier Tiefe waltet, werden Sie mir besser glauben, wenn ich den Urheber dieser Wesensfindung beim Namen nenne. Der nämlich war Fichte.

Die hauptsächliche Denkanstrengung der germanomanischen Romantik besteht in der Bearbeitung folgender Denkklemme: Weshalb verdienen die Franzosen die Austilgung, obgleich doch der Stamm der Franzosen ein germanischer Stamm ist? – Die Auflösung bildet den Inhalt der Fichteschen Vorträge von 1808.

Die Deutschen, das duldet keinen Streit und kann gesetzt werden, sind für die Zukunft befugt, das Menschengeschlecht zu vertreten, weil allein sie sich in der Vergangenheit sauber hielten. Sie sind »das Volk schlechtweg«. Sie »blieben in den

ursprünglichen Wohnsitzen des Stammvolks«, sagt Fichte; sie sind, sagt Jahn, ein »unvermischtes, naturgemäß lebendes, von undenklicher Zeit her eingewohntes Urvolk«.

Unter die Deutschen rechnen alle Germanen. Die Schweden, meint Fichte, »sind unzweifelhaft Deutsche« – noch Jacob Grimm beharrte darauf, die Schweden als Deutsche zu bezeichnen – ; wer freilich schon einmal dabei ist, den behält man schon auch. Die slavische Adriaküste heißt in Jahns Zunge »Isterreich«; denn dort hat »Oestreich seine Mark und sein Meer« . In der Minderheitenfrage liegt die Schwierigkeit nicht. Wer Germane ist, bestimmen die Germanomanen.

Aber wie gesagt, der ganze rassische Ansatz verliert seine Schlüssigkeit durch die Franken. Wie dieses Feind- und Unvolk ausgrenzen? Nicht aufrecht zu halten war der Vorwurf, daß sie mit Galliern durchmischt waren; das schließlich waren die Preußen mit Wenden und Sorben auch. Der Sündenfall, den die Franken getan haben, war ein anderer: sie haben Latein gelernt.

Daher Fichte fortfährt: »Bedeutender aber ist, daß diese Sprache ohne Unterbrechung fortgesetzt« worden, und Jahn fortfährt: »mit einer seit Jahrtausenden gesprochenen Ursprache«. Ich könnte fragen, woher er hat, daß wir hier in Preußen seit Jahrtausenden deutsch reden. Ich will aber weder scherzen, noch mäkeln, ich berichte. Aus dem rassischen Ansatz ist ein sprachphilosophischer Ansatz geworden. Deutschsprachigkeit tritt für Deutschstämmigkeit.

Hinderlich an dem war allenfalls noch, daß Berufensein unmöglich eine Frage der Philologie sein kann. Insofern krönt Jahn Fichtes Überlegungen mit einem geschickten letzten Schritt. Er ersetzt das rassische Merkmal des Urvolks und das höhere linguistische der Ursprache durch ein höchstes, das des Volkstums eben. »Volksgenosse seyn, erfüllt mit Volksthum« . Dieser Satz aus den »Runenblättern« ist eine Aussage, auf die sich nun wirklich nichts mehr entgegnen ließ.

Der es immerhin versuchte, war Kamptz. »Diese neue Manier wird *Volksthum* und ihre Sprache die *Voltsthümliche* (vielleicht besser die *Volksdümliche)* genannt«. – Brechts Witz »das Volk ist nicht tümlich« ist also von Kamptz. Er stellt als Witz eine Verbesserung dar, lehrt aber auch, daß keiner, der auf einen Namen einen Kalauer macht, hoffen darf, der erste gewesen zu sein.

Ich bin verlegen über die Breite, zu welcher die Menge des Stoffs mich zwingt. Eine Kurzfassung der Fichteschen Ideen füllt das erste Kapitel von Dahns »Kampf um Rom«, worin eine Verschwörung der gotischen Häuptlinge gegen den gotischen König sich abspielt. Dahn war ein bedeutender Soziologe. Die »Reden an die deutsche Nation« vertreten, sagt er ausdrücklich, den Standpunkt der »Adelsopposition«. Wer es genau wissen und dabei seinen Lesegenuß haben will, lese also den Dahn, dort steht alles anschaulich vorgetragen.

Fichte brachte den Deutschen die Botschaft von ihrer Weltbestimmung, die ihnen zugefallen war, von Natur, ohne weiteres, einfach dadurch, daß sie Deutsche waren. Das Unglück wollte nun, daß er unter den Deutschen keinen einzigen Anhänger fand. Dieses Volk war auserwählt und mochte nichts davon hören.

Woraufhin eine gänzliche »Umerschaffung des Menschengeschlechts« (Fichte) sich nötig machte. Die Deutschen, so wie sie standen und gingen, mußten ausgewechselt werden. Das Mittel für den Umbau war die Nationalerziehung. Die Kinder sollten wie »zum Kriegsdienste« ausgehoben, aus der Gesellschaft entfernt, von ihren Eltern weggehalten und in besonderen Anstalten zu ihrem zwar angeerbten, aber doch bisher verfehlten Ziel abgerichtet werden. Diese Sonderschulen könnten, schlug Fichte vor, »große Gutsbesitzer auf ihren Landgütern« einrichten. Selbst die aber scheinen sich nicht gemeldet zu haben, und zum Ersatz verlegte Jahn das Übungsgelände der Nationalerziehung unter den freien Himmel und zu den Heidehasen.

Das kriegsromantische Lehrgebäude stammt von Fichte; es stammt nicht von Jahn, der ein Mann von wenig Bildung und gar keinem Verstand war. Worüber er verfügte, war eine gewisse zänkische volksrednerische Phantasie. Das »Deutsche Volksthum« ist eine Popularisierung des populistischen Fichte, der Fichte für den noch kleineren Mann. Jahn will uns glauben machen, er habe seine gleichlautenden Gedanken, die er zwei Jahre nach Fichtes Auftreten zum Druck gab, unabhängig von jenem ausgesonnen. Ich schenke ihm meinen Glauben nicht. Fichtes Einfall ist so abwegig, daß unmöglich zwei verschiedene Menschen auf ihn stoßen konnten.

Der grundlegende Humbug also gehört allein Fichte. Jahns Eigentum sind nur die schmückenden Schrullen.

Meine Ablehnung Jahns mag einseitig und von meinen zufälligen Erfahrungen bestimmt sein. Ich persönlich beobachte nicht nur ungern, wenn man Bühnendichter ermordet; ich schätze es fast ebenso wenig, wenn man mir vorschreibt, was ich für die Bühne dichten soll. In meinem Landstrich, der, falls Jahn gewonnen hätte, jetzt »Nordreich«, und in meiner Stadt, die in dem Fall jetzt »Preußenheim« hieße, hätte nämlich, das besagte Unglück als geschehen angenommen, »jeder wälsche Gesang auf der Bühne aufgehört« .

»Nur Gegenstände aus der Geschichte des Volkes« würden »ausschließlich aufgeführt«. Jahn gibt das Verzeichnis dieser Gegenstände. »Die Hermannsschlacht u.s.w.«, (»und so weiter« ist gut). Oder: »Heinrichs des Großen Thaten«. »Otto und Adelheid«. »Der Bornhövder Waldemar«. »Der Entsatz von Wien« . – »Otto und Adelheid« könnten mein Glück machen, die habe ich behandelt. Aber der Reichsdramaturg kümmert sich auch um die Besetzung. »Es werde Regel und Gesetz, daß

nur Jungfrauen u.s.w. dabei Rollen spielen«. Ich sehe bei der Art Vorgaben wenig Aussichten für mich, räume aber ein, daß dieses zweite »und so weiter« noch besser ist als jenes obige.

Ich fasse zusammen und fordere nun starkes Vertrauen von Ihnen: Jahn will die gesamte deutsche Literatur neu geschrieben haben und hiernach die gesamte vorhandene verboten. Schon vor der Erstellung des »Deutschen Bardenhains« indes geht es an die Reinigung des Buchwesens von allen unterhaltenden Büchern. Spätestens hier verliere ich die Freiheit, Jahn zu folgen. Raubte man mir die Trivialliteratur, ich wäre sofort verloren.

Ich stelle schon nach diesem eher gelegentlichen Blick auf die Jahnschen Kunstedikte fest, daß Saul Ascher gegen Ludwig Jahn viel weniger einwendet, als sich einwenden ließe. Ich vermute, er hat ihn nur flüchtig gelesen. Es gibt Käfer, die einem auf die Hand kleckern, wenn man sie anfaßt; solche schreiten unangefaßt ihren Weg fort und leben sicherer als andere. Es gibt Schriftsteller, die auf dieselbe Weise sorgen, daß kein Beurteiler sich ihnen nähert. Ich habe meine Ekelschwelle überwunden und mich bekleckern lassen und Jahn gelesen und kann im folgenden erzählen, was Ascher anzufassen sich gegraust hat.

Jahn liebt das Soldatische über alles und sorgt sich um den deutschen Mann. »Man beobachte, wie bei uns die Leibesübungen ausgestorben sind, bis auf das Führen des Gänsekiels und einen wilden Sprungtanz, der den letzten Rest giebt«.

(Es trié übrigens zu, daß ich die Zitate aus dem Zusammenhang reiße. Ich bedaure es selbst. Im Zusammenhang sind sie noch weit entsetzlicher). – Jahn verschreibt uns eine Wehrpflicht von drei Jahren und danach bis zum fünfundvierzigsten Lebensjahr Dienst in der Landwehr; so lange hätten wir die Ehrenpflicht, uns bei den »Landwehrs-Übungen« sowie beim jährlichen Aufzug des »Heerbanns« zu beteiligen.

Um die deutsche Frau sorgt sich Jahn auf andere Art. Das »Altdeutsche Biederweib« hat ihren Dienst als »Hausfrau, Gattin, Mutter«, und wenn es zwar von Natur »nicht für die grübelnde Wissenschaft, nicht für die große Weltbühne« geschaffen ist, so darf es doch mitturnen, und darf schießen lernen. Seinen eigentlichen Nutzen für die Armee aber hat es, wie schon bei Plato, als Prämie, weniger als Schützin mithin, denn als Schützenpreis. »Mannlichkeit zieht die Weiber an. Wer in Wehr und Waffen erscheint, wird ihnen bald lieb«. Solange alles nach Jahns Rollenverständnis geht, geht alles glücklich.

»Gattin soll die Braut werden, Eins mit ihm, wie rankend Immergrün mit der Eiche. Einen stillen Lebenskreis soll die Erwählte ziehn um den Einzigen«. – Aber was, wenn sie nicht stillhält? Wenn sie von der Neuzeit schon zur »Wollustfrohne entmenscht« ist? Es steckt ein Argwohn hinter Jahns Frauenlob, als könnten nicht die Franzosen allein Schuld tragen, daß die Frau das dem Heerwesen so abträgliche Element der Sinnlichkeit in die Welt bringt.

Wie entkräftend für den Soldaten ist nicht jenes dem weiblichen Volksteil einwohnende ewige geschlechtliche Verlangen. Gegen außereheliche Liederlichkeiten gibt es wenigstens Gerichte, an die der männliche Volksteil sich wenden kann. Aber was, ich wiederhole diese Haupt-Frage, wenn die Braut auch nach der Erwählung fortfährt, den Einzigen zu schwächen? »Buhlwesen findet in und außer der Ehe statt, doch das ineheliche ist das ärgste. Schamvergessenheit, Verlust der Keuschheit durch unmenschliche Neugier sind die Todtengräber des häuslichen Glücks«. Wen wundert, wenn da der Gatte sich wieder auf den Turnplatz hinaussehnt? Es soll Weiber geben, so ist Jahn berichtet, die »sich *am Tage* von ihren Männern umarmen lassen«.

Und doch wird über all den Widrigkeiten der Germane niemals zum Misogynen. »Je menschheitlicher ein Volk, je größer die Huldigung des weiblichen Geschlechts«, sagt Jahn, und er endet mit der Schlichtheit, in welcher wahrer Stolz sich zeigt: »Es ist in der Geschichte kein Volk bekannt, was mehr für das weibliche Geschlecht gethan hat«.

Jahn erließ gern Gesetze; so fiel ihm nicht schwer, das Schiefe an der Welt ins Lot zu bringen. Er besaß, bilde ich mir ein, eine Landkarte und einen Zollstock. Mit dem Zollstock ermaß er sich die Mitte zwischen den Staatsgrenzen; schon hatte er den Fehler heraus: Europas Hauptstädte lagen falsch. London lag falsch. Paris lag falsch. Berlin gehörte an die Elbe, »ungefähr gleich weit von Dresden und Glückstadt« – : »Dort war der Sassen Tor ins Wendenland«.

Das ist nicht ganz im Geist der historischen Schule, und der Geheimrat Schmalz unterläßt nicht, die Abweichung den Jahnianern vorzuhalten: »So ist doch Geschichte und Pflicht von ihnen gleich gering geachtet«. Schmalz hat Jahn mißverstanden. Geschichte ist fortan Tat, nicht mehr Erinnerung. Dabei fallen natürlich Späne.

»Teutona, die Hauptstadt von ganz Deutschland, hätte liegen müssen an der Elbe, in einer schöngezeichneten Gegend, ungefähr auf dem halben Wege von Genf nach Memel; von Triest und Fiume nach Kopenhagen; von Dünkirchen nach Sendomir. Wie Wiedervereinigung noch einmahl möglich? ist – itzt – schwer zu sagen. Allvater mag's walten!«

Was Jahn da mit seinem Zollstock wiedervereinigt, sind alles deutsche Städte, Sie verstehen schon, Sie lassen sich durch Namen wie Fiume und Sendomir nicht irreleiten. Dennoch: dieses Reich, urdeutsch, wie es ist, zusammenzuhalten, bedarf es einer Geisterschmiede, eines Zentralorgans. (»Groß«, sinnt Jahn, ist »der Einfluß des Peckinger Hofblatts in China«).

»Halten muß diese *Staats*- und *Volkszeitung* jeder Gastgeber, Speisewirth, Herberger, und Schenk; jede Gemeinde im Gemeindehause«. Das andere Bindemittel hat das Reich in seinen Feiern.

»Der Gegenstand der Volksfeste muß volksthümlich sein, nicht Freiheit, Aufklärung, Vernunft u.s.w.«. Massenvollgefühle, erkennt Jahn richtig, lassen sich nicht verordnen. Und er führt, wenn er vaterländische Gedenktage vorschlägt, ausschließlich solche auf, die auch Ihnen, verehrter Leser, mit hoher Wahrscheinlichkeit ohnehin würden durch den Sinn gegangen sein: »Der Tag der *Hermannsschlacht;* der Tag der *Schlacht bei Merseburg;* der Tag des Religionsfriedens. – Eine der schönsten Überlieferungen wird trotz aller Krittelei bleiben: *'Heinrich* der Vogler hält nach dem Merseburger Siege das erste Turnier zu Magdeburgt«.

Soviel Gleichmaß und Einform sind dem deutschen Wesen keinesfalls aufgezwungen. Im Gegenteil, sie erwachsen aus seinem Innern. Worauf es nur ankommt, ist, das Volkstum zum Gefühl seiner Eigentlichkeit zu erheben und es zugleich vorm unzüchtigen Einfluß fremden Bluts zu bewahren. Jahn hatte seine Weise, wie er die Dinge sah. Er hatte auch seine Weise, sie auszudrücken.

»Wer die Edelvölker der Erde in eine einzige Herde zu bringen trachtet, ist in Gefahr, bald über den verächtlichsten Auskehricht des Menschengeschlechts zu herrschen«; gemeint ist Bonaparte und sind die Bonapartisten, über die der herrschte. Die richtige Kunst der »Völkerzucht« hingegen versteht jeder Landwirt. »Mischlinge von Thieren haben keine echte Fortpflanzungskraft, und eben so wenig Blendlingsvölker ein eigenes volksthümliches Fortleben«.

»Die meisten Menschen sind Kinder der Wollust« – hierin liegt der Mißstand. Die Werkzeuge der Zeugung müssen in die Hand genommen werden. Jahn empfiehlt als Fachliteratur einen Aufsatz »Über die Veredelung des Menschengeschlechts durch die Leitung ihrer Fortpflanzung«, und er empfiehlt Arndts »Fragmente über Menschenbildung«. Er will es wirklich naturkundlich. Schädelmessung macht sich nötig. »Die vergleichende Zergliederung« – was er auszudrücken sich müht, ist: die Analyse der Phänomene; er kann einmal kein Deutsch; die alten Sumerer freilich hätten einfach »Wenn Sie hinschaun« gesagt – , »die vergleichende Zergliederung entdeckte eine bleibende, nachartende Schädelbildung einzelner Völker«.

Von der Romantik, die unter Schlegel eher eine maulende und zersetzende Richtung gewesen war, war unter der Bedingung des erhofften Krieges eine Bejahung gefordert. Für irgendwas, schließlich, muß ein Kampfgeschrei eintreten. Der einzige Wert, den die Romantik je bejaht hatte, war die Auserwähltheit ihrer Führer. Jetzt wurde die Auserwähltheit demokratisiert und das auserwählte Volk behauptet. Diese einmalige Anstrengung der Romantik, eine positive Bestimmung ihrer selbst hervorzubringen, hatte was zum Ergebnis?

Nun ja, den Rassismus.

Walter Grab ist der große Gesamtdarsteller unserer vormarxschen Linken; will man über die Bescheid wissen, wendet man sich an ihn. Walter Grab nun rät mir, in Jahn was Menschliches zu finden. Ich gebe seinen Grund verkürzt, aber nicht verzerrt, wieder. Die Turner, sagt er, trugen einen einheitlichen Anzug aus ungefärbter Leinwand und traten folglich gegen den Unterschied der Stände ein.

Ich bezweifle, ob das aus dem folgt. Jahn, hierfür gibt es beliebig viel Beweisstoff, setzte die Stände als selbstverständlich, und die Stelle, an welcher er gegen ihren Unterschied eingetreten wäre, suche ich vergebens. Nichts an seiner Volksgemeinschaft betrifft wirtschaftliche oder auch nur rechtliche Tatsachen, alles an ihr bleibt Parteitrommelei. Den »Geschlechtsadel« läßt er in seinem Sportvereins-Staat ganz unangefochten, die »niederen Stände« will er zur »Arbeitsliebe und Unthätigkeitsscheu« erzogen wissen.

Der Monarchist Schmalz durchschaut den patriotischen Gleichheitsschwindel sonder Anstrengung: »Sie sprachen von Freiheit, und ließen doch den armen gemeinen Mann gar despotisch an, wo sie etwas zu befehlen hatten«. – Dort, wo die Stände tatsächlich in Bedrängnis waren, in Frankreich, dorthin zielte Jahns unerschütterlicher Haß.

Von Fichte wird gesagt, er verdanke seine Anregungen der französischen Revolution. lch habe jetzt keine Zeit mehr für Fichte, ich benötige seiner hier nicht. Die erste

Männerbrust, aus der Jahn die Milch seiner Denkart gesogen hatte, seine männliche Amme und geliebter Nährvater war Meyern. Und Meyerns »Dya Na Sore« kann beim verdrehtesten Willen nicht als Retourkutsche auf die Revolution gedeutet werden; diese Schweinerei ist vor der Revolution geschrieben.

Grabs Schluß geht so: Die Turner waren alle grau, folglich war Jahn gegen die Stände. Derselbe Schluß, angewandt auf die Jetztzeit, müßte lauten: Die SA-Leute waren alle braun, folglich war Hitler gegen die Klassen.

Viel mehr Skrupel als die Frage, ob in Jahn nicht doch ein Hauch vom Fortschritt wehe, bereitet mir eine andere Frage: Ob es möglich sei, Jahn keinen Nazi zu nennen?

Diese Frage zu bejahen, fordert einem deutschen Schriftsteller alleräußerste Selbstzucht ab. Aber eine gewisse Erziehungsstufe hat unser Jahrhundert ja doch erreicht; sie erlaubt eine klare Antwort. Es ist möglich. Im

wissenschaftlichen Verstand war Jahn kein Nazi. Auch die Germanomanen brachten nichts Bedenklicheres vor als die Sprüche der ständischen Fronde, nur eben mit Schaum vorm Mund.

Jahn will für sein Großdeutschland lediglich die Schweiz, Ostfrankreich, Holland und von Belgien was, ferner Dänemark und Westrußland und dann noch Norditalien – alles, wie wir es ja kennen und wie es bei Fallersleben gesungen steht. Er will die blonden Länder, nicht den Erdball. Er ist kein Imperialist, nur ein Ethnozentrist. Zugegeben freilich: auch der alldeutsche Hund hat keinen schlechten Biß.

Aber in der Hauptsache ging es Jahn um eine starke Grenze gegen den Einfluß der Franzosen; seine Kriegsliebe war beinahe abwehrend und verteidigend. Selbst die Juden verfolgte Jahn eher aus Angst. Sie waren jene Leute, die sich daran schickten, den Grundbesitz zu verbürgerlichen, und die, wie vordem die Pest, jetzt aufgeklärte Keime, Zweifel-Erreger und Spaltgedanken, mit sich schleppten.

Im Imperialismus besorgt der Antisemitismus drei Aufgaben. Beschleunigte Konzentration des Kapitals vermöge der sogenannten Arisierung. Ablenkung vom sozialistischen Klassenkampf vermöge des sogenannten Rassenkampfs. Eröffnung einer volksfestlichen Spielwiese und emotionalen Ersatzbeschäftigung für solche, die während der uneingeschränkten Diktatur der Staatsmonopole doch was mitzupolitisieren haben mögen; die Triebe, kann man sagen, erhalten ein Turngerät. – Von den zwei erstgenannten Gründen der Judenschlächterei kann um 1800 keine Rede sein. Über den dritten läßt sich noch grübeln.

Heine weiß, 1823, daß bei einem Siege der Jahnschen Demagogen »einige tausend jüdische Hälse, und just die besten, abgeschnitten werden«. Die Vorhersage erfüllte sich dann beim Siege der Hitlerschen Demagogen. An irgendwas muß es doch liegen.

An irgendwas muß liegen, daß während der Lektüre des Jahn mir hundert Mal der Hitler einfällt, der mir sonst nie einfällt. Recines Phèdre sagt: »Quelques crimes toujours précèdent les grands crimes«. Ich gebe den Vers in Deutsch: Jedes Schaudervolle hat seine Entstehungsgeschichte. Oder: Kein Schwerverbrecher ohne Vorgänger.

Was Jahns Überbau und Hitlers Überbau als Gemeinsames hatten, war sicher nicht ein gemeinsamer gesellschaftlicher Unterbau. Es war Folgendes. Es war der Umstand, daß in beiden Fällen der Überbau mit dem Unterbau nichts zu tun hatte: daß er der Überbau des gemeinten Unterbaus nicht war.

Ich sagte es, und nicht ohne Vorsatz, schon: Jahns Narrenreich taugte in seiner Unwirklichkeit für keine Klasse, die es gab. Seine Deutschtümelei lief auf halbstarke Tatverherrlichung und intellektuelles Schlägertum hinaus. Jahns Gegner legten den Finger sofort auf diesen Mangel an Gediegenheit. »Dauer in der Gründung ihrer Verfassungen, daran denken sie nicht«, bemerkt Schmalz scharfsinnig. »Sie wollen keinen daurenden Zustand, wollen eigentlich nichts als sich selbst«.

Indem Jahns Entwurf für keine Klasse taugt, taugt er für manch eine. Jeder Schwachkopf und jeder Betrüger kann ihn brauchen. Jeder, der die Dinge im Argen lassen will, in dem sie liegen, greift auf ihn zurück. Die romantische Linke, die romantische Mitte, die romantische Rechte, sie sämtlich haben Verwendung für ihn. Das Naziartige an Jahn ist die beliebige Verfügbarkeit seiner Phrasen.

Saul Ascher hat Jahn ein kleines Buch gewidmet, ich widme ihm diesen kleinen Aufsatz. Viel von dem, was ich erzähle, steht nicht bei Ascher. Er muß es überblättert haben, es war ihm wohl zu dumm. Er nahm Jahns Verkündigung für den Spuk, der sie nur ist. Er verfällt seinem alten Fehler: Er glaubt nicht an Gespenster – und läßt sie weg.

Ascher erkennt an Jahn den Vernunfthaß, den Franzosenhaß, den Judenhaß. Was Ascher richtig darstellt, ist der Schlegel im Jahn.

Was sich Aschers Darstellungsgabe entzieht, ist der Meyern im Jahn.

Wie Vereinzelung in Massenhandlungen sich auslebt, Kastendenken hinter einer undurchführbaren und abschreckenden Behauptung von Gleichheit sich verbirgt, Brauchtum und Väterglauben in staatliche Aufmärsche und nationale Wahnzustände sich so ganz sonderbar verwandeln – derlei paradoxe Apologetik geht tatsächlich schwer zu denken, je redlicher einer denkt, desto schwerer. »Nur Einer sei Herr – der Staat«, sagt Jahn. Armer Staatsfreund Ascher.

Jahn ist mit seiner Leistung nicht wenig zufrieden. »Vergebens wird man sich bemühen, dieser Schrift Feinde zu erwecken, umsonst sie zu verketzern suchen«, so schließt er sein »Volksthum«, so prahlt und droht er. »Alle Weislinge, Wortverdreher, Sinnentsteller von A-Z werden nichts gewinnen, als Aufdeckung ihrer eigenen Erbärmlichkeit, allgemeine Verachtung und unauslöschliche Brandmark-Schande«.

Ascher, räume ich also ein, war diesem Biertisch-Terrorismus begrifflich nicht gewachsen. Wir sollten Ascher die Verharmlosung Jahns zur Ehre anrechnen. Anhänger Bonapartes, der er war, konnte er sich Unterdrückung nicht vorstellen.

Peter Hacks lebt und schreibt in der DDR. Sein Text über »Die Romantik von Reich und Rasse« ist ein Kapitel seines Buches »Ascher gegen Jahn, Ein Freiheitskrieg«, das 1990 im Aufbau-Verlag Berlin/Weimar erscheinen wird.

Kasten Seite 97

Jahn, Friedrich Ludwig,

der sogen. Turnvater, geb. Il. Aug. 1778 zu Lanz bei Wittenberge in der Priegnitz, gest. 15. Okt. 1852 in Freyburg a.d. Unstrut, besuchte, von seinem Vater, einem Prediger, vorgebildet, auch schon frühzeitig in körperlichen Fertigkeiten geübt, 1791 -94 das Gymnasium in Salzwedel, darauf kurze Zeit das zum Grauen Kloster in Berlin. Nach längern Wanderungen durch Deutschland widmete er sich 1796-1800 in Halle (wo er zeitweise wegen seiner Verfeindung mit den Landsmannschaften in einer Höhle bei Giebichenstein lebte), darauf in Jena und 1802 in Greifswald, wo er Arndt kennen lernte, dem Studium und zwar nach seines Vaters Bestimmung der Theologie, betrieb aber bald zumeist sprachliche Studien. Eine Frucht derselben ist seine damals mit Anerkennung aufgenommene Schrift »Bereicherung des hochdeutschen Sprachschatzes, versucht im Gebiete der Sinnverwandtschaft« (Leipz. 1806). Vorher schon war von ihm unter dem Namen Höpffner eine Schrift: »Über die Beförderung des Patriotismus im Preußischen Reiche. Allen Preußen gewidmet« (Halle 1800), erschienen. Nachdem er einige Zeit als Hauslehrer in Neubrandenburg in Mecklenburg gelebt und schon hierbei die Gabe entfaltet hatte, Scharen von Knaben durch Veranstaltung von Spielen und Leibesübungen an sich zu fesseln, ging er 1805 nach Göttingen, brach 1806 nach Ausbruch des Krieges auf, um in das preußische Heer zu treten, erreichte es aber erst nach der Schlacht von Jena und flüchtete mit versprengten Resten bis Lübeck, von dessen Einnahme er Zeuge war. Die nächsten Jahre verbrachte er teils unstet wandernd (unter anderm besuchte er Guts Muths in Schnepfenthal) und den Haß gegen den Feind schürend, teils im Vaterhaus, wo er an seinem »Deutschen Volkstum« (Lüb. 1810; wiederholt, Leipz. 1817; auch in »Meyers Volksbüchern«, das. 1896) arbeitete, das zwar reich ist an absonderlichen und unausführbaren Vorschlägen, aber doch eindringlich die Lehre vom einigen Deutschland predigt und in der Erweckung nationaler Erziehung und eines volkstümlichen Heer- und Staatswesens die Rettung aus der Not der Gegenwart sieht. J. ließ es aber nicht bei den Worten. Nachdem er Ende 1809 nach Berlin gekommen und nach vorübergehender Lehrtätigkeit am Grauen Kloster an der Plamannschen Erziehungsanstalt eine Stelle gefunden, begann er im Sommer 1810 mit Knabenscharen ins Freie zu ziehen und Leibesübungen zu treiben. Mit dem Stamme derselben wurde im Frühjahr 1811 der erste Turnplatz («Turnen« hatte J. diese Gymnastik genannt, anknüpfend an den Namen der alten Turniere, den er für einen echt deutschen hielt) in der Hasenheide eröffnet, wo bei sich mehrendem Zulauf der Jugend und steigender Aufmerksamkeit seitens der Erwachsenen die Übungen geregeltere Gestalt und durch Einführung von Geräten an Umfang gewannen. Zuweilen traten auch anstrengende Wanderungen an ihre Stelle. (. . .) Wohl durfte der eigentliche Zweck dieser Übungen, die Erziehung zur Wehrhaftigkeit, nicht laut werden; aber die jugendlichen Gemüter ahnten, wie J. sagt, verschwiegen, was sie zu erstreben berufen waren. Auch durch den 1810 von ihm und andern gegründeten geheimen Deutschen Bund suchte J. die Befreiung des deutschen Bodens vorzubereiten. 1813 war J. der erste, der Berlin verließ und sich, noch vor des Königs Aufruf an sein Volk, in Breslau als Freiwilliger stellte, und von seinen Turnern zog mit ins Feld, wem es nur irgend Alter und Kräfte erlaubten. J. wurde einer der Werber der Lützowschen Freischar, bei der er dann als Volontäroffizier und (wie im Gefecht von Mölln) Kommandeur des 3. Bataillons stand; doch war auch während des Krieges seine Tätigkeit mehr eine agitatorische. (. . .) Bei dem unbeschränkten Einfluß, den J. auf die sich ihm ergebende Jugend hatte, und bei der Rücksichtslosigkeit und Ungebundenheit seines Auftretens war es kein Wunder, daß die eintretende Reaktion ihren Verdacht auf J. und seine Sache in erster Linie lenkte. Im März 1819 wurde Jahns Turnplatz von der Regierung gesperrt und er selbst im Juli als des Demagogentums verdächtig verhaftet und von Festung zu Festung, zuletzt nach Kolberg geführt. Wenn auch das Breslauer, ihn auf einige unvorsichtige Äußerungen hin zu zweijähriger Festungsstrafe verurteilende Erkenntnis durch das Oberlandesgericht zu Frankfurt a.O. 1825 aufgehoben wurde (...), so beschränkte doch die Regierung sein Aufenthaltsrecht und stellte ihn unter polizeiliche Aufsicht. (...) Nach Friedrich Wilhelms IV. Regierungsantritt wurde J., der schon 1836 wieder nach Freyburg gezogen war, von der polizeilichen Aufsicht befreit, erhielt auch das ihm bis dahin vorenthaltene Eiserne Kreuz. (...) 1848 wurde er von dem Wahlkreis seines Wohnortes in das deutsche Parlament gewählt; aber so sehr sich die Einheitsträume seiner besten Zeit jetzt verwirklichen zu können schienen, so wenig wußte er sich in die neue Zeit zu finden und gehörte nach stark radikalen Anwandlungen schließlich zu den konservativsten Elementen der Versammlung, in der er nur selten, z.B. zur Befürwortung des erblichen Kaisertums mit preußischer Spitze, das Wort ergriff. Innerlich gebrochen und um einen guten Teil seiner Popularität, auch in turnerischen Kreisen, gebracht, kehrte er nach Freyburg zurück. (...) Jahns großes patriotisches Verdienst kennzeichnet am besten der Ausspruch in einem Bericht der Bundestagskommission, daß er es sei, »der die höchst gefährliche Lehre von der Einheit Deutschlands aufgebracht habe«. Sein »Deutsches Volkstum« und seine ganze Tätigkeit bis zu seiner Verhaftung gaben ihm allerdings das Recht, sich hieran ein wesentliches Verdienst zuzuschreiben, und wenn sein Deutschtum in einem stark entwickelten preußischen Patriotismus und dazu in entschiedenem Franzosenhaß seinen stärksten Rückhalt fand, so entspricht das doch nur dem Verlauf unsrer Einheitsbewegung. J. ist auch der eigentliche geistige Urheber der Burschenschaft. Auch seine Bemühungen um unsre Sprache sichern ihm, wenn ihnen auch die feste wissenschaftliche Grundlage fehlt, das Verdienst, die Ergiebigkeit der Mundarten für die Bereicherung der Schriftsprache erkannt und durch

zahlreiche lebensfähige Wortschöpfungen, besonders auf dem Gebiete der Turnkunst, gezeigt zu haben. Auch erhebt sich seine Sprache trotz unverkennbarer selbstgefälliger Künstelei doch nicht selten, wie z.B. in den bekannten Worten auf K.F. Friesen, zu wahrhaft klassischer Schönheit. Die nachhaltigste Erinnerung sichert ihm die Turnkunst. Nicht nur, daß er durch Einführung von Geräten die Entwickelung einer großen Übungsmannigfaltigkeit anbahnte, er hat durch den engen Zusammenhang, den er seinen turnerisch-erzieherischen Bestrebungen mit dem nationalen Gedanken und Bedürfnis zu wahren wußte, und durch die begeisternde Gewalt seiner Persönlichkeit dem Turnen erst seine bleibende Stätte in Deutschland gesichert. (...)

Aus: Meyers Großes Konversations-Lexikon, 6. Auflage, 10. Band, Leipzig und Wien 1908, S. 147-149

konkret 10/89, S. 100

Hermann Peter Piwitt

Piwitts kleines Feuilleton

War der Sozialismus innerhalb des ubiquitär herrschenden Reichs des

Bösen der bislang stärkste Reformschub seit Jesu Christi? Oder haben Sozialisten es einfach nur nicht geschafft, das dominant Miese an der Bedürfnisstruktur des Menschen für ihre Sache dauerhaft zu erwärmen? Fragen, die im Raum stehen. Dumm herum.

Wie man Fragen *an sich* vorbildlich beantwortet (oder nicht) hat im August, konfrontiert mit den saudummen des »FAZ«-Magazins, für alle Zeiten ein bißchen unvergleichlich vorgemacht Sir John Gielgud, gleichzeitig beweisend, daß Klarheit sich oft erst dann in einem Kopf ausbreitet, wenn infolge fortgeschrittenen Alters alle bestechlichen unter den Neuronen weggeräumt sind:

Ihre Lieblingsblume? Alle.

Ihr Lieblingsvogel? Alle.

Welche militärische Leistung bewundern sie am meisten ? Keine.

Ihr Traum vom Glück? – .

Was möchten Sie sein? – .

Was verabscheuen Sie am meisten? Dumme Fragen!

*

Seinetwegen nicht, sagt er. Und dabei guckt er gar nicht so unternehmer-lustig

wie die DDR-Disco-Tussies und -Fuzzies, die mit ihm von Ungarn rüber... Seinetwegen nicht; schließlich habe er Haus und Garten und eine gute Arbeitsstelle zurückgelassen. Und viele, viele Freunde. Seinetwegen nicht; aber die Kinder...

Und dabei hatten sie – den großen Nicolas Born zu zitieren – es doch später immer einmal besser haben wollen als die Kinder. . .

*

Wie kaputt die Fassaden, wie heruntergekommen alles sei bei ihnen, wie einförmig. . . Ocker in ocker? Nein, grau in grau; denn die da klagen, sind DDR-Flüchtlinge, und sie erzählen von drüben, nicht von Rom. Von Rom träumen sie. Heiner Müller, aus einer Fernsehsendung nach dem Gedächtnis zitiert:

Oberbayern... Wenn ich an Oberbayern denke, wo ich kürzlich war. Eine Gegend, blankgeputzt und wie gemalt. Nicht ein leidlich kaputtes Haus. Wie kaputt muß einer sein, der sich da wohlfühlt!

*

»Das Reizvolle an der liberalen Ordnung der Wirtschaftswelt«, schrieb der »Spiegel« vor einem Jahr in Nr. 39/88, »ist, daß, anders als in der Kolonialzeit, Gewalt nicht mehr angewendet werden muß. Es läuft alles von selbst. Die Kräfte des Marktes besorgen die Geschäfte der Wohlhabenden.«

Der Ideologie des sogenannten »freien« Welthandels dürften um ein Vielfaches mehr an Menschen geopfert worden sein, als unter Stalin starben. Weil aber auch die Presse so frei ist, spricht es sich nicht herum.

Nicht besser informiert scheinen DDR-Bürger zu sein. Oder hassen sie uns vielleicht wegen des niedrigen Kaffeepreises, den wir auf dem Weltmarkt erpressen?

Nein, es verlangt sie, unser würdeloses, schäbiges Leben als Nutznießer der herrschenden Terms of Trade zu teilen; und – so sie jung sind – sich womöglich der Zeitgeist-Generation zuzugesellen, der bislang verludertsten seit jener, die auf den Reichsparteitagen der 30er Jahre ihren unwiderstehlichen life-style entfaltete.

Wer in diesen Monaten die News in den westdeutschen Fernsehsendern verfolgt, muß annehmen, daß auf der Erde – von Umwelt-Unfällen und Drogengeschichten abgesehen – nichts mehr passiert außer, was sich ins Wunschbild vom Zusammenbruch des Sozialismus fügt. Zwar verrecken oder siechen dahin Zig-Millionen wie eh und je nach Maßgabe des Weltmarktes, aber ihr Vegetieren scheint, ohne Neuigkeitswert und angesichts des nahen Endsiegs, weniger denn je von der Qualität des Tatsächlichen. Die Politik des IWF, wo die BRD, an 3. Stelle unter den Industrieländern, 6 Prozent hält, produziere in der 3. Welt ständig ein Heer von Verlierern mit Endstation Müllhalde, schrieb der »Spiegel« in der genannten Nummer. Und daß die EG, so wie sie – den Armen die Exportpreise verderbend – ihre tollwütige Überproduktion zu

Dumpingpreisen auf dem Weltmarkt absetzt, ein Mitverursacher des Hungers auf der Welt sei, lese ich in der »DVZ«, Westdeutschlands bester Wochenzeitung. Und das leuchtet sogar einem Dichter ein, der sonst nicht mal beim Krämer mit dem Wechseln klarkommt.

Aber daß das nun alles Futter wäre für die DDR, wie man meinen möchte, und *ihr* Fernsehen? Husten. Gut, da ist der eine, altritterliche Eduard von Schnitzler. Aber wo sind die lässigen, faktensouveränen Marketing-Strategen, die den kompakten Propagandafeldzug aus dem Westen derzeit zu kontern verstünden? Statt ihrer: Varieté. Zirkus. Die ewigen alten Nazi-Lustspielfilme. »Du und Dein Garten«. »Medizin nach Noten«. »Du und Dein Haustier« »Haps«, d.i. Haushaltsalltag praktisch serviert – so als sei Sozialismus, obschon in Schwierigkeiten, bereits das Leben selbst. Tatsächlich kann von einer politischen Bevormundung durchs Fernsehen der DDR keine Rede sein, nur noch von politischer Vernachlässigung. Gut, bessere Argumente mögen das Letzte sein, worauf Menschen hören; aber, immerhin, man hätte sie. Nur, die bittere Not, sie endlich aufzufrischen, verspürt man offenbar nicht. Und so bleibt die Wahrheit zur Hand allenfalls noch als alte Phrase. Wie jenem hohen Regierungsvertreter, der, im August, mit dem Vorsatz, den Anwohnern der Werra Trost zu spenden, die in der Nacht zuvor von jenseits der Grenze unter Feuer genommen worden waren, es schaffte, »Kommunismus«, »Kapitalismus«, »Militarismus« und »Rassismus« in einem einzigen Satz zu beschwören, dergestalt, daß man nicht hätte sagen mögen, was die vor der Kamera weinende Frau, der man eben Fenster und Einrichtung zerschossen hatte, mehr verstörte: der überstandene Überfall oder dieser Genosse mit dem leeren Stroh, das er drosch.

Es ist das gleiche Stroh, weshalb an dieser Stelle vor 14 Jahren der »UZ«, Zeitung der DKP, heimgeleuchtet und 1988 zum »Entwurf Bundesrepublik Deutschland 2000« derselben Partei geschwiegen wurde, aus Rest-Mitleid.

*

Der Italiener Andreotti, mal wieder Ministerpräsident, verkörpert jenen Typus von Politiker, dem das Volk vertraut wie die Hyäne dem Löwen. Hier, sagt es sich, ist er, der Mann, bei dem wir sicher sein können, daß er für sich selbst soviel beiseite bringt, daß für uns immer noch genug abfällt.

Würde mich nicht wundern, wenn der ungarische »Reformkommunist« und Staatsminister Pozsgay, wenn ich ihn mir so rundum im »Spiegel« anschaue, aus eben demselben Grund alsbald zum Hoffnungsträger der Magyaren würde.

*

Daß Geisteswissenschaftler oft kein Deutsch könnten und diesen Mangel beständig an ihre Studenten weitergäben, stand hier, an dieser Stelle, schon mal geschrieben. Nähern sie sich nur einem Textbeispiel »hoher« Literatur, alsbald begeben sie sich ihrerseits auf Stelzen. Und daran wird sich wohl auch kaum etwas ändern, solange es das Höchste der Gefühle bleibt, etwas auf den Begriff zu bringen. Und Wissenschaftler eben *den* Teil des Satzes gering achten, der darin die eigentliche Arbeit macht: das Tätigkeitswort.

Eine rühmliche Ausnahme macht der Stuttgarter Germanist Volker Klotz. Das mag an den von ihm bevorzugten »niederen« Sujets *auch* liegen: Schwank, Operette, Abenteuerroman, Märchen. Wie auch immer: Sein analytisches Besteck ist so geschliffen wie die Hand leicht, die es führt.

Was hat es auf sich mit den genannten Gattungen, als »trivial« oder »vorliterarisch«, wie sie gemeinhin gelten? Ist der Abenteuerroman (Sue, Dumas, Verne, May etc.) nur Ersatz für falsches Leben oder hält er den Hunger nach dem richtigen wach? Tilgt er das Verlangen nach Gerechtigkeit, das er weckt, immer auch schon restlos in der Fiktion? Oder läßt er dem Leser einen Rest davon für die Würglichkeit? Der Rächer der Enterbten: darf er in Film und Roman, wofür wir ihn hier und heute als Terroristen verfolgen würden; und das umso unerbittlicher, als er sich Freiheiten herausnimmt, die wir uns selbst verbieten? Wenn in Operetten der Sieger die Frau des Besiegten, der Mann der überlegenen Zivilisation (Wien, Berlin) die Polin, die Ungarin oder das Schwarzwaldmädel erobert, und der männliche Exot (»doch wie's darin aussieht...«) guckt in die Röhre: heißt das, daß das Archaische und das Exotische, wovor Adorno warnte, allemal nicht kunstfähig sind? Oder gedeihen gerade erst kraft räumlicher oder zeitlicher Entrückung der Operette die vorlauten, quicklebendigen und womöglich subversiven Träume, die sie *auch* ausmachen, ihr Spott, ihre Tollheiten, ihr trunkener Witz?

Volker Klotz: »Bürgerliches Lachtheater« und »Abenteuerroman« (beide »Rowohlts Enzyklopädie«): Hier ist fröhliche Wissenschaft vom Besten. So wahr der Ungarn Leidenschaft noch schärfer ist als Gulaschsaft und der Branntwein in jedem Land fein schmeckt, ob an der Wolga, Düna, Njemen. . .

Dazu, in Vorbereitung: »Operette. Porträt und Handbuch einer unerhörten Kunst«.

Sie wird so unerhört nicht bleiben, dessen bin ich sicher. Nur der Zeitgeist ist halt immer ein bißchen hinterher.

konkret 10/89, S. 102

Christoph Türcke

Hölzernes Eisen

Zur Geistlosigkeit gegenwärtiger Nietzsche-Rezeption gehört, Nietzsche durch eine »rechte« oder linke« Lesart politisch einzuordnen, ihn als Vorläufer des Faschismus oder Sympathisanten des Sozialismus abzuheften – damit das unerhörte Ärgernis, das sein Denken darstellt, ja nicht geistig produktiv werde. Dagegen wendet sich Christoph Türcke. Im November 1989 erscheint im Fischer Taschenbuch Verlag sein Buch »Der tolle Mensch. Nietzsche und der Wahnsinn der Vernunft«. Wir bringen – vom Autor für den Vorabdruck bearbeitete – Auszüge daraus.

»Wir, die wir in der Sumpfluft der fünfziger Jahre Kinder gewesen sind, (...) können gar nichts andres sein als Revolutionäre – wir werden keinen Zustand der Dinge zugeben, wo der *Mucker* obenauf ist.« Man reibt sich die Augen – aber das steht tatsächlich bei Nietzsche. Freilich verlangt die Revolution, wie *er* sie versteht, vor allem nach *»neuen Philosophen«,* »nach Geistern, stark und ursprünglich genug, um (...) 'ewige Werte' umzuwerten, umzukehren; nach Vorausgesandten, nach Menschen der Zukunft«, um »jener schauerlichen Herrschaft des Unsinns und Zufalls, die bisher 'Geschichte hieß, ein Ende zu machen«, und Nietzsche wähnt sich als den Anfang dieses Endes, als den Vorausgesandten schlechthin.

Wer das nicht sieht, begreift auch nicht, daß Nietzsches Haß auf den Sozialismus – revolutionärer Impuls ist. Nicht daß da alles auf den Kopf gestellt wird, ist sein Vorwurf, sondern daß das, was ohnehin schon ist, auch noch die Krone aufgesetzt bekommt. »Der Sozialismus – als die zu Ende gedachte *Tyrannei* der Geringsten und Dümmsten, d.h. der Oberflächlichen, Neidischen und der Dreiviertels-Schauspieler – ist in der Tat die Schlußfolgerung der 'modernen Ideen' und ihres latenten Anarchismus«. Nietzsches Affekt gegen den Sozialismus vereinigt grobe Diffamierung und subtilen Blick, konzentriert sich, wie mit Scheuklappen, ganz auf das, was er für den sozialistischen Typus hält – »einstweilen noch die kurzsichtigste, vielleicht ehrlichste, jedenfalls lärmendste Art Mensch, die es heute gibt« – und macht dabei Entdeckungen, die es leider sehr in sich haben. »Dreiviertels-Schauspieler«: eine hämische Bezeichnung, die gleichwohl Heikelstes trifft. Hat je jemand als Sozialist oder Anarchist Profil gewonnen, ohne Agitator zu sein? Kann aber einer Agitator sein und bar all der Züge, die Nietzsche am Priester, am Demagogen, am Missionar, am Schauspieler ausfindig gemacht hat? Und zwingt ihn nicht die Lage der Unterdrückten, zu taktieren, zu konspirieren, zu kalkulieren, Kompromisse zu schließen und Abstriche zu machen, die eigenen Zweifel an der guten Sache zu unterdrücken und sie den Unterdrückten auszureden? Und gesteht er, wenn er von der Notwendigkeit politischer Agitation oder Propaganda spricht, nicht ein, daß es sich so verhält? So daß er den »Punkt der Ehrlichkeit beim Betruge«, jene Höhe der Schauspielerei, auf der man selbst glaubt, was man spricht, gar nicht mehr erst erreicht und seine Ehrlichkeit darin besteht, das zuzugeben, sein Lärmen darin, es zu übertönen, seine Kurzsichtigkeit darin, dies beides für vereinbar und dem Aufbau einer freien Gesellschaft für zuträglich zu halten?

Nietzsches böse Ahnung liest sich ein halbes Jahrhundert später, durch Stalinismus und Faschismus zur bittersten Erfahrung geworden, so: »Propaganda für die Änderung der Welt, welch ein Unsinn! Propaganda macht aus der Sprache ein Instrument, einen Hebel, eine Maschine. Propaganda fixiert die Verfassung der Menschen, wie sie unterm gesellschaftlichen Unrecht geworden sind, indem sie sie in Bewegung bringt. Sie rechnet damit, daß man mit ihnen rechnen kann. Im tiefsten weiß jeder, daß er durch das Mittel selber zum Mittel wird wie in der Fabrik. Die Wut, die sie in sich spüren, wenn sie ihr folgen, ist die alte Wut gegen das Joch, durch die Ahnung verstärkt, daß der Ausweg, den die Propaganda weist, der falsche ist. Die Propaganda manipuliert die Menschen, wo sie Freiheit schreit, widerspricht sie sich selbst. Verlogenheit ist unabtrennbar von ihr. Die Gemeinschaft der Lüge ist es, in der Führer und Geführte durch Propaganda sich zusammenfinden, auch wenn die Inhalte als solche richtig sind. Noch die Wahrheit wird ihr ein bloßes Mittel, zum Zweck Anhänger zu gewinnen, sie fälscht sie schon, indem sie sie in den Mund nimmt. Deshalb kennt wahre Resistenz keine Propaganda. Propaganda ist menschenfeindlich.« So Horkheimer und Adorno in der Dialektik der Aufklärung.

Das ist schlagend, demonstriert zudem, was es heißt, Nietzscheschem Denken eine produktive Wendung statt bloß ein Echo zu geben – und provoziert dennoch einige an Nietzsche geschulte Fragen: Wenn »ein ehrlicher und reiner Trieb zur Wahrheit« nicht existiert, wenn Erkenntnis ein Prozeß der Selbstdisziplinierung und Selbstprägung ist, der ohne äußere und innere Gewalt, d.h. irgendeine Art von Erziehung nicht abgeht – ist dann nicht jeder Erzieher, dem Kants berühmte Frage »Wie kultiviere ich die Freiheit bei dem Zwange?« am Herzen liegt, ein »Dreiviertels-Schauspieler«, ein Agitator im kleinen, der nicht sagen darf, »was er selber denkt: sondern immer nur, was er im Verhältnis zum Nutzen dessen, den er erzieht, über eine Sache denkt. In dieser Verstellung darf er nicht erraten werden«? Steckt nicht unweigerlich etwas von der Lüge, die in der Propaganda systematisch und skrupellos wird, schon in jedem Erziehungsprozeß? Hätte die sozialistische Bewegung, die durch Propaganda nie zu einer freien Gesellschaft führen wird, ohne Propaganda je zur Bewegung werden können?

Wenn zum Typus des Sozialisten die Agitation gehört und er einen gewissen priesterlich-missionarischen Zug folglich nicht los wird, so ist nach Nietzsches Maßstäben auch sein Atheismus kein ernstlicher: nur ein zur Schau getragener. Auch für

ihn ist Gott nicht wirklich tot, sondern in Ideale verwandelt, und Ideale sind allesamt Götzen: Ausdruck eines Machtwillens, der sich selbst nicht wahrhaben mag, der sich selbst verhüllt, indem er sich mit höherer Weihe umgibt, sich mit so schönen Namen wie »Gott« oder »das Gute« schmückt. Und gegen sozialistische Ideale ist Nietzsche besonders allergisch. »Wie mir die Sozialisten lächerlich sind mit ihrem albernen Optimismus vom 'guten Menschen', der hinter dem Busche wartet, wenn man nur erst die bisherige 'Ordnung' abgeschafft hat und alle 'natürlichen Triebe' losläßt.« »Deshalb ist der Sozialismus im ganzen eine hoffnungslose säuerliche Sache: und nichts ist lustiger anzusehn als der Widerspruch zwischen den giftigen und verzweifelten Gesichtern, welche heute die Sozialisten machen – und von was für erbärmlichen gequetschten Gefühlen legt gar ihr Stil Zeugnis ab ! – und dem harmlosen Lämmer-Glück ihrer Hoffnungen und Wünschbarkeiten.«

Nietzsche hält es nicht für nötig, zu verraten, an welche Gesichter er da im einzelnen denkt. »Die« Sozialisten bleiben eine anonyme Gruppe, und wenn doch ein Name fällt, so ist es der »Berliner Rache-Apostel Eugen Dühring, der im heutigen Deutschland den unanständigsten und widerlichsten Gebrauch vom moralischen Bum-Bum macht«, »an dessen Tönen sich im heutigen Deutschland eine bisher noch schüchterne, noch uneingeständliche Spezies 'schöner Seelen' berauscht, die *species anarchistica* innerhalb des gebildeten Proletariats«. Ausgerechnet Dühring, dessen Phrasen-Philosophie und Spießbürgervision, wie eine weiterhin kapitalistisch produzierende Menschheit in einen neuen Naturzustand namens Sozialismus hineinschlittern werde, heute mit Recht nur noch aus Engels' »Anti-Dührung« bekannt ist – soll für *den* Sozialismus geradestehen!

Man ist geneigt, für solchen Fehlgriff mildernde Umstände walten zu lassen: Nietzsche habe von Marx und der Kritik der politischen Ökonomie nichts gewußt. Aber wissen wir das? Der Spürsinn eines Nietzsche, geleitet vom Wahlspruch »Nitimur in vetitum«, dieser Riecher fürs Verbotene, Abwegige, Extreme, sollte von der Existenz, der Dühring-Kritik, der Radikalität, der schriftstellerischen Brillanz eines Marx und Engels, worin nichts von gequetschten Gefühlen, aber viel von Nietzscheschem Ekel am Moralisieren ist – durch nichts in der Welt Wind bekommen haben? Es sollte nicht gerade dieser Spürsinn gewesen sein, der hier die Berührung mit einem allzu Verwandten im Feindlichen ahnungsvoll vermied und so verfuhr, wie Nietzsche es andernorts offen von sich sagt: »eine Art Selbst-Vermauerung gehört zu den ersten Instinkt-Klugheiten der geistigen Schwangerschaft«?

Das Paradoxe nur: Gerade indem er sich gegen die authentischen Sozialisten vermauert und vom Sozialismus eine Karikatur zeichnet, treibt Nietzsche grell heraus, woran sozialistische Theorie und Praxis bis heute laboriert. Einem, der derart tief in die animalischen Abgründe menschlichen Denkens gesehen und noch im zartesten Erkennen einen »Tropfen Grausamkeit« erspürt hat, kann man selbstverständlich nicht weismachen, durch Abschaffung der bestehenden Ordnung werde das aufhören und der Mensch sich so entpuppen, wie die Natur ihn immer schon gemeint habe: als gut, nett und lieb. Nun hat Marx solche Plattheiten auch nie vertreten. Im Kommunistischen Manifest heißt es: »Bedarf es tiefer Einsicht, um zu begreifen, daß mit den Lebensverhältnissen der Menschen, mit ihren gesellschaftlichen Beziehungen, mit ihrem gesellschaftlichen Dasein, auch ihre Vorstellungen, Anschauungen und Begriffe, mit einem Worte auch ihr Bewußtsein sich ändert?« »Man spricht von Ideen, welche eine ganze Gesellschaft revolutionieren; man spricht damit nur die Tatsache aus, daß sich innerhalb der alten Gesellschaft die Elemente einer neuen gebildet haben, daß mit der Auflösung der alten Lebensverhältnisse die Auflösung der alten Ideen gleichen Schritt hält. Als die alte Welt im Untergehen begriffen war, wurden die alten Religionen von der christlichen Religion besiegt. Als die christlichen Ideen im 18. Jahrhundert den Aufklärungsideen unterlagen, rang die feudale Gesellschaft ihren Todeskampf mit der damals revolutionären Bourgeoisie.«

Die Geschichte liefert also selbst den Beweis: Es ist möglich, daß bereits im Alten sich das Neue formiert und aus dessen Verfall die Kraft zieht, es ganz zu überwinden. Die Elemente des Neuen, wie die in sie verwickelten realen Menschen sind dabei selbstverständlich sowohl materiell als auch geistig bestimmt, üble Nachrede also, Marx zufolge hinke das Bewußtsein den materiellen Entwicklungen hinterher. Und doch würde Nietzsche gegen den Marxschen Geschichtsbeweis einwenden: Die fortgesetzten Umwälzungen, die er anführt, sind lediglich das fortgesetzte Aufbegehren der sklavischen Naturen, der Minderen und Schlechtweggekommenen, die mit jeder Revolution bloß mehr von ihrer Rachsucht, Feigheit, Verschlagenheit nach oben gebracht haben. Daher sind die Herrschenden bis auf wenige Ausnahmen nur die hochgespülte Minderwertigkeit. Der fortgesetzte Sklavenaufstand, den die Geschichte darstellt, ist gerade – das Herrschaftskontinuum. Das Neue darin war nie wirklich das Neue, sondern immer nur eine Variante des Alten. Hätten doch die Antikommunisten, die Marx zitiert, recht: »Der Kommunismus (...) schafft die ewigen Wahrheiten ab, er schafft die Religion ab, die Moral, statt sie neu zu gestalten, er widerspricht also allen bisherigen geschichtlichen Entwicklungen.«

Nein, er setzt sie fort, wäre Nietzsches Argument, produziert vielleicht heimlichere, verstecktere, verstelltere Moral und Religion, macht aber gerade so alles andere als Schluß mit der elementaren Unwahrhaftigkeit, die noch in jeder Idealbildung steckt, macht alles andere als ernst mit dem Tod Gottes. Weil besagte Antikommunisten unrecht haben, fürchten sie den Kommunismus zu recht. Während Marx sagt: Weil sie mit ihrem Verdacht recht haben, haben sie kein Recht, die kommunistische Revolution zu fürchten. Deren Qualität ist gerade, »daß in ihrem Entwicklungsgange am radikalsten mit den überlieferten Ideen gebrochen wird« .

Für Nietzsche nicht genug. Er ist radikaler als Marx – in dem Maße, wie er es sich einfacher macht. Er begnügt sich mit dem durchdringenden Blick auf den Typus Mensch, in dem sich die moderne Gesellschaft niederschlägt, statt deren politisch-ökonomisches Geflecht zu studieren, ist aber in dieser Beschränktheit weitsichtiger. Was er im Typus des Sozialisten heraufkommen sieht, gibt ihm die Entschiedenheit für ein Urteil, für das Marx auf seine Weise zahlreiche Belege liefert und das er gleichwohl nicht hat fällen wollen. Es ist gerade Marx, der die korrumpierende Wirkung der kapitalistischen Produktionsweise auf die in ihre Mühlen geratenen Individuen vorbehaltlos darstellt und sich nicht darüber täuscht, wie sehr selbst »eine kommunistische Gesellschaft«, die »aus der kapitalistischen *hervorgeht«,* »noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt«, und zwar »in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig«. Und dennoch sieht er, der nicht Typen errät, sondern Verhältnisse analysiert, auch die Gegenkräfte, die die kapitalistische Produktionsweise gegen sich selbst mobilisiert, und schöpft daraus Hoffnung: »Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. Unveränderte Beibehaltung der alten Produktionsweise war dagegen die erste Existenzbedingung aller früheren industriellen Klassen. Die fortwährende Umwälzung der Produktion, die ununterbrochene Erschütterung aller gesellschaftlichen Zustände, die ewige Unsicherheit und Bewegung zeichnet die Bourgeoisepoche vor allen anderen aus. Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neu gebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.«

Und dieses hoffnungsvolle Gezwungen-Sein, das so ganz in Nietzsches Sinn ist – »man muß es nötig haben, stark zu sein: sonst wird mans nie«. »Den höchsten Typus freier Menschen hätte man dort zu suchen, wo beständig der höchste Widerstand überwunden wird: fünf Schritte weit von der Tyrannei, dicht an der Schwelle der Gefahr der Knechtschaft« – versetzt Nietzsche mit einem großen Fragezeichen. Werden die modernen Menschen den Zwang, »ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen«, aushalten? Ein Blick auf ihren Typus sagt ihm: Sie werden es nicht. Sie müßten »alle krankhaften Züge des Jahrhunderts haben, aber ausgleichen in einer überreichen plastischen wiederherstellenden Kraft.« Dies ist Nietzsches Definition des starken Menschen. Es wäre genauso die Definition einer erfolgreichen sozialistischen Bewegung. Nietzsche ist sich gewiß daß der moderne Mensch, eingespannt in die Zwänge einer universalen Abstraktion, »hundert Rücksichten gebend und nehmend«, nicht jener starke Mensch ist, der da kommen müßte, um die »größte und unheimlichste Erkrankung« der Menschheit zu heilen. So ist er über den Sozialismus entschieden, längst ehe die geschichtliche Wirklichkeit – vorerst jedenfalls – über ihn entschied. »Freie Gesellschaft? Ja! Ja! Aber ihr wißt doch, ihr Herren, woraus man die baut? Aus hölzernem Eisen!«

Die Umwälzungsbedürftigkeit der Verhältnisse und die Unfähigkeit des in sie verstrickten Menschenschlags, sie umzuwälzen: Nietzsche leidet an beidem gleichermaßen. Der Schmerz darüber bricht aus und verbirgt sich – im Haß gegen die Sozialisten. Daß ihr Verbalatheismus mit dem Tod Gottes nicht ernst macht, verraten sie durch ihren Optimismus: das »Lämmer-Glück ihrer Hoffnungen und Wünschbarkeiten«. Auch hier wieder: Nietzsche treibt das Problem heraus, indem er karikiert, was in authentischer sozialistischer Theorie »freie Gesellschaft« heißt. Bei Marx gibt es keine Schäfer-Idylle, im Spätwerk nicht einmal mehr den Anflug davon. Selbst in der berühmten »höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen« und die Parole gilt: »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« – selbst in dieser Phase, die schon für Marx sehr fern liegt und inzwischen viel ferner gerückt ist, ist »das wahre Reich der Freiheit« eines, das nur auf dem »Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann« und von den Menschen verlangt, daß sie »ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen«. Kein »Lämmer-Glück«, sondern eines, das aus der solidarischen Meisterung der Lebensprobleme entspringt und in ihr nicht aufgeht, eines, das sich in der allseitigen Entwicklung der Individuen manifestiert, allerdings in der *aller* Individuen.

Und letzteres ist für Nietzsche eine Denkunmöglichkeit. Entwicklung aller geht nur auf Kosten aller, ergibt unweigerlich allgemeine Nivellierung, Mittelmäßigkeit, Anonymität. Jedes Kollektivglück läuft auf ein »Lämmer-Glück« hinaus: »man schwärmt jetzt überall, unter wissenschaftlichen Verkleidungen sogar, von kommenden Zuständen der Gesellschaft, denen 'der ausbeuterische Charakter' abgehn soll – das klingt in meinen Ohren, als ob man ein Leben zu erfinden verspräche, welches sich aller organischen Funktionen enthielte. Die 'Ausbeutung' gehört nicht einer verderbten oder unvollkommnen und primitiven Gesellschaft an: sie gehört ins *Wesen* des Lebendigen, als organische Grundfunktion«. »Leben selbst ist *wesentlich* Aneignung, Verletzung, Überwältigung des Fremden und Schwächeren, Unterdrückung, Härte, Aufzwängung eigner Formen, Einverleibung und mindestens, mildestens, Ausbeutung«.

Und Hand aufs Herz: Wird eine noch so rationelle Regelung des menschlichen Stoffwechsels mit der Natur diese Nietzschen Bestimmungen des Lebens ganz los? Stecken sie nicht allesamt schon in der harmlosesten Gewinnung der

Lebensmittel, der Verwandlung von Getreide in Brot, von Beeren in Kompott, von Wasser in Tee, von Bäumen in Bretter, von Schweinen in Steaks? Stecken sie nicht ebenso in jedem Erziehungsprozeß, der auch unter günstigsten Bedingungen nicht aufhört, ein Disziplinierungsprozeß des Tiers im Menschen zu sein, der erst einmal, und nie ohne Gewalt, die Fähigkeiten und Bedürfnisse formen muß, denen eine optimal organisierte Gesellschaft . vielleicht zur ungehemmten Entfaltung und Befriedigung verhelfen könnte? Und bleibt nicht selbst einer solchen Gesellschaft das Leiden an der Gebrechlichkeit, der Schrecken des Todes? Hat nicht Horkheimer recht, daß »die Erde, auch wenn die Gesellschaft in Ordnung wäre, das Grauen bleibt«?

Die »Selbst-Vermauerung« gegen solche Fragen »gehört zu den ersten Instinkt-Klugheiten« – der Kritik der politischen Ökonomie. Wer so fieberhaft wie Marx an der geistigen Durchdringung der kapitalistischen Gesellschaft um ihrer Umwälzung willen arbeitet, muß diese Fragen wegschieben und ihre Beantwortung aussetzen, bis die Gesellschaft »in Ordnung« ist – allein schon um die eigene Arbeitskraft und die sozialistische Bewegung nicht zu lähmen. Nietzsche hingegen *kann* diese Fragen nicht wegschieben, denn für ihn ist klar: Die sozialistische Bewegung *ist* lahm, unfähig, das bestehende Herrschaftskontinuum aufzubrechen, hölzernes Eisen in doppeltem Sinn: Sie hat ein Ziel, das sie nicht erreichen kann – und das, *wenn* sie es erreichte, keines wäre; denn es brächte gar nicht wirklich Erlösung von dem, woran die Menschheit im Tiefsten krankt.

Nietzsche ist der Stachel in jeder sozialistischen Utopie. »Sich gegenseitig der Verletzung, der Gewalt, der Ausbeutung enthalten, seinen Willen dem des andern gleichsetzen: dies kann in einem gewissen groben Sinne zwischen Individuen zur guten Sitte werden, wenn die Bedingungen dazu gegeben sind (nämlich deren tatsächliche Ähnlichkeit in Kraftmengen und Wertmaßen und ihre Zusammengehörigkeit innerhalb *eines* Körpers). Sobald man aber dies Prinzip weiter nehmen wollte und womöglich gar als G*rundprinzip der Gesellschaft, so* würde es sich sofort erweisen als das, was es ist: als Wille zur *Verneinung* des Lebens«.

Das ist Nietzsches Version des Gedankens, das »Reich der Freiheit« könne nur auf dem »Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühn« – mit Marx konform und unvereinbar zugleich. Denn nach Nietzsche können die, die es sich »in einem gewissen groben Sinne« »zur guten Sitte« machen, sich wechselseitiger Gewalt und Ausbeutung zu enthalten, immer nur eine Minderheit hervorragender, starker Menschen sein, die »mit gutem Gewissen das Opfer einer Unzahl von Menschen hinnimmt, welche *um ihretwillen zu* unvollständigen Menschen, zu Sklaven, zu Werkzeugen herabgedrückt und vermindert werden müssen. Ihr Grundglaube muß eben sein, daß die Gesellschaft *nicht* um der Gesellschaft willen da sein dürfe, sondern nur als Unterbau und Gerüst, an dem sich eine ausgesuchte Art Wesen zu ihrer höheren Aufgabe und überhaupt zu einem höheren *Sein* emporzuheben vermag«.

Ehe man sich darüber entrüstet, erwäge man, wie konsequent es gedacht ist. Wenn es Leben nicht ohne »Überwältigung des Fremden und Schwächeren, Unterdrückung, Härte, Aufzwängung eigner Formen« gibt, dann gibt es Leben nicht ohne Sklaverei. Daran ist nicht zu rütteln, der blinde Fleck in Nietzsches Illusionslosigkeit einzig das konstante Ignorieren der Chance, die die bürgerliche Gesellschaft eröffnet: den überwältigenden Anteil der Sklavenarbeit denen zu überlassen, denen sie nicht wehtut: den Maschinen. Weil Nietzsche auf den Typus schaut und kaum auf die Produktionsverhältnisse, nimmt er den modernen Menschen, diesen Sklaven anonymer Zwänge und Abstraktionen, zwar als das »Anhängsel der Maschine« (Marx) wahr, zu dem ihn die Lohnarbeit macht, nicht aber die Möglichkeit, die in großer Industrie prinzipiell steckt: daß die Menschen die Maschinen nicht »bedienen«, wie die Umgangssprache es verräterisch nennt, sondern beherrschen, an ihnen nicht verschlissen, sondern zu Gebietern über ihre Lebensverhältnisse werden und sich *allesamt* »gegenseitig der Verletzung, der Gewalt, der Ausbeutung« »in einem gewissen groben Sinne« »enthalten« können, weil »die Bedingungen dazu gegeben sind«.

Der Möglichkeit nach ist die Maschinerie der einzig humane Sklavenstand. Ohne ihn ist Freiheit stets ein durch gesellschaftliche Hierarchie erkaufter Ausnahmezustand. In der Wirklichkeit ist die Maschinerie vornehmlich Herrschaftsmittel, groß geworden unter einem Wirtschaftsgesetz, das sie zum Sitz ungeheurer Vernichtungskräfte gemacht hat und von dem sie zu emanzipieren ihren Anhängseln, den modernen Menschen, offenbar die Kräfte fehlen. Weil Nietzsche vornehmlich auf den Menschentypus schaut, ist ihm der Blick auf die Möglichkeiten der Maschinerie verstellt. Weil aber dieser Typus selber sich diese Möglichkeiten durch sein tägliches Tun verstellt, ist Nietzsches Blick gerade dort, wo er seinen blinden Fleck hat, auch realistisch. Eine verstellte Möglichkeit ist so gut wie keine, eine bloß formelle »Denkbarkeit«, wie Hegel sie charakterisiert: »Es ist möglich, daß heute abend der Mond auf die Erde fällt«; »es ist möglich, daß der türkische Kaiser Papst wird«. Daß aus der Maschinerie mehr als bloß solch formelle Möglichkeit von Freiheit wird, liegt einzig an den Menschen, die mit ihr umgehen, und die sehen nicht danach aus.

Sich das einzugestehen, sich dabei nicht zu beruhigen und darüber gleichwohl nicht den Verstand zu verlieren, ist die Aufgabe, die Nietzsches Philosophie und Lebensausgang gleichermaßen stellen. Nietzsche ist in jedem Sinn des Wortes eine Zumutung – und die postmoderne Nietzsche-Euphorie vielleicht die unehrlichste Art, ihr auszuweichen: in seinem Namen einen selbstzufriedenen anything goes-Lebens- und Denkstil zu pflegen, den er bestenfalls als Mangel an »Reinlichkeit und Strenge in Dingen des Geistes« erachtet hätte.

Da sind die, die sich gegen die Zumutung ganz abschotten, ehrlicher. Sie ahnen etwas von dem intellektuellen Wagnis, das Nietzsches Denken bedeutet und ohne auf das sich einzulassen der Intellekt keinen freien, selbstbewußten Gebrauch von sich macht. Selbstbewußtsein ist gefährlich. Das sieht man jetzt an der DDR. Die dort zaghaft beginnende Nietzsche-Rezeption ähnelt schlagend dem Verfahren, das die christliche Theologie übte, als sie Marx schlechterdings nicht mehr ignorieren konnte: festzulegen, wie weit man ihn rezipieren kann, ohne aus dem Gleis des Glaubens zu geraten.

Da gibt es Tauben wie Heinz Pepperle, die einräumen, »daß das Ende des Christentums tatsächlich im Bereich des Überbaus eine auf seine Art tiefgreifende Wende in der geschichtlichen Entwicklung überhaupt markiert. Man braucht dazu das Problem nur vom marxistischen Standpunkt aus zu betrachten, für den die Religion letztlich nur der ideologische Ausdruck für das Faktum ist, daß der Mensch von der Notwendigkeit seiner eigenen gesellschaftlichen Entwicklung beherrscht wird, während umgekehrt der seine Geschichte bewußt gestaltende Mensch keine Religion mehr kennt. Daß dies eine Revolution im Denken bedeutet, liegt auf der Hand«. »Nietzsche sieht etwas von diesem Bruch«.

Es gibt aber auch Falken wie Wolfgang Harich: »Über die Kulturleistung des bald hinter uns liegenden 20. Jahrhunderts müssen wir heute Bilanz ziehen.« »Was daran scheint kreativ fortführender Übernahme wert? Was hat die Überantwortung an sarkastischen Hohn verdient? Was verlohnt Neuentdeckung. was gar Wiedererweckung?« »Die Zusammengehörigkeit von Faschismus und Futurismus lehrt, daß es ohne umfassendes, uneingeschränktes Nein zu Nietzsche keine sicheren Kriterien für die Beantwortung dieser Fragen geben kann.«

Der Vorschlag, Nietzsche so weit zu rezipieren, wie der »marxistische Standpunkt« es zuläßt, der Gegenvorschlag »Wehret den Anfängen« – beide sind Nützlichkeitskalkül im Dienste der herrschenden Doktrin, deren Götzencharakter ein an Nietzsche geschultes Denken unschwer erkennt. Nur ein Begriff vom Sozialismus, der den Stachel Nietzsche aushält, verdient aufrechterhalten und verwirklicht zu werden. Es gilt in Ost und West, den Stachel ertragen zu lernen.

konkret 10/89, S. 108

F. W. Bernstein

»Eins, zwei, fünf ...«

Karikaturen als historische Dokumente vergangener Epochen, das kennen wir sogar aus Schulbüchern. Ein Karikaturmacher als Chronist des laufenden Schwachsinns sei hier vorgestellt. Mit Henscheidscher Unbeirrbarkeit inszeniert er in seinen Cartoons stets aufs Neue Possen aus unserem postmodernen Biedermeier. Er entdeckt die Komik der Welt, in der wir leben: Es tut sich nix.

1

Um mit mir anzufangen: Mir ist es einmal widerfahren, eine Szene aus dem sogenannten »wirklichen Leben« zu zeichnen und als Cartoon zu verkaufen.

Das ist noch gar nichts? Freimut Wössner, und von ihm soll die Rede sein, träumt und zeichnet danach ein ganzseitiges Blatt und veröffentlicht es prompt in der »Titanic«. Den Seinen gibts der Herr im Schlaf.

Freimut Wössner – eine wunderbare Bildgeschichte von ihm geht so: In der U-Bahn, auf der Längsbank, dem Betrachter zugewandt, sitzt ein Punk. Neben dem Punk sitzt eine Punkerin. So weit so gut. Und weiter?

2

Erst einige Daten zu Freimut Wössner: Geboren 1945, vor Kriegsende, auf der Flucht im Österreichischen. Glückliche Kindheit in einem schwäbischen Dorf. Schulzeit Stuttgart. Psychologiestudium, nach Vordiplom abgebrochen. Wanderjahre. Seit 1969 Berlin. Kreuzberg. LKW-Fahrer; später Taxi. Noch keinen Strich gezeichnet. »Muß hier raus!« Reisen; schreibt komische Kurztexte. Mitarbeit bei Funk und Zeitungen, Gründungsmitglied der BV, d.i. »Berliner Verallgemeinerte«, Nonsense-Beilage von »Zitty«, seit 1973. Still going strong.

Zeichenkurs Volkshochschule Schöneberg. Seitdem ist Freimut Wössner im Geschäft; Cartoons. Und was für welche!

3

Solche: »Oho! Ich hab das Gefühl, dieses Jahr werden wir relativ früh in den Ferienstau reingeraten.« (Bild dazu – ja, genau so!)

Oder den: Bauer geht durch die Legebatterie. »Hallo Braunfleckchen, ausgeschlafen? – Wieder auf dem Damm, Lieschen? – Na, wie läufts, Miss Picky?«

Zahnarzt in der Schule: »Also dann wollen wir mal. Oben links: Nuts, Nippon, Nutella, Bounty, Kindermilchschnitte, Mars. . .«

Aber auch den von Anfang August 89: Portrait israelischer Politiker. »Wie? Ob das nicht auch schon Terror war, den Scheich Obeid zu kidnappen und dabei einen Mann zu erschießen? Das lassen Sie mal unsere Sorge sein – von Terror verstehen wir schließlich ein bißchen mehr als sie!«

Oder dieses Verkaufsgespräch: »Einen Daimler, einen Daimler, einen Daimler! Können Sie nicht ein bißchen genauer sagen, was Sie wollen?! Einen Schützenpanzer, einen Anti-Aufruhr-Unimog, einen PKW oder eine Feldhaubitze?«

Noch einen Kurzen: Tankwart: »Voll?« Fahrer: »Aber hallo!«

Und natürlich die beiden in der wunderbaren U-Bahn-Geschichte. Er, der Punk und sie; sie ist doch mehr eine zierliche Tussi in heller Bluse. Da sitzen die beiden ein geschlagenes Bild lang. Nebeneinander. Und blicken vor Dich hin.

Das zweite Bild. Genauso. Das dritte Bild. Das vierte. Station für Station sitzen die beiden jungen Menschen wortlos nebeneinander auf der Längsbank in der U-Bahn. Da – fünftes Bild! – Hat sie nicht eben ihn angeblickt und – gelächelt? Junge, Junge...

Viele der Cartoons und Bildgeschichten von Freimut Wössner werden in Berlin rumerzählt. Besonders jeden zweiten Mittwoch, wenn »Zitty» erscheint. Bis zu 15 Neue sind da oft drin. Wahrlich wir leben in finsteren Zeiten, und es ist eine Lust zu lesen.

Warum Freimut Wössner zeichnen gelernt hat und nicht gleich beim Texten geblieben ist? Darum: Schauen Sie sich »Menschen im Smog« an. »Ich heiße Helmut. Ich bin Autofahrer« – da kann man sich noch kein Bild von machen. Und schon gar nicht das herrliche Tableau unseres Zeichners.

4

Noch immer sitzt der finstere stachlige Punk neben der Prinzessin. Wortlos. Bild sechs, Bild sieben, Bild acht – als ob nichts geschehen wäre. Mann! Ran! Freimut läßt ihm aber auch Zeit – wie soll das bloß enden?

5

Die Anthropologie der Karikaturmacher besagt in Paragraph 1: Das Bild des Menschen, da6 gibt es nicht. Es werden immer Leute draus. Viele der Berliner Karikaturmacher haben ihre »Männchen« – feste Typen, die in Serien auftreten – eine kleine Auswahl – bitte: nur streng subjektive Vorliebe und Zufall leiten mich. »Emil« von Detles Surrey – vor einem Jahr etwa hat Surrey seiner Figur und ihrem Auftritt ein neues Design verpaßt – ein kühnes Unterfangen – es hat geklappt, meine ich. Jens Jeddeloh, »Müllerstr. 17«, immer rechts unten auf einer der letzten Seiten in »Zitty«, außerdem hat er in »Alkolix« die gesamte internationale Comicszene parodiert, z.Z. sind die Urheberrechtsanwälte seine genauesten Leser, die merken auch alles. »Grober Unfug« ist nicht nur Berlins führender Comic-Laden, er stellte auch Jeddelohs Originale aus, bevor die Juristen anfingen, den Ladennamen zu realisieren.

Hogli, auch preisgekrönt dieses Jahr in Düsseldorf: Gibt es die »Wilde Hilde» noch?

Micha Strahl mit »Paul die Ratte« und »Rocco«. Ernst Volland »Fred und sein Sohn« und »Friedhelm«,

Rainer Hachfeld – unvergessen seine »Extra-Ratte« damals für das Extrablatt.

Gut – fast alle haben sie Kanzler Kohl im Programm – DIE Serienfigur. (Für 1988 hat Walther Keim, der als Chef der Pressedokumentation des Parlaments nur *dafür* da ist, nachgezählt, daß in den Tageszeitungskarikaturen Kohl führt. Sowas.)

Phil (Phil Tägert) macht grundsätzlich in Serie, und wenns nur ein Auftritt ist – »Didi und Stulle« unvergessen, »Horst & Annabellla«, »Herr Blumentopf« – wunderbar; »Brötzmann« und und und.

Bei den Comiczeichnern habe ich nicht den rechten Überblick – allein die Geschichte von »Rad ab« wär sicher ein eigener Beitrag.

Aber bei Erich Rauschenbach weiß ichs aus erster Hand; er hat mir seine Serienfiguren auf den Rechnungsblock gestern im »Engel Gabriel« notiert: »Lieschen«, »Genossin Inge«, »Kollege Karl«, »Vater + Tochter«, »Herbert«, »der kleine Herr Gott« und – Ladies and Gentleman: »Rüdiger« ! »Rüdiger« dürfte derzeit die dienstälteste Berliner, wenn nicht sogar deutsche Serienfigur sein – seit 1973 in der »Berliner Verallgemeinerte«. Ja, und Freimut Wössner?

Serienmäßig Fehlanzeige. Nur Leute.

6

Der Karikaturmacher ist vielfach auf ein Archiv angewiesen. Um die Reden und Sprüche seines Schwatzwerks zu lokalisieren und realistisch zu inszenieren, hat Freimut eine Hängeregistratur. Bildmaterial stichwortweise. Die prallsten Sammelmappen zu den Rubriken »Reden«, »Stehen«, »Stadtlandschaft« und »Tisch« – womit schon viel über sein Werk gesagt ist. Schauplätze seiner Kurzdramen und Possen sind meist Straße, Tisch und Tresen. »Figur im Raum« heißt das auf kunstakademisch. Wie im Hoftheater zu Meiningen im 19. Jahrhundert sind bei Freimut Wössner Raum, Kulissen und Requisiten realitätsgetreu . Und da er keine Historienstücke inszeniert, heißt das immer hier und heute. Die Äußerlichkeiten müssen stimmen. Und zwei-drei präzise Details reichen oft auch schon für den Eindruck der Milieugenauigkeit. Und den erreicht Wössner auch mit dem, was die Leute reden. Da braucht er kein Archiv für, da scheint er so etwas wie das absolute Gehör zu haben und ein absolut sicheres Gedächtnis. Beispiel, wie eine Sprechblase ein ganzes Interieur heraufbeschwören kann in unsrer Vorstellung: Sie am Telefon: »Du...nee – Florian meditiert gerade...ja...ja...er ruft dann zurück!«

7

Freimut Wössner hat aus der Unsicherheit des Anfängers seinen unverkennbaren Stil gemacht. Er zeichnet sorgfältig, langsam, mit mehrfach angestricktem Strich umrandelt er seine Leute; aber kein Pusseln, kein Schummern, kein Trick. Ganz ohne Wuppdich, völlig unflott, nur Strich auf weiß, setzt er seine Figuren, als ob jede die erste wär und die letzte sein könnte. Seine Methode: er zeichnet auf Folie mit Feder und Tusche. Format DIN A 3. Einfache Korrekturmöglichkeit: schaben. Und für weiß auf schwarz: kratzen. Kopiergerät und Telefax in betrieb: Damit kann er den Alltag der 80er packen. Aus der U-Bahn nichts Neues.

8

Die politische Karikatur unserer Tageszeitungen ist meist die Haupt- und Staatsaktion, die – nein, das möchte ich nicht erklären. Das muß ich erzählen:

Liefert mir doch der verdienstvolle und unermüdliche Felix Mussil gerade heute, am 4. September, auf der ersten Seite der »Frankfurter Rundschau« ein »editorial cartoon«, so eine Art gezeichneten Leitartikel, bei dem er selber nachgerade vor Wonne gestrampelt haben muß: Felix Mussil zeichnet einen Dompteur. Dem schreibt er auf den Frack: i »CDU-Führung«. Der Dompteur X »CDU-Führung« schwingt die Peitsche, und schon hüpft von einem ff Hocker »Autoritärer Führungsstil« E der Kanzler Kohl durch den Reifen. Am Reifen ein Schildchen, worauf geschrieben steht: »Mehr Teamwork«. Solche Allegorien werden nur durch Mussils Dreistigkeit und die Prächtigkeit von Haitzinger erträglich. Die feinere englische Art, seit über 30 Jahren mehrmals wöchentlich zelebriert von Carl Giles, macht die politischen Objekte, die »Menschen draußen im Lande« zu Subjekten«, und die Leute veranstalten den laufenden politischen Diskurs, sie nehmen regen Anteil am

Zeitgeschehen, und ein Teil von Giles' Personal hat längst sich selbständig gemacht – Grandma ist eine englische Institution, und ihre Großfamilie braucht schon kaum mehr einen Politik-Anlaß für eine Szene im »Sunday Express». Wenn Freimut Wössner Tagespolitik »behandelt«, dann meist auf diese Art, als öffentliches Schwatzwerk. Sicheres Ohr für Tonfälle und sein literarisches Training durch Nonsense-Texte helfen ihm bei der Inszenierung und dramatischen Zuspitzung.

Zuspitzung?

Quark!

Quark läßt sich nicht zuspitzen. Freimut tritt den Quark, den die Leute daherreden, zu Quatsch. Er ist kein Romantiker, der an die Weisheit des Volksmunds glaubt; ich glaube, er mißtraut sogar dem, was Michael Rutschky die »kritische Folklore« nennt. In Wössners Staatstheater wie auf seiner Volksbühne kommt viel Muff zur Sprache und Mief ans Licht. Und sind dies nicht die Grundsubstanzen unsres spätbürgerlichen Lebens, worein alles verwandelt wird und woraus alles fließt?

Und wie weit sind die beiden in der U-Bahn? Immer noch nichts?

9

Immer noch nichts!

Muff & Mief nochmals: für Freimut Wössner kein Grund zur Verachtung. Er hat keine Probleme damit und findet schrillen Muff und schicken Mief noch am mondänen Ort. Im feinen Lokal wird serviert. Sie: »Ohh! Lecker! Tote Tiere!« Wobei ein Defizit anzumerken ist: Unsere Schickeria, der Jet set, die High Society – sie hat noch keinen graphischen Chronisten. Nur Kritiker und Verächter. Beim Düsseldorfer Karikaturen-Wettbewerb (Ernst Kahl Nr. I !) gibts zum vorgegebenen Thema »Life Style« erstaunlich wenig Informationen. Nur Witze. Sollen wir dieses Feld den Soziologen und Pfarrern überlassen, und der »Bunten Illustrierten«? Warum wird es so schnöde ignoriert?

Denn, nicht wahr: Was wir nicht zeichnen, das gibt es nicht. Und was bleibt, stiftet der Zeichner.

10

Ist Freimut Wössner ein Punkerverächter und Autonomenbeleidiger? In einer Ideologiekritik in einem der letzten Hefte von KONKRET wird ein Cartoon von Wössner – ohne weitere Angaben – gleich mit der »taz« in die Pfanne gehauen. Kreuzberg und die »Scene« sind Hauptmotive seiner Cartoons. Hier gleich noch einer.

Darf ein verantwortungsbewußter Karikaturmacher den Muff und Mief auch bei Autonomen zeichnen? Meine Damen und Herren Geschworenen, ich unterbreche die ideologiekritische Diskussion für eine Durchsage: Achtung, Achtung! Der Originaltext der Anzeige, mit der Freimut Wössner die Bildgeschichte in der U-Bahn schließt, hat folgenden Wortlaut: »Letzten Dienstag 19.30, U-Bahn Linie 1, Kurfürstenstraße bis Zoo. Ich, Typ, schwarze Jacke. Wir haben uns angelächelt. Muß Dich unbedingt wiedersehen. Bitte melde Dich unter 112339 Heinz.« Ende der Durchsage.

»It takes all sorts to make a world«, sagt Mr. Badger, der Dachs, in Kenneth Grahams »Wind in den Weiden«.

Und in Wössners U-Bahn haben fast alle Platz. Sogar Helmut, der Autofahrer.

Freimuts Leute reden wenig, aber oft und dann viel. Und das dauert!

»So, Du bist überzeugt davon, daß das Leben in einer Wohngemeinschaft dem Leben in einer Kleinfamilie vorzuziehen ist?« »Ja. Weil dort alles gemeinsam gemacht wird, die ganze Arbeit und so. Und alles.« Und alles? Spürt man nicht fast das Brummen und Sausen vom Saum ihres Gewandes, wenn die Dings, die Dummheit, die allumfassende, umgeht und unser Tagwerk weit über Muff und Mief in komische Höhen hebt? Näher ran ist kaum möglich. »...aber daß wir nicht bis drei zählen können, das stimmt. Paß auf: eins, zwei, fünf...«

Manchmal führt Wössner auch das Maschinchen vor, mit dem in seinem Schwatzwerk »M & M« Meinungen hergestellt werden. Was geht da im Hirnkastel vor bei den beiden vor dem Fänsän: »Völlig irre, daß die da ihren eigenen Regenwald kaputtmachen! Das wär ungefähr so, als wenn wir hier keinen Katalysator benützen würden.«

Ob saudumms Gschwätz, ob Nonsense-Statement, satirische Miesigkeit oder Eulenspiegel, ob Schwejk'sche Subversion oder überhaupt: »Warum ich hier in der Toskana töpfere? Nun – erstens bin ich Toskanierin und zweitens brauche ich einen neuen Topf« – alle wohlbedachtsamen Redebeiträge sind getragen vom unbeirrbaren Eigensinn seiner Figuren und vorgetragen im unverkennbaren Wössner'schen Sound. Im Verein mit seinem Zeichenstil, der so gar keinen »komischen« Duktus aufweist, haben seine Cartoons die unwiderstehliche Wirkung von Aufführungen einer Laienspielschar, und die Freunde der Wössnerschen Kurzopern brauchen zu ihrem Glück bald keine Pointen mehr und selbst »Frau Witzkraftverstärker« kann Urlaub nehmen. Neu erschienen: Freimut Wössner, »Menschen, Tiere, Schrankwände«; bei Rotbuch.

Noch im Handel: »brenzlig, brenzlig«, Elefanten-Press.

Und wer ab 21. Oktober in Berlin ist: Ausstellung in der »Galerie am Chamissoplatz«. Auch seine U-Bahn-Liebesgeschichte. Die hat den Titel: »Es waren zwei Königskinder«

11

Überall ist Wössnersheim: Im Moment, bevor ich den Text zur Post gebe, – »Pflop!« liegt auch schon der »IKEA 90«Katalog im Briefkasten. Der helle Wahn: zu »BILLY Bücherwandkombinationen in Kiefer« gibt es jetzt die »RAMP Regalbeleuchtung, Aluminium, Kunststoff Messingfarben, 80 cm lang, DM 79,-« Licht im Mief! Und der »Tagesspiegel« vom 6. September überrascht mich schon gar nicht mehr mit folgender Meldung:

»Lahmgelegt. Vom Spezialschiff 'Argusauge' aus sollte gestern die Köthener Brücke in Kreuzberg auf mögliche Schäden untersucht werden. Eine Sprungfedermatratze, beim Manövrieren in die Schraube geraten, verhinderte jedoch den Beginn der Arbeiten. Auch Feuerwehrtaucher konnten die Schraube nicht freibekommen, das Schiff mußte abgeschleppt werden.«

Zum Schluß – bitte, dafür muß noch Platz sein! – eine Verklärung. Ein Bild aus einer wöchentlichen Anzeigenfolge im »Tagesspiegel«, um den Jahreswechsel 88/89: ein namenloser Zeichner erschafft aus Muff und Mief und Ungeschick das Denkmal der Postmoderne. Im Dienste der Warenwelt errichtet er einen Tempelfries, ja die Kathedralgraphik des hellen Wahns – Sagt selber!

konkret 10/89, S. 112

Erica Fischer

Piraten an Land

Nach dreizehnjährigem Kampf um die Freiheit des Äthers sendet der einstige Piratensender Radio Dreyeckland seit über einem Jahr legal auf 102,3 MHz aus seiner festen Bleibe in Freiburg. Was ist aus der Utopie des HörerInnenradios geworden?

Aus dem Autoradio dringen auf 102,3 MHz die mir vertrauten Klänge von Musik aus Mosambik. Ihre träge Leichtigkeit läßt das Elend des von Krieg und Hunger gebeutelten Landes vergessen. In Radio Dreyeckland läuft die Schiene »Internationale Musik«. Die afrikanischen E-Gitarren verbreiten eine Stimmung wehmütiger Milde. Die sanften Hügel glitzern im spätsommerlichen Nachmittagslicht, das AKW Fessenheim ist weit. »Ich weiß nicht, was jetzt kommt«, holpert eine dünne Stimme aus dem Radio, »vielleicht die Kulturredaktion. Ich schau mal nach, sonst laß ich einfach Musik laufen«. Das offene Ansprechen des organisatorischen Problems in banalem Alltagsbadisch tut wohl.

Seit Verabschiedung des Landesmediengesetzes 1985 sind in Baden-Württemberg an die 50 lokale und regionale Privatradios mit Reichweiten von 15 bis 50 km auf Sendung gegangen. Die meisten sind miteinander vernetzt und strahlen dasselbe, nicht selbst produzierte Mantelprogramm mit kleinen Regionalfenstern aus. Es erfüllt vorwiegend die Aufgabe, attraktive Werberegionen zu erschließen. Viele der Kleinsender, die für die »regionale Vielfalt« zuständig waren, sind bereits eingegangen und von Bertelsmann, RTL und Burda übernommen worden. Die SPD glaubt, den »Marktgesetzen« nichts entgegenhalten zu können, die GRÜNEN fahren auf das »Infotainment« der Medienriesen ab.

Inmitten dieses Umfelds sendet Radio Dreyeckland, als exotisches Pflänzchen und Überbleibsel aus einer anderen Zeit. Nicht wegen, sondern trotz Lothar Späth darf der im Kampf gegen das AKW Fessenheim gegründete Piratensender nach 11jährigem Ringen mit Politikern, Polizei und Gerichten heute aus seinem Mini-Studio am Gelände der ehemaligen Grether-Gießerei rund um die Uhr senden.

Als die »Zulassung für die drahtlose Verbreitung eines Hörfunkvollprogramms« endlich erteilt wird, trifft es die RDL-Redaktion unvorbereitet. In einer improvisierten Sendung wird am 23. Juli 1988 die legale Radiozeit mit Sektpfropfengeknalle und Abspielen der »Internationale« eingeläutet. »Nehmt alle dieses Radio in euren Besitz, es gehört euch, und ihr werdet merken, es ist leicht und alle können es machen«, erklingt die allen Freundinnen und Freunden von Radio Dreyeckland über die Jahre vertraut gewordene Stimme von Ursi Kollert mit hörbarer Rührung und unverkennbarem Schweizer »Q«. Und Ko-Moderator Holger Höffgen führt gleich vor, was alle Männer tatsächlich können: »Ja, das war Hildegard Knef . . . es ist ein Gerücht, daß sie gerade ihre Glanzrolle angeboten bekommen hat – 'Sissy, Wechseljahre einer Kaiserin' – das ist nicht wahr ...«

Was wird in »Friedenszeiten« aus Illegalen, die einst aus dem Wald sendeten, sich für Videoaufnahmen vermummten und ihr Radio mit den Körpern von DemonstrantInnen vor der Staatsgewalt schützen ließen? Wie sieht die »Gegenöffentlichkeit« von PiratInnen aus, die an Land gegangen sind?

Nicht allen der seit dem »Radiofrühling« im April 85 von 40 auf 200 angewachsenen – peinlich männerlastigen – RadiomacherInnen-Crew behagt eine solche Frage nach dem Gesamtkonzept, das sich in erster Linie negativ definiert: antikapitalistisch, antiimperialistisch, antisexistisch, antifaschistisch und seit dem letzten Sommerseminar auch antiklerikal. »Ich setze mich für das Radio deshalb ein, weil ich merke, daß der Staat ein unheimliches Interesse an der Gleichschaltung hat«, sagte seinerzeit ein Mitstreiter während des Radiofrühlings bei einer HörerInnenversammlung, »und so ist das Radio für mich von seiner Möglichkeit her interessant und schützenswert und nicht so sehr von dem, was konkret rüber kommt.«

Mit einem Haushalt von 250.000 Mark im Jahr ein Vollprogramm von guter Hörqualität zu fabrizieren, erscheint langfristig unmöglich. (Das alternative Berliner Radio 100 rechnet mit festen Kosten von 125.000 Mark im Monat.) Mehr als die Hälfte der Ausgaben gehen für Sende- und Lizenzgebühren an Post, GEMA und GLV. Die Hoffnung, ähnlich wie im benachbarten Ausland Sondertarife für nicht-kommerzielle Sender durchzusetzen, erscheint vorerst unrealistisch. Die RadiomacherInnen arbeiten unbezahlt. Leisten können sich das vor allem StudentInnen, Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen oder aber ErbInnen. Für die zehn Leute auf den Koordinations- und Administrationsstellen – darunter eine einzige Frau – gibt es eine Aufwandsentschädigung von unter 1000 Mark. Für Ausbildung, Schulung und die Betreuung des Gruppenradios fehlt das Geld, ein Manko, das nicht ernst genug genommen wird.

Die Teilbezahlung redaktioneller Arbeit – etwa um auch schon am Morgen senden zu können – und die Diskussion um Zulassung von Werbung mit regionalem Bezug sind tabu. Die RDL-Leute sind stolz darauf, der einzige werbefreie Sender in der Bundesrepublik zu sein. Das Radio finanziert sich ausschließlich aus den Beiträgen der derzeit 2400 Mitglieder. »Ich bin sicher, daß mindestens die Hälfte auf der Stelle austreten würde, sobald der erste Werbespot über den Sender geht«, meint ein Mitarbeiter der Musikredaktion. Die Suche nach Mitgliedern geht weiter, wirtschaftlich realistisch wird es, wenn sie sich verdoppeln.

Doch die Option für die Reinheit von kapitalistischen Einflüssen ist auch eine Entscheidung für politische Zurückhaltung. RDL kann es sich nicht leisten, das Gesetz zu mißachten. »Wenn früher eine Hausbesetzung war, wurde über das Radio durchgegeben, daß Leute hinkommen sollen«, erzählt Felix Forster vom Vorstand des »Freundeskreises Radio Dreyeckland«, »jetzt heißt es halt: dort ist eine Fete, und es sind nur 50 Leute da. Das verstehen die dann schon«. »Wir handeln nicht mehr, wir berichten«, klagt Ursi Kollert. Im ersten Jahr seiner legalen Existenz hat RDL die Staatsanwaltschaft erst einmal beschäftigt. »Ich nehme das als Indikator, daß wir nicht allzu unangenehm sind«, schließt Michel Menzel, Jurastudent, Jobber bei der Post und Vertreter der Redaktion in der RDL-Betriebsgesellschaft. Er diagnostiziert mangelnde Bereitschaft, gegnerisches Terrain angriffslustig zu betreten.

»Radio ist ein Medium und nicht eine Befreiungsbewegung«, rechtfertigt Traudel Günnel, Geschäftsführerin und Mitarbeiterin des täglichen Nachrichten-Sammelsuriums »Info«, die Selbstgenügsamkeit der RadiomacherInnen, »du bist abhängig davon, was an tatsächlichem politischen Kampf da ist.« Die Diskussion über das Scheitern des medienpolitischen Funkenschlags von Radio Dreyeckland, dem es nicht gelang, auf die ganze BRD überzugreifen, wird vom Siegestaumel über den eigenen Erfolg erstickt.

Die Suche nach Schauplätzen, an denen der Kampf im Alltag auch in Zeiten politischer Regression immer noch geführt wird, erfordert Neugierde und Offenheit für Lebens- und Aktionsformen, die den eigenen Horizont überschreiten. Gerade im ländlichen Raum wird das Radio oft als primäre Informationsquelle genützt. Doch die Stimmen der Menschen aus dem Südbadischen, wo Arbeitslosigkeit, niedriges Lohnniveau und flexible Beschäftigungsverhältnisse die Arbeitswelt bestimmen, sind im Radio selten zu hören. Es gibt zwar wöchentlich eine Sendung für palästinensische Flüchtlinge in arabischer Sprache, nicht aber eine Sendung von und für ArbeitsemigrantInnen. »Wenn RDL bestimmte gesellschaftliche Fragen selbständig thematisieren würde«, meint Menzel, »könnten wir fünfzehn Prozent der Bevölkerung erreichen«.

Meine eigene Straßenbefragung in der Freiburger Innenstadt ergibt, daß die Leute durchaus bereit sind, sich auf mangelnde technische Qualität und Professionalität einzulassen. »Das erwarte ich mir sogar von einem Regionalsender«, sagt ein junger Jurist, der RDL im Auto einprogrammiert hat, »das ist viel offener«. Und ein Rentner lobt, daß »man erfährt, was in der Umgebung los ist«. Die »Debatten drumherum« hat er mitgekriegt. »Nach dem, was die Gegner g'sagt haben, hab ich g' fürchtet, oje, was kommt denn da auf uns zu? Aber es ist nicht so schlimm, man kann's ertragen«.

»Wir wollen kein einheitliches Radio sein, wir sind ein Patchwork«, drückt sich Frank Scheer von der 60-köpfigen Musikredaktion wortreich vor einer politischen Standortbestimmung und bezeichnet die Lust am Radiomachen als einziges verbindendes Element, »ein bißchen exhibitionistisch ist es wohl auch«. Während Günnel das Radio immer dann »toll« findet, wenn unterschiedliche Gruppen, »die sich alle irgendwie zur Linken zählen, aber manchmal durchaus konträre Positionen haben«, durch ihre Beteiligung am Radio miteinander ins Gespräch kommen, ist »links« für den gewendeten Scheer eine »Schimäre«, ein »überkommener Ausdruck«. Über »ganz spezifische Musik, die in anderen Radios nicht läuft«, will er junge Leute ansprechen und sie an »bewußtes Denken oder sowas« heranführen. Thema ist das Radio selbst: »Die Leute sollen die Musik mögen und sollen sich über die Tatsache, daß diese Musik nur bei uns geboten wird, Gedanken machen.« Die Frage, was nichtkommerzielles Radio der Funktionalisierung von Musik in den Händen der Herrschenden entgegensetzen könnte, bringt den nicht mehr ganz jungen Jurastudenten auf die Palme: »Ich lasse jede Musik gelten. Nur durch die Tatsache, daß sie gemacht wird, hat sie eine Existenzberechtigung. Jede Musik ist Kunst. Es muß auch Dinge geben, die nur schön sind, ohne funktionalisiert zu werden. Wenn sich die Leute von Musik einlullen lassen, kann ich nix dagegen machen.«

Eine ernsthaft und leidenschaftlich geführte Debatte über den selbstgestellten Anspruch, kein Radio Valium zu sein, wäre eine Bedrohung für den losen Zusammenhalt des »Patchworks«. Denn die in einzelne Fachredaktionen zersplitterte Gesamtredaktion macht Programm im Spannungsfeld zwischen Scheer einerseits, dessen Medientheorie sich mit dem Satz »Alles, was links ist, ist lustlos« zusammenfassen läßt, und den verkniffenen Superlinken andererseits, die genau wissen, wo es lang geht. Der Vergleich ihrer Produkte scheint vordergründig Scheers Position zu bestätigen: Während die erste Gruppe mit durchaus hörbaren, weil persönlich engagierten und lustvoll gemachten Sendungen aufwartet, ist Radiomachen für die zweite Gruppe eine politische Pflichtübung, die die gähnende Öde des linken Verlautbarungsjournalismus hervorbringt.

Drittes hat keinen Platz. Keine zehn Tage vor meiner Ankunft in Freiburg wird eine von mir für einen öffentlich-rechtlichen Sender produzierte und RDL zur Verfügung gestellte Sendung ausgestrahlt. Sie behandelt eine internationale Konferenz jüdischer Feministinnen und läßt nahezu unkommentiert Jüdinnen aus aller Welt zu Wort kommen. Sie sprechen in leisen Tönen von ihrer Suche nach einer jüdisch-feministischen Identität nach Auschwitz. Sie setzen sich mit der patriarchalen Tradition des Judentums, mit dem Antisemitismus in beiden deutschen Staaten, mit dem Krieg Israels gegen die PalästinenserInnen und mit ihrem Schmerz darüber auseinander. Der Beitrag endet mit »sol sayn«, einer traurigen jiddischen Melodie, die in den KZs zum Hoffnungslied wurde.

Ohne Beitrag und Musik abzusagen, holt die junge Moderatorin Edith Lass zu einem Rundumschlag gegen Feministinnen aus, die Rabbinerinnen werden wollen, gegen die patriarchale Hierarchie der jüdischen Religion (sie spricht stets von

»Kirche«), gegen den Zionismus, der »assimilationswilligen Jüdinnen und Juden«, die »in ihrer Heimat bleiben wollten, um gegen die Nazis zu kämpfen«, die Unterstützung versagte. Und am Ende völlig unvermittelt: »Mensch muß also zwischen Antizionismus und Antisemitismus unterscheiden.« Danach arabische Musik. Die sofort einsetzenden empörten Anrufe gehen nicht über den Sender, angeblich weil die Anrufer es nicht wünschen.

Lass moderiert weiter. Die Freiburger Juden haben es verabsäumt, das Studio zu besetzen. Der Fall wird auf der meist spärlich besuchten Mittwochssitzung der Gesamtredaktion nicht zur Sprache gebracht.

Bei szeneinternen Entgleisungen ähnlicher Art wehren sich die Betroffenen besser. Als ein Moderator der Heavy Metal-Sendung von »schwuler Sau«, »Miezen« und »Matratzen« spricht, bekommt er vorübergehend Mikrophonverbot, was in der Redaktion einen Emanzipationsprozeß auslöst, weil die ewig zum Plattenauflegen Verdonnerten endlich auch zu Wort kommen. Als der Redakteur der Sendung »Stars & Hits« mit einem Flugblatt extrem sexistischen Inhalts für seine Sendung wirbt, besetzen die Frauen der Frauen- und Lesbenredaktion das Studio und erwirken für ihre Sendezeit Männerfreihit. Wegen des geringen Interesses an einer redaktionsübergreifenden Sexismus-Debatte bestreiken die Frauen seither das Radio. Sie machen ihre eigene Sendung weiter, haben aber jeden Kontakt zur Restredaktion abgebrochen. »Eine theoretische Auseinandersetzung um den politischen Standort von Radio Dreyeckland findet schon lange nicht mehr statt«, erklären sie. »Links – das mag für manche bedeuten, sich auf eine Vergangenheit als illegaler Sender zu berufen, für andere bedeutet es nur, Independent Labels zu spielen, wieder andere meinen, links ist, wenn es halt Spaß macht.«

Die Radiomacherin der ersten Stunde, Ursi Kollert, hat sich enttäuscht für einen »einsamen Rückzug« entschieden. »Das, was wir jetzt mit der Lizenz sind, ist eine völlige Verkennung dessen, was wir eigentlich sein sollten.« Während früher die Leute wegen ihres politischen Engagements zum Radio kamen, ist heute das Radiomachen selbst zur politischen Arbeit geworden. Doch wenn die inhaltliche Orientierung fehlt, gewinnt das Althergebrachte an Boden. Jede Redaktion bewirtschaftet ihren eigenen Schrebergarten als Erbhof. Kollert: »In der Ökologie referieren Naturwissenschaftler, die Schwule Welle ist für andere Lebensformen zuständig, die Klassik-Sendung belehrt, in der Kultur wird experimentiert, in Heavy Metal gerotzt und im Sport schnell gesprochen. Wir rennen konventionellen Standards hinterher, ohne sie zu erreichen.«

Aus der Utopie des HörerInnenradios ist ein ziemlich rigides Programmschema geworden, das eine spontane Intervention von HörerInnen kaum zuläßt. Kritische AnruferInnen werden nicht selten überheblich abgefertigt. Der Musikanteil beträgt über 50 Prozent, nicht eingerechnet die Musik, die in den Wortsendungen eingesetzt wird. Die interne Auflage, Musikstücke auszuspielen, setzt der Gestaltung von Beiträgen enge Grenzen und unterwirft sich überdies gedankenlos den Portionierungen der Musikindustrie. Wohl weil es für die MacherInnen zeitlich nicht anders zu bewältigen ist, gibt es statt einer Vielfalt von täglichen kürzeren Sendungen wöchentliche Blöcke von zwei Stunden. Die überreichlich vorhandene Sendezeit überfordert die unerfahrenen RedakteurInnen. Gleichzeitig werden Sendeplätze eifersüchtig verteidigt. Es fehlt der offene Kanal. Wer nirgends eingebunden ist und eine Sendung machen will, muß bei den einzelnen Fachredaktionen hausieren gehen. Nicht jede Sendung ist willkommen. Die zerstrittene lust- und frauenlose Internationalismus-Redaktion etwa fühlt sich in erster Linie für Nicaragua, El Salvador, Chile, Palästina, Südafrika und Euskadi zuständig, eine von Radio 100 angebotene Sendung über den Häuserkampf in New York löst müdes Achselzucken aus. Der hastig durchblätterte Revolutionskalender gemahnt an den nächsten Gedenktag.

Die RadiomacherInnen hören kein Radio. Zur »bürgerlichen« Öffentlichkeit bestehen Berührungsängste. Auch Gerti Oberle hat noch nie darüber nachgedacht, was RDL von SWF3 unterscheidet. Trotzdem versteht Gerti was vom Radio. Sie ist Sozialhilfeempfängerin, hat sich in der Schauspielerei versucht und macht seit einem Jahr in der Kulturredaktion mit. Was Radio Dreyeckland politisch will, weiß sie nicht. Für wen sie Radio macht, fragt sie sich nicht: »Ich gehe eher von mir aus. Ich kann mich halt austoben. Ich kann eine Serie machen, die mir gefällt, meine innersten seelischen Ausbrüche in einem Hörspiel verbraten zum Beispiel«. Gerti ist ein Glücksfall. Mit ihrem feinen Gespür für Hörbares setzt sie den Phantasielosen lebendige Sendungen entgegen, bei denen auch mal eine Frage offen bleiben darf. Gerti hat Lust an politischen Debatten. Sie kann nichts dafür, daß sie nicht stattfinden.

Für diese gäbe es auch im Radio jeden Sonntag zwei Stunden Zeit. »Debatte: Studiodiskussion mit HörerInnenbeteiligung« steht im Programmschema. Wie spannend das sein kann, bewies eine Diskussion im Februar, als Traudel Günnel sich in der DKP Verbliebene und Ausgetretene ins Studio holte, um sie über Zustand und Zukunft der Partei diskutieren zu lassen. Doch Neugierde auf andere Positionen und Mut zur Kontroverse regen sich selten. »Zehn Jahre lang war das ein fixer Termin«, ärgert sich Kollert, die als alleinerziehende Mutter immer schon zwischen Kind und Radio jonglieren mußte">jetzt in der Legalität fällt er regelmäßig aus«. Aus Zeitmangel, heißt es.

Der selbstgenügsame »Gewöhnungsprozeß in schlechte Verhältnisse« (Menzel) ist das Ergebnis des Ausbleibens von Impulsen aus anderen Regionen und somit auch der Niederlage der bundesrepublikanischen Linken. Aber Ursi Kollert will sich nicht geschlagen geben, denkt immer noch an die Möglichkeit eines »Kampfes um die Enteignung von Frequenzen«. Radio Dreyeckland führt zwar eine Randexistenz, aber es lebt. »Man darf das Radio nicht sich selbst überlassen«, sagt sie und hofft auf Einmischung. Immer noch.

konkret 10/89, S. 116

Georg Seeßlen

Bleiche Reiter mbH

Es war alles gegeben: Die Möglichkeit, Western zu drehen, ein gewisser Bedarf, eine weltweite Erwartung und ein Präsident, der den Hut trug, aufs Pferd kletterte, mit dem Colt hantierte und sogar ein wenig O-beinig ging. Dennoch wurden während der Reagan-Ära so gut wie keine Western mehr gedreht. Nimmt der Tod des Nationalepos das Sterben der Nation vorweg?

Man hat Ronald Reagan als den ersten potemkinschen Präsidenten der Vereinigten Staaten bezeichnet. Das ist nur die halbe Wahrheit und deshalb zu mehr als der Hälfte gelogen. Dieser Präsident und seine Administration begleiteten die Verwandlung der Einwohner von God's own country in eine potemkinsche Gesellschaft. Der ganze Elan dieser sechzehn Jahre war auf die Errichtung von Fassaden konzentriert, die in den Main Streets aufeinander zeigten, nicht ohne einander zu bedrohen. Die Postkutschen waren längst motorisiert, wie die der Familie Schwab in Robert Altmans »O.C. & Stiggs«, und die Gunslinger waren Jahrmarktsattraktionen geworden: »Futureworld«, Gespenster einer Mythologie, die allein mit Fassaden nicht mehr darzustellen ist. Das immerwährende Rodeo, mit Filmen, Comics, Literatur, TV, Malerei und popular history Teil des umfassenden Systems von western art, ist längst kein Bild mehr der verpflichtenden Geschichte, des Mythos, sondern die perfekte Verbindung von Gewinnen um jeden Preis und der Potemkin-Version von Geschichte. Noch kurz vor dem Anbruch der Reagan-Ära nahm der Film Abschied vom Rodeo und seinen Helden. Für die »Junior Bonners« und elektrischen Reiter gab es da nichts mehr zu tun.

Daß es (so gut wie) keine Western in der Reagan-Ära gab, beschreibt einigermaßen genau die Beziehung zwischen Politik und populärer Kunst. Sie ist, das macht ihre sonderbare Autonomie, soll ich sagen: ihre Würde?, aus, kein wirklich propagandistisches Instrument. Sie ist vielmehr auf eine ganz un-moralische Art ehrlich, ja vielleicht ist sie nicht nur unser Trost, sondern auch schon unser Gewissen.

Die Reaganisten hätten ja nun die Wiederbelebung des Western forcieren können; Reagan selbst, der ja ein paar B-Western bestritten hat und sich ohne weiteres als Western-Star in der Gleichung von Western-Star = Patriot (entweder höchstdekorierter Soldat wie Audie Murphy oder Heimatfronttragiker wie John Wayne) noch einmal glaubwürdiger hätte machen können, ging während seiner Amtszeit gezielt, aber vorsichtig mit Western-Symbolen um. Er trug den Hut, er kletterte aufs Pferd, er hantierte mit dem Colt. Und ging er nicht ein wenig o-beinig?

Aber er ging jeder gezielten Konfrontation mit den Western-Mythen aus dem Weg, und seine Gesellschaft tat es ihm gleich. Ein Film wie Michael Ciminos »Heaven's Gate«, der vielleicht gerade noch ein Western war, mehr noch aber ein neues »Vom Winde verweht«, mußte Empörung hervorrufen, Ablehnung jedenfalls, und die Verbreitung dieser Ablehnung war das erste Anzeichen der neuen Konsolidierung der potemkinschen Gesellschaft.

Nun ist es ja wohl nicht so, daß etwa die Reagan-Administration die Produktion von Western zu verhindern gewußt hätte (möglicherweise, weil man gerade in diesen Spiegel nicht sehen wollte), und wenn auch der militärisch-wirtschaftliche Komplex andere Genres bevorzugte, so hätte man sich doch einer bescheidenen Western-Produktion nicht widersetzt (auch wenn ein gerader Weg von der Winchester zur Pershing nicht zu sehen war). Die Berührungsangst der amerikanischen populären Kultur gegenüber dem Western muß eine reichlich komplizierte, um nicht zu sagen neurotische Struktur aufweisen. Denn zumindest in der zweiten Hälfte der Reagan-Ära war von kaum etwas so viel die Rede wie von einer Western-Renaissance; eine unterschwellige Sehnsucht nach dem Western schien weit über die Zirkel mythensüchtiger Cineasten hinauszugreifen. Und merkwürdigerweise gehören drei von den wenigen Western, die in dieser Zeit gedreht wurden, »Pale Rider«, »Silverado« und »Young Guns« zu den kassenträchtigsten aller Zeiten (was, zugegebenermaßen, bei der veränderten ökonomischen Struktur der amerikanischen Filmindustrie nur einen beschränkten Aussagewert besitzt).

Es war also alles gegeben: die Möglichkeit, Western zu drehen, ein gewisser Bedarf, eine weltweite Erwartung und nicht zuletzt alte und neue Talente, die sich gerne am ureigensten amerikanischen Genre versucht hätten. Aber kaum ein Western kam zustande, einige gingen so unglaublich daneben wie William A. Frakers Pseudo-Version von »The Lone Ranger«, und was einigermaßen ankam, war mehr als ein Western, ein Gespensterwestern wie »Pale Rider«, ein Fantasy-Western wie »Silverado«, ein Brat Pack-Western wie »Young Guns«, Trash-Western wie Paul Bartels »Lust in the Dust« usw.

Bevor wir den staubigen, verbitterten und arbeitslosen Filmcowboy in den Zeugenstand rufen, um gegen die Kultur der Reagan-Ära auszusagen, muß noch eine Satteltasche voller Erklärungen zum Tod des Western ausgeleert werden. Vielleicht lassen sie sich ja zu so etwas wie einer Theorie zusammenstellen, während die Coyoten heulen (oder sind es doch Indianer?).

In jedem Genre gibt es einen Zeitpunkt, wo es scheint, als sei alles gesagt, als gäbe es keine Geschichten mehr zu erzählen. Dann verströmt es sich, läuft aus in immer unbedeutenderen Filmen, im Parodistischen und Manieristischen. Und plötzlich ist es wieder da, hat wieder etwas zu sagen, hat eine neue Art zu erzählen gefunden.

Der Western hat sich an den Zyklus von Latenzphasen und manifester Hochproduktion nie so recht halten wollen: Er hat größere Flexibilität als andere Genres bewiesen, überwand seine Krisen viel seltener durch (zeitweiliges) Verschwinden als durch gelegentlich radikale Veränderungen. Seine Stärke scheint darin gelegen zu haben, daß er dreierlei zugleich sein konnte: amerikanisches Nationalepos, universales Männermärchen und Medium politischer und kultureller Kommentierung (es gibt keinen Aspekt der amerikanischen Geschichte seit dem ersten Weltkrieg, der nicht in der einen oder anderen Form in Western diskutiert und kommentiert wurde).

So hat sich auch das Ende des Western nicht analog dem anderer Genres abgespielt. Er verschwand nicht einfach am Horizont wie der Piratenfilm, der Western ist ein Genre, das sich vielmehr gleichsam selbst in die Luft gesprengt hat: ein gewaltiger Selbstmord in Filmen, in denen es nur Verzweiflung, Blut, Dreck und Tod zu geben schien.

Nehmen wir den Gedanken, der Western sei das amerikanische Nationalepos sozusagen in progressiver Form (das Nationalepos als work in progress), für den Augenblick ernst, so ist die Vorstellung recht eigentlich erschütternd, daß eben dieses Nationalepos sich gewissermaßen selbst liquidiert. Doch für eine Gesellschaft, in der eine exorbitante Modernisierung durchgeführt wird, in der es, wie bei jeder Modernisierung, einige Gewinner und viele Verlierer gibt, und zwar unter dem Deckmantel des Konservativismus, unter der Rhetorik der Bewahrung und Wiedergewinnung alter Werte, scheint es nur folgerichtig, daß sich die nationale Rhetorik von ihrer »Seele« trennt.

Überdies sind ja die Helden des Western nicht nur die Verlierer des »echten« Westerns, jene, die errichtet haben, wovon andere profitierten, sondern es sind auch die Verlierer der Reaganomics. Der Reaganismus müßte zwar jene defekten rebel heroes en masse produzieren, die der Western feiert, aber er hat zugleich eine moralische Inversion bewirkt: An die Idol-Stelle des kranken Guten im Western ist das gesunde Böse eines J. R. Ewing getreten. Erst unter Reagan hat sich das closing of the frontier wirklich vollzogen. Amerika ist eine Stadt geworden, und das Land dazwischen hat sich in Disneyland einerseits, Müllplätze der Natur und Geschichte andrerseits verwandelt.

Die Umgestaltung der reaganistischen Gesellschaft macht also einige Grundkonflikte des Western obsolet, so etwa den Konflikt zwischen Stadt und Land. Im Western ist die Stadt, zunächst schon ganz produktionstechnisch bedingt, potemkinsch. Sie besteht nur aus Fassaden, weshalb wir bis in die vierziger Jahre hinein von ihr nur die Eingänge auf der Mainstreet sehen. Erst als die Kamera beweglicher und der Western erwachsener wird, müssen hinter den Fassaden wirklich Häuser sein, die wir umkreisen können, denn die Stadt ist ja ein einziger Hinterhalt. Der Westerner ist ein Mann des Landes: er ist immer Abkömmling von Bauern, Viehzüchtern, Landproletariern und den dazugehörigen Patriarchen. Die Westerngesellschaft wächst, zivilisationsgeschichtlich gesehen, aus einer Hirtengesellschaft, in der von Anbeginn das Archaische einer Hirtengesellschaft mit den Zivilisierungs- und Legalisierungstendenzen einer kapitalistischen Gesellschaft unverbunden nebeneinander stehen. Zwei imgrunde widersprüchliche Traditionen bilden das Genre: die archaisch-patriarchalen Mythen der Hirtengesellschaft: Blutrache, ritualisierter Ehrenkodex, Rafaelisierung der Frau, die Beseelung von Tier und Waffe, Feindschaft gegenüber den Fremden und Neuankömmlingen, Mißtrauen gegenüber anderer als der selbstgeschaffenen Autorität, Naturnähe und die zivilisatorische Kraft kapitalistischer Gründungsmythen: Aufbau von Gesetz und Ordnung, Errichtung neuer Infrastrukturen: Postkutschenlinien, Telegrafenleitungen, Eisenbahnverbindungen, Legalisierung von Besitzverhältnissen, Ausgleich zwischen altem Landbesitz und neuem Stadtbürgertum, Vernichtung oder Entwaffnung der in dieser Situation entstehenden Sozialbanditen, Sicherung des Geld- und Warenverkehrs.

Die Kraft der amerikanischen populären Kultur und in gewisser Weise wohl die der ganzen westlichen Welt besteht nun in der Kunst, diese beiden so widersprüchlichen Tendenzen in einer eigenen Mythopoetik zu verbinden. Die kulturelle Existenz der Nation hängt vom Gelingen der mythischen Aufhebung dieses Widerspruchs ab, die stets aufs neue geleistet werden muß, die Ironie, Tragik, Sarkasmus oder reaktionäre Ideologie produzieren kann. Entscheidend ist nicht so sehr wie, sondern vor allem, *daß* die Verbindung funktioniert.

Sie kann nur funktionieren, weil der Western im Kern zwei Fluchtpunkte hat: das nostalgische Zurück und das utopische Hinaus. Das bedeutet nichts anderes, als daß es eine Identität des Alten und des Neuen gibt. Nur weil er zugleich der Mann der Vergangenheit und der Mann der Zukunft ist, kann der Westerner zum Kulminationspunkt eines Nationalepos als work in progress werden. Er ist der Held einer Gesellschaft, die gleichsam permanent im Umbau begriffen ist, bei der sich dabei Verlust und Gewinn in etwa die Waage halten. Wie jedes Nationalepos setzt ja auch der Western dem ein Denkmal, was durch die Schaffung der Nation verloren wurde, und dadurch, daß es nie zuende geschrieben schien, war das Genre offen für die Entdeckung immer neuer Verluste. Es entdeckte den Verlust der Freiheit, der Natur, die moralische Schuld des Genozids an den Ureinwohnern des Kontinents, am Ende gar den Verlust der Würde.

So könnte man also vermuten, daß in der Flexibilität des Nationalepos als work in progress der eigene Tod bereits eingebaut gewesen sei, und in der Tat reicht ja auch die Formulierung des Zweifels, das Scheitern der Verbindung beider Traditionen, weit in die Geschichte des Genres zurück. Das Nationalepos schützt sich gegen diese innere Destruktion durch seine Produktionsweise. Die ökonomische und semiotische Gesundheit des Western war nie an seinen herausragenden Beispielen, sondern immer vor allem an der Anzahl der produzierten Werke abzulesen. Das bedeutet nicht nur, daß für

einen Film, der seine Helden an den Grundwidersprüchen des Genres scheitern ließ, ein Dutzend entstand, in denen die western world noch ganz und gar in Ordnung war, sondern auch, daß das work in progress genügend Experimentiermasse hatte, um stets die Anpassung an den Geist der Zeit zu gewährleisten.

Bereits in der Dämmerung der »Modernisierung«, die in den USA das Gesicht der Reagan-Ära erhalten sollte, änderte sich diese Produktionsweise aus ökonomischen, kulturellen und ästhetischen Gründen. Was zunächst starb, war nicht der große Western, der im Gegenteil in der Form des »Spätwestern« eine zumindest ästhetische Blüte erlebte (da große Western schon immer eher der Erforschung als der Bestätigung des Nationalepos dienten), sondern die Massenproduktion. Unter anderem war dafür die Explosion der Kosten der Filmproduktion Hollywoods verantwortlich. Nach und nach wurde es unmöglich, billige Western herzustellen. Jeder einzelne Western mußte sein Publikum erreichen, und um dies zu gewährleisten, mußte der einzelne Western notgedrungen zum Verräter werden, die anderen Filme des Genres nicht mehr als Verbindung, eben als Teil des gemeinsamen Nationalepos, sondern als Konkurrenten sehen, die es zu dementieren galt. So wurden die Western immer blutiger, trauriger, komischer, manierierter, grotesker, wahrhaftiger und wahnsinniger. Das Nationalepos wurde seelisch krank.

Unterstützt wurde diese Entwicklung noch dadurch, daß die Massenproduktion nun in einem anderen Land stattfand, in Italien. Die Italowestern waren, seit sie es aus einer Melange von Karl May-Filmen und eher blutigen Emilio Salgari-Phantasien zu einer neuen Ästhetik der Gewalt gebracht hatten, einer systematischen Dementierung des Nationalepos verwandt. Neben vielem anderen gehörte es zum Vergnügen an diesen Filmen, daß in ihnen die Nation Amerika, wenn überhaupt? nur als blutige Farce vorkam. Der Italowestern war so etwas wie die erste Rache Europas an der Amerikanisierung der Welt, die dafür »gewählte« Form war die Trennung der Western-Zeichen von der nationalen Mythologie. Western funktionierten nun im Niemandsland viel besser als in einer historischen Topographie (und wenn der Italowestern schon historisch wurde, an einer mythischen Grenze zwischen den USA und Lateinamerika, dann sympathisierte er mit so ziemlich allem, was gegen die Nation Amerika sprach).

Aber der Western existiert ja nicht allein in Form von Filmen. Konnte die Western-Mythologie in jenen siebziger Jahren nicht auf die Massenproduktion in anderen Medien zurückgreifen? Dazu hätte sich zunächst der TV-Western angeboten. Serien wie »The Rifleman«, »Bonanza« oder »Gunsmoke« hätten doch eben jenes Experimentierfeld bieten können, das der Film verloren hatte. Aber der TV-Western war selber einem Degenerationsprozeß unterworfen, der paradoxerweise in genau die entgegengesetzte Richtung wies wie der Westernfilm. Wurde dieser immer gewalttätiger, grausamer, verzweifelter, so entwickelte sich die TV-Westernserie immer mehr in Richtung auf Zivilisation, Geschwätzigkeit, Kinderfreundlichkeit. Der Filmwestern schickte seine zu Outlaws gewordenen Hirten brüllend in den Tod, der TV-Western dagegen ließ seine frühkapitalistischen Helden um die Tatsache herumschwätzen, daß ihr Westen durch den Druck allfälliger Konformität sterbenslangweilig geworden war. So ereilte den TV-Western das, wovor sich der Filmwestern durch einen stilvollen Selbstmord entzog, der schleichende Tod. Gemessen am bescheidenen Erfolg waren Westernserien überdies zu teuer geworden, und mit »Bonanza« starb am Ende der siebziger Jahre die letzte Westernserie.

Das war nun nicht das Ende jeder TV-Western. Einige Miniserien wurden produziert, die man in der einen oder anderen Art aufzuheizen versuchte, so gab es Western mit kriminalistischen Untertönen, komische Western, Western um Helden, die sich vor allem als Schürzenjäger betätigten, historische Western usw. Sieht man sie genauer an, so ist ihnen eine merkwürdig mutlose Bewegung um die Grundkonflikte des Genres herum gemeinsam. Ihre Helden gehen eben jenen Konflikten aus dem Weg, um die es im Nationalepos eigentlich geht.

Massenproduktion zeichnete einst auch die Western-Comics aus, deren Entwicklung eng mit dem Western-Film zusammenhängt. Von der Krise des Genres wurden auch sie nicht verschont, obwohl sich ihre Ökonomie nicht so schlagartig veränderte wie die von Film und TV. In der Mitte der siebziger Jahre machte einer nach dem anderen der traditionellen Western-Helden Platz für eine Reihe neuer Western-Helden, die sich durch übernatürliche Kräfte oder durch eine reichlich bizarre Psyche auszeichneten: Marvel schickte einen Ghost Rider ins Rennen, während man sich bei den Konkurrenten DC-Comics »Jonah Hex« ausdachte, jenen Western-Helden, von dem in jeder Nummer gefragt wurde: Will he save the West – or ruin it?

Er und seine Mitstreiter ruinierten den Comic-Western. Um 1978 gab es, von ein paar Reprints abgesehen, keine eigenständige Western-Comic-Produktion in den USA mehr. Und wieder waren es die Europäer, die in die entstandene Lücke stießen. Diesmal waren es vor allem französische und belgische Zeichner und Autoren, die die Western-Comics mit neuen Inhalten versahen, neue zeichnerische Effekte einführten und damit auch den amerikanischen Markt eroberten. Die europäischen Western-Comics gingen einen den europäischen Western-Filmen entgegengesetzten Weg. Sie forderten mehr geschichtliche Genauigkeit, und die meisten Serien, wie »Lieutnant Blueberry«, »Comanche« oder, später, »McCoy«, sind von einer unglücklichen Liebe zur Geschichte Amerikas geprägt. Gleichwohl sind auch sie Dokumente der Entfremdung, sie sehen genauer hin, als das amerikanische Western-Comics je getan haben, und ihre Zivilisationsparabeln enden europäisch-romantisch. Nur als radikaler Aussteiger kann dieser Westerner überleben und hat nirgends die Wahl, etwas anderes als ein Fremder zu sein.

Aber das Verschwinden der amerikanischen Western-Comics ist nicht allein als Reaktion auf die Krise des Westernfilms zu deuten. Auch die Comics erlebten in der Nixon-Ära eine tiefgreifende Veränderung, die zuallererst aus einer ökonomischen Krise entstand. Aufgrund von Rohstoffverteuerungen, geänderten Copyright-Gesetzen und eines Strukturwandels des nationalen Vertriebssystems wurden die Comics in den siebziger Jahren immer teurer (ein Trend, der in den achtziger Jahren zu einem Zusammenbruch des traditionellen Preisgefüges führte). Der Konsument wurde daher vor eine Entscheidung gestellt, die er vordem nicht hatte. Im Zweifelsfall entschied er sich für jene Genres, in denen Elemente mehrerer traditioneller Genres aufgehoben waren, phantastische Sujets, in denen immer wieder Western-Zeichen und Western-Handlungsstrukturen auftauchten. Bemerkenswerterweise erschienen nun Westerner vor allem als Bösewichte, Gespenster einer wilden Vergangenheit, denen die Superhelden entsprechend begegneten: Es mußte ihnen irgendwie gelingen, diese historischen Revenants in ihre eigene Zeit zurückzukatapultieren.

Indianer, Cowboys, Sheriffs und Outlaws als Schreckgespenster einer neuen Zivilisation, das war die Ausgangsposition zu Beginn des Reaganismus, und als sich im Zuge des Videobooms die Chance für einen neuen Billigfilmmarkt auftat, da waren es vor allem solche Gespensterwestern, die gedreht wurden. Westerner wurden aus ihrer Zeit geschleudert, Mafia-Killer flüchteten umgekehrt in die Western-Zeit, wo sie sich mit den Outlaws gegen ihre zeitreisenden Verfolger verbündeten, brave US-Bürger wurden plötzlich in den wilden Westen versetzt, wo nichts als rüdes Faustrecht herrschte usw. Was mit dem Auseinanderfallen der Western-Ikonographie und dem Nationalepos begonnen hatte, führte über die Dekonstruktion des Westens von einer historischen Übergangszeit in Kultur, Technologie und Moral zu einem Zustand absoluter Entfremdung. Nach seiner gewaltigen ökonomischen Krise befand sich die amerikanische popular culture in einer sonderbaren Situation: Wie etwas mit Gewalt Verdrängtes tauchten Elemente des Western an allen Ecken und Enden auf: Filme wurden »wie Western« erzählt, Roadmovies, »Endzeitwestern« und Kriminalfilme fielen auf das amerikanische Kino par excellence zurück, ohne sich dazu bekennen zu können, und Westerngestalten spukten durch die Alpträume. Der Tod hat, wie in »House 11«, das Gesicht eines Westerners.

Bis hierher scheint alles klar, viel zu klar: Eine Nation, die Vereinigten Staaten von Amerika, macht eine Krise durch, erfährt nacheinander die Besiegbarkeit seiner Rüstungstechnologie, die Korrumpierbarkeit seiner Politik, die Ungerechtigkeit seines Gemeinwesens, und sie entfremdet sich daraufhin vom eigenen Nationalepos; aus einer Mischung aus Scham, Trotz und Paranoia wird es von der populären Kultur demontiert, und seine größten Künstler bewahren ihre Würde, indem sie den Western in die Luft sprengen. Die herabregnenden Trümmer verursachen Wunden hier und dort, werden aber mit Feuereifer in die Trashästhetik der neuen Massenproduktion eingebaut.

Nun aber, 1980, beginnt ein neuer Nationalstolz als Fassade einer radikalen gesellschaftlichen Umschichtung zu wirken. Freilich: Vieles bleibt da merkwürdig zwielichtig, zum Beispiel die weinerlich nuschelnde Stimme des Präsidenten, der Verlust ganzer Territorien an Elend und Verbrechen, die Teilung der Gesellschaft in übergesunde und kranke Menschen.

Unter den Bedingungen der Reaganomics zu leben, verlangt ein bestimmtes Verhältnis zum Körper einerseits, zur Technologie andrerseits. Zwei Grundstrategien führen möglicherweise zum Erfolg: eine Symbiose mit der Maschinerie der neuen Kommunikation oder die maschinelle Perfektion des eigenen Körpers. Zu den amerikanischen Kino-Helden der achtziger Jahre gehören zum einen die urbanen Aufsteiger, die kopfüber des Nachts in den Sumpf der Wirklichkeit tauchen, und panzerartige Muskelkampfmaschinen, die ganz allein Armeen mehr oder minder kommunistischer Feinde erledigen. Ihre Beziehung zum Western liegt nicht allein in einer inszenierten technologischen Regression, die allerdings stets noch einerseits vor der Western-Technologie halt macht, beim Maschinengewehr, andrerseits dahinterzurückgreift, auf Nacktheit und Faustkeil. Rambo, zum Beispiel, ist ein Flüchtling der militärisch-wirtschaftlichen Rüstungskultur, der in Dschungel und Wüste zum Indianerspielen geht. Die historische und mythische Entgrenzung des Nationalepos hat unter anderem zur Folge, daß der Vietnamkrieg in den mythischen Strukturen eines Western mißdeutet werden kann, und daß die rebarbarisierten Zonen des Asphaltdschungels als das Land gesehen werden können, in das zuerst die autarken Pioniere geschickt werden müssen, die Pfadfinder der Zivilisation, bevor die Ordnung legalisiert werden kann.

Da die Western-Ikonen und Moral-Partikel also nahezu beliebig verwendet werden können, in einem steten Diskurs der Unterwerfung von Geschichte unter den beständigen Fluß der Bilder und Erklärungen der populären Kultur, alles und nichts erklärend, das Gute ebenso wie das Böse beschreibend, muß jeder Rekonstruktionsversuch gegen all das stehen, was sich der frei floatenden Fragmente bemächtigt hat: Würden Western wieder funktionieren, müßte dies zu einer Reorganisation der ästhetischen Produktion auch in vielen anderen Bereichen der populären Kultur führen.

Das kann schon deswegen nicht geschehen, weil der Westerner zum Körper und zur Technologie ein der Reaganistischen Kultur diametral entgegengesetztes Verhältnis hat. Sein Körper ist kräftig, aber alles andere als perfekt. Er ist, schon bevor das Drama beginnt, an Körper und Seele ein wenig verkrüppelt, hinkend, wie Kapitän Ahab, wie der originale Hopalong Cassidy oder wie Walter Brennan. Er muß seinen Körper nicht noch mehr erfahren, zahlreiche Ritte, Prügeleien, Verwundungen haben das ihre schon getan; er ist in seinem Körper erst richtig zuhause, wenn er in einem Schaukelstuhl sitzt. Sein Körper verlangt nicht nach narzißtischem Ausbruch, sondern nach Ruhe, was unter anderem damit zusammenhängt, daß er seit den vierziger Jahren eigentlich schon immer ein bißchen zu alt für seine Taten gewesen ist. Er

schafft, was er an Zivilisation zu schaffen hat, stets mit gleichsam letzter Kraft, das ist dem Ernst der Sache angemessen. Und er wendet alles das an Technologie an, was zur Verfügung steht; er ist, wenn auch nicht mit Begeisterung, technologisch auf der Höhe seiner Zeit. Der Westerner hat Zugang zu jeder Technologie, die es gibt, ein Mythos, der im zweiten Weltkrieg bis hin zur Invasion noch einmal rekonstruiert wird. Der Western ist in gewisser Weise ein historischer Kompromiß zwischen Körper und Technologie, seine Helden schaffen, unter Opfern, die Einheit. Die Bewegung der Hand zum Colt, das Ziehen und Zielen in einem, geht durch den ganzen Körper, und jedes technologische Mittel bekommt seine Würde erst durch seine Übersetzung in eine körperliche Bewegung.

Die »Modernisierung« der achtziger Jahre läßt eine solche Körpererfahrung, die trotz ihres kriegerischen Gehalts im Grunde eine perfekte Darstellung der klassischen Vorstellung von ARBEIT ist, nicht mehr zu. Der Körper ist mehr und mehr aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen (und wer nichts anderes als seinen Körper zu bieten hat, sieht sich als ganzes vertrieben), und auch soziale oder historische Konflikte werden zunehmend unter Ausschluß aller Körperlichkeit geführt. Die narzißtische Rekonstruktion des Körperlichen, ein Hauptanliegen des reaganistischen Films, kann in der Gestalt des Western nicht funktionieren; sie muß stattdessen zu einer Zweiteilung in den Ritus des Körpers und in den Ritus der Technologie führen. Die Einheit von Technologie und Körper, von Raum- und Zeiterfahrung, von Zivilisierung und Einfachheit ist uns ungefähr so fern wie ein Traum in Jamben. Ich bezweifle, daß ein Mensch, der die »Modernisierung« der achtziger Jahre miterlebt hat, in der Lage ist, den Rhythmus eines Western, seine Sicht auf Land und Arbeit, auf Zeit und Verlust zu finden, ungeachtet der Tatsache, daß man sich Western in der einen oder anderen Form gleichsam als ökologische Dekonstruktion einer zunehmend fragmentarischen Gesellschaft erträumen kann.

Der Verlust der Ganzheit des universalen Männermärchens ist ein Preis, der nicht nur für die »Modernisierung«, sondern auch für die Fähigkeit zu ihrer Analyse zu zahlen ist. (Gestehen wir ruhig, daß unsere gelegentlich aufscheinende Sehnsucht nach dem Western nicht nur eine Sehnsucht nach dem perfekten moving picture ist, eine Sehnsucht nach einer konjunktivisch-unmöglichen anderen Geschichte der amerikanischen Zivilisation, sondern auch eine nettere Form von Reaktion.) Der Western als Medium der Kommentierung sozialer und kultureller Entwicklungen ist durch andere Genres längst ersetzt; die Beziehung zwischen Körper und Technologie der Reagan-Ära beschreiben am genauesten die Horrorfilme. Was freilich den Verlust des Nationalepos anbelangt, so scheint die amerikanische Gesellschaft wieder einmal nur rascher zu sein. Sehen wir uns die Albernheiten an, mit denen Frankreich der Revolution gedenkt (und schweigen wir von unserer Unmöglichkeit, mit der Geschichte über den Mythos zu kommunizieren), so scheint klar, daß das Sterben des Western, zum Beispiel, das Sterben der Nation vorwegnimmt. Es ist nur eine Frage der Zeit, daß unsere Potemkins auch die Kulissen abbauen lassen. Die paar staubbedeckten Leichen, Löcher im Schädel, Abschiedsgrinsen, die darin gefunden werden, sollten wir dann mit Anstand begraben.

konkret 10/89, S. 121

Dietrich Kuhlbrodt

Frisch, fromm, fröhlich, deutsch

Hans Blumenberg hat einen Film fürs wiedererwachende deutsche Gemüt gedreht. Hans Albers, Star am NS-Filmhimmel und fröhlicher Propagandist der Endlösung, wird als Faszinosum präsentiert. Sein Stellvertreter Tukur sorgt mit strahlender Miene und hellem Tenor dafür, daß die deutsche Kontinuität so richtig flutscht

Blumenberg, »Der Madonna Mann«, hat dem Hans Albers, seinem Idol, einen Fan-Film gewidmet. »In meinem Herzen, Schatz...« zieht und preßt Ulrich Tukur, Jungstar des Hamburger Schauspielhauses, das Schifferklavier: immer noch und schon wieder »auf der Reeperbahn nachts um halb eins«, denn wenn Schatz Albers überleben soll, dann in den Herzen seiner Fans, und je jünger und allseits beliebter einer wie der Tukur ist, umso besser fürs Überleben und für die Kontinuität.

Folgerichtig hat Blumenberg das Mannsbild Albers, in dem sich die Deutschen der späten zwanziger, der dreißiger und vierziger Jahre wiederfanden, aus dem Film ziemlich herausgedrängt, jedenfalls äußerlich; nur ganz ausnahmsweise wird einmal ein Filmausschnitt gezeigt. Dafür ist aber der einschlägig populäre Tukur omnipräsent, 32 Jahre alt. Und wenn ihm die Herzen der aktuellen Generationen zufliegen, weil in ihm Hans Albers lebt und lacht, dann ist die Verinnerlichung geglückt, und das deutsche Gemüt feiert fröhliche Urständ. Ja, »Flieger, grüß mir die Sonne«, bittet er im schummrigschweren Neo-Plüsch des Schmidt-Theaters auf der Reeperbahn; sein heller Tenor bringt das Marschlied aus dem Männerfilm von 1932 – »F.P. I antwortet nicht« – überzeugend rüber. Zusammen mit den Couplets fließt die Alberszeit ins Gemüt, nostalgisch verklärt, und Goebbels ist für eine Anekdote gut. Wilma Schultz, Freundin der Familie Albers und Zeitzeugin des Films, gibt zum Besten, wie der Star Albers sie in Hamburg besucht und den Propagandaminister in Berlin habe sitzen lassen. Schon ist das Thema abgehakt, Albers überspielt sie alle. Kinderleicht war das, damals.

Aber war das vielleicht ein Problem, daß Albers' Lebensgefährtin, Hansi Burg, eine Jüdin war? Wilma Schultz zu glauben, war der, der leiden mußte, Hans Albers, einfach sitzengelassen wie er war, 1938. »Frau Burg ist von sich aus, ohne daß Albers das wußte, nach England abgereist«. Und trotzdem war der arme Albers großzügig: »Er hat ihr Geld überweisen lassen«. Und dann schweigt Blumenbergs Film. Bloß in der Wochenschauaufnahme von 1960 ist noch eine Grabschleife zu sehen, die Hansi Burg ihrem Schatz als letzten Gruß geschickt hatte. Sollen wir das jetzt geschmacklos finden, wo sie doch »von sich aus« abgereist war?

Blumenbergs Schwarzweißfilm transportiert die Schwarzweißfotos und -filmdokumente ungebrochen übers Jahr 1945. Damit uns die große Alberszeit schön eingängig wird, wird Naheliegendes, aber Störendes ausgespart oder doch bemüht verniedlicht. Wenn von der untreuen Hansi schon die Rede ist, warum dann nicht von ihrem Vater? Eugen Burg, sozusagen Albers' Schwiegervater, wurde 1944 in Theresienstadt ermordet. Und Albers spielte – schon 1941 – die Hauptrolle in dem rassistischen Nazifilm »Carl Peters«. – »In meinem Herzen, Schatz...«: Schweigen.

Aber zu dem wegbereitenden Lied von 1932 – »Hoppla, jetzt komm' ich ... und die Straße frei für mich« – hat Blumenbergs Film einen Einfall. Zur Albers-Parodie – aus dem Film »Der Sieger« – wird das Wochenschaudokument vom Einzug Hitlers in Hamburg gezeigt, freilich in experimenteller Manier am optischen Printer bearbeitet. Die unvermutete ästhetische Anstrengung sagt uns: Hitler und die Hakenkreuze passen nicht zum Hans Albers-Bild; sie bleiben fremd.

Nur noch ein zweites Mal greift der Film zum Mittel, das Dokument ästhetisch zu entschärfen. KZ-Häftlinge sind in den Trümmern Hamburgs dabei, unter Aufsicht von SS-Bewachern die Straße vom Schutt zerbombter Häuser zu säubern – ein strukturelles Ornament – , während auf der Tonspur Susanna getröstet wird: »drum weine nicht so sehr ... trockenes Schießgewehr ... auf einen toten Bräutigam kommen tausend neue her ... Leben ist nicht schwer«.

Was virulent bleibt, ist die Lebensphilosophie der Albers-Lieder. Der Film »Große Freiheit Nr. 7«, gedreht während und nach dem Bombenterror von 1943, machte die Dreharbeiten »so schwierig .... daß kein normales Leben« möglich war, belehrt uns die in die Jahre gekommene Darstellerin von damals, Ilse Werner, 1989. Es ging also gar nicht um die KZ-Häftlinge und die SS-Leute, sondern um die Illustrierung schwieriger Dreharbeiten und natürlich um die Illustrierung des Lieds von 1943: »Beim ersten Mal, da tut's noch weh«, und Ilse Werner singt und pfeift, wie es Eltern und Großeltern noch im Ohr haben.

Das Jahr 1945 war für Albers kein Anlaß, seine Lebensweisheiten zu revidieren. Schon 1947 weiß er in dem Josef-von-Baky-Film »Und über uns der Himmel«: »Denn über uns der Himmel, läßt uns nicht untergehn«. Und in Blumenbergs Film singt dies Ulrich Tukur mit Ilse Werner im Duett, damit wir wissen, daß dies eine bleibende Botschaft ist. Jung und alt erliegen schon wieder und immer noch dem Faszinosum Hans Albers und seiner Philosophie, wie er sie im Kollo-Titel »In meinem Herzen, Schatz...« verkündet: »Ich hab eine kleine Philosophie . . . ich fand alles herrlich und stritt mich nie«.

Was Albers alles herrlich fand, daß vermittelte er dem Publikum der späten zwanziger Jahre und dem danach durch seine Filmrollen, deren markanteste und folgenreichste im Blumenberg-Film jedoch unter schlagen werden. In »Flüchtlinge« (von Gustav Ucicky) rettet Albers als deutscher Offizier flüchtende Wolgadeutsche: »Für etwas sterben, *den* Tod wünsch ich mir!«, und das »etwas« ist explizit das »neue Deutschland«. Solchermaßen die »Wehrbereitschaft« stärkend, erhielt der Film, uraufgeführt am 8. Dezember 1933, den 1934 zum erstenmal verliehenen Staatspreis für den besten Film des Jahres.

Ob sich Albers auch für den Propagandafilm »Carl Peters« (1941, von Herbert Selpin) einspannen ließ oder ob er die Rolle herrlich fand, ist unwichtig, wenn man die Wirkung seines Auftritts registriert. Albers wird in diesem Film majestätisch von unten aufgenommen, problemlos tritt die Siegessäule an seine Stelle. Schief und krumm werden dagegen undeutsche Ränkespinner ins Bild gerückt: Dr. Kayser, der Jude, und der Reichstag, die Schwatzbude, fügen dem Deutschen Hans Albers allein durch ihre schiere Existenz bitteres Unrecht zu. Aufrecht, ein Onkel Doktor, läßt er sich ein Schock Negerinnen vorführen. Ist eine krank? Und da kippt die Einstellung schon wieder, und die wunderschönsten, aber schwärzesten Brüste wippen in die Kamera. Eine gierige, aber unmögliche Sequenz; der deutsche Mann läßt sich vielleicht aufgeilen, und die Albers-Fans von damals haben hingeguckt, aber hinterher hängt man doch die Eingeborenen auf, ein Grund findet sich, denn Albers handelt nur aus Männerfreundschaft. »Bedenken? Woll'n wir streichen« (Albers in »Carl Peters«). Steht der Endlösung etwas entgegen, gar noch ein juristisches Dokument, wird »der Wisch zerrissen«. Der Befehl von oben »leuchtet uns durchaus ein. Na, mal weiterhören ... Sie haben mich restlos überzeugt«, schnarrt er und ist damit seinem Publikum ein schreckliches Vorbild.

Albers' Auftritte wirken heute theatralisch überzogen, ernüchternd hölzern und beziehungslos maniriert. Hätte Blumenberg Ausschnitte aus diesen Filme gezeigt, hätte er dem Faszinosum unverzüglich den Garaus gemacht. In »In meinem Herzen, Schatz...« faszinieren jedoch als Stellvertreter Tukur und die anderen Fans, vom Albers-Chauffeur und Chef-Portier über die Pressebetreuerin und den Filmvorführer von einst zum aktuellen Albers-Imitator. Das Konglomerat von schmärmerisch-übermütiger Musikrevue und den Statement-Anekdoten der 'Zeitzeugen', durchmischt mit bisher ungesehenen Archivbildern aus dem Hamburg der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts wäre eine charmante bis skurrile Unterhaltung, wie sie auch sonst am Drehort, dem Schmidt-Theater geboten wird, wenn »In meinem Herzen, Schatz. . . « nicht gleichzeitig der Film der deutschen Kontinuität wäre.

Für den Hans Albers-Film, der noch zu drehen wäre, bleiben Ansätze genug. Nachhaltiger als die Albers-Simulationen wirken die intelligent montierten Archivbilder (Eggert Woost). Gängeviertel und die Lange Reihe der Jahrhundertwende – dort, im Hamburger St. Georg wurde Hans Albers geboren – widersprechen dem Kotau, den Albers (im off, auf der Tonspur) vor seinem Vater, dem Schlachtermeister Wilhelm, macht. Albers: »Ich danke Ihnen. Sie haben mich hart erzogen«. Wie kommt er, der auf der Außenalster als Stegjunge Ruderboote auszuösen hatte, dazu, sich als »lieber Gott« zu sehen (1945) oder doch als »Mittelding zwischen Goethe und Gerhart Hauptmann« (1950)? Was ging in dem Göttlichen vor, als er – 1958 in »Der Mann im Strom« – den Arbeitgebern der Adenauerzeit Hafen- und Arbeitsromantik vorgaukelte (der angehende Rentenempfänger verzichtet auf das Almosen und fälscht die Geburtsurkunde, um weiter arbeiten zu können)? Und Hans Albers, »der letzte deutsche Film-Star« (Blumenberg), war er nicht »jeder Zoll ein Naziführer« (Ernst Bloch zur Albers-Rolle in »Flüchtlinge«, 1933)? »Der Boche par excellence – der Nazi par excellence« (Klaus Mann zur Albers-Rolle in »Ein gewisser Herr Cran«, 1933)?

Der Regisseur Blumenberg notiert das Bild, das Albers 1933 abgab, – freilich nicht »In meinem Herzen, Schatz...«, sondern in den Publicity-Spalten, die ihm der »Spiegel« einräumte. Der Film ist davon gereinigt. Die Albers-Fans sind lieb und harmlos. Und solchermaßen präpariert, fluscht sie nur so, die deutsche Kontinuität. Zum Heulen? »Ein Film, zum Heulen schön«, begeistert sich Karasek im »Spiegel«. Die Ästhetisierung der imperativen Gewalt hat ihre Traditionspfleger, und das Identifikationsmodell 'Hans Albers', der Führer aus dem Volk (»Carl Peters«), legitimiert aufs neue die faschistische Partei- und Führerkonstruktion. »In meinem Herzen, Schatz...« ist Albers, und der bin ich, und der hört jetzt wieder die SA marschieren, 1933, wenn Albers, »Der Sieger« (so heißt der Film), singt, was 1989 zum Heulen schön sein soll (wobei es völlig gleichgültig ist, was er sich dabei dachte): »Hoppla, jetzt komm ich! Alle Türen auf! Alle Fenster auf! Hoppla, jetzt komm ich! Und wer mit mir geht, der kommt eins rauf ! «

konkret 10/89, S. 124

Eckhard Henscheid

Musikplaudertasche

So hat man's gern: Kaum habe ich, in der September-Plaudertasche, H. v. ~ Karajan den ziemlich ideologiekritischen Abschied gegeben, schon sieht Gerhard R. Koch in der »FAZ« einen Zusammenhang, ja eine Wende in Salzburg heraufziehen:

»...dabei zeichnete sich ein Wandel der Festspiele schon seit einigen Jahren ab. Vor zehn, zwölf Jahren hätte sich vermutlich in einem Maskenball-Programmheft noch kein fabelhafter Frotzeltext von Eckhard Henscheid oder eine drastisch-obszöne Karikatur gefunden. Da wäre wohl Karajan davor gewesen, der es mit dem Schein des Heiligenhaften hielt« – –

und nicht mit dem Frotzelhaften, aber trotzdem: so hat man's trotzdem eben *nicht* gern! Denn mal ganz abgesehen davon, daß mein Maskenball-Essay von 1979 zwar tatsächlich fabelhaft, aber mitnichten frotzelnd ist, sondern nur pures, freilich eher witziges Feuilleton auf der Grundlage intimster Verdi-Kennerschaft (aber nicht nur Karajan, sondern auch die »FAZ« liest natürlich nur genau das aus einem Text heraus, was sie gern hineinlesen täte) – abgesehen davon, grad noch fällt's mir ein, warum sollte ausgerechnet *mein* fabelhafter Opernverstand Salzburg salvieren? Nein, das soll gefälligst der Konst. Wecker erledigen, der schon, siehe die Juli-Plaudertasche, 1987 annonciert hat, er werde die Festspiele ihrer Gruftsituation« entreißen bzw. entledigen oder was auch immer schwer Heroisches – –

aber doch nicht ich! Ich bin doch froh, daß sie voll down und gruftig sind und bleiben!

Aber mich fragt ja niemand. Sondern druckt einfach ungefragt fabelhafte Essays nach. Gemein!

&

Bayreuth 1989 dagegen hat mich abermals nicht gebraucht. Sondern, obwohl ich tatsächlich in den »Lohengrin« bin, mich davon zu überzeugen, daß Werner Herzog den Titelhelden tatsächlich schon wieder nicht mit K. Kinski besetzt hat, vielmehr nur bei der Rundfunkübertragung einen fabelhaft blitztranigen Essay von Hans (»Kingkong«) Küng über Parsifals Gnade und Dingsda. Und nachdem ich aber auf dem Scheitelkamm des Grünen Hügels glaubwürdig gehört habe, daß man seitens des dortigen Managements rund um Wolfgang und Gudrun Wagner selbst Stimmen wie die fast pensionierte von René Kollo krumm nimmt, weil in dessen Lebensbilanz »Stachelbeeren« (ha!) Tabuverletzungen prangen wie die: »Bayreuth müßte aus seiner einmaligen Stellung heraus kontrapunktisch zum Zeitgeschehen stehen. Von Bayreuth müßte eine besondere Opernkunst in die Welt gehen, nicht umgekehrt. Bayreuth müßte der Sender sein, nicht der Empfänger« – –

kurz, weil bei solchen Tabubrüchen selbst einem unverbrüchlichen Kritikaster wie mir schon schwindelig wird und ich eh vor spannungsgeladener Elektrisiertheit angesichts dieser erregenden Opernwelt bald nicht mehr kann, deshalb, äh, häm, hm, tja, deshalb bin ich eingeschnappt, scheiße für den Rest meines Lebens auf Bayreuth und mosere hier nur noch schnell diesen meinen Satz zuende.

&

In Verona hinwiederum und zum dritten habe ich, wie immer, »Aida« und »Macht des Schicksals« gehört und gesehen; und das, außer daß beim gloriosen Schlußterzett Leonora-Alvaro-Guardian sich heuer die notorische Arena-Miezekatze leider nicht sehen ließ und das erlauchte finale Triptychon zur Quadratur des Kreises erweiterte, – davon abgesehen hat es mir wirklich wieder sehr-sehr gut gefallen, doch, benissimo.

&

Weil er schneller als jeder andere spielen kann, deshalb spielte Ivo Pogorelic diesen Konzertsommer das eh schon langsame Prélude op. 28,6 von Chopin so extrem langsam, daß die einzige Legitimation dieser sogenannten Interpretation in eben ihrer unsinnigen Langsamkeit ihren einzigen Sinn findet.

Glenn Gould im 2. Satz von Beethovens op. 109 verfuhr akkurat andersherum. Reschpekt.

Hochempfehlen jenseits aller branchenüblich ex- und implodierenden BetriebsLangeweile dagegen darf man Stanislav Bunins erste Chopin-Anthologie-Einspielung.

&

Achtung, Achtung! Deutsches Opern-Regietheater! Noch immer, fast ein halbes Jahr nach dem 3. Juni 1989, hat keiner Eurer bekannten Top-Regisseure das Pekinger Massaker vom Platz des Himmlischen Friedens in die hochaffine Blutbad-Thematik von Puccinis »Turandot« umgearbeitet und einverwoben resp. umverwoben, im Sinne der Aktualisierung des Stoffes und des in ihm implizierten Mythos, noch immer hat keiner die ragende Parallele Deng hie und die Prinzessin bzw.

ihre Subalternen Ping, Pang und Pong dort, hat die unbarmherzige Schönheit des politischen Mordes im Reich der Mitte als Ritual zweitausendjähriger Schreckensherrschaft bis über die Kulturrevolution hinaus – –

was? Wer? Das eine habe mit dem anderen aber nun wirklich nichts zu tun? Aber, Regietheater, das hat Dich doch von der Hitlerisierung der »Meistersinger« bis zur Neuenfelsschen Frankfurter Auschwitzisierung von Verdis »Aida« noch nie gejuckt, daß das alles gar nie nicht hinhaut. »Daß der Opernbetrieb unverändert weiterklappert, obwohl buchstäblich nichts daran mehr stimmt«, dies Adornosche Verdikt aus dem Jahr 1962 (Einleitung in die Musiksoziologie) mußt Du, deutsches Opern-Regietheater, nämlich seit 27 Jahren so oft und so klappernd widerlegen, daß gleich noch viel weniger stimmt als eh schon hinten und vorne nicht.

Also, wer packt's an? Etliche Feuilletonhalunken sind ja auch jetzt noch immer dankbar!

&

Ich bin mir gar nicht sicher, was finsterer, welche von beiden Medieninnovationen die dümmere ist: Eine Kulturveranstaltungsillustrierte, die tatsächlich auf den Namen »Mozart« hört und deshalb zum Beispiel ein weiteres Mal Justus Frantz fietschert; oder doch eine Seite der grünen Nachmittags-»Frankfurter Rundschau«, die sich »Rock-Rundschau« betitelt und dabei tatsächlich und exklusiv und explosiv und emphatisch nur einem dient: Erraten, dem Rock. Das erste ist zweifellos dämonischer, das zweite irgendwie noch fallhöhensteiler und – jaja, seit der alte Karl Gerold tot, fehlt halt die ordnende Hand im Haus beim progressiven Blödsinnstiften.

&

Wenn ich jetzt aber nochmals – erklärt von je ihr selbst oder der Journaille – irgendwo lese, irgendeine Pop- oder Rockgruppe sei »gut draufi<, insofern ihre »Musik einfach abgeht«, und sei's Kölns BAP im »Rheinischen Merkur«, dann – dann – passiert was, dann sind die Gutdraufen aber echt schlecht dran!

&

Unnachgiebige Leser haben bei mir angemahnt, daß, wenn ich schon über die Erinnerung an die genialisch-begnadeten Musikfeuilletons des recht jung verstorbenen »Frankfurter Rundschau«-Mitarbeiters Wilhelm E. Liefland ins sentimentale Schwärmen gerate, ich doch bitteschön gefälligst, nach altem und letztlich bewährtem journalistischen Brauch, ein paar Beweise in Form von etlichen Prachtexemplaren vorlegen möchte.

Die Forderung ist so berechtigt wie mich selber ja verlockend, und ich greife also in mein vollgestopftes Universal- und Privatarchiv, beinhaltend Schätze aus allen Sektoren des menschlichen Geisteslebens – und ich ziehe hier nun allerdings keines der zahllosen Metaphern- und Syntaxmeisterwerke aus den Sektoren Jazz und Pop und Rockmusik heraus, keine jener Rhapsodien in Blue-hour und Blue-note par very excellence, mit welchen Liefland primär Leser der »Frankfurter Rundschau« jahrelang und immer jublerischer zu bezaubern und zu beswingen pflegte, bis hin zum fuck'n' augenreibenden Ohrenwischen – –

nein, noch inniger liebe und verehre ich einen Liefland-Aufsatz vom 5.1.1978, anläßlich dessen es der Selige auf sich nimmt, im Gefüge von knapp zwei »Vorwärts«Druckseiten sämtliche ihm, Liefland, relevant dünkenden Platteneinspielungen sämtlicher Beethoven-Sinfonien kritisch-exegetisch abzufackeln. Joachim Kaiser bräuchte dafür, für diese womöglich beschämendste aller menschlichen Tätigkeiten, zwei Bücher mit zusammen 850 Seiten und würde doch nicht fertig – Liefland aber schafft seine weitausholende »Discographie« (Kassetten plus Einzelausgaben) in hart zusammengepreßten 18 Leseminuten. Aus dem extrem gnadenlosen Artefakt auswählend zu zitieren, ist allerdings ein fast noch größeres Kunstwerk; denn fast alles ist gleich ewigschön. Grundsätzlich gilt dies:

»Man muß zu den handwerklichen Banalitäten zurück, um die Widersinnigkeit der Situation zu veranschaulichen: daß Beethoven oft genau dort als kunst-metaphysischer Tranquilizer eingesetzt wird, wo sich im gesellschaftlichen Bereich gerade die seiner Symphonik inhärenten (dialektischen) Bewegungen abspielen«.

Nämlich im Sinne von »Ernst Bloch, Prinzip Hoffnung« und der »europäischen Klassik, die zum selben Moment die moderne philosophische wie politische Dialektik entwirft«, versteht sich – im Einzelnen aber heißt das:

»George Szell, Emigrant, wirkt oft hart, ist aber in Wahrheit der getreueste Schüler Toscaninis. Bruno Walter, Emigrant, wird erst mit den Stereo-Aufnahmen weniger deutend. Haitink reduziert (Nr. 7), Walter fächert auf (Nr. 5, wobei Gott Walter die Welt erschafft und sich dann fix und fertig auf die Couch wirft), Toscanini und Szell treffen den Punkt, Eugen Jochum macht humanitäre Ideologie ohne Distanz zum Orchesterklang, Nr. 4 andererseits bastelt er europäisch zusammen; Nr. 4 spielt Haitink a tempo und unprätentiös, was bei seiner 5. wie schnell abgemacht wirkt. Casals 7. wirkt breit und klar, eher ruhig. Casals als Dirigent wird zusätzlich beleuchtet dadurch, daß er die 9. 1936 bei der Nachricht vom Franco-Putsch – unbeirrbar republikanisch – weiterdirigierte (vgl. Pablo Casals, Erinnerungen. Fischer TB 1421)«.

Was aber speziell Karajans Einspielung von »B's Sinfonien« anbetrifft, so hält Liefland hier a tempo fest:

»Plakativ Nr. 1, sehr rasant 3,1; im Gleitflug des Fliegers Karajan 3,2; wiederum sehr durchsichtig das Ende der 'Eroica'; in 4,3 finden sich völlig irrationale Rittardandi; 6,1 wird sorgfältig als Teppich verlegt; die übrige Pastorale ist ein wunderbares Schöner-Beethoven-Tapeten-Design; 7,4 gerät leicht hysterisch im Vergleich zu Carlos Kleibers kontrolliertem Showdown mit dem Rhythmus«.

Kurz, hier kam von Adorno bis Cape Kennedy alles at its very best zu allem, es ist, laut Thomas Bernhard, der es wissen mußte, immer aller Sumpf in allen Köpfen – kurz, hier noch einmal unser gerührter Dank an famous Wilhelm E. Liefland; requiescat in good pace.

&

Bernd Eilert andererseits verdanke ich den Hinweis, daß die »FR« auch weiterhin nichts anbrennen läßt und nämlich – jetzt wieder im Pop-Rock-Folk-Genre – schrecklos einen neuen und aktualisierten, wenn nicht akutisierten Liefland zu Wort kommen läßt, er heißt Volker Kühne, und dieses sein Wort aber war bei Gott und geht z.B. so:

»Ein wuchtiger Grundton, der sich wie ein auf- und abwärts rotierendes Subjekt auf einem Looping anhört (...) Pentatonische Koto- bzw. Cheng-Reihen werden unvermittelt in einem fließenmechanisch pulsierenden Sequencer-Beat überführt (...) Über einem hektisch pulsierenden Sequencer-Ostinato wölbt sich ein Verzerrersound (...) E-Piano-Girlanden über einem statischen Floating (...) String-Melos, fernöstliche Melasmen (nicht doch »-ismen«? Anm. E.H.; nein, »-asmen« ist wirklich besser) Quellenplätschernd plus statisches Floating (...) Panflötenmelisma (Aha! Anm. E.H.) mit dem massiven Unterbau von Paukenschlägen« – _ –

kurz, The Best of Volker Kühne, gesammelt von B. Eilert. Worum geht's? Kannitverstan, aber jedenfalls um die Debut-LP eines gewissen Yanni, und um den sollte man sich auch mal näher kümmern, denn man kann sie »für ein Meisterwerk halten«. Sagt V. Kühne, der mit seiner Rezension den Gesellenstatus im Gleitflug seines speziellen Showdown-Floatings aber auch schon weitweit hinter sich läßt.

&

»Ja, was is' denn eigentlich los? So macht's doch eine Musik! Ich zahl' euch doch net für dös saudumme Daherreden!« (Valentin, Der Notenwart)

Is' recht, Herr Wirt; ich hör ja schon auf.

konkret 10/89, S. 126

Diedrich Diederichsen

Platte des Monats - Free Your Mind, Your Reichstag Will Follow

Einstürzende Neubauten: Haus der Lüge. Some Bizarre/Rough Trade

Ein pissender Hengst. Oder ist dies hier schon zu dickflüssig, um noch als Urin durchgehen zu können? Die Konsistenz der bereits am Boden angekommenen Bestandteile der Ausscheidung erinnert eher an frisches Hirn. Neulich im Hinterland der belgischen Küste sahen wir aus dem Autofenster eine pissende Stute, ein herrlicher Anblick ! Es war auf dem Weg zum Ehrendenkmal der in den beiden Weltkriegen gefallenen flandrischen Soldaten, und lustigerweise erzählte uns die Informationsbroschüre, daß die Kugeln und Granaten der Deutschen nichts gewesen seien, verglichen mit der Arroganz der wallonischen Offiziere. Der Hengst, der auf dem Cover der neuen Neubauten-LP eine hirnartige Substanz ausscheidet, kennt den Inhalt der Platte und zieht die Konsequenzen. Das erinnert mich an das Cover der vor kurzem antiquarisch für meine letzten 26 DM erworbenen Funkadelic-LP »Free Your Mind Your Ass Will Follow«, das eine Rückenansicht einer nackten Schwarzen vor künstlich himmelblauem Hintergrund zeigt, die befreit ihre Arme ausstreckt und ihren Arsch in der Tat sehr frei und funky in die Kamera hält, weil sie die Platte schon gehört hat, deren Inhalt nach dem Anspruch dieses Frühsiebziger-Funk die Befreiung des Geistes schon vollzogen hat. So etwa kennt das Pferd auch den Inhalt aller Neubautenplatten. Bleibt die Frage: warum ein Pferd? Aber schließlich ist so ein fast kupfergestochen anmutender Hengst das offensichtlichste Äquivalent zu all den feuchten Urworten, aus denen die Texte dieser Platte bestehen. Das Zerstören von deutscher Kultur als (auch rasend begehrter Exportartikel) die liebevollste Beschäftigung mit dem, was davon noch übrig ist, ist nach wie vor das einmalige und einmalig beherrschte Ding der Neubauten.

Wenn man davon ausgeht, daß nationale Eigenheiten zwar einerseits national sind und somit immer auch Dünkel und Machttechnik und mit ihr schon ermordete Menschen der eigenen und diverser fremder Nationalitäten mitenthalten, andererseits aber eben die am schwersten relativierbaren und hartnäckigsten *Eigenheiten* und damit heutzutage das, was am rasendsten vom internationalen Postmodernentum vernichtet und zerleiert wird, das also, was als Medium noch am ehesten geeignet ist, dagegen objektive und lesbare Spuren wirklicher Geschichte aufzubewahren, dann gibt es kein besseres Material für eine deutschsprachige Band als diejenigen deutschen Wörter, die sich nicht leicht durch englische ersetzen lassen, wie bei den meisten deutschen Bands, sondern die anderen, die feuchten Vokabeln, in die es reichlich reingeregnet hat, die nicht von aktuellen Funktionen und Bedeutungen bewohnt sind, die aber überall hier rumstehen, die sich keiner traut niederzureißen, noch zu renovieren.

Dies hier ist die Generation, die in den 80er Jahren zwischen 20 und 30 war, und die sich die ganze Zeit ihr Jahrzehnt so einrichtete, daß es aussah wie Geschichte zu Lebzeiten, Hauptdarsteller im eigenen Kostümfilm, ständig damit beschäftigt, die vermeintliche Geschichtlichkeit des eigenen Treibens ästhetisch durch Zeichen herauszustellen, die *historischer Einschnitt* spielten, aber natürlich nichts anderes waren als Symptome des Gegenteils, Abwesenheit von, Verlangen nach Geschichtlichkeit, Machbarkeit, Veränderbarkeit der Verhältnisse. So daß diejenigen, die je diese *Geschichtlichkeit* würden wahrnehmen können und sollen, als Spätere nur noch ein ununterscheidbares Gewimmel von viel zu deutlichen Abgrenzungen zwischen viel zu geringen Anlässen sehen können, lauter grell markierte Grenzen und Zäune um allerwinzigste Areale von Leben und Kampf und wirklicher Geschichte, daß sie wie eine Milchstraße nicht mehr einzeln wahrnehmbar sind (außer vom Mount Palomar aus). (Dennoch gehört diesem trüben Treiben meine Sympathie (It's my party and I cry if I want to...), es hat endgültig die Autonomie von Subkulturen durch Unlesbarkeit gesichert und durchgesetzt. Waren Subkulturen vor fünfzehn Jahren verständlich für einen Spion, der ein Alphabet zu lernen bereit war, müßte derselbe Spion heute Sinologie studieren. Die Dialektik der Underground-Idylle ist wie die Dialektik des kleinbürgerlich-behüteten Aufwachsens: sie ist objektiv trübe und harmonisierend wirklicheitsausblendend, aber sie funktioniert immer häufiger und besser als letzte Brutstätte für neue Formen, die, anderswo gezüchtet und auf ihr Zielgebiet losgelassen, nicht mehr widerstandsfähig werden, mit kleinbürgerlichem Weltzuständigkeitsempfinden geimpft sich aber erstaunlich gut für alle möglichen oppositionellen Zwecke bewährt haben).

In demselben fraglichen Zeitraum war das Spiel der Neubauten der ganz neue Lärm und die ganz alte Sprache. Ein fast verantwortungsloses Spiel mit Archaismen steht einem Umgang mit Noise gegenüber, der nicht nur immer noch international seinesgleichen sucht, sondern vor allem, ohne seinen Noise-Charakter verloren zu haben, mittlerweile die paradoxe Qualität des zarten Lärms zu entfalten gelernt hat, falls sich einer sowas wie eine zurückgenommene, pastellene Katastrophe vorstellen kann, ein subtiles Weltbrand-Sorbet, das zwar immer noch wirklich zündet, aber dazu noch (gelegentlich eine Idee zu) köstlich mundet. Generell gilt: Die Neubauten sind für a) Musik und b) die 80er Jahre das, was Fassbinder für Kino und 70er war: Export-kompatibel, Aspekte-kompatibel, Feuilleton-kompatibel, DAAD-kompatibel, Goethe-Institut-kompatibel, Zadek- und Schiet- und Dreck-kompatibel und trotzdem wirklich gut und durch all das nicht zu relativieren. Sie erfüllten alle Indizien der großen Erbauungsscheiße und waren dennoch das Gegenteil, cool. Als alle richtigen Ideen der Menschheit sich nur noch in der Idylle regenerieren zu können schienen, zogen sie ins Hamburger Schauspielhaus und in eine kulinarisch-sinnlos auf *geile* Vokabeln durchflöhte deutsche Sprache. Während die andere und

neueste und unbekannte deutschsprachige Musikhoffnung, die Kolossale Jugend aus Hamburg, wieder und mit Recht in der alten Dekomposition der deutschen Sprache eine deutsche Sprache der Rockmusik zu finden versucht und auf diesem eigentlich zu den Akten gelegten Feld auf ihrer LP »Heile Heile Boches« Beachtliches und Neues erreicht, haben die Neubauten fast ein Folk-Verhältnis zum deutschen Wort und seiner mittlerweile so ungewöhnlich deplaziert peinlichen und doch so richtig bewegenden Theatralik. Der Reduktion des Noise auf das Expressive und der Reduktion der gesungenen Großen Worte auf das Auffüllen emotionaler Leere in der üblichen Pop-Praxis wie im üblichen Verständnis, begegnen die Neubauten damit, daß bei ihnen ein großes Wort immer deutlich die Spuren spezifisch mißlungener Geschichte enthält, der deutschen, und seinen Peinlichkeitscharakter nicht als allgemeines Magengrimmen, sondern zielgerichtet auf die Ursache dieser Peinlichkeit hin entfaltet, sowie damit, daß sie den Noise verfeinern bis an die Grenzen eines modifizierten Art-Rocks an seinerseits der Grenze zum symphonischen Kitsch.

Daß sich die Neubauten als Popgruppe als Bewohner des Hauses der Lüge bezeichnen, kann man getrost als bewußte Anspielung auf Karl Kraus' Adressenangabe »Haus der Sprache« lesen (bei Blixa Bargeld sind solche Sachen kein Zufall). Lüge ist hier Pop als System, in dem es die gute Lüge als Möglichkeit gibt, aber auch Kultur allgemein, die man nur niederbrennen kann, und aus der es dann, wenn es brennt, nur einen Ausweg gibt: das Versumpfen im feuchten Keller. Dort hat Blixa sich nach einer Begehung der einzelnen Stockwerke ein durchaus behagliches Plätzchen in diesem Haus einzurichten gewußt, das »Untergeschoß«, was sowohl vor Koketterie stinkt, wie es korrekt und detailliert das Selbstverständnis von *Underground* in seiner ganzen Problematik beschreibt. Im ersten Geschoß, so heißt es, leben die Blinden, die glauben, was sie sehen, und die Tauben, die glauben, was sie hören, im zweiten Rauhfaser-tapezierten Geschoß stehen einzelne Mieter herum und suchen an den Wänden nach Rechtschreibfehlern, im dritten, nie fertiggestellten Geschoß liegen die Irrtümer und gehören der Firma, und im vierten wohnt der Architekt, der in seinem Plan aufgeht – übergehen wir den klerikalfaschistischen Foltersaal, so meine Lesart, im Erdgeschoß, auch den alten Mann und die toten Engel im Dachstuhl, dann kommen wir im Epilog zum Keller: dort lebt Blixa: »Der Keller ist feucht und angenehm. Hier lebe ich. Dies hier ist dunkel. Dies ist ein Schoß.« Was existentiell Schoß ist, ist kulturpolitisch Idylle, gesellschaftlich Reservat, ist Underground und hat nur einen Sinn, wenn seine beschützten Kinder Brände legen und Neubauten zum Einsturz bringen. Angriff von zwei Seiten: Feuchtigkeit und Feuer, die Feinde des Festgefügten. Schoß-Geschoß-Geschoß – das ist natürlich hart an der Grenze, dem zu Unterwandernden aufzusitzen: Haus der Sprache, Abteilung etymologistische Assoziationspoesie und Heideggerismus. Aber anders geht es wohl sowieso nicht.

Haus – noch so ein Urwort. Zur Zeit lebt es in unerwarteter Weise auf. Alles ist Haus. Europa zum Beispiel. Den postmodernen Machern liegt das Haus als Metapher ebenso nahe, wie seinerzeit allen autonomistischen und alternativen Hippie-Revolutionären zuvor der Garten aus Wurzel-, Baumund Wucher-Metaphorik. Haus ist selber schon Lüge. Anfang der 80er sprach man nur noch von Bauten, was korrekt den administrativen und/oder repressiven Charakter aller Architektur bezeichnete. Die konnte man zum Einsturz bringen. Dann sprachen alle vom Haus. Die Disco wurde zum House, zum Beispiel. Die Vogueing-Truppen nennen sich House of. House-Sound in the House. Und mancher erinnert sich an Jim Morrison als »spy in the house of love« – vor knapp zwanzig Jahren. Gegen das Haus der Lüge und die Lüge vom (gemeinsamen) Haus ruft Blixa in einer spiritistischen Sitzung einen alten Mann an: van der Lubbe. Er wohnt im Keller der deutschen Geschichte und im Keller von Texten, die in Worten und Begriffen auf und abgehen wollen wie in Häusern. »Marinus, Marinus« (ohne seinen dekorativen Vornamen hätte man sich seiner vermutlich nicht erinnert). »Nur die halbe Welt ist Telefon und Asbest/Der Rest ist brennbar«.

Nach wie vor bejahen die Neubauten den Verfall aus mehr als politischen Gründen. Aber das ist keine Philosophie, kein Ersatz für Politik, das ist das Bestehen auf der Energie und der Idee von Rock-Musik, von Musik überhaupt. Marinus war es nicht, sagt Blixa, es war König Feurio. König Feurio ist die Hoffnung gegen das Haus der Lüge. Reiner Luxus danach zu fragen, wer was für wen in welchem Interesse niederbrennt. Die Einstürzenden Neubauten stehen sowieso gegen eine Übermacht aus Millionen konstruktiven Deutschen und Milliarden postmodernen Machern und Häuserbauern. Das Niederbrennen der konstruktiven sich in Häusern einbunkernden, andere in Häusern einsperrenden deutschen Tendenz, die jedes Wort, das im Haus seiner Sprache wohnt, infiziert hat, kann nur über die deutschesten und hohltönendsten dieser Bewohner verlaufen. Denn dafür ist Blixa, sind die Neubauten immerhin noch genügend Pop, um zu wissen, daß das einzig Wahre im Haus der Lüge eben die Lüge ist. »Denke mich zuende«, fordert Blixa Bargeld in »Hirnlego«.

Lustig in diesem Zusammenhang, daß ein Leserbriefschreiber vor einiger Zeit einen Text von mir als gegorene Pferdepisse beschimpfte. Das ist genau richtig. Gegorene Pferdepisse ist hier das (Cover-)Bild für ausgepißtes Hirn aus alten Wörtern, die aber schließlich und dennoch genau die Balken und Estrichböden sind, wo man die Lunten anlegt. In ihnen ist kein Leben mehr, im Gegensatz zu den meisten fremden Wörtern, aber noch jede Menge Macht. Dieses Zündeln entspricht weder hoffnungsvollen Strategien der Subversion, an die alle Beteiligten vielleicht mal geglaubt haben, noch entsprechen sie den Methoden von etwa Kiefer oder Syberberg, mit denen man sie verwechseln könnte. Es ist eher ganz einfaches klassisches Rock'n'Roll-Zündeln, aber im Gegensatz zu dessen üblichem Vorgehen mitten in einem für Rock'n'Roll normalerweise versperrten, peinlichen, schweren und bösen Zusammenhang, in den deutsche Musik genauso hinein und hinab muß, wie amerikanische zu Robert Johnson. Free Your Mind, sagt George Clinton, Your Reichstag Will Follow.

konkret 10/89, S. 130

Erich Kuby

»Geheimnis und Gewalt«

Die literarische Autobiographie Georg K. Glasers, die vor beinahe 40 Jahren erstmals erschien, ist ein Werk, dessen Rezeption als eine Art Reifeprüfung der Nation angesehen werden kann, aus der es hervorging.

Es ist eine Schande. Es ist wessen Schande? Der angeblich gebildeten, Bücher kaufenden, sie vielleicht sogar lesenden Schicht der Bevölkerung unseres Landes. Wieviele Frauen und Männer zwischen achtzehn und achtzig sind das? Eine halbe Million? Eine Million? Noch mehr? Wieviele immer es sein mögen, nur ein paar Tausend von ihnen haben sich seit 1951 über Georg K. Glasers Jahrhundertbuch »Geheimnis und Gewalt« hergemacht, das nun zum achten Mal vorgelegt wird, endlich ungekürzt und sorgfältig ediert.

Was den Rang dieses Buch in der deutschen Literatur des 20. Jahrhunderts betrifft, so komme ich mir vor, als machte ich ein p.p. Publikum darauf aufmerksam, es gebe von einem gewissen Herrn Musil den »Mann ohne Eigenschaften«, und es lohne sich, das Werk zu lesen. Der keineswegs zu hoch gegriffene Vergleich ist auch deshalb nicht abwegig, weil dieser zweibändige »Mann ohne Eigenschaften« ebenfalls nicht gerade ein deutsches Volksbuch geworden ist. Immerhin, gelesen oder nicht gelesen, »man« weiß doch allgemein, daß dieser Musil in der Weltliteratur mittlerweile einen Platz eingeräumt bekommen hat. Von Glaser läßt sich gleiches nicht sagen.

Es gibt Werke, deren Rezeption als eine Art Reifeprüfung der Nation angesehen werden kann, aus der sie hervorgegangen sind. Was Glaser betrifft, haben sich die Deutschen mit einer derartigen Beharrlichkeit seit achtunddreißig Jahren als eine blinde Herde erwiesen, daß man sich doch fragen sollte, was eigentlich als Motiv hinter dieser Verweigerung steckt. Meine Vermutung: Menschen, die unter Glück Wohlstand verstehen, wollen nicht vorgeführt bekommen, wie der Machtlose getreten wird, wenn er nicht bereit ist, nach der Pfeife des Mächtigen zu tanzen.

In dem intelligenten Nachwort zu der hier angezeigten Neuausgabe steht, »Geheimnis und Gewalt« habe »inzwischen eine Berühmtheit erlangt« dank »einigen Randgängern der Literatur wie Walter Dirks, Peter Härtling, Uwe Schweikert, Harun Farocki und (Verzeihung !) Erich Kuby« . Es ist wahr, ich erwarb Ende 1951 die erste Ausgabe, in zwei blau gebundenen Teilen in einem obskuren Schweizer Verlag erschienen, der alsbald an seiner Fürwitzigkeit, unverkäufliche Bücher herauszubringen, in Konkurs gegangen ist. Am 9. Januar 1952 war ich in Paris, den Mann wollte ich kennenlernen, der dieses atemlose, bestürzende Buch geschrieben hatte. Ich fand ihn auf der Rive Gauche in einer uralten Straße, wo er als Kunstschmied in einer dunklen Werkstatt am Feuer stand. Zum zweiten Treffen holte ich einen Fotografen dazu. Ein paar Tage später war ich wieder in München und machte in der »Süddeutschen Zeitung« in Wort und Bild einen heftigen Lärm um das Buch. Wäre, was ich schrieb, in Chinesisch erschienen. die Wirkung wäre die gleiche gewesen: null.

Da hat also einer sein Leben beschrieben und es wurde doch keine Autobiographie. Da sagt einer »ich«, gibt aber trotz der unübersehbaren Verzahnung seines »Berichtes« mit dem eigenen Leben, und obwohl dieses Leben eines Rebellen gegen jede Norm, gegen jeden Zwang unverwechselbar und einzigartig ist, doch keine Auskunft über sich, der man – neugierig aufs Einzelschicksal – folgen würde von der Kindheit an, fürchterlich zerstört durch einen sadistischen Vater, bis in ein Kellerversteck am Ende des Krieges, das Glaser 13 Monate lang nicht verlassen hat. Daß den Menschen nichts mehr interessiert als der Mensch, macht den Erfolg unzähliger Bücher, von Romanen, Autobiographien, Biographien und Illustrierten aus; ein anderer Schreiber hätte aus dem »Stoff« der realen Glaser-Existenz spielend einen »Bestseller« gemacht. In »Geheimnis und Gewalt« aber wird die zentrale Figur zu einem Medium, das uns die dunklen Seiten der Zeit vermittelt, nicht zu einem Individuum. Glaser erlebt sie von unten, so tief von unten, daß darunter nur noch der Tod, die Preisgabe, das Erlöschen Platz hätte.

Es wäre ganz unerträglich, seinem Buch durch 590 Seiten zu folgen, würde uns das Erlebnis der Gewalt in allen ihren Formen als Anklage und Klage zugemutet, als eine Art privates Beschwerdebuch eines Mannes, dem nichts erspart geblieben ist, weil er nicht zum Opportunisten wurde. Doch eben dies, daß wir einen Menschen durch die Gehäuse begleiten, die keinen anderen Zwecken dienen als dem Terror, der Brutalität, der Vernichtung; einen Menschen, dem nichts fremder ist als die Vorstellung, er führe einen heldischen Kampf, ihn aber führt, weil er nicht anders kann – das trieb mich vor 37 Jahren nach Paris. Dort fand ich nicht einen Schriftsteller, der aus einer Mischung von Dichtung und Wahrheit ein großes Buch gemacht hatte, sondern einen wortkargen, mißtrauischen, jähzornigen, Freundlichkeit sich ersichtlich abringenden Schmied in einem verrußten Gewölbe; fand in ihm, der heute mehr denn je wie der heilige Petrus aussieht, die personifizierte Gegengewalt mit ihrer rätselhaften Fähigkeit, Buch führen zu können in einer Sprache, die sich liest, als sei sie dafür neu erfunden.

Glaser hat nicht nur dieses eine Buch geschrieben – zwischen 1945 und 1948 in Paris – und kennt heute keine Schwierigkeiten mehr, seine Texte bei Verlagen und in Redaktionen unterzubringen. Darin aber ist er Musil (und manch anderen) ähnlich: Aus seinem Gesamtwerk erhebt sich riesig und graniten dieses eine und einzige.

Mit seiner Frau lebt Glaser heute im Marais, unweit der Place de la Bastille. Wir sahen uns vor ein paar Wochen, die Werkstatt ist größer, hat mehr Licht als damals in Saint-Germain-des-Prés. Für das Schmiedefeuer gibt es jetzt einen elektrischen Blasebalg. Weiß er, daß er eine literarische Jahrhundertfigur ist? Natürlich weiß er das, aber er macht nichts daraus. Wer es aber nicht weiß, obwohl er es eigentlich wissen müßte, sollte diesem Empfindlichen besser fern bleiben. Dann ist mit ihm nicht gut Kirschen essen. Es ist lange her, daß ich einmal hörte, er habe einen seiner Verleger zusammengeschlagen. Im nächsten Mai wird er achtzig.

Georg K. Glaser: Geheimnis und Gewalt, Stroemfeld/Roter Stern, Basel/Frankfurt 1989, 592 Seiten, 48 Mark

konkret 10/89, S. 132

Matthias Altenburg

Rache für H. von Kleist

Empfehlung an die Linke, die Schnauze aus dem Dreck zu nehmen und wieder laufen zu lernen

Nein, es gibt keinen Grund, ein heroisches Bild der Linken zu zeichnen. Sie wurde, was sie bleibt und sie bleibt, was sie wurde: eine Ansammlung von Versehrten. Als Krüppel an Körper und Seele kamen unsere Alten aus den Lagern und Gefängnissen und unsere Jungen, jämmerliches Glück der Nachgeborenen, aus den Fast-Food-Restaurants und den Video-Shops. Versehrt sind wir von den Kämpfen und manchmal auch bloß von den Zumutungen des Alltags. Es ist wie es ist; wir haben keine Wahl. Gerade, klare Menschen gibt es nur in unseren schlechten Liedern.

Es scheint, als hätten Sozialisten und Kommunisten, seit es sie gibt, so ziemlich alles falsch gemacht, was man falsch machen kann. Sie haben den Gegner hofiert und mit dem Faschismus paktiert. Sie haben Denkmäler gebaut und Genossen geschlachtet. Sie haben sich gespalten und sich spalten lassen. Sie waren zu hoffnungsfroh und zu verzweifelt. Sie haben zuviel gelogen, zuviel geglaubt und zuwenig gewußt. Sie wollten etwas verkaufen und haben sich kaufen lassen. Sie waren den falschen Leuten hörig und wollten auf die richtigen nicht hören. Als es galt zu schießen, haben sie geweint, und als es galt zu warten, haben sie geschossen.

Und es scheint, als würde ihnen jetzt die Quittung dafür präsentiert. Auf der ganzen Welt bricht ein Hohngelächter aus, wenn jemand wagt, »das stolze Wort Genosse« auszusprechen. Und zuzugeben, daß man Kommunist ist, dürfte bald nirgendwo gefährlicher sein, als in den heute noch sozialistisch genannten Staaten. Der Schrei der Völker nach ihren Ketten ist nicht zu überhören.

Daß wir mal tüchtig eins auf die Fresse bekamen, pardon Genossen, das hatten wir schon längst verdient. Zu lange haben wir unseren Hochmut mit Mut verwechselt und unser Grinsen mit Optimismus.

Viele werden jetzt gehen.

Manche werden die Gelegenheit nutzen, um reinen Gewissens diesem riesengroßen Verlangen nachzugeben, sich zu bescheiden und endlich eins zu werden mit der Welt, in der sie leben.

Manche werden sich auf die andere Seite schlagen, werden Dreck auf uns werfen und von unserer nicht zu leugnenden Niedertracht berichten.

Manche werden sich einschließen in ihre Kammern und schluchzend ihre Lebenslüge betrauern.

Und immer wieder gibt es Genossen, die meinen, sich dadurch der Leichen in unserem Keller und unserer Gebrechen entledigen zu können, indem sie sich von uns trennen, um ihren eigenen kleinen Laden zu eröffnen. Und dieser Laden wird dann, über kurz oder lang, wieder gefressen von jenem demogradschen Sozialismus, dieser wundersamsten aller Religionen, die so gar nichts zu bieten, und schon längst nichts mehr zu verlieren hat.

Ach nein, es wäre nicht schade um die kommunistische Partei dieses Landes, wenn sie nicht mehr wäre als der bankrotte Gesinnungsverein ihrer 40.000 Mitglieder. Aber die KP eines jeden Landes ist immer der Fluchtpunkt und die Reibungsfläche für dessen gesamte Linke. Meist ist sie die einzige Gruppierung der Linken, die eine halbwegs intakte nationale Infrastruktur besitzt. Meist ist sie, neben all den kurzlebigen Gruppen und Grüppchen, die einzige Formation, die über längere Zeit besteht, die also in der Lage ist, ein kollektives Gedächtnis zu entwickeln, Erfahrungen zu machen, zu speichern und zu beherzigen. Meist bietet allein die KP für die verschiedenen Schichten der Linken die Möglichkeit, ihre sozialen Borniertheiten zu relativieren, weil in ihr Arbeiter mit Akademikern, Bauern mit Bankangestellten und Künstler mit Krankenschwestern auskommen müssen.

Ja, eine Alternative links von der KP, die endlich radikal und der Rede wert wäre, ohne dumm zu sein, ach ja. Ach nein, sie ist nicht in Sicht. Und dann entspringt dieser Wunsch, den Anzug und den Namen zu wechseln, ja auch bloß jener religiösen Sehnsucht nach Reinheit. Die Kraft der Schwachen jedoch wächst weder durch eine neue Gemeinschaft der Rechtgläubigen noch durch eine Assoziation der Nickelbrillen. Wer sich von unseren Verbrechen trennt, trennt sich von unserer Vergangenheit. Und was das bedeutet... Es hilft nichts; wir müssen den Blick in den Spiegel aushalten; wir haben keine Wahl. Denn nur im Dreck ist Leben.

Mit Häme aber kann auf unseren Niedergang nur reagieren, wer davon profitiert oder wer längst auf ein anderes Pferd gesetzt hat und sich dies auch leisten konnte. Zum Beispiel der akademische Mittelstand unserer westdeutschen Überdrußgesellschaft.

Ein paar allerdings gibt es, die à la longue nicht anders können, als entweder zu krepieren, oder – ob sie wollen oder nicht – die Macht zu übernehmen. Bei diesen paar dürfte es sich, vorsichtig geschätzt, um zwei Drittel der Weltbevölkerung handeln. Solange sie allerdings noch anders können, und das dürfte, vorsichtig geschätzt, noch eine ganze Weile so sein, so lange werden sie sich hüten, noch einmal auf diesen, wie es heißt, Rohrkrepierer namens Sozialismus zu setzen. So lange

werden sie lieber alle anderen, also auch die ältesten, reaktionärsten, aber immerhin berechenbaren Möglichkeiten vorziehen, die da heißen: Nationalismus, religiöser Fundamentalismus und Wirtschaftsliberalismus.

Und wir, die wir – trotz alledem und alledem – immer noch wissen wollen, daß die einzig erstrebenswerte Alternative zum Sozialismus, welchen Namen man ihm dann auch geben wird, der Sozialismus ist?

Erst einmal werden wir ein ganzes Weilchen lang über unseren Fehlern zu brüten haben, werden Salz in unsere Wunden streuen müssen. Und bevor wir dann wieder das Maul aufreißen, sollten wir gelernt haben, Ohren, Augen und Nasen aufzusperren. Denn bevor wir nicht die Sprache und die Sprüche dieses Landes kennen, bevor wir nicht gelernt haben, blau von blau zu unterscheiden und bevor wir nicht wissen, wie Scheiße mit Lavendel riecht, werden wir hier nichts mehr zu melden haben.

Und dann, wenn die letzten Illusionen ein für allemal perdu sind, werden wir endlich, endlich den Mut finden, Atheisten zu werden und die letzten säkularisierten Pfaffen aus unseren Reihen zu vertreiben. Und dann wird die Pest der Selbst- und Bedürfnislosigkeit aus unserer Mitte für immer verschwinden. Denn wer nicht gerne ißt, nicht gerne trinkt, nicht gerne denkt, nicht gerne lacht, nicht gerne bumst und wer dabei nicht zuerst an sich selbst denkt, dem ist für keinen Pfifferling zu trauen.

Mit Altruismus ist kein Staat, ja nicht einmal eine Revolution zu machen. Kämpfen tut nur, wer kämpfen muß. Und solidarisch bin ich nur, wenn ich was davon habe. Wer den Egoismus der Menschen zum ersten Prinzip einer Gemeinschaft erhebt, soll sich nicht wundern, wenn er von den Wölfen gefressen wird, aber wer ihn nicht als Movens benutzt, hat schon verloren.

Wir haben zu lange Leute bei uns geduldet, die es nicht nötig hatten, bei uns zu sein, für die die rote Fahne nichts anderes war, als ein jederzeit austauschbares folkloristisches Accessoire (was sie nun ja auch tatsächlich geworden ist) und der Marxismus nichts anderes, als ein zeitweilig interessantes Gedankenspiel. Dabei ist er doch bloß das kleine Einmaleins. Dabei werden wir uns doch nie mehr mit ihm begnügen.

Nicht, wie Brecht in einem seiner letzten Gedichte schrieb, »einmal, wenn da Zeit sein wird«, sondern jetzt, im Augenblick unserer größten Schwäche, werden wir alles wissen wollen, werden wir »die Gedanken aller Denker aller Zeiten bedenken/Alle Bilder aller Meister besehen/Alle Spaßmacher belachen/Alle Frauen hofieren« (auch das, denn keine Schönheit soll unbewundert bleiben) und »alle Männer belehren«.

Bald werden wir wieder, wie die ersten Christen in ihren Höhlen, zu zweit oder zu dritt in unseren Appartements hocken und uns Namen zuraunen: die Namen unserer Ketzer und Dissidenten, der Ausgestoßenen, Ermordeten, Vergessenen und all der Un-erhörten. Trotzki werden wir brauchen, aber auch Toure Kunda, Little Feat und Ludwig Fels, Isaak Babel und Roger Chapman, Herburger und Hrabal, Pynchon und Piwitt, Ernst Fischer und Gerd Fuchs, Jessenin und Joyce und und und. Und Alf und Nina und Rudolf Manga Bell. Ja, auch Manga Bell werden wir nennen, den Häuptling der Duala, der den Widerstand der Eingeborenen gegen die deutschen Kolonialherren in Kamerun organisierte und dessen Namen keine Sau mehr kennt. Und dann werden wir, wenn es dunkel geworden ist, auf die Straße laufen und mit einem FCKW-freien Farbspray »Rache für Heinrich von Kleist« auf die gegenüberliegende Häuserwand sprühen. Und selbstverständlich auch »für Henriette Vogel«.

Man wird uns nichts ansehen. Stur und weltoffen werden wir sein, unversöhnt und trotzdem heiter, ohne Hoffnung und ohne Furcht, biedere Partisanen und kalte Romantiker, die, das Keyboard ihres PC im Anschlag, sich ihren Argwohn von niemandem mehr austreiben lassen. Sooft wir auch auf die Schnauze gefallen sind, wir werden laufen lernen müssen. Denn einen Rückweg in den Mutterschoß gibt es ebensowenig wie einen Hintereingang ins Paradies.

Oncemore, Genossen, nochmal von vorne. Und diesmal tun wir so, als wäre was gewesen. Diesmal werden wir unsere Fehler ganz einfach gar nicht ignorieren. Denn sie sind so ziemlich das einzige, was wir haben.

Konkret 10/89, S. 134

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Die »Bürgerinitiative rettet das Rottal« schickte mir die Copie eines Briefes an die RAF zwecks Dokumentation Ihres Anliegens. Ich komme dem mit (zugegeben!) gemischten Gefühlen nach, und bitte die Leserinnen und Leser sich zu äußern, ob man solche Papiere abdrucken soll oder nicht.

»Sehr geehrte Rote Armee Fraktion!

Wir wissen, daß Ihre Zeit sehr beschränkt ist, weil Sie ja einen Fünffrontenkrieg führen. Und es ist uns noch nicht einmal bekannt, ob Sie über ein Ökokampfkommando gebieten. Aber wir wissen uns in unsrer Not nicht anders zu helfen, als uns mit unserm Hilferuf an Sie zu wenden. Schauen Sie, sehr geehrte Rote Armee Fraktion, die Pest der Pest, das Freizeitkapital, begehrt, unser geliebtes touristisch virgines Rottal zu ficken, daß es einen gigantischen Freizeitpark gebäre. 40 Hektar! 44 Investitionsmillionen!! 700.000 Freizeitkunden pro anno!!! Müssen wir Ihnen ausmalen, wie diese Zahlen ins Fleisch der Natur schneiden? Selbstverständlich haben wir uns sofort nach Durchsickern der geplanten Landschaftsvergewaltigung gegründet. Aber wir sind nicht blöd.- Weil ist der Raum in einem Verfahren gegen ihn erst einmal geordnet, haben die, die ihn gegen den Raubbau zu schützen trachten, keine Chance mehr. Doch es will ja nicht nur die Natur gegen das Freizeitkapital und seine Erdbewegungsmaschinerie geschützt werden, sondern auch der Mensch vor seinesgleichen, also was ihm von der Freizeitindustrie angetan wird. Noch haben wir den Europäischen Kunstgerichtshof nicht, wo Gauner, die mit Atomstrom betriebene Wassergefälle in Brandstecken und Gedichte ertränken, zu zehn Jahren Pförtnerdienst auf einer Giftmülldeponie verurteilt werden. Wie das Freizeitkapital bei der Verhurung (also auf den Profitstrichschicken) der Natur auf die göttliche Gewerbefreiheit pocht, so beuten diese Wasserfallbrandstifter und Gedichteersäufer mit dem grausamen Herzen eines Rentner mit Rheumadecken behumsenden Kaffeefahrtveranstalters schamlos den fünften Artikel der Verfassung aus.

Sehr geehrte Rote Armee Fraktion!

Wir können uns, wie gesagt, sehr gut vorstellen, daß Sie eine Menge um die Ohren haben, daß Sie sich sagen, wir können doch nicht jedem dahergelaufenen Freizeitpark den Krieg erklären, da kämen wir ja zu nichts wirklich Wichtigem mehr, zum Beispiel zum Zerschlagen des EG-Binnenmarktes u.ä. Dennoch bitten wir Sie, wenn Sie mit Ihren Herbstmanövern durch sind, zu prüfen, ob Sie uns nicht doch irgendwie ein bißchen helfen könnten.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Ihre »Bürgerinitiative rettet das Rottal«

Pfarrkirchen

Erinnert sich für Springer

Willy Brandt: Rut ist ausgezahlt, die Buben sind aus dem Haus und Professor, er besitzt Bebels goldene Uhr, ein Häuschen ist auch da und ein bißchen Rente. Und - eine der schönsten Ollenhauerbiografinnen der Welt schreitet an seiner Seite. Langt das? Nein, es muß mit den dritten Hauern bei Springer, der bei Rudi mitgeschossen hat, memoirenvorabdruckmäßig abgebissen werden. So verlaufe eines Sozialdemokraten und Klassenkampfnobelpreisträgers Lebensbogen: Emigration - Niederknien in Warschau - Radikalenerlaß - Korrespondent bei »Bild«. Aber vielleicht ist eh alles sozialdemokratisch wurscht. Und man spürts ja auch nicht mehr, wenn die reiche Witwe in den Armen eines bekannten Klaviervirtuosen oder eines bayerischen Prinzen übers Presseballparkett gleitet.

dpa: » Ulm erhält als erste Stadt Baden- Württembergs ein Denkmal für Deserteure. Das Objekt trägt den Titel »Stein des Anstoßes« und stellt eine Kettenreaktion dar, bei der ein kleiner Quader eine Reihe von bis zur vier Meter hohen Stahlkolossen zu Fall bringt. «

Als Gelegenheits-Bildhauer protestiere ich gegen diesen Schmarren aufs pathetischste, weil ich kann doch die Erinnerung an die dreißigtausend von den Nazikriegsrichtern umgebrachten Deserteure nicht mit dem Feigsten und Dümmsten, was die Kunst kennt, nämlich mit der abstrakten Plastik, betreiben. Der Deserteur Hans Müller war kein anonymer kleiner Quader und der Kriegsgerichtsrat Dr. Herbert Meier war kein abstrakter Stahlkoloß, wenn schon, dann war der Stammtischgefährte Himmlers, Flick, ein Stahlkoloß, und apropos Kettenreaktion, die Kettenreaktion ging so, daß der kleine Quader längst vermodert war, als der Stahlkoloß mit Namen, Anschrift und Gesicht wieder Aufsicht führte über seine Räte und der Herr Kriegsrichter seinen Enkeln zärtlich übern Scheitel fuhr.

»Stein des Anstoßes«, was für ein Hirnriß. Und es ginge doch, mit bissi krankem Menschenverstand, so einfach: Eine Zweiergruppe aus billigstem Material, bemalter Gips, meinetwegen, und da kickt der Mann im Kriegsgerichtstalar gegen die Kiste oder den Stuhl, auf dem der Deserteur steht, den Hals in der Schlinge, vor der Brust das Plakat »Ich hatte Nullbock auf Stalingrad« und auf dem Querbalken des Galgens steht »Disziplin macht frei« oder »Augen zu und durch, Kamerad«. Ist genug Geld da, stockt man das Ensemble um den Wehrmachtspfaffen auf. Das wär einmal ein Deserteurdenkmal! Aber kleiner Quader, Kettenreaktion, stürzende Stahlkolosse - man gehe mir mit diesem Dünnpfiff vom Acker...

konkret 10/89, S. 138

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Ende letzten Jahres sandte mir ein Leser einen Ausschnitt aus der »Frankfurter Allgemeinen«, mit der Bitte um Übersetzung. Wie oft habe ich mich daran versucht, wie oft die erbetene Arbeit abgebrochen, weil ich mit keinem Langenscheidt der Welt den Schleier über diesem Satz lüften konnte:

Die Verzahnung der verschiedenen Systeme nimmt immer mehr zu, und der siamesische Zwilling ist nicht der Vater des Gedankens, sondern das Kind einer unzüchtigen Beziehung gegenseitiger Erpressung.

Wer hilft? Vielleicht ist ja der Sascha Anderson, der das geschrieben haben soll, gar kein Pseudonym; vielleicht weiß die Arbeitsgemeinschaft 13. August nicht nur, wann er – wegen oppositioneller Betätigung, versteht sich – aus dem Schriftstellerverband der DDR ausgeschlossen wurde, sondern auch wo er wohnt; vielleicht in Bergen-Enkheim? Kenner bitte melden ! Ich möchte nicht als einäugiger Zwilling in die Traufe der Zeit beißen, bevor mir einer erklärt hat, warum gegenseitige Erpressung in Inzucht ein siamesisches Kind gezeugt hat, das den Eindruck zu erwecken versucht, es sei der Vater des verzahnten Gedankens. Ich warte auf Antwort. (Unter Kennwort: Quark aus der Mark.)

Wann immer einer anhebt:

Oder, wie Tucholsky vor sechzig Jahren anmerkte...

kann man wetten, daß etwas folgt, das ihr »oller Tucho« nicht gesagt hat oder ganz anders, als Helmut Kohl, Fromme, Karsunke oder der »TAZ«-Redakteur im Gedächtnis haben. Wenn also der Bernd C. Hesslein anhebt:

Oder, wie Kurt Tucholsky vor sechzig Jahren anmerkte: Mit dieser Parchtei biste für die Revoluzzion, doch du weesst jenau, mit diese Pachtei kommtse nich

dann weess man jenau, daß Tucholskys »älterer, aber leicht besoffener Herr« nicht dieses angemerkt hat, sondern:

Man tut wat for de Revolutzjon, aber man weeß janz jenau: mit diese Pachtei kommt se nich. Und das is sehr wichtig fier einen selbständjen Jemieseladen!

Fier einen journalistischen Jemieseladen is der Unterschied natürlich wurscht.

Haben Sie mal die Namen und Adressen der Leute gelesen, die Leserbriefe an die echt deutsche Tageszeitung »Die Welt« schreiben? An einem Tag:

Hermi Spithaler, Düren

Hans Dietrich Mittorp, Baden-Baden

Rolf W. Peter, Herne

Hubert Knecht, Wald-Michelbach

Dr. Peter Broers, Bonn I

Eva Becker, Wuppertal 2

Dr. Jörg B. Bilke, Bonn

Dr. Erich Lippok, Jandelsbrunn

W. R. Thorwirth, Gummersbach

Walter Maschke, Bonn

Den »Marat« können Sie mit dieser Besetzungsliste nicht aufführen.

Der »Friebe Luftfahrt-Bedarf« aus Mannheim macht ein »Super-Angebot«:

Überschattet von einem allen bekannten tragischen Ereignis – die Airshow Ramstein am 28. August 1988. Durch diese Tragödie geht die Ramstein-Ära nun zu Ende. Dennoch wurde auch dieses Jahr ein Ramstein- Video produziert, denn die fliegerischen Leistungen der anderen Piloten waren hervorragend. Sie sehen die komplette Flugshow sowie Raritäten aus dem Static-Display. Die schrecklichen Folgen des Unfalls werden nicht gezeigt, die Reportage endet mit dem Zusammenstoß und dem Absturz. Abschluß des Filmes ist eine anschauliche Trick-Grafik sowie Zeitlupenbilder von dem Zusammenstoß, die von dem Team-Leader einer bekannten Kunstflug-Staffel erläutert werden.

Raritäten aus der Anatomie-Station werden nicht gezeigt, nicht einmal anschauliche Trick-Grafiken aus dem Schauhaus, aber ich verstehe jetzt, was Helmut Kohl meinte, als er sagte:

Wir nehmen unsere Geschichte ohne Wenn und Aber an – mit ihren großartigen, aber auch mit ihren schrecklichen Seiten,

nämlich den bekannten tragischen Ereignissen, deren Folgen nicht gezeigt werden, weil sie nichts an den hervorragenden Leistungen ändern, die der Team-Leader erläutert.

Der Chefredakteur der Illustrierten »Stern«, Michael Jürgs, hat sich statt des von Neuss empfohlenen Abendbrots leider Gedanken gemacht, und zwar über das Mittelmäßige an sich:

Die deutsche Mitte, aus der sie kommen und auf die sie stolz sind, ist immer auch die Heimat des Mittelmaßes. Was kein Grund ist für eitle Häme derer, die offen Enzensberger lesen und heimlich beim Musikantenstadl mitsingen. Jeder ist irgendwo Mittelmaß. Selbst der Urenkel von Karl Kraus, Hermann L. Gremliza,

Jürgs liest also auch lieber den Musikantenstadl und singt bei Peter Kraus, dem Urenkel von Karl, mit.

sieht aus wie du und ich – oder Kohl oder Rühe – , wenn er morgens in Schläppchen, hinten offen, für Brötchen ansteht.

Wie du und er, so sehe ich aus?:

Sind's die Augen, Jürgs, geh' zu Ruhnke!

Der Reporter der »Tageszeitung« hat

das Ohr am Puls der Massen,

die Hand in der Tür und den Fuß am Abzug. In dieser komplizierten Haltung kann er über Kritiker nur den Nabel rümpfen.

Claus Leggewie, den einen großen Vaterlandsverteidiger zu nennen ich nur deshalb nicht wage, weil seine Sprache mich rätseln läßt, um welches Vaterland es sich handeln könnte, liebt dennoch, was er nicht kann:

Die Gesteinsformation Deutschlands erscheint wieder unter der dünnen Grasnarbe Bundesrepublik...; wer jedoch Deutschland liebt,

Ich nicht

der will auch starke Konservative, teutonische Tories ohne Vergangenheitsgedusel und mit (Groß-)Machtvisionen .

Wie er wohl meint, was er nicht sagen kann? Sollen die teutonischen Tories, die man auch mal kennenlernen möchte, nicht mehr vom Führer träumen oder bloß Auschwitz vergessen? Und will er sie nun mit Großmachtvisionen oder ohne oder mit ohne? Ich weiß schon was: Ein Deutscher denkt fürbaß.

Raddatz, enttäuscht von der Kunst, die immer nicht so gewesen sein will wie er sie beschreibt, wirft sich auf die Politik. Auch er will Deutschland wiedervereinigen. Warum? Also:

Wir sind ja nun alle so schrecklich kosmopolitisch und wissen: Der Martini im Rainbow Room des Rockefeller-Center ist der beste, die Kacheln an dieser einen Pforte von Fez die schönsten und wer in Harry's Bar in Venedig oben statt unten zum Essen plaziert wird, muß sich erschießen. Ja ja. Nein nein. Es wäscht mein Herz nicht... Warum muß ich mich eigentlich schämen, wenn ich zugebe: Die Salzluft von Hiddensee oder das trockene Knarren der Fichten in der Mark Brandenburg, das silbrige Flirren über dem Schilf Mecklenburgischer Seen – das ist auch ein Teil von mir. Da nistet ein Quentchen Glück.

Was aber nützte uns, die wir in Harry's Bar nicht mal oben plaziert werden und denen in der Salzluft von Hiddensee bloß die ungewaschenen metaphysischen Schweißfüße dieses Herzchens in die Nase stechen, die Wiedervereinigung? Macht nicht das Bewußtsein, ihn mit solchem Schmock zu teilen, sogar den Kosmos zu eng?